

# Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 4 · 24. Januar 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

## Die Luft ist raus

Warum nicht nur der neue US-Präsident Donald Trump dem grünen Zeitgeist die Grundlagen entzieht **Seite 3**



**DDR** Wie die Stasi ihren Nachwuchs gewann **Seite 10**



**Hintergrund** Wie Nordamerika geteilt wurde, und es auch blieb **Seite 11**

VON RENÉ NEHRING

USA

Das Entsetzen war gewaltig bei den einen – und die Freude riesig bei den anderen. Mit seiner Rede zur Vereidigung als 47. Präsident der USA und seinen ersten Dekreten als neuer Herrscher im Weißen Haus brach Donald J. Trump so ziemlich mit allem, was in den vergangenen Jahren den Mainstream der westlichen Welt prägte.

Unter dem Versprechen, dass nun ein goldenes Zeitalter für Amerika anbreche, kündigte Trump umgehend die Erfüllung zahlreicher Wahlversprechen an: So schloss er per Präsidentenerlass die Grenze nach Mexiko und verkündete den Austritt seines Landes aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Zudem kündigte er eine rigide Zollpolitik zugunsten inländischer Unternehmen an sowie die Aufhebung von Bohrbeschränkungen für die Ölindustrie, damit diese unter dem Schlagwort „Drill, Baby, drill!“ wieder günstigen Treibstoff liefern könne. In Sachen Gender erklärte Trump, dass es fortan nur noch zwei Geschlechter geben werde, und in Sachen Covid versprach er, dass alle ungeimpften Soldaten in die Armee zurückkehren könnten. Zudem kündigte er die Aufhebung aller Beschränkungen der Meinungsfreiheit im Internet an.

Das Entsetzen in den Reihen der linken, grünen und liberalen Eliten, die hier mit ansehen mussten, wie Trump zahlreiche ihrer Lieblingsprojekte für beendet erklärte, zeigt sich besonders plakativ in den Schlagzeilen und Kommentaren ihrer Leitmedien. Stellvertretend dafür seien hier zwei deutsche Stimmen zitiert: Einen „Moment dunkelsten Triumphs“ nannte das Geschehen die „Zeit“, und der „stern“ sprach mit Blick auf die Dauer der Antrittsrede von „29 Minuten Wahnsinn“.

Was Trump von all seinen Ankündigungen und selbst den Dekreten umsetzen kann, wird sich zeigen. Denn auch nach

## Mit Trumps zweiter Amtszeit bricht eine neue Ära an

Ob das politisch-mediale Establishment in Amerika und Europa die Botschaft verstanden hat, muss angesichts der Reaktionen bezweifelt werden

diesem Machtwechsel sind die Vereinigten Staaten von Amerika eine parlamentarische Demokratie, in der die Gesetze nicht vom Präsidenten gemacht werden, sondern von den beiden Kammern des Kongresses. Nicht zuletzt über das Budgetrecht haben diese einen direkten Einfluss auf das Geschehen in ihrem Land.

Hinzu kommt, dass die USA auch künftig ein Verfassungsstaat sind. Weshalb all jene, die nach Trumps Dekret, mit dem er noch am Abend seiner Amtseinführung das Recht auf die Staatsangehörigkeit für alle in den USA Geborenen aufhob, darauf verwiesen, dass die bisherige Regelung in der Verfassung verankert sei, und der Präsident somit gar nicht die Befugnis habe, hier einzugreifen, mit ihrer angekündigten Klage vor dem Supreme Court am Ende Recht bekommen dürften.

### Die eigentlichen Fragen

Unabhängig von derlei Einzelpunkten kann das Niveau der zahlreichen Trump-Kritiker in Politik und Medien nur erschrecken. Da wurde allen Ernstes darüber spekuliert, ob das Kleid der First Lady Melania von einem Modedesigner geschneidert oder „von der Stange“ ist. Und wieder einmal wurde – diesmal am Beispiel eines verunglückten Kusses zwischen dem Präsidenten und seiner Gemahlin – darüber gemutmaßt, welche Intensität die Partnerschaft zwischen den beiden Eheleuten noch hat. Zum großen

Aufreger wurde indes eine Jubelgeste des Trump-Unterstützers Elon Musk, dem ein kurzes Winken mit dem rechten Arm in Richtung tausender Anhänger prompt als Hitlergruß ausgelegt wurde.

Was jedoch noch immer nicht gefragt wurde, ist, warum Trump trotz aller medialen Häme und trotz diverser strafrechtlicher Verurteilungen wiedergewählt wurde – und warum er weltweit so viele Anhänger hat. Wie bei der ersten Wahl des Republikaners vor acht Jahren – und wie bei den Wahltriumphen zahlreicher anderer populistischer Politiker und Parteien in Europa und Südamerika – erging sich das polit-mediale Establishment stattdessen in fortwährenden Äußerungen der Abscheu über Trump und dessen Anhänger. Wenn das Volk falsch wählt, so die Botschaft der selbsterklärt um die Demokratie Besorgten, kann dies nur an der Dummheit der Wähler liegen und keineswegs an den bis dato Regierenden.

Nachdenken sollten freilich auch die Anhänger Trumps. Dass ein Präsident im Rahmen seiner Vereidigung das Überleben eines Attentats gegen ihn allen Ernstes als Zeichen eines göttlichen Auftrags deutet, lässt befürchten, dass er künftig für irdische Kritik nicht mehr empfänglich ist. Mehr als fragwürdig ist auch die ebenfalls noch am Tag der Amtseinführung erfolgte Begnadigung von rund 1500 Gefängnisinsassen, die für ihre Mitwirkung beim Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2020

zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Dass mit ihnen nun zahlreiche Täter freikommen, die vor vier Jahren Gewalt gegen Polizeibeamte verübt haben, sorgt auch unter zahlreichen Republikanern für gehöriges Grummeln.

Ob Trump als Zerstörer der Demokratie in die Geschichte eingehen wird oder als deren Retter, werden die nächsten vier Jahre zeigen. Fakt ist, dass der Republikaner mit dem klaren Versprechen, einen anderen Kurs einzuschlagen als der links-grüne Zeitgeist der letzten Jahrzehnte, in einer demokratischen Wahl die Mehrheit der Wählerstimmen gewonnen hat – und dass er nun daran geht, diesen Kurs auch einzuhalten.

Daran könnten sich auch viele Parteien in Europa und in Deutschland orientieren. Allzu oft sind sie in den vergangenen Jahren aus Angst vor scharfem Gegenwind oder aus Rücksichtnahme auf einen potentiellen Partner oder einfach nur aus Bequemlichkeit grundsätzlichen Auseinandersetzungen ausgewichen und stattdessen faule Kompromisse eingegangen. Vor allem die CDU – bei der CSU ist das anders – vermittelt noch immer den Eindruck, schon im Wahlkampf spätere Koalitionsverhandlungen im Hinterkopf zu haben.

Mag manch hiesiger Politiker auch vieles am Stil Trumps ablehnen, so zeigt dessen Triumph doch deutlich, dass es in einer Demokratie nie schadet, sich am Willen des Volkes zu orientieren.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Union und FDP fordern eine Arbeitspflicht für Sozialleistungsbezieher **Seite 4**

#### Kultur

Vor 175 Jahren starb der preußische Hofbildhauer Johann Gottfried Schadow **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Das Landesmuseum in Lüneburg erinnerte an die Flucht über das Haff **Seite 13**

#### Lebensstil

Die Normandie – Schauplatz von Invasionen von der Antike bis in die Gegenwart **Seite 21**



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



4 191814 304401  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Die Wasserstraße** ist für die Vereinigten Staaten doppelt wichtig: wirtschaftlich und militärisch. Chinas subtiler Einfluss wächst derweil – Aufgrund der Historie wollen die USA bevorzugt behandelt werden

# Warum Trump den Panamakanal im Visier hat

Der US-Präsident fühlt sich von dem mittelamerikanischen Land „abgezockt“ und will deshalb die Kontrolle zurück

VON JENS EICHLER

Wenn es ums Geld geht, versteht US-Präsident Donald Trump noch weniger Spaß als ohnehin schon. Erst recht nicht, wenn er das Gefühl hat, dass er und die USA über den Tisch gezogen werden, oder ein Deal nicht nach seinen Vorstellungen und mit seinen Wunschergebnissen ausgehandelt worden ist. Genau das ist jedoch das Streitthema rund um den Panamakanal. Trump wirft dem mittelamerikanischen Land daher „dreiste Abzocke“ vor.

„Die von Panama verlangten Gebühren sind lächerlich, zumal die USA Panama außergewöhnliche Großzügigkeit entgegengebracht haben. Daher muss die Abzocke der Vereinigten Staaten durch Panama sofort aufhören!“, verlangte der am Montag frisch vereidigte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika auf seinem hauseigenen Social-Media-Kanal und Kurznachrichtendienst „Truth Social“. Für Trump steht fest, das schon allein aufgrund der gemeinsamen Historie, die Panama und die USA seit dem Kanalbau aufweisen, so manches anders und besser in Bezug auf Ansprüche, Gebühren und Einfluss für die USA laufen müsse.

Immerhin haben die Vereinigten Staaten neben hohen Geldsummen in Höhe von 386 Millionen US-Dollar auch einen erheblichen Blutzoll geleistet. Rund 28.000 Menschen sind vor über hundert Jahren beim Bau des bedeutsamen und wichtigen Kanals gestorben, knapp die Hälfte davon waren US-Amerikaner. Kein Wunder, das sich großer Unmut breit machte, als Ex-Präsident Jimmy Carter im Jahr 1977 einen Vertrag mit Panama unterzeichnete, der zum Millennium die vollständige Übergabe der Kontrollen an Panama regelte. Das war zum Jahresübergang 1999/2000 zugleich das Ende der gemeinsamen Verwaltung und des gemeinsamen Betriebs des Kanals inklusive der zehn Kilometer breiten Panamakanalzone, über welche die USA seit 1903 die Hoheit innehatten. Geblieben ist den USA indes ein sogenanntes Eingriffsrecht, wenn die Neutralität des Kanals gefährdet sein sollte – ohne nähere Definition.

Für Trump steht fest, was so manche Insider schon 1977 nach Carters Unterzeichnung des Abkommens hinter vorgehaltener Hand tuschelten: „Die USA haben damals die Kontrolle lediglich als Zeichen der Zusammenarbeit übergeben. Wenn die moralischen und rechtlichen Grundsätze dieser großzügigen Geste nicht eingehalten werden, dann werden wir fordern, dass uns der Panamakanal vollständig und ohne Wenn und Aber zurückgegeben wird“, machte der US-Präsident unumwunden deutlich.

## Seeweg günstiger als Landweg

Was aber steckt wirklich hinter den verbalen Drohungen aus Washington? Ist es „nur“ der finanzielle Aspekt, dass die USA viele US-Dollar aufgrund erhobener Gebühren durch Panama zahlen? Es sind wohl zwei wesentliche Aspekte, die ame-

rikanische Interessen tangieren. Zum einen natürlich die wirtschaftlichen. Immerhin verkehren 72 Prozent aller Schiffe, die den Panamakanal jährlich passieren, zwischen US-Häfen im Atlantik und Pazifik. Und damit nicht genug: Knapp drei Viertel der durch den mittelamerikanischen Kanal transportierten Waren und Frachten stammen aus den USA. Und das hat seinen Grund. Denn Transporte über Land per Lastwagen oder auf der Schiene sind erheblich teurer, als Güter über den Seeweg von der Pazifik- auf die Atlantikseite zu befördern. Logistik-Experten sprechen davon, dass der Landweg etwa drei Mal so teuer ist wie der Seeweg. Insofern sind amerikanische Unternehmen auf die Durchfahrt durch den Panamakanal regelrecht angewiesen, wollen sie kostengünstig ihre Frachten von West nach Ost und umgekehrt überführen. Zwar be-

zahlen angeblich alle unter US-Flagge fahrenden Schiffe bei der Passage des Kanals die gleichen Gebühren wie andere auch, so die zuständige Kanalbehörde, doch sind die Kosten in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

## Zwei verdächtige Häfen

Allein im Jahr 2023 reduzierte sich die Anzahl der Schiffe, die durch den Kanal fahren konnten, aufgrund eines zu niedrigen Wasserspiegels, der Folge einer lang anhaltenden Dürre war. Plötzlich konnten nur 22 statt der sonst 36 gleichzeitig Schiffe durch den Kanal fahren. Die anderen mussten warten. Und das war teuer und kostete zudem viel Zeit. Wer aus welchen Gründen auch immer vorgelassen werden wollte, musste für diesen „Extraservice“ viel bezahlen, nämlich bis zu vier Millionen US-Dollar. Kein Wunder, dass

Trump fordert, das US-Schiffe bevorzugt behandelt werden müssen und es „ein schrecklicher Fehler“ gewesen sei, die Kontrolle über den Kanal abzugeben.“

Noch schwerer aber wiegt Trumps Vorwurf, dass sich der Einfluss Chinas auf den Kanal immer mehr bemerkbar mache und immer größer würde – nicht gleich offensichtlich, aber dafür umso subtiler. Als zweitgrößter Nutzer mit einem Nutzungsanteil von gut 20 Prozent stehen zwei strategisch wertvoll gelegene Häfen unmittelbar unter Chinas Einfluss – einer am Anfang und einer am Ende des Kanals. Die Hafenanlagen gehören zwar offiziell Hongkong, das aber wiederum als Verwaltungszone China untersteht. Somit kann das Reich der Mitte nach eigenem Bedarf in den beiden Häfen frei schalten und walten und hat daher auch direkte Zu- und Eingriffsmöglichkeiten auf die 82 Kilometer lange Wasserstraße.

## US-Marine mit großen Interessen

Die aber ist als zweiter Aspekt auch extrem wichtig für die US-amerikanische Marine, um Flottenverbände schnell und unkompliziert von einer Küste an die andere verlagern zu können. Ohne den Kanal uneingeschränkt nutzen zu können, müssten alle Schiffe umständlich an Argentiniens Südspitze rund um Kap Hoorn einen viele tausend Kilometer langen Umweg fahren. Allein die beiden wichtigsten Stützpunkte der U.S. Navy, die in Norfolk im US-Bundesstaat Virginia auf der Atlantikseite und in San Diego in Kalifornien auf der Pazifikseite liegen, machen die Bedeutung des Panamakanals für die US-Marine deutlich.

Vor diesen Hintergründen sind die Sicherheitsorgen des 47. US-Präsidenten durchaus nicht von der Hand zu weisen, und haben ihre volle Berechtigung. Die Frage allerdings ist, wie er eine Lösung herbeiführen will. Denn Panamas Präsident José Raúl Mulino brüskierte ihn schon mit großen Worten auf dem Social-Media-Kanal X: „Wir bestimmen! Jeder Quadratmeter des Panamakanals und des umliegenden Gebiets gehört zu Panama und wird es auch weiter tun!“, erklärte er. Selbstbewusste Töne, die einem Präsidenten Trump nicht gefallen dürften.



Ein- und Ausfahrt des Panamakanals: Jährlich nutzen bis zu 14.000 Schiffe die über 100 Jahre alte Wasserstraße, die beim Transport von Gütern zwischen Ostasien und der US-Ostküste eine besonders große Bedeutung hat

## GESCHICHTE

# Ab 1903 war die Panamakanalzone US-Kolonie

Erst 1999 gingen die Hoheitsrechte aufgrund der 1977 unterzeichneten Torrijos-Carter-Verträge vollständig auf Panama über

Wirtschaftlich und auch militärisch bietet es sich geradezu an, die schmale Landverbindung zwischen den Kontinenten Nord- und Südamerika an der schmalsten Stelle für eine Wasserstraße zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean zu nutzen. Als Initialzündung erwies sich der finanzielle Erfolg des 1869 eröffneten Suezkanals.

In Mittelamerika sollte nun der Erbauer dieser Wasserstraße, der französische Graf Ferdinand de Lesseps, etwas Vergleichbares schaffen. Hierzu wurde 1879 in Frankreich eine Panamakanal-Gesellschaft gegründet mit Lesseps als Präsidenten. Es gehört zur Tragik Lesseps', dass er seinen Erfolg an der Kontinentalgrenze zwischen Afrika und Asien an der zwischen Nord- und Südamerika nicht

wiederholen konnte. Das Projekt endete im sogenannten Panamaskandal.

Die Vereinigten Staaten von Amerika erwarben 1904 die Konkursmasse und beendeten bis 1914 das Projekt. Die Eröffnungsfeierlichkeiten wurden wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges abgesagt. Sie wurden erst nach dem Krieg 1920 nachgeholt.

Da die USA den von ihnen fertiggestellten Panamakanal kontrollieren wollten und Panama zu Kolumbien gehörte, forderten sie von Letzterem die Übergabe des Kanalgebietes. Da Kolumbien nicht spurte, inszenierten die USA in Panama eine Revolution, deren Ergebnis die Loslösung Panamas von Kolumbien und ein 1903 gegründeter US-amerikanischer Satellitenstaat Panama wurde.

Die Operation Just Cause von 1989/90 zeigt, dass die USA keine vertraglichen Grundlagen benötigen, um Panama als ihren Hinterhof zu behandeln

Dieser von den Vereinigten Staaten geschaffene Marionettenstaat schloss noch im selben Jahr mit seinem Schöpfer den Hay-Bunau-Varilla-Vertrag. Benannt ist er nach dem US-Außenminister John Hay und Panamas außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister Philippe Bunau-Varilla. Bezeichnenderweise war Letzterer nicht etwa Panamense, sondern Franzose. In dem Vertrag überließ Panama den USA die Hoheitsrechte in der sogenannten Panamakanalzone, ein 1432 Quadratmeter großes Territorium, bestehend aus dem Panamakanal und einem Streifen von jeweils fünf Meilen (gut acht Kilometern) auf jeder Seite der Kanaltrasse mit Ausnahme von Panama-Stadt und Colón, aber dafür einschließlich dem gesamten Gatúnsee.

Dieser Vertrag, der die Kanalzone zu einem Außengebiet und damit de facto zu einer Kolonie der USA machte, wurde erst durch die 1977 geschlossenen Torrijos-Carter-Verträge abgelöst. Benannt sind diese nach ihren Unterzeichnern, dem Führer von Panamas Militärjunta von 1969 bis 1981, General Omar Torrijos, und dem Präsidenten der USA von 1977 bis 1981, Jimmy Carter. Die Verträge bestehen aus dem Neutralitätsvertrag, der die Neutralität des Kanals festlegte, und dem Panamakanalvertrag, der die Übergabe von Kanal und Kanalzone an Panama regelte. Nach einer Übergangszeit ab 1979, in der beide Vertragspartner den Kanal gemeinsam kontrollierten, ging 1999 die Kontrolle auf Panama alleine über. Manuel Ruoff

# Der grünen Blase geht die Luft aus

Während in Deutschland einflussreiche Kreise noch immer von der Transformation der Industriegesellschaft träumen, beenden amerikanische Finanzunternehmen das Bündnis aus Klima-Ideologie und Kapitalismus. Die grüne Party ist vorbei

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

**D**iese Bewegung kam überraschend. In den vergangenen Wochen verließen zahlreiche Großbanken und Vermögensverwalter wie Morgan Stanley, Wells Fargo, Citi, Bank of America, JP Morgan, Goldman Sachs und BlackRock die „Net Zero Asset Managers Initiative“, die bislang als wichtigste Vereinigung jene mächtige Klimallianz trug, die in den vergangenen Jahren eine grüne Klima-Blase aufgepumpt hatte, um damit die globale Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik von Grund auf zu verändern. Natürlich zum eigenen Vorteil.

Zu diesem Zweck ließ sich die tonangebende, vornehmlich angloamerikanische Finanzindustrie mit weltweiten Klima-Ideologen, mit den Grünen verschiedener Particolours ein und finanzierte diese mitsamt ihren NGOs und ihren Pseudo-Instituten. Doch nun wird aus der grünen Blase konsequent die Luft rausgelassen. BlackRock fürchtet um sein Renommee, der größte Vermögensverwalter der Welt begründet seinen Austritt damit, dass durch sein Engagement in der Allianz „Verwirrung über die Praktiken von BlackRock“ entstanden wäre. Damit sind der grünen Klima-Ideologie die finanziellen Grundlagen entzogen.

## Anfänge einer unheiligen Allianz

Begonnen hatte die Verbindung aus grüner Ideologie und Kapital am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Was damals geschah, zeigt sich bildlich nirgends so treffend wie in dem Film „Wall Street. Geld schläft nicht“ von Regisseur Oliver Stone aus dem Jahr 2010, in dem die Superhuschrecke Gordon Gekko, gespielt von Michael Douglas, im Anschluss an das Platzen der globalen Immobilienblase des Jahres 2008 sagt, dass wenn man so will, Grün die neue Blase sei und man deshalb in die grüne Wirtschaft investieren müsse.

Tatsächlich stieg die internationale Finanzwirtschaft nach dem Platzen der Immobilienblase von 2008 massiv in die Klimaindustrie ein – und schuf so eine neue Blase. Es entstand der Klima-Komplex, der mit all den Investitionen in Solarenergie und Windkraft oder auch mit der Errichtung eines weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionshandels kein Milliarden-, sondern ein Billionen-Geschäft verspricht.

Getragen wurde dieser Komplex neben der Klimaideologie, die mit einer dauerhaften Kommunikation der Angst vor dem unmittelbar bevorstehenden Weltuntergang popularisiert wurde, von einem Bündnis der Finanzindustrie, der Wall Street, des Weltwirtschaftsforums, der Medien- und Propagandaschaffenden sowie selbst ernannten Philanthropen. So lassen sich gern jene Leute nennen, die ihre Gier nach Anerkennung und Reichtum als Menschenliebe tarnen, weil sich mit kaum etwas mehr Geld verdienen lässt als mit Menschenliebe, tatsächlich jedoch nicht allzu selten mit ihren Projekten die Menschen und mitunter ganze Volkswirtschaften ins Unglück stürzen.

Was wie eine Verschwörungstheorie klingt, war ein ganz reales Bündnis, das die größte Umverteilung von Kapital und Macht in der jüngeren Geschichte der westlichen Welt vorantrieb. Neben der allgemeinen Lehre vom Kampf gegen den Klimawandel wurden dabei vor allem die ESG-Kriterien zu bestimmenden Maßstäben in Politik und Wirtschaft. ESG steht für „Environmental, Social, Governance“, also für willkürliche Vorgaben aus den Bereichen „Umwelt, Soziales und Unternehmensführung“. Mit ihnen wurde die Realwirtschaft von der Finanzwirtschaft regelrecht erpresst, indem die ESG-Kriterien, die nichts mit wirtschaftlicher Leistung, dafür umso mehr mit Ideologie zu tun hatten,



## NET ZERO ASSET MANAGERS INITIATIVE

Die Luft ist raus: Der Rückzug gleich mehrerer weltweit führender Finanzdienstleister und Investoren aus der „Net Zero Asset Managers Initiative“ entzieht der grünen Klima-Ideologie die ökonomischen Grundlagen  
Bild (Montage): pixelio

über den Aktienkurs der Unternehmen mitentscheiden sollten.

### Geschäfte mit der Weltrettung

Wie das funktionierte, erklärte in den Hochzeiten der grünen Blase der stellvertretende Vorsitzende von BlackRock, Philipp Hildebrand: „Wenn Sie als Unternehmen erkennen, dass Ihnen Kapital abgezogen und einem Konkurrenten mit einem höheren ESG-Score zugewiesen wird, weil Sie einen niedrigeren ESG-Score haben, welchen stärkeren Anreiz kann es geben?“

Auch der Gründer des Weltwirtschaftsforum, Klaus Schwab, gab freimütig Auskunft darüber, wie man die Wirtschaft auf Linie bringt: „Eine Gruppe grüner Aktivisten könnte vor einem Kohlekraftwerk demonstrieren, um eine strikte Durchsetzung der Umweltbestimmungen zu fordern, während eine Gruppe von Investoren im Sitzungssaal dasselbe tut, indem sie dem Werk den Zugang zu Kapital entzieht.“ Zudem könne sich die Investorengruppe entschließen, ein Geschäft mit grünen Anlagen zu machen, und deshalb die Investitionen aus dem Kohlekraftwerk zurückziehen. Gleichzeitig spendet sie Geld an Umweltaktivisten, die dann – gut ausgestattet – entsprechende Proteste inszenieren – und den Deal der Investoren umstrahlt ein philanthropischer Heiligenschein. Auszubaden haben dieses Gebaren vielmehr die Mittel- und die Unterschicht, für die steigende Energiepreise ein Problem darstellen.

Damit der Protest in der breiten Bevölkerung dennoch niedrig blieb, brauchte es ein Klima der Angst – und zwar der Angst davor, dass der bisherige Weg in den nahen Weltuntergang führen würde, und nur die neue, grüne Wirtschaft die bevorstehende Katastrophe verhindern würde. Und so wurde je-

der überdurchschnittlich warme Sommertag zur Hitzewelle erklärt, wozu unter anderem die mehrheitlich grünen Medien begleitend die Wetterkarten feuerrot einfärbten.

Dass die gängigen Klima-Definitionen zu einer Zeit entwickelt wurden, in der in Europa eine Kaltzeit herrschte, wurde ebenso ausgeblendet wie die Tatsache, dass es in der Welt zu früheren Zeiten nachweislich wärmer war als heute und die Menschheit damals sogar Blütephasen erlebte. Wer der Lehre von der bevorstehenden Apokalypsig widersprach, wurde in Politik und Medien sowie gerade auch in der Wissenschaftspublizistik nicht mehr berücksichtigt oder gar diskriminiert, herabgesetzt und als „Klimaleugner“ verschrien.

### Fatale Folgen für die Bürger

Anders als die 2008 geplätzte Immobilienblase sind die Kosten der grünen Klimablase für jeden Bürger, zumal in Deutschland, direkt spürbar. Die explosionsartig gestiegenen Strompreise und die steigenden Lebenshaltungskosten in allen Bereichen zeigen klar und deutlich, wohin all die Manöver wie die EEG-Umlage und die künstliche Verteuerung von Benzin und Diesel, die Subventionierung von Solar und Windkraft, von „grünem Stahl“ und „grünem Zement“ sowie nicht zuletzt die Finanzierung der grünen NGOs geführt haben.

Apropos Deutschland: Hier lobt sich der grüne Wirtschaftsminister Habeck dafür, den Strompreis gesenkt zu haben. Was er verschweigt, ist, dass er die EEG-Umlage nicht abgeschafft, sondern lediglich von der Stromrechnung der Endverbraucher in das allgemeine Steueraufkommen verschoben hat. Womit die Bürger die EEG-Umlage nicht mehr als Stromkunden zahlen, sondern als Steuerzahler. Dass dies das Subventionsunwesen für die Erneuerbaren Energien keineswegs retten kann, zeigte sich am Bundeshaus-

halt für das Jahr 2024. Die dort für die EEG-Umlage geplanten rund zehn Milliarden Euro waren bereits im Juni aufgebraucht, sodass ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden musste, in dem noch einmal rund zehn Milliarden Euro aufgerufen wurden.

Doch nun ist die Party vorbei. Kein Geringerer als der Präsident des Weltwirtschaftsforums, Børge Brende, äußerte in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ im Vorfeld der diesjährigen Tagung seiner Organisation in Davos: „Wir stehen zwischen den Weltordnungen. Das sind normalerweise sehr unruhige Zeiten.“ Zur Begründung seiner These sagte der Norweger, dass die weltweite Zusammenarbeit künftig immer mehr rein auf nationalen Interessen basieren werde. Nur in Deutschland verweigert man sich wieder einmal der neuen Realität, denn Deutsch-Sein heißt, eine Sache bis in den Abgrund hineinzuverfolgen.

### Gründe für den Ausstieg

In der globalen Finanzwirtschaft hat man indes längst begriffen, dass die Party vorbei ist. Gleich mehrere Motive bewogen die Finanzmogule, aus dem Klimageschäft auszusteigen. Der erste und wichtigste Grund ist, dass man an der Wall Street begriffen hat, dass die Liaison mit dem grünen Sozialismus letztlich die Volkswirtschaft und den eigenen Profit zerstört. Bereits Ende 2023 strichen Finanzdienstleister die Begriffe „Nachhaltigkeit“ und „Transformation“ aus den Fondsnamen, weil die Renditeerwartungen deutlich enttäuscht wurden. Gleichzeitig fragte die Generalstaatsanwaltschaft, ob die Vermögensverwalter ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen würden und sie treuhänderisch im Interesse ihrer Kunden tätig wären – oder ob sie im Sinne der Klimaideologie gegen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kunden handelten.

Klar wurde auch, dass die Globalisierung als treibende Kraft des Wohlstandes Geschichte ist und mittlerweile abgelöst wurde von zwei neuen Faktoren: erstens der Innovationsfähigkeit der Firmen, die immer mehr mit dem Begriff KI verbunden wird, und zweitens billige, verlässliche Energie. Eine Strategie, die Energie vom Zufall der Wetterlage abhängig macht und diese zudem stetig verteuert, ist da ökonomisch zum Scheitern verurteilt.

Insofern hat auch der neue US-Präsident Trump recht, wenn er mit dem Tanz seines Vorgängers Biden um die Erneuerbaren Energien Schluss macht und stattdessen auf die Renaissance fossiler Energieträger und die Förderung der Kernenergie setzt. Denn die Zukunft wird vor allem eines sein: energiegefräßig. Wer diese simple Wahrheit nicht begreift, wird sich aus der Weltwirtschaft und aus dem Wohlstand verabschieden. Mit Klima kann man keine Geschäfte mehr machen

Während die Finanzwirtschaft diese einfache Erkenntnis längst begriffen und darauf reagiert hat, verteidigt man in Deutschland weiter das Traumtanzen ins wirtschaftliche und gesellschaftliche Nirwana. Zumindest bislang. Denn vor wenigen Tagen, just zu dem Zeitpunkt, als sein ehemaliger Arbeitgeber BlackRock die Mitgliedschaft in der „Net Zero Asset Managers Initiative“ aufkündigte, erklärte der aussichtsreichste Bewerber um das Kanzleramt, Friedrich Merz, bei einer Wahlkampfveranstaltung, dass der Klimaschutz nicht wichtiger sein dürfe als der Erhalt der Industrie in Deutschland.

● **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** ist Schriftsteller, Dramaturg und Publizist. Zuletzt erschienen seine Biographien „Die Kommunistin. Sahara Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“ und „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit“ (beide Europa Verlag 2024).

[www.europa-verlag.com](http://www.europa-verlag.com)

## ● MELDUNGEN

## Jeden 5. Tag eine Vergewaltigung

**Dresden** – Im Jahr 2024 wurden in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden 76 Vergewaltigungen angezeigt. In 14 Fällen waren die Opfer unter 18 Jahre alt und in einem Fall noch im Kindesalter. Damit kam es im Durchschnitt jeden fünften Tag zu einem schweren sexuellen Übergriff. Im Vergleich zum Jahr zuvor, in dem die Ermittler 59 Anzeigen bearbeiteten, lag der Anstieg bei 29 Prozent. Noch dramatischer sieht der Trend mit Blick auf 2018 aus. Damals registrierte man in Dresden lediglich 35 Vergewaltigungen, sodass der Zuwachs in den letzten sechs Jahren 117 Prozent betrug. Bei den ermittelten Tatverdächtigen handelte es sich laut Polizeiangaben bis auf eine Ausnahme um Männer. 43 Prozent davon besaßen keinen deutschen Pass, was insofern bemerkenswert ist, als der Ausländeranteil in Dresden 2024 mit zwölf Prozent angegeben wurde. Immigranten traten also überproportional oft als Vergewaltiger in Erscheinung. **W.K.**

## Wasserstoff-Projekt zu teuer

**Potsdam** – Die Produktion von grünem Wasserstoff stößt in der Praxis auf massive Schwierigkeiten. Laut einer Untersuchung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) haben sich weltweit die globalen Projektankündigungen für grünen Wasserstoff in den vergangenen drei Jahren fast verdreifacht. Wie Adrian Odenweller, einer der beiden Autoren der Studie einräumt, wurden 2023 allerdings nur sieben Prozent der für dieses Jahr angekündigten Kapazitäten rechtzeitig fertiggestellt. Ursachen sind gestiegene Kosten, fehlende Zahlungsbereitschaft und regulatorischen Unsicherheiten. Untersucht hatten die PIK-Forscher für die Studie 1232 Projekte in aller Welt. Um diese Projekte bis 2030 fertigzustellen, sind laut der Analyse Subventionen bis zu 2,6 Billionen US-Dollar nötig. 97 Prozent der Projekte, die bis 2030 fertig sein sollen, befinden sich laut der Studie erst noch in der Konzept- oder Machbarkeitsstudienphase. **H.M.**

## Brücken-Chaos in Sachsen

**Meißen** – Nach dem Teileinsturz der Dresdner Carolabrücke und der Sperrung der Elbbrücke in Bad Schandau wegen Baufälligkeit wurde am 18. Dezember auch die Brücke im Zuge der Bundesstraße 101 bei Großenhain im Landkreis Meißen aufgrund einer akuten „Gefährdung der Tragfähigkeit des Bauwerks“ gesperrt. Diese überquerte die viel befahrene Bahnstrecke Dresden-Berlin. Einen Tag nach der negativen Sonderprüfung begann der Abriss, am Nachmittag des 21. Dezembers war die Überquerung weitgehend verschwunden, sodass der umgeleitete Bahnverkehr ab dem 24. Dezember wieder normal fließen konnte. In Dresden und der Sächsischen Schweiz registrierte die Bevölkerung das Geschehen in Großenhain mit Verwunderung. Immerhin schleppt sich der Abriss der Carolabrücke in der sächsischen Landeshauptstadt nun schon seit 18 Wochen hin – und in Bad Schandau passiert gar nichts. **W.K.**



BILD: MAURITIUS IMAGES / TRACY KING / ALAMY

Runter vom Sofa, ran an die Arbeit: Das fordert die Union von arbeitsunwilligen Bürgergeldbeziehern, die arbeiten könnten

### BÜRGERGELD

## Arbeitspflicht für Unwillige

CDU und FDP fordern, dass Leistungsbezieher eine Gegenleistung erbringen

VON JENS EICHLER

Im vergangenen Jahr bezogen rund 5,5 Millionen Menschen in Deutschland das sogenannte Bürgergeld. So bezeichnet die Politik die soziale Grundsicherung, die seit dem Jahr 2023 das frühere Hartz-IV-Geld abgelöst hat. In Deutschland lebende Menschen haben auf diese staatliche Subvention ein Anrecht, und dies aus unterschiedlichen Gründen. Die einen beziehen gar kein Einkommen aus einem Arbeitsverhältnis, die anderen zu wenig und stocken auf. Unter den Erstgenannten befinden sich auch diejenigen, die nicht arbeiten wollen und lieber vom Staat kassieren, als mit ihrer Arbeit und den sich ergebenden Abgaben zum Wohl aller beitragen und zum Wohlergehen Deutschlands investieren.

Warum jemand ein „Totalverweigerer“ ist, ob jemand nicht kann oder nicht will, lässt sich meist gar nicht eindeutig feststellen. Dem deutschen Datenschutz sei Dank, der sich gefühlt so ziemlich jeder sinnvollen Datenerfassung in

den Weg stellt, so lange es keine Banken oder Finanzämter sind. Fest aber steht, dass etwa 1,6 Millionen Menschen, die im Jahr 2024 Sozialhilfe bezogen, grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, aber teilweise die Erwerbstätigkeit verweigerten.

### Für Grüne sind Reiche faul

Für die Union und die Freien Demokraten ist das Grund genug von diesen Beziehern staatlicher Hilfe eine Gegenleistung zu fordern. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat diese Gruppe schon seit Monaten im Visier. Gerade erst zu Jahresbeginn forderte er: „Jeder, der in Deutschland Bürgergeld bezieht und arbeiten kann, muss arbeiten gehen. Andernfalls muss die Sozialhilfe gestrichen werden.“

Und auch die FDP stößt ins gleiche Horn. Jens Teutrine, Sprecher der FDP-Fraktion für das Bürgergeld, machte deutlich: „Wer arbeiten kann, aber grundlos nicht arbeitet, sollte keinen Anspruch auf die umfassenden Leistungen des Sozialstaates haben.“

Bemerkenswert dabei ist weniger der Inhalt dieser Aussagen, als vielmehr, dass über so eine Selbstverständlichkeit überhaupt diskutiert werden muss. Ja, dass es sogar deutsche Politiker gibt, die dies ablehnen. Fast ist man geneigt zu sagen, dass natürlich wieder die Grünen ganz tief in die Moralkiste greifen. Sie sind beinahe selbstverständlich empört. Jette Niezard, Chefin der Grünen Jugend, die regelmäßig mit ihren Aussagen bei Kollegen quer durch die Parteienlandschaft als auch beim Otto Normalbürger heftigstes Kopfschütteln auslöst, kommt auf eine ganz andere, dafür umso wahnwitzigere Idee, weil sie eine ganz andere Bevölkerungsschicht im Blick hat – Privatisers. Also Menschen, die bereits hart, innovativ und erfolgreich gearbeitet haben und nun die Früchte ihrer Arbeit ernten. „Die liegen nur faul rum und sollten zumindest gemeinnützige Arbeit leisten“, fordert die Grüne. Ihr und ihren Parteifreunden fällt zur Arbeitspflicht für arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger nur eine Vokabel ein: Arbeitszwang. Ein Begriff, der natür-

lich nicht willkürlich gewählt wurde, sondern an Arbeitslager und die dort verübten Grauen im Dritten Reich erinnern soll. Oder andersherum: Wer verlangt, dass jemand für das Geld, welches er vom Staat und damit von den Steuerzahlern bekommt, arbeitet, ist ein Nazi.

Für die SPD ist der Vorschlag hingegen nur ein Griff in die arbeitsmarktpolitische Mottenkiste. So jedenfalls nennt es SPD-Sprecher Martin Rosemann.

Markant aber ist noch eine weitere Zahl. Im letzten Jahr besaßen 2,64 Millionen Bürgergeldempfänger keinen deutschen Pass. Das ist knapp die Hälfte all derjenigen, die Bürgergeld überwiesen bekommen. Die Statistik unterscheidet dabei zwischen 1,89 Millionen Erwerbsfähigen und 750.000 Nicht-Erwerbsfähigen. Wer in diesem Zusammenhang von einer „Immigration in die deutschen Sozialsysteme“ spricht, liegt anhand dieser aussagekräftigen Zahlen nicht falsch. Darf man daher von diesen Menschen nicht zumindest eine Gegenleistung erwarten?

Um es an dieser Stelle auch gleich deutlich zu sagen: Viele Ausländer wären sogar froh, wenn sie sich sinnvoll betätigen und in Deutschland nützlich machen könnten. Und sei es mit gemeinnütziger Arbeit. Ein gutes Beispiel dafür liefert die Gemeinde Greitz in Thüringen an der Grenze zu Sachsen. Dort hat man seit Herbst 2024 Asylsucher zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet. Diese Pflicht gilt für alle, die ansonsten keine Arbeit oder Beschäftigung vorweisen können. Mit 80 Cent pro Stunde sind sie dabei. Wer jetzt die Nase rümpft, sollte aber vorsichtig sein. Nein, 80 Cent pro Stunde sind kein gesetzlich vereinbarter Mindestlohn. Aber dafür beziehen diese Menschen ja anderweitig staatliche Unterstützung und finanzielle als auch materielle Hilfe. Das wiederum bedeutet: Die 80 Cent Entlohnung kommen auf die staatliche Stütze „on top“ hinzu. Dabei ist man in Greitz sogar so großzügig, dass selbst ein Sprachkurs schon als Arbeit angesehen wird und von anderweitiger Arbeit befreit. Und das Angebot, sich nützlich zu machen, wird überaus gern und bereitwillig angenommen. Initiiert hat dies der CDU-Landrat im Landkreis Greitz, Ulli Schäfer. „Was ich von Asylbewerbern einfordere, erwarte ich auch von Deutschen. Jeder kann seinen Teil für die Gesellschaft leisten.“

Wenn man bedenkt, dass laut Bundesagentur für Arbeit rund 70 Prozent aller Arbeitslosen im Bürgergeld keine auf dem Arbeitsmarkt verwertbare Qualifikation haben, dann kann die Initiative von CDU und FDP nur begrüßt werden – auch von Grünen und SPD, falls es mit der von ihnen so oft beschworenen Solidarität der Gesellschaft auch nur annähernd ernst gemeint ist.

### ARZNEIKNAPPHEIT

## Lebensbedrohlicher Versorgungsengpass

Marktverengung, unzuverlässige Auslandsproduktion und ruinöser Preiskampf sind die Ursachen

Wie immer sind die Probleme hausgemacht. Im konkreten Fall geht es um Lieferengpässe von Arzneimitteln. Bei sieben Medikamenten wird derzeit sogar von einem Versorgungsengpass gesprochen, darunter wichtige Antibiotikasäfte für Kinder. Ein Versorgungsmangel werde nur dann festgestellt, wenn die Behörden die Versorgung der betroffenen Patienten als sehr kritisch einschätzen, heißt es von offizieller Stelle.

„Eine solche Situation gab es noch nie. So schlecht sind wir noch nie in ein neues Jahr gestartet“, sagt Thomas Preis, Chef des Apothekerverbands Nordrhein. Lieferengpässe gibt es derzeit übrigens deutlich mehr. Rund 450 werden laut Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte derzeit gelistet. „Die Hauptursache ist die Marktverengung in den vergange-

nen Jahren. Zahlreiche Wirkstoffe werden nur noch von wenigen Unternehmen im Ausland produziert. In Deutschland ist das unter anderem auf die sogenannten Rabattverträge zurückzuführen, bei denen die Krankenkassen jedes Jahr Wirkstoffe ausschreiben und den Zuschlag an die günstigsten Anbieter vergeben“, erklärt Albrecht Eisert, Chefapotheker in der Uniklinik RWTH Aachen.

Zudem wurden im Gesundheitssystem Festbeträge verankert, um die Ausgaben der Krankenkassen für Medikamente zu begrenzen. Der hohe Kostendruck hat dazu geführt, dass die Produktion patentfreier Arzneimittel fast komplett nach China verlagert wurde. Mit fatalen Folgen, wie die Covid-Pandemie zeigte. Pharmaxpertin Jasmina Kirchhoff vom Institut der deutschen Wirtschaft spricht seit

Längerem bereits vom „ruinösen Preiskampf bei generischen Arzneimitteln“.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach hatte schon Abhilfe versprochen. Ziel sei, Lieferketten breiter anzulegen, damit die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern abnimmt. Der Erfolg scheint bislang kaum messbar. „Die Maßnahmen der Ampel haben nahezu keine Wirkung gehabt“, sagt Verbandschef Preis.

Denn das Rad lässt sich offenbar nicht ganz zurückdrehen. Man werde es nicht schaffen, für jedes Medikament einen europäischen Hersteller zu finden, heißt es aus der Branche. Die Gewinn-Margen sind wohl zu gering. Das Europaparlament hatte im Frühjahr 2024 ein Gesetz verabschiedet, das den Arzneimittelmarkt in der EU reformieren soll. Die Reform sieht unter anderem Fördermaßnahmen

für die Entwicklung neuer Antibiotika und einen leichteren Zugang zu preisgünstigen Medikamenten vor. Auf dieser Grundlage könnte die EU-Kommission etwa die Pflicht einführen, für bestimmte Arzneimittel einen Vorrat sicherzustellen. Doch ob derartige Regulierungen wirklich Abhilfe schaffen, das glauben Experten nicht unbedingt.

In Deutschland gibt es zudem ein weiteres Problem. Selbst wenn Medikamente vorrätig sind, fehlt es vielerorts an den notwendigen Apotheken. „Nach drei Jahren Ampelregulierung mit Apothekenschließungen auf Rekordniveau wird die neue Regierung gefordert sein, die öffentlichen Apotheken mit schnell wirkenden Sofortmaßnahmen zu stabilisieren“, fordert Preis mit Nachdruck sowie aus Sorge um die Patienten. **Peter Entinger**

## WIRTSCHAFT

## Jetzt auch noch Seuchengefahr

Bürokratie, unfaire Konkurrenz, Steuern – MKS: Berliner Woche von Problemen der Bauern überschattet

VON HERMANN MÜLLER

Im Jahr 1938 fiel die Grüne Woche wegen der seinerzeit grassierenden Maul- und Klauenseuche (MKS) aus. Nur kurz vor der Eröffnung der diesjährigen Grünen Woche ist die hochansteckende Tierseuche nun bei einer Herde von Wasserbüffeln im Berliner Umland festgestellt worden. Der betroffene Agrarbetrieb liegt nur knapp eine Autostunde vom Messegelände entfernt.

In Deutschland war MKS letztmalig im Jahr 1988 in Niedersachsen aufgetreten. In Europa war die Krankheit zuletzt 2011 in Bulgarien festgestellt worden. Um den aktuell von MKS betroffenen Tierbetrieb in Hönow bei Berlin wurde ein Sperrkreis errichtet. Alle elf Tiere der Herde werden getötet.

Anders als in den 1930er Jahren wurde die Agrarmesse wegen der Maul- und Klauenseuche aber nicht abgesagt. Wegen der Seuchengefahr fehlen in diesem Jahr auf dem Messegelände am Berliner Funkturm allerdings Rinder, Schafe, Ziegen und andere Paarhufer. Hintergrund ist die Sorge, die Tierseuche könnte sich über die Grüne Woche mit ihren 1400 Ausstellern aus fast 60 Ländern flächendeckend ausbreiten: MKS ist hochansteckend. Die Seuche überträgt sich über die Atemluft, Dung, Milch und Speichel. Selbst eine indirekte Übertragung durch Tiertransporter oder Kleidung ist möglich.

## Zum Glück nur ein Fall

Derzeit geben die Verantwortlichen im Hinblick auf den betroffenen Landkreis Märkisch-Oderland allerdings vorsichtig Entwarnung: „Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es weiterhin keine Hinweise auf eine Ausbreitung der MKS“, so Brandenburgs Landwirtschaftsministerium einen Tag vor Beginn der Grünen Woche. Laut dem Deutschen Raiffeisenverband hat die Tierseuche allerdings schon jetzt immense wirtschaftliche Folgen. Obwohl die Krankheit nur bei drei Tieren einer einzigen Herde festgestellt wurde, hat Deutschland insgesamt seinen Status als „seuchenfrei“ verloren.

Folge sind Handelsbeschränkungen. Südkorea, Mexiko und Großbritannien haben die Einfuhr von Schweinefleisch aus Deutschland verboten. Bis Deutschland wieder als seuchenfrei gilt und Han-



Wohl eingedämmt, trotzdem folgenschwer: Maul- und Klauenseuche nach Jahrzehnten wieder da

Bild: Action press

delsbeschränkungen wieder aufgehoben werden, vergehen selbst im günstigen Fall drei Monate. Nach den Belastungen durch die Afrikanische Schweinepest sind dies Nachrichten, die eine ohnehin angeschlagene Agrarbranche treffen.

Vor einem Jahr hatte die Grüne Woche noch vor dem Hintergrund massiver Proteste von Landwirten stattgefunden. Anlass war der Plan der Bundesregierung, auch für Landwirtschaftsfahrzeuge eine Kfz-Steuer einzuführen und die steuerliche Belastung von Agrardiesel drastisch zu erhöhen. Die massiven Proteste zwangen die Ampel-Regierung, ihre Pläne im Agrarbereich teilweise zurückzunehmen oder zeitlich zu strecken.

Aus Sicht des Präsidenten des Deutschen Bauernverbands Joachim Rukwied haben die Landwirte mit ihren Protesten vor einem Jahr „ein Stück weit den Nerv der Bevölkerung getroffen“. Gegenüber dem „Münchener Merkur“ sagte Rukwied, die Bauernproteste hätten der Ampel-Regierung den ersten Riss zugefügt.

Rukwied nutzte den Auftakt der diesjährigen Grünen Woche, um politische Forderungen zu formulieren. Ein großes Thema für die Landwirte ist die Flut von Vorschriften: „Die Bürokratie nimmt uns die Luft vom Atmen“, so der Bauernpräsident. Rukwied nannte als Beispiele, dass bei Düngevorgaben und in der Tierhaltung doppelt dokumentiert werden müsse. Auch die sogenannte Stoffstrombilanz sei „ein Papier für die Tonne“.

## Fehlender Wille statt „Vollgas“

Laut Rukwied bestehen viele Möglichkeiten zur Bürokratieentlastung, allerdings würden nur wenige umgesetzt. Mit Blick auf das Bundeslandwirtschaftsministerium sprach der Bauernpräsident vom fehlenden Willen, Vorschläge zur Bürokratieentlastung umzusetzen. Dabei hatte Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) noch im Juni 2024 „Vollgas“ beim Bürokratieabbau für Landwirte angekündigt. Özdemir dürfte bei der Eröffnung der diesjährigen Grünen Woche

vermutlich einen der letzten großen Auftritte in seiner Funktion als Bundeslandwirtschaftsminister gehabt haben. Der Grünen-Politiker kandidiert nicht mehr für den Bundestag, stattdessen will er in die Landespolitik von Baden-Württemberg wechseln.

Nach der Bundestagswahl werden sich sein Nachfolger und auch die gesamte nächste Bundesregierung vermutlich sehr schnell mit Forderungen der deutschen Landwirte konfrontiert sehen. Neben der immer weiter ausufernden Bürokratie sorgt der Agrarteil des EU-Handelsabkommens mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten für viel Unmut bei den Bauern. Bauernpräsident Rukwied nennt das Abkommen „schlichtweg inakzeptabel“ und fordert Nachverhandlungen. Hierzulande werden Agrarprodukte unter hohen Standards hergestellt, dagegen wirtschaftete die Landwirtschaft in Südamerika „zu den Standards des letzten Jahrhunderts“, so der Bauernpräsident.

## PARLAMENT

## „Ein Stück weit Theater“

Mal „Brandmauer“, mal nicht: Viel Hin und Her um die AfD im Potsdamer Landtag

Jan Redmann, CDU-Fraktionschef im Landtag von Brandenburg, hat Vorwürfe in Richtung des früheren Koalitionspartners SPD erneuert. Am 14. Januar erinnerte Redmann in einer Fraktionspressekonferenz daran, dass Dietmar Woidke (SPD) bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten im Dezember mehr Stimmen erhalten hatte, als die Koalition von SPD und Bündnis Sahra Wagenknecht im Landtag insgesamt aufbieten kann. Da Redmann ausschließt, dass Abgeordnete seiner Fraktion Woidke mitgewählt haben, müssen die zusätzlichen Stimmen von der AfD gekommen sein, so die Schlussfolgerung des CDU-Landeschefs.

Redmann schilderte bei der Pressekonferenz auch erneut seinen Eindruck, dass sich der Ton der SPD im Landtag gegenüber der AfD verändert hat. Tatsächlich ist vor Kurzem der AfD-Abgeord-

nete Lars Hünich zum Vorsitzenden des Agrarausschusses des Landtags gewählt worden. Für Hünich gab es in geheimer Abstimmung im dem Ausschuss vier Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen.

Im Kontrast zur Diagnose vom geänderten Ton im Landtag steht allerdings, dass der Bildungsausschuss des Landtages bislang keinen Vorsitzenden hat. Hier ist ein Kandidatenvorschlag der AfD-Fraktion am 15. Januar in drei geheimen Wahlgängen gescheitert. Das Vorschlagsrecht für diesen Posten liegt bei der AfD-Fraktion als zweitstärkster Kraft im Landesparlament.

Vorgeschlagen hatte die Fraktion Dominik Kaufner. Der promovierte Historiker hat bis vor wenigen Monaten noch als Gymnasiallehrer für Englisch und Geschichte gearbeitet. Nach eigenen Anga-

ben hat Kaufner neun Jahre im Berliner Schulsystem gearbeitet, davor fünf Jahre an der Universität unterrichtet und auch selbst angehende Lehrer ausgebildet. Dennis Hohloch, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, sagte zum Kandidatenvorschlag: „In den letzten Jahren war kein Vorsitzender des Bildungsausschusses so qualifiziert, diese Arbeit zu übernehmen. Ich kann mich auch an keinen Bildungsminister in den letzten Jahren erinnern, der diese Qualifikation vorweisen konnte.“

Im Vorfeld des entscheidenden Sitzungstermins des Bildungsausschusses hatte allerdings ein Bündnis aus Landeschülerrat, Landesjugendring und der Fachverband Jugendarbeit gegen die Wahl von Kaufner mobilgemacht. Gegenüber dem Sender rbb sagte Björn Schreiber, Geschäftsführer des Landesjugendrings,

die Wahl eines AfD-Politikers zum Vorsitzenden des Ausschusses sei ein Schlag ins Gesicht vieler Initiativen, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzten.

Auch die Fraktionen von SPD und CDU kündigten vor der Abstimmung im Bildungsausschuss an, Kaufner nicht zum Ausschussvorsitzenden zu wählen. CDU-Fraktionschef Redmann begründete dies unter anderem mit einer Veröffentlichung Kaufners im Magazin „Sezession“.

Der BSW-Fraktionschef Niels-Olaf Lüders hatte dagegen im Vorfeld der Abstimmung angedeutet, dass seine Fraktion im Ausschuss möglicherweise mit Enthaltung stimme. Lüders sagte: „Die Aufregung um den Ausschussvorsitz ist auch ein Stück weit Theater, das nicht den demokratischen Gepflogenheiten entspricht. Wir wollen uns da auf Sachebene auseinandersetzen.“ H.M.

## KOLUMNE

## Ist das alles?

VON THEO MAASS

Bisher ist es „nur“ eine Intrige von lokaler Bedeutung. Die erfundene Geschichte von sexueller Belästigung gegen den Grünen-Bundestagsabgeordneten Stefan Gelbhaar kostete diesen seine Aussicht auf den Verbleib im Bundestag. Eine „Anne K.“, die offenbar gar nicht existiert, hatte Vorwürfe mit einer „eidesstattlichen Erklärung“ erhoben ohne Datum und allem, was dazu gehörte. Zwei andere schwere Vorwürfe beruhten auf anonymen E-Mails, die dem rbb vorliegen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der „Tagesspiegel“ und andere linke Medien griffen das Thema groß auf.

Funktionäre der Partei nötigten Gelbhaar dazu, auf eine Kandidatur auf der Landesliste zu verzichten. Profiteur ist der Linksflügler Andreas Audretsch (40), der sich als Wahlkampfmanager von Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck betätigt. Audretsch sagte im Deutschen Bundestag, als es eigentlich um hohe Spritpreise ging, in Richtung AfD: „Zu einer wehrhaften Demokratie gehört es auch, mit bestimmten Gruppierungen nicht zu sprechen. Das ist der Grundsatz. Und das bedeutet für mich, dass ich mit Rechtsextremisten nicht spreche, mit Rechtsextremisten nicht in einen politischen Dialog gehe.“

Gelbhaar wurde auch als Direktkandidat der Grünen in Berlin-Pankow abgewählt. Ob das Ganze sich zu bundespolitischer Bedeutung auswächst, ist noch unklar. Die Berliner Partei bemüht sich um Schadensbegrenzung. Shirin Kreße, die wohl hinter „Anne K.“ steckt, kam ihrem Parteiausschluss durch Austritt zuvor.

Merkwürdig erscheint das hartleibige Schweigen, mit dem die Bundesspitze der Grünen alle Fragen nach den Hintergründen der Affäre wegbügelt. Das nährt den Verdacht, dass hier etwas sehr viel Größeres lauert. Man wird sehen.

## MELDUNG

## Jedes vierte Hallenbad zu

Berlin – Fast jedes vierte Hallenbad – acht von 35 – in Berlin ist geschlossen, weil saniert, repariert oder umgebaut wird. Die Gründe wie Brände, Wasserrohrbrüche oder Bürokratie sind vielfältig. Das Kombibad Mariendorf beispielsweise ist seit einem Brand geschlossen. Die Renovierung kommt nicht voran, weil ein Finanzierungsbescheid fehlt. Das Wellenbad am Spreewaldplatz ist seit drei Jahren eine Baustelle, ähnlich sieht es mit der Schwimmhalle Zingster Straße aus. Im Paracelsus-Bad wird seit 2019 gebaut. Das Stadtbad Charlottenburg ist seit 2021 gesperrt, ohne dass sich etwas tut. Stadtbad Lichtenberg ist schon seit 1991 geschlossen. Stadtbad Mitte „James Simon“ ist wegen eines Wasserrohrbruchs außer Betrieb, soll aber „demnächst“ wieder öffnen. Die Schwimmhalle in Marzahn am Helene-Weigel-Platz soll nach nur zweimonatiger Reparaturzeit im März 2025 wieder öffnen. An Stelle der abgerissenen Schwimmhalle Holzmarktstraße in Friedrichshain soll bis 2029 ein neues Bad entstehen. F.B.

## ● MELDUNGEN

## Polen stützt 5-Prozent-Ziel

**Warschau** – Polens Regierung unterstützt die Forderung von Donald Trump, dass Nato-Länder fünf Prozent ihrer der Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben sollen. Wie Verteidigungsminister Wladyslaw Kosiniak-Kamysz der „Financial Times“ mitteilte, sei die Republik Polen bereit, als transatlantisches Bindeglied zwischen Trump und Europa zu dienen. Der Minister bezeichnete die Forderung Trumps als „wichtigen Weckruf“. Polen selbst hat seit 2022 seine Verteidigungsausgaben verdoppelt. Der Haushaltsentwurf des polnischen Staates sieht für 2025 Militärausgaben von etwa 41 Milliarden Euro vor. Dies entspricht rund 4,7 Prozent des polnischen Bruttoinlandsprodukts. Laut Verteidigungsminister Kosiniak-Kamysz verfolgt Polen in der EU das Ziel, durch Umschichtung bestehender Mittel im nächsten EU-Haushalt 100 Milliarden Euro für Verteidigungsausgaben zu reservieren. **H.M.**

## Aus für Sowjet-Denkmäler

**Astana** – Im Gegensatz zu anderen Ex-Sowjetrepubliken haben viele Sowjet-Denkmäler in Kasachstan die letzten 30 Jahren überdauert. Seit einiger Zeit aber mehren sich Stimmen, die von der Regierung in Astana fordern, die Symbole der totalitären Vergangenheit zu entfernen. Bislang hatte Präsident Qassym-Schomart Toqajew versucht, ein Gleichgewicht zwischen der eigenen nationalen Identität und der sowjetischen Vergangenheit zu halten. Seit 1991 wurden bereits Denkmäler sowjetischer Persönlichkeiten wie Lenin, die nichts mit Kasachstans Geschichte zu tun haben, entfernt. Meist wurden sie jedoch nicht abgerissen, sondern an Orten außerhalb der Zentren aufgestellt, für die der Staat große Mittel für Wartung und Restaurierung ausgibt. Da die Sowjetzeit mit Hunger, Repression und der Verdrängung der eigenen Kultur einherging, nimmt die Kritik an der bisherigen Praxis stark zu. **MRK**

## Im Sommer droht Gaskrise

**Brüssel** – Ein weiteres Sanktionspaket der EU gegen Russland könnte neben Aluminium auch Flüssiggas betreffen. Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, drängt eine Gruppe von zehn EU-Ländern, darunter Polen und Schweden, neue Maßnahmen gegen russische Exporte von Flüssiggas (LNG) zu ergreifen. Mit Widerstand von Frankreich und den Niederlanden, bislang die größten Importeure von russischem LNG, wird nicht gerechnet. Der Wegfall russischer Lieferungen würde die EU allerdings in einer Lage treffen, in der die bisherige Versorgung Ungarns und der Slowakei mit russischem Pipelinegas weggefallen ist. Die Ukraine lässt seit Jahresbeginn keine russischen Gaslieferungen über ihr Gebiet mehr zu. Nach Angaben von Bloomberg sind die Gasspeicher in der EU derzeit noch gut gefüllt. Problematisch könnte die Lage allerdings im Sommer werden, wenn Europa auf dem Weltmarkt vor allem mit Käufern aus Asien um Flüssiggaslieferungen konkurrieren muss. **H.M.**

## KALIFORNIEN

# Das tödliche Versagen von Los Angeles

Grüne Umweltaktionen, Sozialromantik und LGBTQ+-Projekte waren wichtiger als Katastrophenschutz

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die kalifornische Metropole Los Angeles hat die schlimmste Flammenhölle seiner Geschichte durchlebt – und das Inferno ist kein Hollywood-Spektakel. Ab dem 7. Januar entwickelten sich in der zweitgrößten Stadt der USA acht Großfeuer, die zu einer der schwersten Brandkatastrophen in der Geschichte der Vereinigten Staaten führten.

Neben dem Tod von mindestens 27 Menschen und unzähligen Verletzten ist der Verlust von mehr als 12.000 Gebäuden auf einem über 160 Quadratkilometer großen Gebiet zu beklagen, womit der materielle Gesamtschaden im zweieinigen gar dreistelligen Milliardenbereich liegen wird.

### Desaströse grüne Forstwirtschaft

Wie neuerdings in solchen Fällen leider schon üblich, wurde das Inferno umgehend auf den angeblich vom Menschen verursachten Klimawandel zurückgeführt. Das ist falsch und wurde von neutralen Experten und Meteorologen bereits widerlegt. Tatsächlich gab es ganz

andere Auslöser. So nahm die Polizei inzwischen bereits mindestens drei Brandstifter fest. Darüber hinaus waren wohl auch Feuerwerkskörper im Spiel.

Ansonsten resultierte das verheerende Feuer aus etlichen Fehlleistungen der Verantwortlichen in Los Angeles beziehungsweise dem Bundesstaat Kalifornien. Die örtlichen Stromversorger schalteten nicht genügend Freileitungen ab, obwohl eine Sturmwarnung vorlag und Kurzschlüsse drohten, welche angesichts der vertrockneten Vegetation extrem gefährlich werden konnten.

Dass solche in überreichlichem Maße existierte, war wiederum eine Folge der desaströsen grünen Forstwirtschaft vor Ort. Anstatt das dürre Unterholz zu entfernen oder durch kontrollierte Brände prophylaktisch zu reduzieren, wie man es jahrzehntelang erfolgreich praktiziert hat, spielt man nun seit einigen Jahren auf Zeit. Dies geschah mit maßgeblicher Rückendeckung des demokratischen Gouverneurs von Kalifornien, Gavin Newsom.

### Kein Wasser wegen Umweltschutz

Dieser trägt außerdem eine Mitschuld daran, dass die Löschwasserreservoirs in

Los Angeles keine ausreichenden Füllstände aufwiesen. Denn der Gouverneur hatte sich 2020 aus Umweltschutzgründen geweigert, einer Aufforderung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump nachzukommen, mehr Regenwasser aus Nordkalifornien ins trockene Südkalifornien zu leiten und dort zu speichern. Deswegen standen die Feuerwehrleute dann oft vor Hydranten, aus denen nicht ein Tropfen Wasser mehr herauskam.

Gleichzeitig war das Los Angeles Fire Department (LAFD), welches während der Brände Unterstützung von Kollegen aus anderen Bundesstaaten sowie Mexiko benötigte, selbst nicht sonderlich gut ausgestattet. Das lag zum einen an drastischen Budgetkürzungen und zum anderen an der Personen an der Spitze der Feuerwehr und einer von ihnen zu verantworteten falschen Personalpolitik.

### Frauen-Quote statt Kompetenz

Die ebenfalls demokratische Bürgermeisterin von Los Angeles, Karen Bass, hatte die finanziellen Mittel für das LAFD im Haushaltsjahr 2024/25 um 17,6 Millionen US-Dollar gekürzt – ursprünglich sollten es sogar 23 Millionen sein. Das frei wer-

dende Geld steckte das afroamerikanische Stadtoberhaupt zumeist in groß angelegte Programme zur Anmietung von Hotelzimmern für Obdachlose, wobei die Mittel aber zur Hälfte ungenutzt blieben.

Auf jeden Fall liegt das Budget des LAFD nun ein Drittel niedriger als die Summe, welche die Stadt für Obdachlose aufwendet. Darüber hinaus wurden Transgender-Projekte gesponsert wie etwa die „Mitternachtsspaziergänge“ durch Los Angeles. Wie wenig Brass ihrem Amt gewachsen ist, zeigte sich auch daran, dass sie trotz der Waldbrandwarnung nach Ghana reiste und bei ihrer Rückkehr inmitten der Feuerkatastrophe vor der Presse regelrecht flüchtete.

Ebenso scheint die Führung des LAFD eher nach „Diversitäts“-Kriterien als nach Kompetenz ausgewählt worden zu sein. So bekleidet Kristin Crowley seit 2022 das Amt des obersten Feuerwehrchefs. Die erste offen lesbische Person an der Spitze des LAPD sah es vor dem Brand als ihre dringlichste Aufgabe an, mehr Frauen und „LGBTQ+-Menschen“ einzustellen: „Je diverser die Feuerwehr, desto besser können wir einer diversen Stadt wie Los Angeles dienen.“ Man darf also durchaus die Frage stellen, was die sexuelle Ausrichtung einer Person mit der Löschkompetenz eines Feuerwehrmannes zu hat.

### Diversität vor Leistungsfähigkeit

Crowley zur Seite stehen Kristina Kepner, gleichfalls lesbischer Assistant Chief des LAPD, und Kristine Larson, die erste lesbische Leiterin der Abteilung für Gleichstellung und „menschliche Ressourcen“. Von Larson kursiert ein Video in den sozialen Medien, in dem sie die Diversitätspolitik der Feuerwehr lobt. Dann kontert die Afroamerikanerin den Einwand einer Bürgerin, „Sie könnten meinen Ehemann aber nicht aus dem Feuer tragen“, mit den zynischen Worten: „Er hat sich an den falschen Ort gebracht, wenn ich ihn aus dem Feuer heraustragen muss.“

Angesichts all dessen und einer verheerenden Schaden- und Opferbilanz prasselt jetzt heftige Kritik auf Newsom, Brass, Crowley und Larson nieder. Dabei wird die Brandtragödie als Folge einer selbstzerstörerischen Politik und ideologischen Verblendung in Kombination mit persönlicher Unfähigkeit bezeichnet und als trauriges Kapitel in die Geschichte der „Stadt der Engel“ eingehen.



Ein Feuerwehrmann steht beinahe hilflos vor dem Flammenmeer im Mandeville Canyon von Los Angeles

## JEKATERINBURG

## Zu viel Boris Jelzin im Jelzin-Zentrum?

Moskauer Scharfmacher verlangen Schließung der Gedenkstätte – Bürger der Region halten an ihr fest

Nach Ansicht sogenannter Turbo-Patrioten ist das Jelzin-Zentrum in Jekaterinburg eines der skandalösesten Museen Russlands. Sie werfen ihm schändliches Handeln vor, da es dort geschlechtsneutrale Toiletten geben soll, und überhaupt gebe es zu viel Boris Jelzin im Jelzin-Zentrum. Sie wollen es am liebsten geschlossen sehen, doch dagegen gibt es Widerstand. Einheimische weisen auf die aufklärerische Mission des Zentrums hin. Sie sehen es als Symbol ihrer Stadt Jekaterinburg.

Das Jelzin-Zentrum steht schon länger unter dem Druck der Patrioten, die jegliche Kritik am politischen System Russlands unterdrücken wollen. Ende November bekam das auch Nina Chruschtschow, die Urenkelin des sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow, zu spüren, als die angekündigte Präsentation ihres Buchs

über ihren Vorfahren kurzfristig abgesagt wurde. Sie ist Professorin an der New Yorker New School University. Weil sie Kritik am russischen Einmarsch in die Ukraine und an russischen Behörden geübt hatte, bezeichneten die Hardliner sie gar als Spionin und verlangten ihre Festnahme.

Was stört Leute wie Filmregisseur Nikita Michalkow – der einst ein eifriger Jelzin-Unterstützer war – und Fernsehmoderator Wladimir Solowjow an dieser Gedenkstätte? Sie kritisieren die zu positive Darstellung des ersten Präsidenten Russlands sowie dass das Zentrum den Geist der 1990er Jahre atmet und die Besucher an eine „freie und kreative Ära“ erinnert. Die Moskauer Hardliner wittern darin „unzureichenden Patriotismus“.

Dabei folgt das Jelzin-Zentrum lediglich einem 2008 verabschiedeten Gesetz,

demzufolge jeder russische Präsident, der sein Amt nicht mehr ausübt, sich an der Schaffung seines eigenen Zentrums beteiligen muss. Jelzins Zentrum ist wie eine eigene Stadt aufgebaut.

Am Eingang begrüßt eine lebensgroße Statue des stattlichen Politikers die Besucher, und auf mehreren Etagen wird ungeschönt das Leben der damaligen Zeit gezeigt. Es gibt eine Bank, ein Fitnesscenter, Geschäfte, Souvenirläden, Cafés und Restaurants. In einem Lebensmittelladen ist eine gelangweilte Verkäuferin zu sehen, die nur ein paar Konservendosen im Angebot hat. Die bolschewistische Revolution, in deren Folge eine blutige politische Diktatur entstand, in der Massenterror herrschte, wird ebenso offen gezeigt wie Kritik an der Perestrojka oder Querelen im Kreml. Als Errungenschaft der Jelzin-Ära

wird die Bildung einer neuen Mittelschicht hervorgehoben mit Kleinunternehmern, dem sich entwickelnden Bankensektor und freien Medien. Jelzin werde als rundum guter Politiker dargestellt, während seine Gegner als bedingungslos böse stigmatisiert würden, sagen die Kritiker.

Junge Menschen, die diese Zeit nicht erlebt haben, schätzen die moderne Präsentation, die interaktiven Exponate wie Beispiele der Musik und Kultur der 90er Jahre. Besonderes Interesse finden eine typische Wohnungseinrichtung mit Schrankwand, Fernseher und Sofa oder auch der präzise Nachbau von Jelzins Präsidentenamt. Vermutlich ist es die Erinnerung an ein freieres Russland, welche die Anhänger des Putin-Regimes fürchten. Was, wenn junge Menschen von dem 90er-Geist infiziert würden? **Manuela Rosenthal-Kappi**

VON ROBERT MÜHLBAUER

Mit dem Atomausstieg hat sich Deutschland auf einen internationalen Sonderweg begeben, einige Kritiker wie der Ökonom Hans-Werner Sinn sprechen sogar von einer „Geisterfahrt“. Ein neuer Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) unterstreicht diese Sicht sogar. Laut IEA gibt es eine globale Renaissance der Kernenergie. Das Interesse an Kernenergie sei so groß wie seit der Ölpreiskrise in den 70er Jahren nicht. Zwar habe diese Form der Energieerzeugung „in den letzten Jahren mit einer Reihe von Herausforderungen zu kämpfen“.

Jedoch erlebe die Kernenergie „ein starkes Comeback, mit steigenden Investitionen, neuen technologischen Fortschritten“. Während einige wenige Länder wie Deutschland komplett ausgestiegen sind, haben mehr als 40 Länder der Erde Pläne, ihre Nutzung der Kernenergie auszubauen. Es gebe viele Anzeichen für „eine neue Ära der Kernenergie“, sagte IEA-Chef Fatih Birol.

#### Historischer deutscher Fehler

Die Stromerzeugung der weltweiten Flotte von knapp 420 Reaktoren werde 2025 einen neuen Rekordwert erreichen. Japan hat seine Stromerzeugung mit Atomkraftwerken – die nach dem Reaktorunglück in Fukushima 2011 gestoppt wurde – schrittweise wieder aufgenommen. In Frankreich sind die Wartungsarbeiten an den Reaktoren abgeschlossen, sodass dort wieder mit voller Leistung Atomstrom produziert wird. Neue Reaktoren gehen in zahlreichen Ländern ans Netz, allen voran in China, aber auch in Indien, Korea, der Türkei und teils auch Europa, etwa in Großbritannien und Frankreich.

IEA-Chef Birol äußerte bei der Vorlage des Berichts Kritik an der deutschen Entscheidung zum Atomausstieg. „Deutschland hat einen historischen Fehler gemacht“, sagte der Leiter der in Paris ansässigen Internationalen Energieagentur. Diese ist eine unabhängige Einheit der Industrieländerorganisation OECD.

#### Strombedarf wird stark zunehmen

Kernkraftwerke tragen derzeit zehn Prozent zum globalen Strommix bei. AKWs sind damit die zweitwichtigste CO<sub>2</sub>-arme Energiequelle, nach Wasserkraft (13 Prozent) und vor Wind (acht Prozent) und Solar (sechs Prozent), wobei vor allem der Anteil von Windstrom global seit Jahren deutlich zulegt. Der wichtigste Energieträger ist nach wie vor Kohle. Kohlekraftwerke produzieren mehr als ein Drittel (36 Prozent) des globalen Strommix, gefolgt von Gaskraftwerken (22 Prozent).

Der Strombedarf wird in Zukunft stark steigen, betonen die IEA-Experten. Das liegt nicht nur am klassischen Verbrauch von Industrie und Privathaushalten, etwa



Kernkraftwerke sind wieder gefragt: 63 neue Anlagen befinden sich derzeit weltweit im Bau

Bild: imago/YAY Images

#### INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR

## Globales Comeback der Atomenergie

In 40 Ländern Pläne für Kernenergie-Ausbau – CDU-Chef Friedrich Merz glaubt trotzdem nicht an Rückkehr deutscher Atomkraftwerke

für elektrisches Licht oder Klimaanlage. Hinzu kommt vielmehr der künftig stark zunehmende Stromverbrauch für Elektroautos, Datenzentren und Computer mit Künstlicher Intelligenz sowie für – gerade von Grünen propagierte – elektrische Heizungen.

Weltweit sind derzeit nach IEA-Angaben 63 neue Kernkraftwerke im Bau, die über 70 Gigawatt Leistung haben werden. Dieses Ausbauniveau sei eines der größten seit den neunziger Jahren. Zudem wurde in den vergangenen fünf Jahren der Bau von weiteren 60 Reaktoren zusätzlich beschlossen.

#### Rückbau hat begonnen

Nicht verwunderlich: China baut sehr schnell. Während in westlichen Ländern der Neubau – etwa beim britischen Kernkraftwerk Hinkley Point C – oft Jahrzehnte dauert, vollendet China neue Atomkraftwerke (AKW)durchschnittlich in le-

diglich sieben Jahren. Allerdings sei die Nukleartechnik zu stark abhängig von Technik aus China oder Russland, findet die IEA. Von den jüngst neu gebauten Kraftwerken haben fast alle chinesische oder russische Designs. Und Russland hat mit 40 Prozent bei der globalen Uran-Erzeugung und Anreicherung einen überaus bedenklich hohen Marktanteil. Die IEA rät deshalb zu einer spürbar größeren Diversifikation der Lieferketten.

In Deutschland geht derweil im Wahlkampf der Streit um den Atomausstieg weiter. Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck wies vorige Woche im Untersuchungsausschuss jegliche Vorwürfe zurück, er habe bei der Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke in irgendeiner Art auch nur ansatzweise manipuliert und getrickst. Konkret ging es um die Frage, ob Gutachten-Aufträge damals ergebnisoffen waren. Die damalige Ampelregierung hat die drei Meiler Ems-

land, Isar 2 und Neckarwestheim 2 zum 15. April 2023 abgeschaltet. Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) dringt seitdem auf einen schnellen Beginn des Rückbaus. Dieser dauert je Kernkraftwerk zwischen mindestens zehn bis zwölf Jahren.

#### Allein der Glaube fehlt

„Die Atomkraft in Deutschland ist stillgelegt und das ist gut so“, schreibt die SPD in ihrem Wahlprogramm. Dagegen fordern Union und AfD einen Wiedereinstieg in die Kernenergie. Die CDU fordert in ihrem Wahlprogramm eine fachliche Bestandsaufnahme, ob die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten drei Kernkraftwerke mit einem vertretbaren technischen und finanziellen Aufwand möglich ist.

CDU-Chef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz überraschte jüngst indes mit der Aussage, er glaube nicht mehr wirklich an eine Rückkehr dieser drei Meiler.

#### EUROPÄISCHE UNION

## „Green Deal“ bedroht Baumwollimport

Was die Eurokraten gegen das günstige, widerstandsfähige und hautfreundliche Naturprodukt haben

Baumwolle ist seit Jahrhunderten eines der wichtigsten Ausgangsmaterialien für die Textilproduktion. Geschätzt werden seine Widerstandsfähigkeit und seine guten Trageeigenschaften. Dennoch droht nun ein Baumwollverbot in der Europäischen Union aufgrund von „Green Deals“, durch den Europa bis 2050 „Klimaneutralität“ erreichen soll.

Im Zuge der Umsetzung der EU-Verordnung 2024/1735 vom 13. Juni des Vorjahres „zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems“ und zur Einführung „von Netto-Null-Technologien“ ist unter anderem geplant, bis 2030 die Hälfte aller Textilien wiederverwendbar und ein wei-

teres Viertel „kreislauffähig“ zu machen. Die Erreichung dieses Ziels erscheint jedoch fraglich. Das resultiert aus der Natur der Baumwollfaser. Die gilt nämlich als zu kurz und zu dünn für ein umfassendes Recycling.

Des Weiteren stört sich die EU noch aus anderen Gründen an der Baumwolle. So erfordert der konventionelle Anbau erhebliche Mengen von Wasser. Der durchschnittliche Bedarf liegt bei 10.000 Litern pro Kilogramm Standardbaumwolle. Dazu kommen Pestizide, weil der monokulturelle Anbau Schädlingen Tür und Tor öffnet. Ebenso heißt es, die Baumwollpflanze lauge die Böden aus, sodass sie anschließend kaum noch für die Nah-

rungsmittelproduktion genutzt werden könnten. Und dann hadern die EU-Bürokraten auch damit, dass bei der Baumwollernte vorrangig Frauen auf den Feldern stehen, denn das laufe der „Geschlechtergerechtigkeit“ zuwider.

Nicht ins Gewicht fällt bei den Verfechtern eines Baumwollverbotes ab 2030 hingegen, dass zum einen der Baumwollanbau die Existenzgrundlage von mindestens 250 Millionen überwiegend in den Entwicklungs- und Schwellenländern lebenden Menschen ist und es zum anderen oftmals keine vernünftige Alternative zu Textilien aus Baumwolle gibt. Kleidung aus Kunstfasern würde zwar weniger Wasser bei der Produktion erfordern und

wäre besser zu recyceln. Allerdings lässt der Tragekomfort deutlich zu wünschen übrig, was die Nachfrage begrenzt. Hinzu käme ein stärkerer Eintrag von Mikroplastikteilchen in die Ökosysteme.

Allerdings existieren Möglichkeiten, die Baumwollkleidung zumindest zum Teil zu retten. So könnte mehr Biobaumwolle für teure, aber langlebige Produkte angebaut werden. Das würde der Umwelt weniger schaden. Außerdem sind angesichts des Vorliegens der strengen EU-Verordnung technologische Schübe bei der Wiederverwertung gebrauchter Baumwolltextilien denkbar. Damit würde sich das Verbot der konventionell angebauten Fasern erübrigen. *Wolfgang Kaufmann*

#### ● MELDUNGEN

## Start-up-Boom in München

München – Firmengründungen aus dem Freistaat Bayern haben im vergangenen Jahr zum ersten Mal mehr Risikokapital eingesammelt als Unternehmensgründer aus Berlin. Der Vorsprung Bayerns ist aber knapp. In den Freistaat flossen 2024 als Start-up-Investitionen rund 2,3 Milliarden Euro. Berlin landete mit rund 2,2 Milliarden Euro im Länder-Vergleich auf Platz zwei. Die Zahlen stammen aus einer Analyse der Beratungsgesellschaft Ernst & Young. Den Verlust der bisherigen Spitzenposition Berlins erklärt EY mit einem deutlichen Rückgang bei Investitionen im Bereich E-Commerce. Der war bislang eine Stärke des Gründerstandorts Berlin. Speziell der Großraum München kann immer mehr bei Firmengründungen in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Wasserstoffwirtschaft und Raumfahrt punkten. In Bayern profitieren die Neugründungen zudem stark von der Forschung an der Technischen Universität München. *H.M.*

## Arbeitsmarkt hängt durch

Berlin – Die durch die Wirtschafts- und Energiepolitik der Bundesregierung verursachte De-Industrialisierung hat im Vorjahr nun auch den Arbeitsmarkt erreicht. Während 2022 und 2023 der Zuwachs bei der Zahl der Beschäftigten noch bei 622.000 beziehungsweise 336.000 gelegen hatte, kamen 2024 lediglich 72.000 neue Beschäftigte hinzu. Dabei handelte es sich meistens um Personen, die in Teilzeit oder Minijobs arbeiteten. Lediglich der Dienstleistungssektor wies eine gewisse Wachstumsdynamik auf, und die war auf den Bereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ beschränkt. Im verarbeitenden Gewerbe und der Bauindustrie, in denen gut bezahlte Vollzeitstellen vorherrschen, gab es hingegen erstmals seit 2006 einen deutlichen Einbruch. Das heißt, die Zahl der neu erfassten Beschäftigten lag um 78.000 niedriger als die Zahl derer, die ihre Arbeit verloren. *W.K.*

## Mehr Weizen für Afrika

Moskau – In den ersten zehn Monaten 2024 lieferte Russland mit 21 Millionen Tonnen rund 35 Prozent mehr Weizen an afrikanische Staaten als 2023. Zählten bislang Ägypten, Algerien und Kenia zu den Hauptimporteuren von russischem Weizen, so stiegen 2024 die Lieferungen nach Marokko um das Sechsfache und nach Nigeria um das 3,7-Fache. Ein Grund für die gestiegenen Weizenexporte Russlands war die drastische Reduzierung des französischen Anteils am afrikanischen Agrarmarkt. Frankreich fuhr im vergangenen Jahr wegen starker Regenfälle im Frühjahr seine schlechteste Weizenernte seit 40 Jahren ein und musste die Ausfuhren in traditionelle Abnehmerländer wie Marokko, Algerien und Tunesien erheblich einschränken. Davon, wie auch von einer geringen Getreideernte wegen anhaltender Dürre in Marokko profitierten die russischen Lieferanten. Wegen des Bevölkerungsanstiegs besonders in Nordafrika erhöht sich dort zudem der Bedarf an Weizen. *MRK*

## ZWISCHENRUF

## „Brain rot“ – die digitale Verblödung der Kinder

HERMANN MÜLLER

Die Zeiten, in denen es hieß, Kinder sollten früh an die Nutzung von Tablets, Laptops und Smartphones herangeführt werden, scheinen vorbei zu sein. Stattdessen wird nun gewarnt, dass mit der frühzeitigen Nutzung digitaler Medien eine verblödete, psychisch gestörte und verrohte Generation heranwächst.

Zuletzt hatten drei Berliner Gesundheitsstadträte in einem offenen Brief ein umfassendes Verbot von Mobiltelefonen an den allgemeinbildenden Schulen der deutschen Hauptstadt gefordert. Aus Sicht von Gesundheitsstadtrat Gordon Lemm (SPD), dem Initiator des Briefes, zwingt der unkontrollierte Smartphone-Gebrauch von Kindern und Jugendlichen zum Handeln. In ihrem Brief sprechen die Stadträte das Problem des Cybermobbing und auch das „Happy Slapping“ (Deutsch: fröhliches Schlagen) an. Dabei filmen sich zu meist Jugendliche, wie sie Mitschüler oder auch unbekannte Passanten grundlos schlagen. Die Gewaltszenen werden anschließend im Internet veröffentlicht oder per Mobiltelefon verbreitet. Neben der Verbreitung von gewaltverherrlichenden Inhalten mit strafrechtlicher Relevanz ist nach Angaben der drei Berliner Stadträte auch „der Konsum pornografischer Inhalte auf unseren Schulhöfen inzwischen alltäglich“.

In Brandenburg haben sich SPD und BSW vor wenigen Wochen während ihrer Koalitionsverhandlungen auf ein Smartphoneverbot an Grundschulen geeinigt. Auch in Thüringen sieht der Koalitionsvertrag von CDU, BSW und SPD ein weitgehendes Mobiltelefonverbot für Grundschulen vor.

Abgelehnt wurde das Smartphoneverbot dagegen von Thüringens bisherigem Bildungsminister Helmut Holter (Linkspartei). Aus dessen Sicht wäre die Maßnahme eine „Reise in die Vergangenheit“ mit der sich Thüringen „in eine Zeit vor der digitalen Welt zurückkatalpultiert“. Bislang wird das Thema Smartphoneverbot in Deutschland je nach Schule unterschiedlich behandelt.

Im Ausland ist die Diskussion wesentlich weiter: In Frankreich sind seit 2018 Mobiltelefone an den Schulen verboten. Auch die Niederlande, Italien,

Lettland und Schweden haben ein flächendeckendes Handyverbot an Schulen eingeführt oder planen dies. Australiens Parlament hat im Herbst letzten Jahres sogar beschlossen, dass Soziale Medien erst ab einem Alter von 16 Jahren genutzt werden dürfen.

Tatsächlich gehen Forscher davon aus, dass die negativen Auswirkungen von Social-Media-Konsum für Jugendliche besonders stark sind, weil ihr Gehirn noch nicht komplett entwickelt ist. Welchen Umfang die Online-Aktivitäten von deutschen Jugendlichen haben, zeigt Jugend-Digitalstudie 2024 der Postbank. Laut dieser Befragung verbringen hierzulande Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren pro Woche durchschnittlich 71,5 Stunden im Netz.

## Negative Endlosschleife

Für weltweites Aufsehen sorgte unlängst die Redaktion des Oxford-Wörterbuchs in Großbritannien. Sie kürte den Begriff „Brain rot“ (Zu Deutsch: Hirnfäule) zum Wort des Jahres 2024. Laut „Oxford University Press“ beschreibt Brain Rot die „angebliche Verschlechterung des geistigen oder intellektuellen Zustands einer Person“, die übermäßig Online-Inhalte konsumiert, die „als trivial oder nicht herausfordernd betrachtet“ werden. Das Newport Institute in den USA fasst den Begriff „Brain rot“ noch weiter, indem es von „geistiger Vernebelung“ und kognitiver Verschlechterung durch übermäßige Bildschirmaktivität spricht. Als eine spezielle Form des Brain rot sieht das Newport Institute das „Doomscrolling“ an. Gemeint ist das Phänomen, dass Menschen in der Sozialen Medien wie in einer Endlosschleife nur noch Negativnachrichten konsumieren wollen.

Seit Längerem liegen medizinische Studien vor, in denen die Folgen exzessiven Smartphonekonsums untersucht wurden. Als Effekte werden eine verkürzte Aufmerksamkeitsspanne und zunehmende Gedächtnisschwäche genannt. Der Neurologe Michael Moshel von der Macquarie University in Sydney, Hauptautor einer Metaanalyse aus dem Jahr 2023, sieht auch Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung, die Belohnungsverarbeitung und die Impulskontrolle.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Büro: info@ostpreussen.de



Bleibender Auftrag: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach. Im Bild ein Flüchtlingstreck aus ... im Winter 1945  
Bild: ullstein bild - ullstein bild

## ZUM LEITWORT DES BDV 2025

## „Wir wollen uns weiterhin gestaltend einbringen“

BERND FABRITIUS

Der Bund der Vertriebenen hat das Jahr 2025 unter das Leitwort „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“ gestellt. Damit wollen wir einerseits einen Teil zur Erinnerung an das Ende des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieges beitragen, denn damit endeten auch das Menschheitsverbrechen des Holocaust und die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten.

Gleichzeitig wollen wir andererseits entsprechend unserem Auftrag als Dachverband der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler die Erinnerung daran stärken, dass zum Kriegsende die Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen aus ihren Heimatgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa im Gange war. Sie gehört zu den größten humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Flucht und Vertreibung hinterließen tiefe Spuren in Europa – bis heute. Städte und Dörfer, Landschaften und Provinzen, die über Jahrhunderte hinweg das Zuhause von Deutschen waren, mussten unter kaum vorstellbaren Bedingungen verlassen werden. Für viele Betroffene wurden Flucht, Vertreibung und die damit verbundenen Gewalterfahrungen zur Ursache tief sitzender Traumata. Der Verlust der Heimat bedeutet nicht nur einen physischen und materiellen Verlust von Orten und Besitztümern. Er bedeutete ebenso einen emotionalen Verlust – von Identität, Erinnerung und sozialem Gefüge.

## Erinnern

Daran zu erinnern ist nicht nur eine historische Pflicht, sondern ein unverzichtbarer Beitrag zur Wahrung von Frieden und Freiheit. Russlands völkerrechtswidriger Krieg in der Ukraine führt uns gerade heute wieder vor Augen, wie gefährdet grundlegende Menschenrechte in Kriegs- und Krisenzeiten sind. Gerade die Menschen, die Flucht und Vertreibung noch erlebt haben, fühlen sich bei den allabendlichen Fernsehbildern zurückversetzt in die Zeit ihrer Kindheit und Jugend.

Die Vertriebenen und ihre Verbände erinnern seit mehr als sieben Jahrzehnten

an das Geschehen, das im Herbst 1944 begann, 1945 seinen Höhepunkt erreichte und mit den zu uns kommenden Spätaussiedlern in letzter Konsequenz bis heute andauert. Diese Erinnerung ist Mahnung und Auftrag zugleich.

## Bewahren

Neben dem Erinnern wollen wir die Geschichte und das kulturelle Erbe der ehemaligen deutschen Provinzen und der Siedlungsgebiete der deutschen Heimatvertriebenen bewahren. Das umfasst die

Leider bleibt das Thema Flucht und Vertreibung von erschreckender Aktualität. Über 100 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht, vornehmlich durch Krieg und Verfolgung, immer häufiger aber auch durch Armut und eine lebensfeindlicher werdende Heimat

Siedlungsgeschichte ebenso wie Dialekte und Lieder, Brauchtum und Traditionen. In der kulturellen Breitenarbeit in den Verbandsgliederungen, aber auch in den Landesmuseen, Kulturinstitutionen und -stiftungen oder durch wissenschaftliche Forschung wird dieses Wissen als unentbehrlicher Bestandteil der deutschen Kulturnation lebendig gehalten.

Unser kulturelles Erbe ist nicht nur ein Schatz, den es zu bewahren gilt, sondern es spielt eine wesentliche Rolle im Dialog mit unseren östlichen Nachbarn

– und ist eine Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

## Gestalten

Denn als Verband richten wir den Blick immer auch in die Zukunft. Die Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist geprägt von einem Neuanfang, bei dem den Vertriebenen eine zentrale Rolle zukam. Sie haben sich aktiv neue Lebensgrundlagen aufgebaut, ihre kulturelle Identität bewahrt und mit großem Einsatz zum Wiederaufbau des Landes und der Gesellschaft beigetragen. Sie haben die Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gemeinsam mit unseren Nachbarn im Osten auch kontinuierlich an einem friedlichen Europa gearbeitet.

Genau darum geht es auch für die Zukunft. Wir wollen uns weiterhin gestaltend einbringen – mit den spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen, die wir aufgrund unserer langen Geschichte im Osten und den Jahrzehnten des Verständigungspolitischen Einsatzes haben. Gemeinsam mit unseren Partnern im Osten setzen wir uns im Geiste unserer Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die in diesem Jahr ihr 75. Jubiläum feiern kann, für ein geeintes und friedliches Europa ein.

Leider bleibt das Thema Flucht und Vertreibung von erschreckender Aktualität. Über 100 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht, vornehmlich durch Krieg und Verfolgung, immer häufiger aber auch durch Armut und eine lebensfeindlicher werdende Heimat. Ein Ziel unserer Arbeit bleibt daher die Durchsetzung des Menschenrechts auf Heimat sowie eines internationalen strafbewehrten Vertriebensverbotes. Gerade wegen unseres Schicksals blicken wir mit Empathie auf Flüchtlinge weltweit und ihre Sehnsucht nach Heimat.

Das Gedenkjahr 2025 mahnt, dass wir gemeinsam Verantwortung tragen – für das Erinnern der Vergangenheit, das Bewahren von Kultur und Geschichte und das Gestalten einer friedlichen Zukunft.

● **Dr. Bernd Fabritius** ist Präsident des Bundes der Vertriebenen.  
[www.bund-der-vertriebenen.de](http://www.bund-der-vertriebenen.de)

# Exakt nach der Natur maßgenommen

Schöpfer der Quadriga des Brandenburger Tors – Vor 175 Jahren starb der preußische Hofbildhauer Johann Gottfried Schadow

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Kunsthistoriker Lionel von Donop war ein früher Biograph des Bildhauers und Zeichners Johann Gottfried Schadow. Er charakterisiert den führenden Vertreter des deutschen Klassizismus als „kernig und humorvoll“. Und weiter: „Der Nachwelt erscheint er als originelle Charakterfigur des alten Berlin, dem er mit Leib und Seele angehörte, ein Freund der Biederkeit und des gesunden Menschenverstandes.“ Der 1764 geborene Sohn eines Schneidermeisters hatte ein langes Leben. Schadow starb am 27. Januar 1850. Sein Ehrengrab befindet sich auf Berlins Dorotheenstädtischem Friedhof.

Schadow hat Meisterwerke hinterlassen, die wohl jeder kennt. Er entwarf die auf dem Brandenburger Tor stehende Quadriga (1789–1792). Von dem im Zweiten Weltkrieg zerstörten Original ist nur ein aus Kupferblech getriebener Pferdekopf erhalten geblieben, der im Stadtmuseum Berlin aufbewahrt wird. Grazie und Anmut zeichnet seine Skulpturengruppe der Prinzessinnen Luise und Friederike von Preußen aus. Die Gipsfassung (1795) ist in Berlin in der Friedrichswerderschen Kirche ausgestellt.

In seinen 1849 veröffentlichten Lebenserinnerungen berichtet Schadow: „In stiller Begeisterung arbeitete der Künstler an diesem Modell; er nahm die Maße nach der Natur.“ Die nachfolgende Ausführung in Marmor (1797) ist in der Alten Nationalgalerie zu sehen. Auftraggeber von Quadriga und Prinzessinnengruppe war Preußens König Friedrich Wilhelm II. Er berief Schadow zum Leiter der Hofbildhauerwerkstatt und Direktor der Skulpturen beim Oberhofamt.

Als Hans Joachim von Zieten, der damals populäre Husarengeneral König Friedrichs II., mit einem Denkmal geehrt werden sollte, reichte Schadow zwei Skizzen ein. Friedrich Wilhelm II. entschied sich für den Entwurf als lebensnaher Feldherr. Normalerweise plustern sich



Schadows Meisterwerk: Die Prinzessinnengruppe mit Luise und Friederike von Preußen in der Friedrichswerderschen Kirche

Denkmalfiguren würdevoll auf. Nicht so Zieten: Schadow präsentiert ihn als pffiffigen Befehlshaber, der nachdenklich die rechte Hand ans Kinn geführt hat und mit überkreuzten Beinen lässig gegen einen Baumstumpf lehnt.

Schadow bezeichnete die Ausführung der Marmorfigur (1794) wegen der vielen Einzelheiten der Uniform als mühevoll. Sie steht zusammen mit den Marmorfiguren des Generalfeldmarschalls Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau und König Friedrichs II. im Bode-Museum. Die Skulptur Friedrichs ist eine Kopie der 1793 in Stettin enthüllten Denkmalsfigur. Das nach einem Treppensturz wiederhergestellte Original befindet sich heute im Polnischen Nationalmuseum von Stettin.

Die Darstellung des als Alter Dessauer bekannten Fürst Leopold, General Friedrichs II. in den Schlesischen Kriegen, be-

reitete Schadow wie auch seine anderen bildhauerischen Arbeiten äußerst gründlich vor. Er befragte die wenigen noch Lebenden, die den Feldherrn gekannt hatten. Ein General von Klück beschaffte alles, „was die ganze eigenthümliche Uniform unseres Helden betraf“, wie es in Schadows Lebenserinnerungen heißt.

In Dessau studierte der Bildhauer Porträts von Leopold. Auf einem von Antoine Pesne ausgeführten Bildnis ist der Alte Dessauer in Uniform und „nicht zugeknöpfter Weste“ dargestellt. Die offene Weste zitiert Schadow in seinem Standbild des Fürsten.

Das am Reformationstag 1821 auf dem Marktplatz von Wittenberg enthüllte Denkmal Martin Luthers ist Schadows letztes Meisterwerk. Es hat eine lange Vorgeschichte. Ende 1805 gewann er unter 22 teilnehmenden Künstlern den ers-

ten Preis des von der Königlich Preussischen Vaterländisch-Literarischen Gesellschaft der Grafschaft Mansfeld ausgerufenen Wettbewerbs für ein Denkmal Martin Luthers. Aus dieser Zeit datieren Rötzelzeichnungen der Denkmalsfigur, die heute zum Besitz der Stiftung Lutherdenkstätten in Sachsen-Anhalt gehören.

## Goethe ließ sich nicht vermessen

Schadow war übrigens ein virtuoser Zeichner. Rund 2200 Blätter sind erhalten. Etwa die Hälfte wird in der Berliner Akademie der Künste aufbewahrt. Unter ihnen befinden sich auch Karikaturen. Zum Beispiel auf Napoleon. Durch den hatte sich die Verwirklichung der Ehrung des Reformators verzögert: „Das Denkmal des Doktor Martin Luther wurde damals plötzlich durch den Einfall der französischen Heere gehemmt“, so Schadow.

Nach den Befreiungskriegen sorgte König Friedrich Wilhelm III. für die Wiederbelebung des Denkmalsprojekts und bestimmte Wittenberg als Aufstellungsort. Von der Vaterländischen Gesellschaft übernahm der König die bereits für das Lutherdenkmal eingegangenen Spendengelder und schenkte ihr zum Dank die von Schadow geschaffenen überlebensgroßen Bronzebüsten Luthers und Melancthons. Die Vaterländische Gesellschaft wiederum übergab die beiden Büsten 1820 der Andreaskirche von Eisleben, in der sie noch heute stehen. Der Kopf der Lutherbüste entspricht dem des Wittenberger Denkmals.

Entscheidende Anregungen für die Gestaltung der Ganzfigur erhielt Schadow von dem in der Cranach-Werkstatt 1546 gedruckten Riesenholzschnitt mit dem Titel „Wahrhaftige Bildnis des Ehrwürdigen Herrn Doctoris Martini Lutheri“ im Alter von 63 Jahren. Und so trägt auch die drei Meter hohe Wittenberger Kolossalfigur Luthers eine faltenreiche Schaub mit kurios langen und weiten Ärmeln.

Schadow entwarf rund 350 bildhauerische Werke: Reliefs und Standbilder, vor allem aber Büsten. Sie zeigen zum Beispiel den Dichter Wieland und den Schauspieler Iffland. Im Gegensatz zu den Prinzessinnen Luise und Friederike wollte sich Goethe nicht von Schadow vermessen lassen – und wurde trotzdem von ihm in Form einer Büste verewigt.

Ein guter Kunde war der spätere König von Bayern: Ludwig I. Er bestellte für seine „Walhalla“ getaufte künftige Ruhmshalle berühmter Deutscher 14 Büsten. Sie stellen zum Beispiel Kaiser Otto I., Kopernikus, Leibniz, Kant und Klopstock dar. Um 1828 aber beendete Schadow mangels Aufträgen sein bildhauerisches Schaffen. Bis zum Lebensende blieb er jedoch als Zeichner, Schriftsteller und Lehrer tätig. Zu seinen Schülern zählten der mit zahlreichen Büsten in der Walhalla vertretene Christian Friedrich Tieck und Christian Daniel Rauch, der ihn von der Spitze der Berliner Bildhauerschule verdrängte.

## PHILOSOPHIE

# „Ein nach der neuesten Mode organisierter Kopf“

Mitbegründer des Deutschen Idealismus – Vor 250 Jahren wurde Friedrich Schelling geboren

Im Jahr 1800 erschien Friedrich Schellings philosophisches Werk „System des transzendentalen Idealismus“. In dem Buch versucht der Autor Fragen zu klären, die in Immanuel Kants Denken noch offengeblieben sind. So etwa der Widerspruch, Dinge der Natur durch die Vernunft objektiv begreifen lassen zu wollen, da doch unsere Vernunft und unser Geist selbst Teil der Natur sind.

Mit dieser Frage quälte sich der aus einer alteingesessenen schwäbischen Pfarrerfamilie stammende Schelling ein Leben lang. Und diese Frage trieb nicht nur ihn um, sondern auch die anderen beiden Hauptvertreter des Deutschen Idealismus, Johann Gottlieb Fichte und Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Schelling selbst hätte sich wohl eher als Kantianer oder Transzendentalphilosoph bezeichnet, nicht aber als Idealist. Bezugnehmend auf sein Traktat von 1800 bezeichnete man die philosophische Strömung um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts erst im Nachhinein als Idealismus.

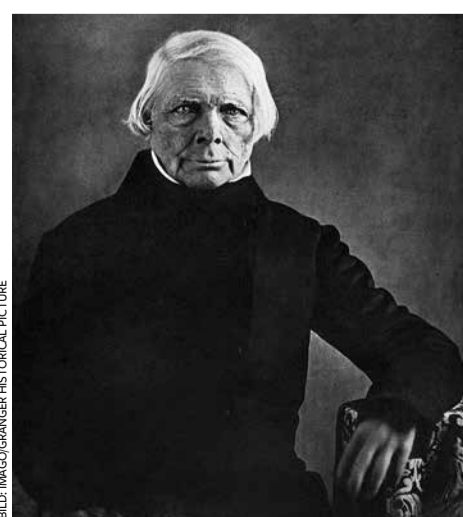
Es war die Hochphase jener Zeit, als man Deutschland nicht nur als Land der Dichter, sondern auch der Denker attribuierte. Und Schelling stand mittendrin, obgleich er international heute längst nicht mehr jenen Stellenwert der Wertschätzung erreicht wie etwa Kant, Fichte, Hegel, Schopenhauer, Marx oder Nietzsche.

Dass der am 27. Januar 1775 im württembergischen Leonberg geborene Schelling zu Lebzeiten überhaupt die Top-Hitliste des Denkens mit anführte, lag nicht zuletzt daran, dass er früh Kontakt hatte mit der damaligen Geisteselite. Die kommenden Stars der Kultur-Manege halfen und förderten sich gegenseitig. Im Evangelischen Stift der Tübinger Universität studierte Schelling gemeinsam mit Hölderlin und Hegel. Sein Idol aber war Fichte, der in Jena Philosophie lehrte. Und hierhin, in die Keimzelle der deutschen Romantik, verschlug es auch Schelling.

Es war Goethe, der dem jungen Überflieger 1798 zu einem Lehrstuhl der Philosophie in Jena verhalf und der anfangs voll

des Lobes über den Aspiranten war: „Es ist ein sehr klarer, energischer und nach der neuesten Mode organisierter Kopf.“

In Jena machte Schelling Bekanntschaft mit den frühen Romantikern Novalis, Tieck, Schleiermacher sowie den Brüdern Schlegel. Besonders angetan war er



Schelling in einer Daguerreotypie von 1848

von der freigeistigen Ehefrau von August Wilhelm Schlegel. Caroline war erst seine Muse und dann, nach der Scheidung von Schlegel, seine bessere Hälfte. Die jahrelange ménage à trois inspirierte Goethe zu seinem Roman „Die Wahlverwandtschaften“, den er zu einem Zeitpunkt schrieb, als er seine Meinung zu Schelling bereits geändert hatte.

Dass Schelling in seiner weiteren philosophischen Entwicklung Gott als Lösung des Zwiespalts von Mensch und Natur vorschlug, kam nicht überall gut an. Als er 1841 in Berlin als Nachfolger von Hegel dessen Lehrstuhl antrat, besuchten zwar Kierkegaard, Friedrich Engels und Bakunin seine Vorlesungen, zogen aber enttäuscht wieder von dannen. So wurde es still um den Philosophen, der 1854 einsam während einer Kur in Ragaz im Schweizer Kanton St. Gallen gestorben ist. Doch noch heute wird an ihn erinnert: Ihm zu Ehren vergibt die Bayerische Akademie der Wissenschaften den Schelling-Preis, zuletzt im Jahr 2022. Harald Tews

## ● MELDUNGEN

# Aus der Ukraine nach Berlin

**Berlin** – Vom 24. Januar bis 22. Juni präsentiert die Gemäldegalerie im Berliner Kulturforum die Ausstellung „Von Odesa nach Berlin. Europäische Malerei des 16. bis 19. Jahrhunderts“. Im Blickpunkt stehen 60 Werke aus dem Odesa Museum für Westliche und Östliche Kunst, darunter Bilder bedeutender Künstler wie Francesco Granacci, Frans Hals, Roelant Savery, Bernardo Strozzi, und Frits Thaulow. Die Bilder hatte man vor dem Kriegsgeschehen in der Ukraine in Sicherheit gebracht. In der Ausstellung treten sie mit Gemälden der Berliner Sammlungen in einen „Dialog“. Das deutsch-ukrainische Kooperationsprojekt des Odesa Museums mit der Gemäldegalerie und der Alten Nationalgalerie wird mit 900.000 Euro von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert und von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als dessen Schirmherr eröffnet. *tws*

„WILHELM GUSTLOFF“

## Die größte Katastrophe der Seefahrt

Das Kabinen-Fahrgastschiff der „Kraft durch Freude“-Flotte „Wilhelm Gustloff“ war 208,5 Meter lang und 23,5 Meter breit. Es hatte einen Tiefgang von maximal sieben Metern und eine Verdrängung von 25.484 Bruttoregister-tonnen. Das Schiff war gebaut für maximal 1471 Passagiere, 424 Besatzungsmitglieder und zwei Lotsen.

Ab 1940 lag es zweckentfremdet in Gotenhafen (Gdingen). Dort diente es der 2. U-Lehrdivision als Wohnschiff. Angesichts der vorrückenden Roten Armee ordnete der Kommandierende Admiral der U-Boote, Admiral Hans-Georg von Friedeburg, am 21. Januar 1945 mit der Weisung „Hannibal“ die Verlegung der Division einschließlich ihrer schwimmenden Kaserne nach Westen an. Die Mitnahme von Verwundeten und Zivilisten wurde erlaubt.

Als das Schiff am 30. Januar gegen 13.10 Uhr in See stach, befanden sich schätzungsweise 8800 Zivilisten und 1500 Wehrmachtangehörige an Bord, darunter 918 Marinesoldaten der 2. U-Boot-Lehrdivision, 162 Verwundete und rund 340 Marinehelferinnen.

Der Kapitän des Schiffes, Friedrich Petersen, traf für die Fahrt zwei schwerwiegende Entscheidungen. Zum einen entschied er sich wegen der Überladung des Schiffes für eine Route durch tiefes Wasser nördlich entlang der Stolpe-Bank, wo auch U-Boote operieren konnten. Zum anderen ließ er Positionslichter setzen.



Modell der „Wilhelm Gustloff“ im Marineehrenmal Laboe

Das begründete er mit einem angeblichen Funkspruch der Kriegsmarine, der die Kollision mit einem entgegenkommenden Minensuchgeschwader fürchten lasse.

Gegen 21 Uhr wurde das deutsche Schiff von dem sowjetischen U-Boot S-13 gesichtet und ungefähr eine Viertelstunde später, um 21.16 Uhr, aus etwa 700 Metern Entfernung mit Torpedos beschossen. Ein Torpedo klemmte, aber drei trafen die „Wilhelm Gustloff“ am Bug, unter dem E-Deck und im Maschinenraum. Nach einem Totekampf von ungefähr einer Stunde, gegen 22.15 Uhr, sank das Schiff etwa 23 Seemeilen vor der pommerschen Küste.

Der einzige Geleitschutz der „Wilhelm Gustloff“, das Torpedoboot „Löwe“, rettete 472 Menschen, das hinzugekommene Flottentorpedoboot T 36 weitere 564 Überlebende aus Booten, von Flößen und aus dem Wasser. Das Minensuchboot M 341 rettete 37, der Marinetender TS II 98, das Minensuchboot M 375 43 und der Frachter „Göttingen“ 28 Menschen. 13 dieser Geretteten starben trotz ihrer Rettung bald darauf an den Folgen des Schiffsunglücks.

Stellt man der aus diesen Zahlen sich ergebene Gesamtzahl der Überlebenden von 1239, mit 10.300 die geschätzte Zahl der Menschen an Bord des Schiffes auf seiner letzten Fahrt gegenüber, ist der Untergang der „Wilhelm Gustloff“ mit über neuntausend Todesopfern die größte Katastrophe der Seefahrtsgeschichte bezogen auf ein einzelnes Schiff. *Manuel Ruoff*



Gedenkstätte des ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhofs (GJWH) in Torgau: Jedes der abgebildeten Kinder hat dort gelebt

DDR

## Wie die Stasi ihren Nachwuchs gewann

Eine hohe Sollstärke, hohe Ansprüche an die Kandidaten und der Verzicht auf Ausschreibungen führten bei dem vor 75 Jahren gegründeten Geheimdienst zu ständigem Personalmangel

VON HEIDRUN BUDDE

Vor einem Dreivierteljahrhundert, am 24. Januar 1950, beschloss das Politbüro der SED die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Zwei Tage später empfahl die Regierung der DDR parallel zum eigenen „Beschluss über die Abwehr von Sabotage“ ebenfalls die Bildung des MfS. Am 8. Februar 1950 bestätigte die Volkskammer der DDR einstimmig das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit. Am 21. Februar 1950 trat das Gesetz mit der Veröffentlichung im Gesetzblatt der DDR in Kraft.

Die bekanntesten Mitarbeiter des Ministeriums waren – abgesehen vom Minister – sicherlich die Angehörigen des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“. Die militärisch-operative Truppe des Ministeriums war am Ende, sprich 1990, etwa elftausend Mann stark.

Hierbei handelte es sich allerdings nur um die Spitze des Eisbergs, denn der größte Teil des Geheimdienstes agierte im Geheimen und scheute die Öffentlichkeit. 91.015 hauptamtliche Mitarbeiter zählte das Ministerium am 31. Oktober 1989.

Die große Bedeutung, die das MfS für den Gesamtstaat selbst für Ostblockverhältnisse hatte, verdeutlicht sehr plastisch einen Vergleich mit den sozialistischen Nachbarstaaten. Während im östlichen Nachbarn Polen 1500 Einwohner auf einen Geheimdienstmitarbeiter kamen und im südlichen Nachbarn zwischen acht- und neunhundert, waren es in der DDR nur 180.

Eine entsprechend große Aufgabe war die Personalrekrutierung. Ausschreibungen, wie heute üblich, gab es damals nicht. Die Akten zeigen auf, dass die Staatssicherheit ständig auf der Suche nach geeigneten Einstellungskandidaten war.

Zum quantitativen kam ein qualitatives Problem. Die intern vorgeschriebenen Anforderungen an das Personal waren derart hoch und vielfältig, dass sie große

Schwierigkeiten bereiteten. Nicht nur der Kandidat selbst musste „politisch absolut zuverlässig“ sein, auch das familiäre Umfeld und der Freundeskreis mussten einer Durchleuchtung standhalten.

So sind „Überprüfungsberichte“ der Hauptabteilung Kader und Schulung erhalten, die neben anderen folgende Fragen zu einer Freundin beinhalteten: Wann und wo kennengelernt? Von wem sind die Aktivitäten ausgegangen? Politisch-ideologische Einstellung? Charakterliche Einschätzung/Verhalten im Freizeitbereich? Umgangskreis im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich? Vorhandene Westverwandtschaft und Westverbindungen? Kirchliche Bindungen?

Diese umfangreiche politische Überprüfung führte neben einer vorgeschriebenen gesundheitlichen Eignungsfeststellung oftmals zu einem negativen Urteil. 1984 blieben beispielsweise von 150 Einstellungskandidaten lediglich 18 nach der „kaderpolitischen Prüfung“ übrig. Von diesen 18 Kandidaten waren zehn aus gesundheitlichen Gründen nicht geeignet, sodass im Ergebnis nur acht Personen für eine Einstellung in Frage kamen.

Allerdings mussten diese Kandidaten zunächst ihre politische Eignung beweisen, ohne dass sie selbst wissen durften, dass eine Festanstellung geplant war. Die Staatssicherheit nannte diese Auserwählten „Perspektivkader“. Sie mussten sich mindestens zwei Jahre lang als „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) oder als „Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS) bewähren. Der Weg in die Festanstellung führte hier über eine „nebenberufliche“ Spitzeltätigkeit.

### Freunde und Verwandte

Dieses aufwendige Verfahren führte zu einem ständigen Personalmangel. Deshalb verlagerte man die Suche in den Freundes- und Familienkreis von bereits festangestellten Mitarbeitern. So heißt es in einer vertraulichen Vorschrift vom 30. März 1983: „Die Leiter der Dienststellen der Hauptabteilung haben zu ge-

währleisten, dass jeder Angehörige seinen Verwandten- und Umgangskreis ständig unter der Sicht der Kadersuche und -auswahl analysiert.“

Die so in die Pflicht genommenen Personen mussten herausfinden, ob jemand für eine Einstellung geeignet und bereit war, ohne dass die eigentliche Absicht offenbart werden durfte. Die Staatssicherheit verlangte „legendiert“ geführte Gespräche. Allerdings war der Erfolg mäßig, denn im Vermerk eines Offiziers für Sonderaufgaben vom 24. August 1984 wurde beklagt, dass es eine „weniger stark ausgeprägte Bereitschaft für den langjährigen Dienst in den bewaffneten Organen“ gab.

Die Verpflichtung, Familienangehörige, insbesondere die eigenen Kinder, für die Staatssicherheit zur Verfügung zu stellen, löste das Kaderproblem nicht, führte aber dazu, dass ganze Familiendynastien im Geheimdienst bestanden. So ist beispielsweise in der Kaderakte einer Sekretärin zu lesen: Vater Major des MfS, Mutter Hauptmann des MfS, Bruder Unteroffizier des MfS, Verlobter Unteroffizier des MfS, Vater des Verlobten Major des MfS.

### „Kaderstützpunkte“ im Zivilleben

Da trotz der Rekrutierung ganzer Familien das Kaderproblem nicht gelöst werden konnte, schuf sich die Staatssicherheit ein „Spinnennetz“ der heimlichen Werbungen. Sie organisierte „Kaderstützpunkte“ im Zivilleben. Eine Diplomarbeit an der Juristischen Hochschule des MfS vom 15. Januar 1970 mit dem Vermerk „Vertrauliche Verschlussache 160-124/69“ gibt Auskunft, wer die „fleißigen Helfer“ waren: „In diesen Kaderstützpunkten wird ein verantwortlicher Genosse tätig, der in der Regel GMS ist und seine Zuverlässigkeit bewiesen hat ... Diesen wird die Aufgabe global beschrieben und in groben Zügen mitgeteilt, worauf es ankommt.“

Schuldirektoren, Lehrausbilder, FDJ-Funktionäre, Meister, Brigadiere und Funktionäre von Massenorganisationen sollten mithelfen, sehr junge Menschen

einzufangen. Allerdings war diese Werbung nur mit Zustimmung der Kandidaten möglich. Die einfachere Verfahrensweise drückt dieser Satz in der Diplomarbeit aus: „Unterstützung erhalten die Dienststellen in dieser Hinsicht besonders durch ... Heimerzieher.“

### Kinderheime und Jugendwerkhöfe

In den Kinderheimen und Jugendwerkhöfen lebten familiengelöste Kinder und Jugendliche. Eltern hatten kein Mitspracherecht mehr und die Jugendämter unter dem Dach des Ministeriums für Volksbildung von Margot Honecker waren mit politisch zuverlässigen Personen besetzt. Eine Zwangsrekrutierung in diesen Erziehungsanstalten hatte für die Staatssicherheit mehrere Vorteile. Dieses junge Personal stand schnell zur Verfügung und eine kaderpolitische Überprüfung des Freundes- und Verwandtenkreises entfiel. Die Ausbildung konnte kaserniert unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen.

In einem Bericht der hochgeheimen MfS-Schule „Maria“ in Struvenberg vom 10. Dezember 1971 mit dem Vermerk „Streng geheim!“ werden Kinder erwähnt: „Am 4.07.71 14.10 wurde von den Kindern mitgeteilt, daß sich ein Fahrzeug der Militärverbindungsmission, deren Nummer, Nationalität und Insassen sie uns nicht mitteilen konnten, vom Weg Krug – Rothehaus kommend, auf der neuen Straße um die Wohnhäuser bis zur Klärgrube des Objektes genähert hat, dort wendete und zurückfuhr ... Durch die Kursanten wurde im Rahmen der Ausbildung auch weiterhin die Objektsicherung durch Beobachtung organisiert. Die Ergebnisse dieser Beobachtungen bestätigen den normalen Verkehr am Objekt.“ Kinder waren „Kursanten“ (Kursteilnehmer, Fahnenjunker) der Staatssicherheit, und wenn sich darunter die in der DDR festgehaltenen Söhne und Töchter von „Republikflüchtlingen“ befanden, dann war das wohl die perfideste Art, sich an den Eltern zu rächen.

Die heutige Suche nach diesen Kindern ist nahezu aussichtslos, denn die Staatssicherheit verfügte über ein raffiniertes organisiertes System der Identitätsverschleierung. Sie nannten es „fiktive Identitäten“. Eine Diplomarbeit mit dem Titel: „Probleme der Wahrung der Konspiration von Kräften, Mitteln und Methoden des MfS durch die Sicherung von fiktiven Personendaten in ausgewählten Personendaten Speichern des PdVP“ (Präsidium der Volkspolizei) vom 29. März 1985 mit dem Vermerk „Geheime Verschlussache GVS MfS JHS-Nr. 61/85“ klärt darüber auf, dass es sich hier nicht allein um Spione für das Ausland handelte. „Inoffizielle Mitarbeiter“, die es zahlreich im Inland gab, erhielten Scheinidentitäten, und ausdrücklich wird erwähnt, dass sich die Vorgaben auch „voll inhaltlich auf Mitarbeiter des MfS beziehen, die fiktive Personendaten nutzen“. Der Umfang dieser Personengruppe ist völlig unbekannt.

Die Fälschungen wurden perfekt organisiert: „Der Familienname ist so zu verändern, daß die Anfangsbuchstaben des wahren und fiktiven Familiennamen nicht übereinstimmen ... Es ist unbedingt erforderlich, das Geburtsjahr [gemeint ist wohl: den Geburtstag] in den fiktiven Personendaten nicht nur innerhalb des Geburtsjahres, sondern das Geburtsjahr selbst zu ändern ... Als Geburtsname der Mutter ist bei der Erarbeitung und Auswahl der fiktiven Personendaten des IM nicht der wahre Geburtsname der Mutter zu wählen ... Es ist nicht ausreichend, nur den Tag und den Monat der Geburt der Eltern zu verändern, sondern wichtig ist das Geburtsjahr in den fiktiven Personendaten zu verändern.“

Diese „fiktiven Identitäten“ wurden akribisch in die Meldespeicher der Deutschen Volkspolizei eingearbeitet und von den bundesdeutschen Behörden übernommen. So kann die Herkunft von zwangsrekrutierten Kindern und Jugendlichen bis heute nicht aufgedeckt werden.

BILD: PICTURE ALLIANCE/CHRISTIANE KOHLMANN

## TRUMPS GEBIETSFORDERUNGEN I

# Wie Nordamerika geteilt wurde, und es auch blieb

Die teilweise jahrhundertealten Grenzkonflikte interessieren Trump kaum – Ihn ärgert vielmehr das Handelsdefizit

VON JENS EICHLER

Er ist wieder da. Nach 2017 wurde Donald Trump am letzten Montag erneut zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Was hingegen schon gefühlt immer da war, waren die Probleme, Reibereien und Konflikte rund um die Grenze zwischen den USA und Kanada. Auch die aktuell wieder neu diskutierten Streitigkeiten sind somit nicht auf dem Mist von Trump gewachsen. Er hat sie nur wieder thematisiert – natürlich in der ihm eigenen provokanten Art, die jeglichen Hauch von diplomatischem Gespür vermissen lässt. Aber ganz ehrlich, wer hätte etwas anderes erwartet? Kaum jemand, auch der kanadische Premier, den Trump schon mal vorsorglich herabwürdigend als „Gouverneur“ bezeichnete, nicht.

Dabei hätte vor 242 Jahren alles so schön sein können. Hatten sich doch bis zum Jahr 1783 das Königreich Großbritannien mit den bisher britischen Dreizehn Kolonien einen erbitterten Krieg geliefert. Diese 13 Abtrünnigen waren das heutige New Hampshire, Massachusetts zusammen mit Maine, Rhode Island sowie Connecticut. Des Weiteren New York zusammen mit Vermont, New Jersey, aber auch Pennsylvania und das heutige Delaware. Im Süden beteiligten sich die Ex-Kolonien Maryland, Virginia mit West Virginia, dazu noch North und South Carolina sowie zu guter Letzt das Pfirsich- und Erdnuss-Country Georgia an den Auseinandersetzungen, um sich von Großbritannien zu lösen. Selbst das nördlichste Grenzgebiet des heutigen Sonnenstaates Florida beteiligte sich an dem unerbittlich geführten Unabhängigkeitskrieg. Der Blutzoll auf beiden Seiten war immens, auch weil die Dreizehn Kolonien immer öfter auf Gue-

rillakämpfe und eine scharmützelerartige Kleinkrieg-Taktik setzten statt auf offene Schlachten.

Im Frieden von Paris wurde diese Auseinandersetzung schließlich am 3. September 1783 formell beendet, nachdem rund sieben Jahre um die Unabhängigkeit gekämpft worden war. In dem Vertrag legten die Vertreter beider Seiten offiziell die Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Britisch-Nordamerika, wie Kanada bis 1867 noch hieß, fest.

## Grenze auf Vermutungen

Was sich so final friedlich anhört, war aber vielmehr der Auftakt zu immer wie-

der neu aufflammenden Streitereien. Denn der Westen der heutigen USA war von den Weißen damals weder erschlossen noch besiedelt. Insofern erfolgte die Grenzziehung eher auf vagen Annahmen und Vermutungen. Der Ärger war quasi programmiert. Und er kam.

Immer wieder flammten Kämpfe und blutige Grenzkonflikte auf. Mal kriselte es an der Grenze nördlich von Maine und der kanadischen Provinz New Brunswick, wo man sich endlich am 9. August 1842 im Webster-Ashburton-Vertrag einigte. Dann ging es um die westlichen Gebiete und die entsprechende Grenzauslegung westlich des Lake of the Woods bis zu den Rocky

Mountains. Dieser Konflikt wurde immerhin schon durch den Londoner Vertrag von 1818 beigelegt.

## Konflikte dauern an

Doch bereits 1844 gab es neuen Ärger. Diesmal war Oregon das Objekt der Begierde. Das führte zu der Forderung nach der Festlegung der US-Nordgrenze westlich der Rockies. Die Briten wollten eine Grenze, die bis zum Pazifik dem Columbia River folgt. Der Disput wurde zwei Jahre später schließlich mit dem Oregon-Kompromiss beigelegt. Dieser setzte endlich den 49. Breitengrad als Grenzlinie durch die Rocky Mountains fest.

Als die USA am 18. Oktober 1867 das Gebiet Alaska vom russischen Zarenreich kauften, ahnte man es schon – der nächste Grenzstreit mit Kanada drohte. Und tatsächlich wurde auch dieser Konflikt erst 1903 geschlichtet, als ein gemeinsames Tribunal des Vereinigten Königreiches, Kanadas und der Vereinigten Staaten im Alaska-Grenzstreit die Grenze zwischen Kanada und Alaska festlegte.

Und damit nicht genug. Bis heute gibt es Reibereien und Ansprüche sowohl um Gebiete als auch um Gewässer. Mal sind es die Inseln Machias Seal Island und North Rock vor der Ostküste zwischen der kanadischen Provinz New Brunswick und dem US-Staat Maine. Dann mal wieder Dixon Entrance, ein Gewässer zwischen dem Alexanderarchipel in Alaska im Norden und der zu der kanadischen Provinz British Columbia gehörenden Inselgruppe Haida Gwaii im Süden. Ferner streiten sich beide Staaten um das Beaufortsee-Gewässer am Yukon oder die Wasserstraße Juan-de-Fuca-Straße zwischen British Columbia und Washington.

Zur Wahrheit gehört: Die alten Streitereien beider Länder berühren Trump kaum. Der Grund dafür, dass er sich Kanada gern als 51. US-Bundesstaat einverleiben möchte, ist vielmehr sein Ärger über das Handelsdefizit zum reichen nördlichen Nachbarn. Um hier einen Hebel zu finden, hat er mal eben eine Behauptung frei erfunden, die da lautet: Viele Kanadier würden es sich wünschen, Teil der USA zu sein. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade die Kanadier schätzen ihren eigenständigen politischen und kulturellen Status. Außerdem gehört Kanada zum britischen Commonwealth. Staatsoberhaupt ist Charles III., König des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und nicht der Vereinigten Staaten.



Gemälde von Benjamin West (1783): Die US-Verhandler John Jay, John Adams, Benjamin Franklin, Henry Laurens und William Temple Franklin (v.l.). Der britische Abgeordnete weigerte sich, Modell zu sitzen, sodass das Bild rechts nie vollendet wurde

## TRUMPS GEBIETSFORDERUNGEN II

# Wie Grönland dänisch wurde, und es auch blieb

Kopenhagens Herrschaft über das autonome Gebiet ist ein Überbleibsel der Personalunion zwischen Dänemark und Norwegen

Alaska, und damit ein heutiger Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika, war der Ausgangspunkt der ersten Besiedlung Grönlands. Von dort aus breiteten sich die sogenannte Denbigh-Kultur und deren Angehörige über Kanada und damit einen zukünftigen Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika – zumindest wenn es nach dem aktuellen US-Präsidenten Donald Trump geht – bis nach Grönland aus. Das geschah bereits etwa 2400 Jahre vor der Geburt Christi.

Erst weit über dreitausend Jahre später, um die Wende vom 9. zum 10. Jahrhundert, entdeckten erstmals Europäer Grönland. Spätestens nach einem Blick auf die Weltkarte oder den Globus wundert man sich nicht, dass diese Europäer aus Norwegen kamen. Den Isländersagas zufolge sah der Norweger Gunnbjörn Úlfsson kráku Land westlich von Island, das als „Gunnbjarnarsker“ (Gunnbjörnsschäre) bekannt wurde. Dabei soll es sich um die grönländische Ostküste gehandelt haben.

Im 14. Jahrhundert verlor Norwegen seine Unabhängigkeit. Systematisch setzte die Dänenprinzessin Margarethe (I.) ihre Regentschaft in Dänemark und Norwegen sowie auch Schweden durch. Erst bewirkte sie, dass 1375 nach dem Tod ihres Vaters, des Dänenkönigs Waldemar IV. Atterdag, ihr fünfjähriger Sohn Olav (II.) dessen Nachfolger und sie der

Vormund des Minderjährigen wurde. Nach dem Tod ihres Ehemanns, des norwegischen Königs Håkon VI., ein halbes Jahrzehnt später, wurde ihr gemeinsamer Sohn Olav auch noch Nachfolger seines Vaters.

Nach dem frühen Tod des Kindes 1387 wurde Margarethe erst von den dänischen Ständen zur Regentin auf Lebenszeit proklamiert und ein Jahr später auch Regentin von Norwegen. Sie setzte durch, dass ihr minderjähriger Großneffe Erich von Pommern 1388 König von Norwegen und im darauffolgenden Jahr auch von Dänemark wurde. Margarethe begründete so eine jahrhundertlange dänisch dominierte Personalunion zwischen Norwegen und Dänemark, mit der Letzteres in die Geschichte Grönlands eintrat.

Das Jahr 1721 gilt als weiteres wichtiges Datum in der Geschichte der dänisch-grönländischen Geschichte. Nachdem sich die Dänen über Jahrhunderte kaum für Grönland interessiert hatten, erlaubte der dänisch-norwegische König Friedrich IV. in jenem Jahr seinem norwegischen Untertan Pastor Hans Egede, in Grönland eine Missionsstation zu errichten. Von dort aus wollte der sogenannte Apostel der Grönländer die autochthone Bevölkerung, von der er annahm, dass sie vom Glauben abgefallen oder noch katholisch war, evangelisch

missionieren. An dieser Missionierung machen manche den Beginn der Kolonialzeit Grönlands fest.

Nachdem Dänemark in den napoleonischen Kriegen auf der Seite des Verlierers Napoleon gestanden hatte, Schweden hingegen zu den siegreichen Alliierten gehörte, war ab dem Kieler Frieden von 1814 nicht mehr der dänische, sondern der schwedische König in Personalunion König von Norwegen. Als Trostpflaster wurden die bislang norwegischen Besitzungen im Nordatlantik nun dänisch und damit neben Island und Färöer auch Grönland.

1921 erklärte Dänemark seine Oberhoheit über Grönland. Norwegen, das 1905 die Personalunion mit Schweden gelöst hatte, ein selbstständiges Königreich mit eigener Dynastie geworden war und damit wieder ein Subjekt der Politik und Geschichte statt nur ein Objekt, bestritt den Anspruch Dänemarks auf Grönland in seiner Gesamtheit. Es stellte sich auf den Standpunkt, dass gemäß dem Frieden von Kiel die dänische Hoheit nur für die wirtschaftlich erschlossenen Gebiete in Westgrönland gelte. Kleine Gebiete an der Ostküste Grönlands okkupierte Norwegen Anfang der 30er Jahre. Dänemark brachte den Streit vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag und bekam dort 1933 recht. Norwegen fügte sich dem

Urteil und verzichtete auf Widerspruch wie Widerstand.

Der deutsche Einmarsch in Dänemark 1940 im Rahmen des Zweiten Weltkrieges schwächte die Bande Grönlands zu Dänemark und stärkte jene zu den USA. Dänemark befand sich nun im Machtbereich Deutschlands, hingegen Grönland in dem der Gegner Deutschlands einschließlich USA. Henrik Kauffmann, seit 1939 dänischer Gesandter in Washington, erklärte nach dem Einmarsch der Wehrmacht in sein Heimatland, keine Weisungen aus dem deutsch besetzten Kopenhagen mehr entgegenzunehmen, beanspruchte für sich, der alleinige Vertreter der dänischen Interessen für Grönland zu sein, und erlaubte unter Berufung hierauf den USA, Grönland militärisch zu nutzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1946, schlug der damalige US-Präsident Harry Truman der dänischen Regierung vor, Grönland seinem Land für 100 Millionen US-Dollar in Gold, was heute etwa 1,6 Milliarden Dollar entspräche, zu verkaufen. Kopenhagen lehnte ab, und Washington akzeptierte damals die Ablehnung, wie es sich unter befreundeten Staaten gehört.

Trotzdem sah sich Dänemark nach dem Zweiten Weltkrieg wie andere europäische Kolonialmächte einem wachsenden Dekolonialisierungsdruck ausgesetzt. Zwei Lösungswege boten sich an:

entweder Entlassung in die Unabhängigkeit oder Umwandlung der Kolonie in einen gleichberechtigten Landesteil des Mutterlandes. Dänemark entschied sich 1953 für den zweiten Weg.

Manche sagen, dass damit die dänische Kolonialisierung Grönlands erst begann, denn außer Gleichberechtigung strebte Kopenhagen nun auch gleichwertige Lebensverhältnisse und Gleichheit an. Das Ergebnis war der Versuch einer Europäisierung, einer Dänisierung Grönlands.

1973 wurde mit Dänemark automatisch und ungefragt auch Grönland Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Das befeuerte in der Exkolonie das Streben zumindest nach Autonomie. Die wurde Grönland 1979 gewährt. So konnte Grönland nach einer Volksbefragung 1982 drei Jahre später aus der EWG austreten, obwohl Dänemark drinblieb.

2009 wurde die Autonomie zur Selbstverwaltung ausgebaut. Heute ist Grönländisch alleinige Amtssprache. Und die Grönländer gelten nicht mehr als „Norddänen“ wie in der Hochzeit der Dänisierung, sondern sind als eigenständiges Volk anerkannt, einschließlich dem jederzeitigen Recht auf vollständige Unabhängigkeit von Dänemark, sobald der Wille dazu per Referendum bekundet wird.

Manuel Ruoff



Kann sich mit seinem „natürlichen Sonar“ besonders gut orientieren: US-Marine-Delfin beim Training mit seinem Ausbilder an der Küste von Virginia  
Bild: picture-alliance/DoD/PH1 BRIEN AHO

## RÜSTUNG

## Der geheime Krieg der Delfine und Seelöwen

Meeressäuger erfüllen seit Jahrzehnten wichtige Aufgaben im Dienst des Militärs. Sowohl Russen wie US-Amerikaner betrauen die intelligenten Ozeanbewohner mit heiklen Operationen unter Wasser

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahr 1967 veröffentlichte der französische Schriftsteller Robert Merle seinen Roman „Ein vernunftbegabtes Tier“. Hier beschrieb er eindringlich, wie zwei dressierte Delfine dazu missbraucht werden, einen Marine-

Kreuzer mittels einer am Schiffsrumpf platzierten Atombombe zu versenken. Merles populäres Buch trug sicher mit zu der hysterischen Berichterstattung über den Beluga-Wal „Hvaldimir“ bei, welcher im Jahr 2019 an der norwegischen Küste auftauchte und ein sehr spezielles Arbeitsgeschirr trug.

Der schließlich im Oktober 2024 verendete „Hvaldimir“ war allerdings kein Spion oder Saboteur der russischen Marine, wie immer wieder behauptet wurde, sondern ein ausgebüxter Wal namens „Semjon“ für die Therapie chronisch kranker und behinderter Kinder aus der Nähe der russischen Stadt Murmansk.

Doch völlig grundlos war die Aufregung nicht. Denn tatsächlich „dienen“ Meeressäuger in den russischen Seestreitkräften, worüber aber kaum Fakten bekannt sind.

So berichtete der US-amerikanische Marine-Spezialist H. I. Sutton über zwei Delfingehege im ukrainischen Kriegshafen von Sewastopol, die offenbar dem Militär Kiews gehörten und 2014 nach der russischen Annexion der Krim in den Besitz von Putins Schwarzmeerflotte übergingen. Ebenso sollen die Russen im Polarmeere Beluga-Wale und Seehunde für verschiedene Missionen trainieren – beispielsweise im Umkreis der geheimen U-Boot-Basis Olenya Guba am Rande der Barentssee. Darüber hinaus gibt es Hinweise auf eine zeitweilige Präsenz russischer Marine-Delfine in der mittlerweile geräumten Flottenbasis Tartus an der syrischen Mittelmeerküste.

Deutlich mehr weiß man über das seit 1959 laufende U.S. Navy Marine Mammal Program (NMMP). In Stützpunkten wie San Diego, Point Mugu, Key West und Kaneohe Bay wurde mit zehn Wal- und sechs Robbenarten experimentiert. Dabei erwiesen sich die Großen Tümmler und Kalifornischen Seelöwen als am besten geeignet. Die Tümmler nutzen ein natürliches Sonar zur Unterwasserortung und die Seelöwen verfügen über ein hervorragendes Gehör und scharfe Augen für beste Sicht in trübem Wasser.

### Schon im Vietnamkrieg eingesetzt

Außerdem gehen Experten davon aus, dass auch die nordkoreanische und die israelische Marine Delfine einsetzen. Im Falle Israels verbreitete die palästinensische Terrororganisation Hamas 2022 das Gerücht, der jüdische Staat verfüge über „Killer-Delfine“, welche Taucher der Hamas attackierten und ausschalteten. Es liegen jedoch keinerlei belastbare Hinweise auf Programme vor, in deren Verlauf man Meeressäuger zu Tötungsmaschinen abrichtet.

Vielmehr sieht das Aufgabenspektrum der Tiere anders aus: Zum einen sollen sie Hafenanlagen, Marinestützpunkte und Kriegsschiffe vor Sabotage- oder Terrorakten unter Beteiligung von Kampfschwimmern bewahren. Hierzu entwickelte die US-Marine spezielle Programme für Seelöwen und für Delfine.

In beiden Fällen markieren die Tiere aufgespürte feindliche Taucher mit Signalgebern, wonach dann Elitesoldaten die Neutralisierung der Eindringlinge übernehmen. Entsprechende Einsätze fanden zuerst im Vietnamkrieg und später im Persischen Golf statt. Heute schützen die „Wachhunde der Meere“ unter anderem die U-Boot-Basis in Groton, Connecticut, einen der wichtigsten U-Boot-Stützpunkte der USA überhaupt, an dem 16 Atom-U-Boote stationiert sind.

Zum anderen helfen die Seelöwen und Delfine bei der Minensuche. Aktuell gibt

es auf amerikanischer Seite fünf Teams, welche binnen 72 Stunden per See-, Luft- oder Landtransport an jeden beliebigen Punkt der Erde gebracht werden können. Manche der Gruppen sind auf Ankertauminen abgerichtet, andere auf Sprengkörper am Meeresgrund. Während des Irakkrieges haben die Tiere um die 100 Seeminen und Sprengfallen im Hafen von Umm Qasr lokalisiert.

### Tierschützer sind nicht begeistert

Schließlich verfügen die US-Streitkräfte noch eine Seelöwen-Einheit, deren Spezialität das Auffinden und Bergen sonstiger Gegenstände unter Wasser ist. Das erste Mal stellte sie ihre Fähigkeiten 1970 bei der Hebung einer verloren gegangenen Anti-U-Boot-Rakete unter Beweis.

Obwohl die Meeressäuger menschliche Taucher in vielerlei Hinsicht übertreffen, birgt ihr Einsatz Probleme. So entwickeln manche einen eigenen Willen und „desertieren“, was vor allem in der Paarungszeit vorkommt. Der ehemalige russische Marineoffizier Juri Pljatschenko berichtete über mehrere verschwundene Militär-Delfine aus Sewastopol, die offenbar dem Ruf „ziviler“ Weibchen gefolgt waren.

Gleichzeitig entzündet sich immer wieder Kritik am Einsatz der Tiere für militärische Zwecke sowie angeblich nicht artgerechten Trainingsmethoden. Immerhin müssen die Meeressäuger Maulkörbe tragen, damit sie bei der Arbeit nicht plötzlich auf Nahrungssuche gehen.

Die US-Marine setzt dem entgegen, dass sie alle Auflagen des US-Gesetzes zum Schutz der Meeressäuger von 1972 und des US-Tierschutzgesetzes von 1966 erfülle und darüber hinaus sogar noch Tierwohlstandards außerhalb des gesetzlichen Rahmens einhalte. Deshalb sei das NMMP auch ein anerkannter Partner der Association for Assessment and Accreditation of Laboratory Animal Care (AAALAC) zur Wahrung der Rechte von Versuchstieren.

Kritiker meinen jedoch, die plötzliche Verbringung der Tiere in unbekannte Ökosysteme löse bei diesen starken Stress aus und berge Gefahren. Beispielsweise könnten sie von Artgenossen attackiert werden, die ihr angestammtes Revier verteidigen. Außerdem bestehe die Möglichkeit, dass der Gegner im Kriegsfall dazu übergehe, zur Ausschaltung jeglichen Risikos sämtliche Meeressäuger in einem bestimmten Gebiet zu töten.

Allerdings dürften diese Probleme bald irrelevant werden, weil die Entwicklung autonomer Unterwasserdrohnen rasant voranschreitet. Hierzu sagte der ehemalige US-Marine-Delfintrainer Rick Trout, man setze jetzt konsequent auf neue Technik und ebenso Künstliche Intelligenz, um „die nationale Sicherheit nicht weiterhin von Flipper abhängig zu machen“.

## GEOGRAPHIE

## Deutsche Inseln, die kaum jemand kennt

Schon mal von Trischen oder Öhe gehört? Zwischen Borkum und Usedom tummeln sich fünf Dutzend kleine und kleinste Eilande

Jeder kennt die 17 großen Nord- und Ostseeinseln der Bundesrepublik von Borkum im Westen bis Usedom im Osten – und vielleicht sogar noch einige der zehn Halligen rund um Pellworm. Daneben gibt es aber auch die quasi „geheimen“ Welt der mehr als 60 kleinen unbewohnten Eilande entlang der deutschen Außenküste oder in den Boddengewässern, deren Namen die meisten Menschen noch nie gehört haben: Blauort, Bullenriff, Grot Deil, Heuwiese, Jägerbülten, Koos, Minseiner Oog, Öhe, Ruschbrink, Tollow, Trischen, Walfisch, Weidenschwanz und wie sie alle heißen.

Viele der Inseln fehlen auf Karten normalen Maßstabs, was wohl durchaus be-

absichtigt ist. Zum einen befinden sich hier oftmals die letzten noch unberührten Refugien für Robben und Meerestiere vor unseren Stränden. Ornithologen sichten auf den kleinen Inseln Dutzende von teilweise seltenen Vogelarten, darunter sechs Möwen- und fünf Seeschwalbenspezies. Und auch die Pflanzenwelt ist manchmal ungewöhnlich, so wie auf Mellum, wo es immerhin 38 verschiedene Pilzarten gibt.

Zum anderen spielt die Geschichte der Inseln eine Rolle. Etliche sind nämlich Menschenwerk und zeugen von einer Hybris, die man heutzutage lieber vergessen möchte. Als typisches Beispiel hierfür kann Nighörn dienen. Die ab-

1989 aufgespülte künstliche Insel sollte in der ursprünglichen Planung den schon 1979 verworfenen neuen Hamburger Tiefwasserhafen beherbergen – und zeitweise waren sogar auch ein Stahl- und ein Kernkraftwerk dort geplant. Nunmehr soll Nighörn die natürliche Schrumpfung der Nachbarinsel Scharhörn ausgleichen.

### Geschützt vor den Neugierigen

Weitere Eilande dienten früher militärischen Zwecken und könnten daher zum Tummelplatz für eifrige Devotionaliensammler avancieren, wenn sie größere Bekanntheit erlangten. Auf Mellum stand im Zweiten Weltkrieg eine Batterie der

II. Marineflakbrigade der deutschen Kriegsmarine. Und das Fort auf der künstlichen Insel Langlütjen I in der Außenweser, dessen Bau 1869 begann, erhielt sogar Panzertürme mit neun 21-Zentimeter-Geschützen zur Abwehr feindlicher Schiffe, die ab 1939 durch Fliegerabwehrkanonen ersetzt wurden. Ähnlich verlief die Entwicklung auf der Nachbarinsel Langlütjen II.

Die Volksmarine wiederum legte eine namenlose künstliche Insel im Rügischen Bodden an, welche der Entmagnetisierung der Kriegsschiffe des „Arbeiter- und Bauern-Staates“ zum Schutz vor Magnetminen diente. Dessen Regierungsmitglieder, darunter das Ehepaar Erich und Margot

Honecker, machten etliche Male auf der drei Kilometer entfernten, hermetisch abgeriegelten Insel Vilm Urlaub.

Und dann wäre da noch das gern verdrängte Phänomen der Meeresverschmutzung, das sich auch und gerade auf den unbewohnten deutschen Inseln zeigt, weil der Unrat hier definitiv nur aus dem Wasser kommen kann. So landen an der Küste von Scharhörn in der Elbmündung pro Woche Müllmengen von rund drei Tonnen auf einhundert Metern Strandlänge.

Die „geheimen“ kleinen deutschen Inseln sind also durchaus nicht so unwichtig wie es scheint, obzwar sie weiterhin vor dem Zustrom von Neugierigen bewahrt werden sollten. W.K.



## OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

# Über Eisstraßen Richtung Freiheit

Veranstaltung „Vor 80 Jahren. Flucht über das Haff in Ostpreußen“ vor ausverkauftem Haus

VON JOACHIM MÄHNERT

Ostpreußen – was fällt jungen Menschen ohne familiäre Bezüge ein, wenn man sie nach Deutschlands östlichster Provinz befragt? In aller Regel sind es nicht Elche, Trakehner oder Bernstein, nicht Kant, Kollwitz oder Kopernikus, sondern die dramatischen Flucht ereignisse 1945 durch Schnee und Eis, die sich tief im kollektiven Gedächtnis unseres Landes verankert haben.

An diesem 13. Januar jährte sich zum 80. Mal der Tag, an dem „das Wecken aller Schulkinder von Masuren bis an die Memel die russische Artillerie [besorgte]. Sie rollte mit ihrem Donner im Nordosten auf Tilsit, Gumbinnen und Insterburg zu.“ So erinnert sich der Schriftsteller Arno Surminski in seinem autobiographisch geprägten Erstlingswerk „Jokennen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“. Ostpreußen wurde in den Folgewochen von der Roten Armee überrannt, Hunderttausende gingen auf die Flucht, um den Kämpfen und der zu erwartenden Rache der Sowjets nach jahrelangen deutschen Verbrechen gerade an der Ostfront zu entgehen. Es waren vor allem Alte, Frauen und Kinder, die wehrfähigen Männer waren längst eingezogen.

Zigtausende sollten die Strapazen, die Kälte und die Kampfhandlungen, darunter gezielte Attacken der Roten Armee auf die Flüchtlingsstrecken, nicht überleben. Keine Region in Deutschland wurde so von Krieg und Zerstörung getroffen wie Ostpreußen, zumal hier nach Eroberung und Kriegsende noch Besatzungswillkür, Deportationen und Vertreibung folgten.

### Übernachtung auf dem Eis

Der Weg über das zugefrorene Haff gehört zu den schrecklichsten Eindrücken all derjenigen, welche die Flucht überlebten und ihre Erfahrungen niederschreiben oder an die Kinder und Enkel berichten konnten. Auf den von der Wehrmacht eingerichteten, etwa acht Kilometer langen, parallel vom Festland zur Nehrung verlaufenden „Eisstraßen“ waren die Trecks Artillerie- und Tieffliegerangriffen schutzlos ausgesetzt

Immer wieder wurden Bomben abgeworfen und so die Eisdecke zerstört, sodass die schweren Wagen mit Mensch und Pferden oft in wenigen Momenten versanken – ohne Hoffnung auf Rettung, denn niemand durfte sich dem brüchigen Eis nähern. Kein Wunder, dass die Wagen und Fußgänger kaum vorankamen. Oft dauerte die Passage mehr als einen Tag, es musste vielfach auf dem Eis übernachtet werden. Teilweise war dann das Betreten der mit Wagen verstopften Nehrung nicht möglich oder wurde verwehrt, sodass parallel zum sicheren Land weiter auf dem Eis getreckt werden musste.

Notwendig geworden war dieser schreckliche Umweg nach einem raschen, von Süden kommenden sowjetischen Vorstoß auf Elbing, Frauenburg und Tolkemit, womit der Landweg nach Westen den Flüchtlingszügen versperrt war. Die wenige Hundert Meter schmale und etwa 70 Kilometer lange Nehrung war allerdings noch frei und bot Hoffnung auf Rettung, in das zunächst noch von der Wehrmacht gehaltene Danzig oder zum ebenfalls noch freien Pillau für eine Schiffspassage über die Ostsee zu gelangen.



Flüchtlingsstreck: Holzschnitt von Eduard Bischoff 1945

Diesem Schrecken vor 80 Jahren war ein Themenabend gewidmet, den am 16. Januar das Lüneburger Ostpreußische Landesmuseum (OLM) gemeinsam mit seiner Partnereinrichtung ausrichtete, dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen (KOE). Er sollte die Toten und Überlebenden würdigen und erinnern an die Opfer, an die Leidtragenden und an die, welche damals über sich hinauswuchsen.

### Mahnung und Auftrag zugleich

Vor ausverkauften Reihen begrüßte der amtierende Museumsdirektor die Gäste und erinnerte an den auf den Tag genau vor 90 Jahren geborenen Erfolgs-Fußballtrainer Udo Lattek, der wie so viele mit seiner Mutter und Schwester als Zehnjähriger über das zugefrorene Haff fliehen musste. Klaus Mika, Vorstandsvorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS, Trägerin beider Einrichtungen) und Initiator dieses Abends, erinnerte daran, dass zu lange von Frieden in Europa ausgegangen wurde; die Ereignisse vor 80 Jahren sollten auch den heute Verantwortlichen Mahnung und Auftrag sein.

Im Anschluss wurde das Publikum eingestimmt auf das Grauen auf dem Eis des Frischen Haffs. Die Schauspielerin

Isabel Arlt las aus Tagebüchern und Erinnerungen, die sich in den Archiven des Landesmuseums und des Kulturzentrums finden, und die zeitnah nach Kriegsende entstanden, mithin als besonders authentisch anzusehen sind. Man hätte eine Nadel fallen hören können, so waren die Zuhörer von den eindringlich vorgetragenen Texten gepackt.

Unterbrochen wurde die Lesung von einem glänzenden Vortrag des Lüneburger Kurators für Flucht und Vertreibung, Eike Eckert, der die Ereignisse kontextualisierte und detailreich und faktenstark das Fluchtgeschehen 1944/45 vorstellte – von der Bombardierung Königsbergs durch die britische Royal Air Force im August 1944, der noch geordnet verlaufenden Evakuierung der nordöstlichen ostpreußischen Kreise in den Folgewochen, den ersten Einbrüchen der Roten Armee auf deutschen Boden (Nemmersdorf) bis hin zum Versagen der NS-Behörden unter Gauleiter Erich Koch, der Zivilbevölkerung rechtzeitig die Möglichkeit einzuräumen, vor der Front und den Gewaltexzessen der Eroberer evakuiert zu werden.

Auch wer sich schon länger mit dem Thema beschäftigt hat, lernte hier viele

neue Details kennen. Überraschend, wie wichtig die Eisstraßen auch für Zehntausende verwundete Soldaten waren, die aus dem Heiligenbeiler Kessel noch ausgeschifft werden sollten; auch, dass ein Eisbrecher eine 40 Meter breite Schneise parallel zur Nehrung freihielt, um Torpedobooten und Munitionstransporten vom eingeschlossenen Elbing den Weg nach Pillau zu ermöglichen, dafür aber den Flüchtlingen für mehrere Tage das Weiterkommen verwehrt, bis Pioniere auf dem nachgefrierenden Haffwasser eine schwankende Bohlenbrücke errichten konnten.

### Diskussion über schwierige Quellenlage

Den Abschluss des Abends bildete eine Podiumsdiskussion mit Experten. Mähnert richtete verschiedene Fragen an Gunter Dehnert, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, und Christopher Spatz, der über das Schicksal der Wolfskinder promoviert hat. Diskutiert wurde die schwierige Quellenlage und fehlendes oder durch Propaganda beeinflusstes Bildmaterial.

Spatz gab Literatur- und Filmempfehlungen und erzählte, wie er damit umging, über Jahre sich mit kaum erträglichen menschlichen Schicksalen beschäftigen zu müssen. Dehnert ging auf die unterschiedlichen Erfahrungen ein, welche die Ostpreußen anders als die Deutschen in den westlichen Reichsgebieten machen mussten – mehr Gewalt und Zerstörung schon bei der Eroberung und ein Kriegsende im Mai 1945, das für die Ostpreußen keinen Frieden brachte. Der Abend klang aus mit Spekulationen, wie wohl der 90. Jahrestag erinnert werden wird, wenn Zeitzeugen erstmals nicht mehr berichten können.

Ein Team des NDR war den ganzen Abend dabei und interviewte im Anschluss noch einige anwesenden Zeitzeugen oder deren Nachkommen. Zwei Stunden zog sich der Abend hin – aber das Publikum war bis Ende hoch konzentriert dabei. Langer Beifall zeigte – es war eine gelungene, vor allem aber eine wichtige Veranstaltung.



Die Beteiligten des Abends im OLM: Gunter Dehnert, Direktor KOE, Joachim Mähnert, Direktor OLM (v.l.n.r. hinten), Moritz Dittmann, Archivar OLM, Isabel Arlt, Schauspielerin, Klaus Mika, OKS-Vorstandsvorsitzender, Christopher Spatz und Eike Eckert, Kurator OLM

## ● MELDUNGEN

### Von Unrat befreit

**Königsberg** – Bereits im Dezember hatten Fachleute damit begonnen, den Ausläufer des Oberteichs hinter dem Roßgärter Tor trocken zu legen. Die Zufahrten vom Oberteich bis zur Cranzer Allee wurden mit Absperrbändern blockiert, damit Bagger mit der Trockenlegung des Gewässers beginnen konnten. Auf einer Länge von 2,7 Kilometern wurden insgesamt 16.000 Kubikmeter Bodensedimente, Abfälle und Feuchtgebietsvegetation entfernt. Zwar wurde mit den Arbeiten erstmals im Herbst 2023 begonnen, wegen des Beginns der Laichzeit mussten sie jedoch im Frühjahr 2024 unterbrochen werden. Nun sollen die Arbeiten vor dem Frühjahr beendet werden. Das Auftragsvolumen der Säuberungen beläuft sich auf umgerechnet knapp 300.000 Euro. MRK

### Tilsit sucht Auftragnehmer

**Tilsit** – Die Altstädtische Volksschule soll renoviert werden. Die Stadt hat eine Ausschreibung veröffentlicht, um einen Auftragnehmer zu finden, der die Arbeiten für umgerechnet rund 47.000 Euro übernimmt. Das heutige Gymnasium Nr. 1 muss zunächst gründlich untersucht werden. Der Auftragnehmer soll Forschungs- und Vermessungsarbeiten durchführen sowie eine umfassende Untersuchung des technischen Zustands des Gebäudes vornehmen. Geplant ist, die Fassade, die Unterrichtsräume sowie die Turnhalle der Schule im neugotischen Stil zu modernisieren. Seit 2010 ist das Gebäude als Objekt des kulturellen Erbes anerkannt und genießt daher Denkmalschutz. MRK

### Wirtschaft der Region leidet

**Königsberg** – Unternehmen im Königsberger Gebiet leiden besonders unter den Sanktionen des Westens. Weil die Landwege versperrt sind, weichen die Unternehmen auf den Seetransport aus. Der ist jedoch langwierig und kostspielig. Die Transportkosten machen oft 35 Prozent des Warenwerts aus. Dies führt dazu, dass die Inflation in der Exklave höher ist als in der übrigen Russischen Föderation. Erschwerend hinzu kommt der Mangel an Arbeitskräften. Die Unternehmen beklagen, dass sie kaum noch junge Mitarbeiter finden, was zum einen an der demographischen Entwicklung liegt, zum anderen am Ukrainekrieg, der junge Arbeitskräfte bindet. Zudem hat der Staat verschärfte Bedingungen für Arbeitsmigranten erlassen. Dies und die Rubelabwertung führen dazu, dass Russland für Wanderarbeiter aus Zentralasien nicht mehr attraktiv ist. Sie suchen Arbeit in Westeuropa oder Indien. Auch die Sonderwirtschaftszone ist aufgrund der Sanktionen ein Nachteil geworden. Unternehmer müssen die russische Herkunft der für ihre Produkte notwendigen Komponenten nachweisen, andernfalls drohen Strafen. Einige Firmeninhaber denken darüber nach, ihr Geschäft nach Zentralrussland zu verlegen. MRK

## Wir gratulieren...



## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## ZUM 102. GEBURTSTAG

**Krawczik, Helene**, geb. **Rittmeyer**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Friebe, Ilse**, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Wittmann, Erna**, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Kiwitt, Margarete**, geb. **Orlowski**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 29. Januar

**Wilhelm, Erika**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Goeritz, Kurt**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Marchel, Gerhard**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 27. Januar

**Tobies, Harry**, aus Königsberg, am 28. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Keip, Grete**, geb. **Kaminski**, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Niendorf, Adelheid**, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Wagener, Elfriede**, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Bollmann, Traute**, geb. **Trosien**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 27. Januar

**Czycholl, Ruth**, geb. **Fischer**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Mahler, Günter**, aus Wehlau, am 28. Januar

**Neumann, Franz**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Waschk, Waltraut**, geb. **Fladda**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 30. Januar

**Zilz, Edgar**, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Bergen, Erich**, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 26. Januar

**Geiser, Karl-Heinz**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 30. Januar

**Goerke, Helmut**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

**Hinz, Gertraude**, geb. **Milbrodt**, aus Bauditten, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

**Koss, Waltraut**, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar

**Laskowski, Kurt**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. Januar

**Marzinzik, Paul**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 25. Januar

**Murawsky, Anneliese**, aus Neundorf, Kreis Lyck, am 27. Januar

**Pottel, Ingeburg**, geb. **Möller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar

**Sczuplinski, Karl**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 29. Januar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Anger, Christel**, geb. **Litzbarski**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

**Cypulowski, Gertrud**, geb. **Duddeck**, aus Antonisdorf, Kreis Lötzen, am 30. Januar

**Dotzenroth, Gerlind**, aus Königsberg, am 24. Januar

**Fullert, Erika**, geb. **Kirschnik**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Januar

**Jastremski, Dietrich**, aus Moringgrund, Kreis Lyck, am 26. Januar

**Laddach, Christel**, geb. **Weismann**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 24. Januar

**Lasarzewski, Dora**, geb. **Meske**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. Januar

**Lindenau, Reinhild**, geb. **Turowski**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Januar

**Pakusch, Reinhard**, aus Paradies, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

**Zacher, Rosemarie**, geb. **Wittke**, aus Heiligenkreuz, Kreis Fischhausen, am 29. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Kompa, Ernst**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

**Kropp, Günter**, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

**Müller, Rudi**, aus Boyden, Kreis Mohrunen, am 28. Januar

**Sawollek, Johannes**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 29. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Göbel, Christel**, geb. **Vogel**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

**Grünheit, Elfriede**, geb. **Plewka**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Gütschow, Hannelore**, geb. **Nadzeyka**, aus Lyck, am 29. Januar

**Lasar, Erna**, geb. **Schmid**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Lehmann, Ursula**, geb. **Porschatis**, aus Lyck, am 30. Januar

**Riede, Gertrud**, geb. **Paczanski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. Januar

**Schittek, Helmut**, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

**Soika, Brigitte**, geb. **Polixa**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Szendeleit, Dietmar**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

**Wirth, Anne-Maria**, geb. **Ulrich**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Adamzyk, Ehrenfried**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 27. Januar

**Brzoska, Gerhard**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

**Chittka, Helmut**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

**Czychi, Helmut**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. Januar

**Falkenau, Eva**, aus Wehlau, am 26. Januar

**Friedrich, Dieter**, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 26. Januar

**Harder, Gisela**, geb. **Jeimke-Karige**, aus Lodehnen, Kreis Mohrunen, am 29. Januar

**Kunz, Eitel**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Modler, Gabriele**, geb. **Mirwaldt**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 24. Januar

**Müller, Walter**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

**Okon, Erich**, aus Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 24. Januar

**Sobiech, Ilse**, geb. **Makowski**, aus Ortelsburg, am 27. Januar

**Todtenhaupt, Sieglinde**, geb. **Jentschura**, aus Wehlau, am 25. Januar

**Weiß, Kurt**, aus Reinlacken uns aus Wachlacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar

**Wiemer, Otto**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Januar

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Christochowitz, Horst**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 30. Januar

**Geisendorf, Werner**, aus Weißensee Abbau Nord, Kreis Wehlau, am 25. Januar

**Gerecke, Gundula**, geb. **Ogureck**, aus Wehlau, am 28. Januar

## PARTNER-REISEN

### Grund-Touristik GmbH & Co. KG

19.05. – 27.05.2025

**Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen**

Danzig – Masuren – Memelland

Reiseleitung: Dieter Wenskat

16.07. – 23.07.2025

**Sommerreise nach Ostpreußen**

Danzig – Marienburg – Goldap – Thorn

Reise in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Goldap

28.08. – 02.09.2025

**Reise in das Schlesische Elysium – Tal der Schlösser und Gärten**

Ostpreußen fahren in den Süden Preußens!

Reiseleitung Hubert Geiger und Dirk Bloch (Blochplan Berlin)

*Ausführliche Reiseprogramm anfordern bei Partner-Reisen!*

Evertner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: info@Partner-Reisen.com

**Hannemann, Hannelore**, geb. **Kunz**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

**Hinz, Klaus-Dieter**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 24. Januar

**Hirth, Hans**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

**König, Gisela**, geb. **Westphal**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

**Kowalewski, Prof. Dr. Klaus**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. Januar

**Pfaff, Renate**, aus Königsberg, am 10. Dezember

**Scharfe, Brigitte**, geb. **Klein**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrunen, am 28. Januar

**Torka, Helga**, geb. **Blumenstein**, aus Georgsheide, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

**Wasserfuhr, Marianne**, geb. **Büttner**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Knischewski, Gerd**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Köpke, Rainer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 27. Januar

**Noreikat, Prof. Karl-Ernst**, aus Hügeldorf, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

**Reiß, Gerhard**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

**Sonntag, Margot**, geb. **Stiebel**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Teubner, Bernd**, aus Mohrunen, am 26. Januar

**Werner, Detlef**, aus Tawe, Kreis Elchniederung am 28. Januar

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Saffrin, Ruth**, geb. **Klask**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

PAZ-Abo  
vertrieb@paz.de

## Forum Baltikum – Dittchenbühne

Das **Graue-Erbesen-Essen** wirft bereits seine Schatten voraus. Am Faschingsdienstag, 4. März, 19 Uhr ist es so weit: In Elms-horn und Umgebung wird das traditionelle Gericht angeboten.

Zwar nicht mehr so wie in früheren Zeiten als Dankeschön-Geschenk der Gastwirte an ihre Stammgäste, sondern als – zu meist immer noch günstigeres – Gericht für jeden Gast. Oft ist es auch das einzige Gericht, das an diesem Tag angeboten wird, da man in den Küchen voll und ganz mit Erbsen, Kasseler, Schweinebauch, Kochwürsten und Kartoffeln zu tun hat.

Die Elms-hornerinnen und Elms-horner haben in der Regel ein Lieblingslokal, in das sie an diesem Tag zum Essen gehen – denn Graue Erbsen sind noch lange nicht immer genau die Grauen Erbsen, die einem am besten munden. So empfiehlt es sich, rechtzeitig einen Tisch zu reservieren.

## Ostpreußische Variante immer beliebter

Mit einer einzigartigen Geschmacksnuance des Grauen-Erbesen-Schmauses wartet traditionell das Elms-horner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ auf:

Dort wird das Gemüse auf ostpreußische Art süß-sauer serviert. Diese spezielle Zubereitungsart – zu der natürlich auch die anderen klassischen Beilagen gehören – gewinnt von Jahr zu Jahr mehr Freundinnen und Freunde in der Krückaustadt. Dazu kommt, dass diese Faschingsmahlzeit an der Dittchenbühne mit einem schmackhaften Dessert und einem kräftigen Schnaps serviert wird.

**Forum Baltikum – Dittchenbühne**, Herrmann-Sudermann-Allee 50, Reservierung Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

## Zusendungen für die Ausgabe 6/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 6/2025 (Erstverkaufstag 7. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 28. Januar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: grodeck@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

**15. bis 16. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

**25. bis 27. April:** Kulturseminar in Helmstedt

**26. bis 27. April:** Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

**21. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

**19. bis 21. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt

**4. bis 5. Oktober:** 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

**6. bis 12. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**7. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**8. bis 9. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

#### Königsberger Klopse

**Hof** – Sonnabend, 8. Februar, 13 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: gemeinsames Essen. Es gibt Königsberger Klopse und allerlei Interessantes rund um die Esskultur in der alten Heimat. Um Anmeldung wird gebeten.

#### Ausstellungsankündigung

**Hof** – Donnerstag, 15. Mai, 19 Uhr, im Foyer des Museums Bayerisches Vogtland: Vernissage zur Ausstellung „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“, die ab Mai bis September zu sehen sein wird.

Der Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Hof, plant in Zusammenarbeit mit dem Haus des Deutschen Ostens eine Ausstellung im Museum Bayerisches Vogtland, Hof. Von Mai bis September wird auf 30 Tafeln und mit Fototapeten und Filmen das Schicksal von sechs Frauen, die die Herausforderungen von Flucht, Vertreibung und Integration meistern mussten, dargestellt. Die Vernissage findet am Donnerstag, dem 15. Mai, 19 Uhr im Foyer des Museums mit Schirmherrin Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, statt.

#### Reisebericht

**Nürnberg** – Dienstag, 28. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1, gegenüber Langwasser: Gunnar Adolph berichtet beim Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen und Pommern über eine Reise nach Westpreußen und zur Marienburg. *Joachim Korth*



### Hessen

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

#### Halbjahresprogramm

**Kassel** – Jeden ersten Donnerstag, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140, Kassel-Wolfsanger: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel.

Donnerstag, 6. Februar: Nach der Jahreshauptversammlung folgt der Beitrag: „Jugendjahre im Kreis Ortelsburg. Erinnerungen von Frau Frieda Olk (1924-2021)“.

Donnerstag, 6. März: „Mein Garten – Lebensraum vor der Haustür“, Bildvortrag von Thomas Fleck.

Donnerstag, 3. April: „Schlesische Landschaften – insbesondere das Riesengebirge“, Vortrag von Bernd Nörenberg, Alfeld /L.

Donnerstag, 8. Mai: „Heute vor 80 Jahren – alles bricht zusammen“, aus der Dokumentensammlung von Gerhard Landau.

Donnerstag, 5. Juni: „Westpreußen mein lieb Heimatland, wie ging's mit dir zu Ende? Die Jahre vor 1921.“ *Gerhard Landau*



### Angerburg

**Kreisvertreter:** Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

#### 67. Heimatpolitische Tagung

**Rotenburg (Wümme)** – Wochenende, 15. und 16. Februar, Ratsgymnasium, Gerberstraße 14: 67. Heimatpolitische Tagung, zu der die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) alle Ostpreußen, die Freunde unserer Heimat sowie geschichtlich und kulturell Interessierte einladen.

Am Sonnabend, 15. Februar, beginnt die Veranstaltung, die sich mit der wechselvollen Geschichte und der Zukunft von Ort sowie Schloss Steinort beschäftigt, um 15 Uhr, ab 14 Uhr werden Kaffee und Kuchen angeboten. Nach Eröffnung und Begrüßung folgen die Vorträge von Dr. Uwe Heckert: „Ein großer Sprung: 600 Jahre Steinort – Aus der Großen Wildnis in eine europäische Zukunft“ sowie von Dr. Bettina Bouresh, Vorsitzende der Lehnndorf-Gesellschaft Steinort: „Die Vision für Steinort: Akademia Mazuria, Galerie Lehnndorf und ein Gästehaus – Wissenschaft, Bildung und Kultur im „Forum für Europäischen Dialog“.

Der Abend klingt nach gemeinsamem Elchbraten-Essen in gemütlicher Runde aus. Traditionell werden die Bömsholzer Jagdhornbläser den Sonnabend musikalisch begleiten.

Mit ihren „Steinorter Geschichten“ werden Ulla Lachauer und Agatha Kern am Sonntag, 16. Februar den zweiten Tag um 10 Uhr beginnen. Der gemeinsame Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ bildet den Abschluss der Tagung gegen Mittag.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen zum Preis von 30,- Euro sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden kurzfristig bis zum 5. Februar erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, interessante Vorträge und viele, gute Gespräche.



### Elchniederung

**Kreisvertreter:** James-Herbert Lundsziern, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

#### Danzig-Masuren-Memelland

**Neuntägige Flug- und Schiffsreise** nach Ostpreußen vom 19. bis 27. Mai unter der Leitung von Dieter Wenskat.

Am 19. Mai geht es vormittags los mit dem Flugzeug nach Danzig; Flüge gehen ab Berlin, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart. In Danzig werden die Teilnehmer von der Reiseleitung ins Hotel gebracht. Am Nachmittag wird ein Stadtrundgang durch Danzigs Altstadt unternommen.

Die Besichtigungen der Marienburg und der Elblinger Altstadt stehen am zweiten Tag auf dem Programm. Am dritten Tag geht die Reise weiter über Cadinen, der ehemaligen Sommerresidenz Kaiser Wilhelms II., nach Frauenburg, samt einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal.

Eine Masurenrundfahrt mit den Zielen Heilige Linde mit ihrer besonderen Orgel, der Bunkeranlage „Mauerwald“ am vierten Tag und einem Spaziergang durch Nikolaiken, weiter per Schiff über Seen und Kanäle nach Niedersee an den Rand der Johannsburger Heide, schließen sich an. Eckerts-



BILD: ANNELES TRUCEWITZ

Nur ein Ziel von vielen: Die alte Kirche zu Goldap, sie wurde bereits um 1580 erbaut. Nach einem Brand im Jahr 1623 erfolgte der Neubau des Kirchenschiffes. Bei den Kämpfen um Goldap 1944/45 wurde die Kirche schwer zerstört. Ein Wiederaufbau im ursprünglichen Baustil erfolgte in den frühen 1980er Jahren mit finanzieller Unterstützung der ehemaligen deutschen Bewohner und Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Goldap



### Goldap

**Kreisvertreter:** Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

#### Sommerreise

**Vom 16. bis zum 23. Juli** fährt die Kreisgemeinschaft Goldap in Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Reiseunternehmen nach Danzig, Marienburg, Goldap und Thorn. Kommen Sie mit zu einer Reise durch Ostpreußen.

Neben einem interessanten Reiseprogramm haben die Goldaper Reisetelnehmer Gelegenheit, ihre Familien-Heimatorte im Kreis Goldap und/oder den Nachbarkreisen zu besuchen.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Der Besuch des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft im Garten des „Haus der Heimat“ in Goldap wird ein fester Programmpunkt sein.

Geplant ist, dass das Ehepaar Trucewitz den Bus in Goldap erwartet und in Goldap für die Reise-gruppe als Ansprechpartner und als Busbegleitung vor Ort ist.

Start: Lehrte mit Zustiegemöglichkeiten in Potsdam (Hauptbahnhof) und mit Absprache des Reiseunternehmens entlang der Fahrtroute.

Übernachtungen: In Danzig, Allenstein, Goldap und Thorn in guten Mittelklassehotels, alle Übernachtungen sind mit Frühstück und Halbpension.

Im Preis, bitte bei Annelies Trucewitz anfragen, inbegriffen sind Stadtführungen, Besichtigungen, Masurenrundfahrt, Rundfahrt Kreis Goldap/Rominter Heide, Kloster Wigry, Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal und vieles mehr. Sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung zu allen Programmpunkten.

Die Reise wird in dieser Form bei einer Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen stattfinden, eine Reiserücktrittversicherung wird empfohlen und kann mit gebucht werden.

Anmeldungen und weitere Auskünfte zu Preisen, Fahrtrouten

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

und Erkundigungsfahrten im Kreis Goldap bei: Annelies Trucewitz, stellvertretende Kreisvertreterin, Telefon (04142) 3552.



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Busreise im Juni

Hoffentlich haben Sie den Weihnachtsheimatbrief ausgiebig studiert und sich damit gut unterrichtet gefühlt. Bei Bedarf sind noch einige Exemplare erhältlich. Wir arbeiten schon fleißig am Pfingstheimatbrief, der auch wieder recht ansprechend gestaltet wird. Vergessen Sie nicht, Mitglied in der Kreisgemeinschaft Neidenburg zu werden, da Sie dann den Heimatbrief automatisch, kostenlos zugeschickt bekommen.

Beachten Sie bitte außerdem den Hinweis, dass eine Busreise vom 14. bis zum 22. Juni nach Neidenburg stattfinden wird. Übernachtet wird wieder im schönen Hotel Gawra in Wickenu [Wiken], direkt am Omulefsee.

Zustiege Möglichkeiten sind nach Absprache möglich. Da noch einige Plätze frei sind, melden Sie sich nächstmöglich beim Kreisvertreter an. Die Preise können erst

nach Feststehen der Teilnehmerzahl errechnet werden.

Ulrich Pokraka



Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum ‚mon ami‘,

Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadt-gemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mit-tagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen – kostenpflichtig.

Parkmöglichkeit: Gegenüber dem ‚mon ami‘ befindet sich die Post, dahinter liegt das Parkhaus ‚An der Hauptpost‘, Gerhart-Hauptmann-Straße 3, die Öff-nungszeiten sind täglich von 7 bis 22 Uhr, die Ausfahrt ist jederzeit möglich; das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220, bietet sich als mög-liche Unterkunft an.

Dieter Neukamm

Handball in Ostpreußen

Noch bis zum 2. Februar findet in Kroatien, Dänemark und Norwegen die 29. Handball-Weltmeisterschaft der Männer statt. Die deutsche Nationalmannschaft mit dem Trainer-Quartett Alfred Gislason, Erik Wudtke, Mattias Andersson und Simon Overkamp be-streitet ihr nächstes Spiel am Sonnabend, 25. Januar um 20.30 Uhr gegen Tunesien, übertragen wird die Partie im ZDF.

1921 wurde die erste deutsche Handball-Meisterschaft ausgetragen, die der TSV 1860 Spandau gewann. Das erste offizielle Län-der-spiel fand am 13. September 1925, also bald vor 100 Jahren statt; damals besiegten die Österreicher den deutschen Kader. Wer Handball und Ostpreußen zusammen denkt,

landet ganz schnell beim VfL Königsberg mit seinem bekannten Spieler Hermann ‚Hannes‘ Hansen, und bei der Militär-Feldhandball-mannschaft ‚Hindenburg Bischofsburg‘. Diese Mannschaft wurde drei Mal Meister des Gaus, der VfL Königsberg fünf Mal. Auch der LSV Heiligenbeil, der SV Prussia-Samland Kö-nigsberg und der TV Neufahrwasser errangen jeweils den Meistertitel der Gauliga, die meis-ten sind jedoch bereits in der Vorrunde oder spätestens in der Gruppenphase aus der Deutschen Meisterschaft ausgeschieden. Doch die ostpreußische Handballgeschichte startet nicht erst 1933, sondern war schon zuvor durch die Baltische Feldhandball-Meis-terschaft, die vom Baltischen Sport-Verband (BSV) organisiert wurde, auf dem Feld. Feld-

handball ist ein Vorläufer des heutigen Hand-balls, das Spielfeld entspricht der Größe eines Fußballfelds, statt sieben Spieler waren elf Feldspieler auf dem Platz, aber höchstens sechs in einem Torraum-Spielfeld Drittel, denn andernfalls erhält die gegnerische Mann-schaft einen Freiwurf, ähnlich beim Eishockey. Wen wundert es, dass viele Eishockeyspieler auch gleichzeitig Hand- oder Fußball gespielt ha-ben.

Der Name Siegfried Perrey darf nicht uner-wähnt bleiben. In Königsberg 1915 geboren, begann er seine Karriere beim VfL Königsberg und wurde 1936 Teil der deutschen Feldhand-ball-Nationalmannschaft und lebte auch spä-ter für den Sport. CRS

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid labeled 'So ist's richtig:' and a 'Magisch' section with a 3x3 grid.

Schüttelrätsel

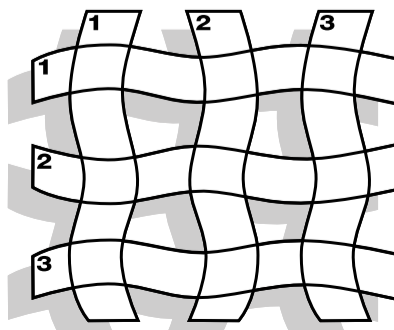
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in question marks and some filled letters.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine kleine Flüssigkeitsmenge.

Word puzzle grid with words in the first and last columns and a central column for the solution.



Magisch Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm. 1 am Tagesanfang 2 Fibel, Schmuckspange 3 niedlich, putzig, (ugs.)

ANZEIGE

Obituary notice for Olga Helene „Lena“ Herta Hoffmann geb. Portner, born 1925, died 2024. Includes a cross symbol and a coat of arms.

## Ostpreußisches Landesmuseum



## Programm bis Februar

## Ausstellung

Bis zum 2. Februar: **Das alte Dorpat 1889 – Tartu in Fotografien des Ateliers Carl Schulz**. Im Jahr 1889 wurde zur Erinnerung an das Dorpater Lehrerseminar eine einmalige Mappe zusammengestellt. Sie enthält 61 Fotografien, die in Sepia-Tönen Aufnahmen der Stadt Dorpat, heute Tartu (Estland) zeigen. Die visuellen Zeugnisse zeichnen ein frühes Bild der deutsch-estnischen Stadt Dorpat und seiner Geschichte Ende des 19. Jahrhunderts, die in diesem Jahr als europäische Kulturhauptstadt Tartu besondere Aufmerksamkeit genießt.

Bis zum 2. März: **„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“ Winter in Ostpreußen**. Die ostpreußischen Winter waren lang und kalt. Bis zu sechs Monate prägten Eis und Schnee die Natur und das Leben. Lag die weite Landschaft unter einer dicken Schnee- und Eisschicht, so begann ein anderer, oft entbehrungsreicher Alltag. In der unwirtlichen Zeit verlagerte sich die Arbeit ins Innere, es wurde gesponnen, gewebt, repariert und geflickt. Gleichzeitig luden die vereisten Wasserflächen und schneebedeckten Felder, Hänge und Hügel zu Abenteuern auf Kufen, Schlitten und Skiern. Bis heute ist der Winter in Ostpreußen fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler haben ihn in ihren stimmungsvollen Landschafts- und Stadtbildern sowie Tier- und Jagdansichten festgehalten, zahlreiche Bücher erinnern an diese kalte und zugleich malerische Zeit. In der aktuellen Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums präsentieren wir die eindringlichen Werke von Künstlern wie Eduard Bischoff, Reinhold Feussner oder Daniel Staschus. Anhand typischer Objekte – von der Eisaxt bis zum Spinnrad, vom Muff bis zum Schlitten – wird auch das zum Teil beschwerliche alltägliche Leben gezeigt. Abgerundet werden die Eindrücke durch historische Interviews, in der Ostpreußeninnen und Ostpreußen von ihren Erfahrungen, Eindrücken und Erinnerungen an den Winter erzählen.

Das Ostpreußische Landesmuseum bis zum 2. Februar zu Gast in Richard-Wagner-Zentrum Mitteldeutschland, Merseburg: **Walkürenhauch an der Ostsee. Nationalismus und Romantik in der Literatur Ostpreußens**, Willi-Sitte-Galerie Merseburg. Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum zeigt in meisterlichen Fotografien von Fritz Krauskopf die Stadt Königsberg in ihrer letzten Blüte sowie nach dem zweiten verheerenden

Bis zum 28. Februar, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart: **Bilder von Königsberg – Untergang einer Großstadt. Fotografien von Fritz Krauskopf**. Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum zeigt in meisterlichen Fotografien von Fritz Krauskopf die Stadt Königsberg in ihrer letzten Blüte sowie nach dem zweiten verheerenden

Bombenangriff in der Nacht vom 29./30. August 1944. Bilder aus den ersten Tagen des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 werden diesen gegenübergestellt.

22. Februar bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – Der Maler Walter Mamat (1912-1976)**. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise vor allem Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Künstlerkolonie Nidden und zu Carl Knauf, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands tätig.



„Belina – Music for Peace“: Der Film über die Chanson- und Folkloresängerin Belina von Marc Boettcher wird in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“, am Dienstag, 11. Februar, 19.30 Uhr, im SCALA Programmokino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, gezeigt

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

## Veranstaltungen

Sonntag, 26. Januar, 14 bis 17 Uhr, Erwachsene: 20,- Euro und Kinder: 10,- Euro, inklusive Material und Eintritt: **Familien-nachmittag Filzworkshop für Anfänger und Fortgeschrittene**. An diesem Familiensonntag gibt

es tolle Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel liefert Joanna Margner auch reichlich praktisches Wissen und ausführliche Informationen. Gemeinsam können Groß und Klein den Umgang mit der Filznadel und die Schönheit der pflanzengefärbten Wolle kennenlernen und ausprobieren. Die Teilnehmerzahl ist

begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 2. Februar, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Kuratorenführung durch die Kabinettausstellung „Das alte Dorpat 1889. Tartu in Fotografien des Ateliers Carl Schulz“**, Führung durch die Sonderausstellung mit Kurator Dr. Eike Eckert. Letztmals führt Kurator Eckert durch die Kabinettausstellung und somit durch das alte Dorpat/Tartu des 19. Jahrhunderts, dem „Embach-Athen“. Die Fotoausstellung präsentiert Originale und vergrößerte Repliken von Stadtmotiven aus einer seltenen Zusammenstellung aus dem Jahre 1889 und verbindet sie mit der Geschichte und Topographie der Stadt Dorpat. Neben Informationen zum Fotoatelier Schulz als Urheber der Fotos werden Orte, Plätze und Denkmäler und ihre Bedeutung für die Stadtgeschichte damals und heute näher erläutert. Die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Herder-Institut Marburg präsentiert wird, ist zugleich eine Hommage an die europäische Kulturhauptstadt 2024 Tartu/Dorpat in Estland. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 4. Februar, 14.30 Uhr, 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Winterliche Entdeckungsreise durch die Sonder- und Dauerausstellung, Führung mit Hannah Janowitz in der Reihe „Museum Erleben“**. Bis heute ist der ostpreußische Winter fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Die Kuratorin

begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 11. Februar, 19.30 Uhr, SCALA Programmokino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, 10,- Euro: **Belina – Music for Peace**, Film von Marc Boettcher, Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“. Einführung: Filmemacher und Produzent Marc Boettcher, in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und dem Nordost-Institut. Belina (1925-2006) gilt mit ihrem folkloristischen Repertoire als Brückenbauerin zwischen den Völkern und Kulturen. Gemeinsam mit dem Berliner Gitarristen Siegfried Behrend (1933-1990) reiste die jüdisch-polnische Künstlerin in den 1960er-Jahren als „musikalische Diplomatin“ um die Welt und sang in 17 Sprachen. Sie beschränkte sich trotz ihrer traumatischen Erlebnisse während der NS-Diktatur für Toleranz und Gleichheit zwischen Deutschen, Juden und anderen Nationen ein. Für sie war Musik die einzig universelle Sprache, unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe. Ihr Bestreben, zu verbinden und zu vermitteln, war vorbildlich und mutig und ist auch heute von brennender Aktualität. Marc Boettcher, geboren 1965 in Berlin, ist ein deutscher Filmemacher, Produzent, Autor, Dramaturg und Schauspieler. Er studierte Schauspiel, Germanistik und Theaterwissenschaft. Bereits während des Studiums sammelte er erste Erfahrungen als Schauspieler und Regisseur. In den folgenden Jahren wurde er als Dokumentarfilmer und Biograf bekannt, unter anderem mit Porträts der Chansonsängerin Alexandra,

Hannah Janowitz nimmt Sie mit auf eine winterliche Reise durch Ostpreußen und beleuchtet diesen Mythos. Ausgehend von der aktuellen Sonderausstellung spüren wir dem Winter auch in der Dauerausstellung des Museums nach – vom Schneehasen bis zu den „Nehrungstauben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tele-

fon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 11. Februar, 19.30 Uhr, SCALA Programmokino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, 10,- Euro: **Belina – Music for Peace**, Film von Marc Boettcher, Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“. Einführung: Filmemacher und Produzent Marc Boettcher, in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und dem Nordost-Institut. Belina (1925-2006) gilt mit ihrem folkloristischen Repertoire als Brückenbauerin zwischen den Völkern und Kulturen. Gemeinsam mit dem Berliner Gitarristen Siegfried Behrend (1933-1990) reiste die jüdisch-polnische Künstlerin in den 1960er-Jahren als „musikalische Diplomatin“ um die Welt und sang in 17 Sprachen. Sie beschränkte sich trotz ihrer traumatischen Erlebnisse während der NS-Diktatur für Toleranz und Gleichheit zwischen Deutschen, Juden und anderen Nationen ein. Für sie war Musik die einzig universelle Sprache, unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe. Ihr Bestreben, zu verbinden und zu vermitteln, war vorbildlich und mutig und ist auch heute von brennender Aktualität. Marc Boettcher, geboren 1965 in Berlin, ist ein deutscher Filmemacher, Produzent, Autor, Dramaturg und Schauspieler. Er studierte Schauspiel, Germanistik und Theaterwissenschaft. Bereits während des Studiums sammelte er erste Erfahrungen als Schauspieler und Regisseur. In den folgenden Jahren wurde er als Dokumentarfilmer und Biograf bekannt, unter anderem mit Porträts der Chansonsängerin Alexandra,

des Komponisten Bert Kaempfert und der Sängerin Gitte Haenning. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 12. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Ein Spaziergang durch das Hauptgestüt Trakehnen Vortrag von Katja Eichhorn und Rainer-H. Proschko**. Im Jahr 1732 wurde der Grundstein für das königliche Gestüt Trakehnen gelegt, das sich in den folgenden Jahrhunderten zu einem der bedeutendsten Gestüte der Welt entwickelte. Die Veranstaltung beleuchtet seine Entstehungsgeschichte: Wie begann alles, was machte den Kern des damaligen Gestüts aus, und welche baulichen und organisatorischen Veränderungen prägten seine Entwicklung in den darauffolgenden 200 Jahren? Die Referenten zeigen teilweise noch nie veröffentlichte Fotos, die von einem Nachlass an das Ostpreußische Landesmuseum stammen und erklären, welche Umstände dazu führten, dass in Trakehnen höchste Zuchtleistungen erreicht wurden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 13. Februar, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Filzworkshop, Kinderclub mit Joanna Margner**. An diesem Nachmittag gibt es Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel werden auch reichlich praktisches Wissen und ausführliche Informationen geboten. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 18. Februar, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Käthe Kollwitz – Die weltberühmte Künstlerin aus Königsberg, Vortrag und Führung mit Dr. Gisela Aye in der Reihe „Museum Erleben“**. Käthe Kollwitz gehört zu den bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Mit ihren klaren Darstellungen von Leid und Not hat sie Zeitdokumente von hohem Wert geschaffen und den Menschen ihrer Zeit das Absurde von Kriegen einprägsam vor Augen geführt. Ihr Werk ist stark von autobiographischem Erleben und Leiden geprägt. Anlässlich des 80. Todestages am 22. April beleuchtet die Kunsthistorikerin Aye in ihrem Vortrag und der Führung das grafische und malerische Werk der Ausnahmekünstlerin. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Freitag, 21. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt frei! Eröffnung der Kabinettausstellung: **„Auferstanden aus Ruinen – Der Maler Walter Mamat (1912-1976)“**. Als Privatschüler von Carl Knauf, später als

des Komponisten Bert Kaempfert und der Sängerin Gitte Haenning. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 12. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Ein Spaziergang durch das Hauptgestüt Trakehnen Vortrag von Katja Eichhorn und Rainer-H. Proschko**. Im Jahr 1732 wurde der Grundstein für das königliche Gestüt Trakehnen gelegt, das sich in den folgenden Jahrhunderten zu einem der bedeutendsten Gestüte der Welt entwickelte. Die Veranstaltung beleuchtet seine Entstehungsgeschichte: Wie begann alles, was machte den Kern des damaligen Gestüts aus, und welche baulichen und organisatorischen Veränderungen prägten seine Entwicklung in den darauffolgenden 200 Jahren? Die Referenten zeigen teilweise noch nie veröffentlichte Fotos, die von einem Nachlass an das Ostpreußische Landesmuseum stammen und erklären, welche Umstände dazu führten, dass in Trakehnen höchste Zuchtleistungen erreicht wurden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 13. Februar, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Filzworkshop, Kinderclub mit Joanna Margner**. An diesem Nachmittag gibt es Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel werden auch reichlich praktisches Wissen und ausführliche Informationen geboten. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 18. Februar, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Käthe Kollwitz – Die weltberühmte Künstlerin aus Königsberg, Vortrag und Führung mit Dr. Gisela Aye in der Reihe „Museum Erleben“**. Käthe Kollwitz gehört zu den bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Mit ihren klaren Darstellungen von Leid und Not hat sie Zeitdokumente von hohem Wert geschaffen und den Menschen ihrer Zeit das Absurde von Kriegen einprägsam vor Augen geführt. Ihr Werk ist stark von autobiographischem Erleben und Leiden geprägt. Anlässlich des 80. Todestages am 22. April beleuchtet die Kunsthistorikerin Aye in ihrem Vortrag und der Führung das grafische und malerische Werk der Ausnahmekünstlerin. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Freitag, 21. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt frei! Eröffnung der Kabinettausstellung: **„Auferstanden aus Ruinen – Der Maler Walter Mamat (1912-1976)“**. Als Privatschüler von Carl Knauf, später als

des Kompositen Bert Kaempfert und der Sängerin Gitte Haenning. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

dessen Assistent, zeigte sich Walter Mamat in seinen frühen Bildern malerisch und motivisch den Darstellungen der Kurischen Nehrung verpflichtet. 1912 in Memel geboren, zog es ihn nach dem Krieg in den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, wo er sich als Maler nach der Staatsdoktrin in Wittenberg etablieren konnte. Die Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte und viele Auslandsaufenthalte in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien beinhaltete. Zur Eröffnung begrüßt der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Joachim Mähner, vorgestellt wird der Künstler durch den Sammler Mathias Tietke, und der Kurator Jan Rüttinger wird in die Ausstellung einführen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 26. Februar, 15 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“ Winter in Ostpreußen, Führung für Menschen mit und ohne Demenz mit Fabian Lenczewski**. Die eisigen Winter in Ostpreußen werden in der aktuellen Sonderausstellung durch zahlreiche Gemälde und Objekte dargestellt. Die Teilnehmenden können in Erinnerungen an selbst erlebte kalte und schneereiche Winter miteinander ins Gespräch kommen und Erfahrungen austauschen. Diese interaktive Museumsführung findet ihren Abschluss in gemütlicher Runde bei Kaffee, Tee und Gebäck, wo über das Erlebte gesprochen werden kann. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Alzheimer Gesellschaft Lüneburg e.V. statt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 26. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Das radikal Böse und das banal Böse. Kant, Arendt und der Eichmann-Prozess, Vortrag von Prof. Christoph Schulte**, Universität Potsdam. Die Frage nach dem Bösen ist eine Grundfrage der Philosophie. Prof. Christoph Schulte stellt zwei moderne Antworten vor. Immanuel Kant spricht vom radikal Bösen, das den Menschen als freies Wesen beschreibt, das sich bewusst gegen das Gute entscheiden kann. Hannah Arendt übernimmt Kants Idee, bezeichnet den Massenmord in den Vernichtungslagern als unverzeihliches Verbrechen, und entwickelt später den Begriff der „Banalität des Bösen“, der die Gedankenlosigkeit und Opportunismus von Tätern wie Adolf Eichmann beschreibt. Wie kann der Begriff des Bösen die Verbrechen der Moderne erklären? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

## OSTPREUSSEN

## Bären schießen – Elche schützen

Die preußischen Könige kannten für Meister Petz keine Gnade, aber die Wappentiere Ostpreußens schützten sie vehement

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn es um Wildtiere ging, welche den Menschen oder der Landwirtschaft in ihrem Reich schadeten, kannten die preußischen Herrscher kein Pardon. So wurden Jahr für Jahr um die 600 Wölfe im Zuständigkeitsbereich der Königsberger Kriegs- und Domänenkammer getötet. 1724 befahl Friedrich Wilhelm I. zudem, die zu einer Plage gewordenen Feldhamster auszumerzen. Und Friedrich der Große wiederum ordnete auch die drastische Reduzierung der Biberpopulation an, weil die Nager die Stabilität der Deiche gefährdeten.

Außerdem wurde Friedrich II. bereits wenige Monate nach seiner Thronbesteigung im Mai 1740 noch mit einem anderen Problem konfrontiert: Der Oberjägermeister Georg Christoph Graf von Schlieben meldete, dass sich in Ostpreußen „verschiedene Bären anfinden, die da viel Schaden tun“. Tatsächlich drangen die Tiere immer wieder in die Dörfer ein und rissen dort Kälber und Schafe oder plünderten die Bienenkörbe, was für die arme Landbevölkerung schlichtweg existenzbedrohend war. Nach drei Tagen Bedenkzeit schrieb der König am 28. Oktober 1740, er könne die „sich mehrenden Bären“ nicht länger tolerieren. Deshalb bliebe ihm hinsichtlich dieser „culturschädlichen Thiere“ nur eine Entscheidung: „Ich wil als daß dieselben brav tod geschossen werden sollen.“ Infolgedessen schwärmten die Forstleute aus, um die Bären zu vernichten. Allerdings dauerte es dann noch geschlagene 64 Jahre, bis der allerletzte Meister Petz von Ostpreußen in einem Waldgebiet bei Puppen östlich von Ortelsburg zur Strecke gebracht wurde.

Ganz anders die Maßnahmen zum Schutz der Elche. Die Wappentiere Ostpreußens waren nach ihrer Ausrottung im übrigen Deutschland auch im Nordosten von Brandenburg-Preußen immer selte-



Ein mächtiger Elchbulle in der idyllischen Winterlandschaft Ostpreußens: Heute leben wieder etwa 1000 Tiere rund um das Königsberger Gebiet und etwa 4000 der ostpreußischen Wappentiere in Ermland-Masuren  
Bild: imago / ZUMA Press Wire

ner geworden. Angesichts dessen gab Friedrich Wilhelm I. 1728 Order, das Elchwild im Umkreis von 45 Kilometern rund um Königsberg zu verschonen. Drei Jahre später erweiterte er den Radius der Schutzzone auf 90 Kilometer.

**Kein Elchfleisch in der Küche**

Während des Siebenjährigen Krieges von 1756 bis 1763 schrumpfte der Elchbestand in Ostpreußen dann von etwa 700 auf nur noch sieben Tiere. Daraus resultierte ein generelles Abschussverbot durch Friedrich den Großen während der Jahre von 1764 bis 1767. Und auch danach waren die zur Elchjagd Berechtigten angehalten, freiwillig auf diese zu verzichten. Nach

dem Tod des Alten Fritz im August 1786 setzte sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. diese Politik fort, indem er anordnete, die Elche „sechs Jahre gänzlich zu schützen“ und kein Elchfleisch mehr in der Hofküche zu verarbeiten.

Durch all diese Maßnahmen zählte man um 1800 herum wieder an die 500 Elche in Ostpreußen. Allerdings führten der Durchzug des napoleonischen Heeres und die Revolutionswirren von 1848 dann zu einem erneuten Rückgang des Bestandes bis auf 16 Tiere, sodass die preußischen Könige nochmals intervenieren mussten. Friedrich Wilhelm III. initiierte die organisierte Zucht von Elchen, und unter Friedrich Wilhelm IV. entstand

1851 das erste ständige Elchschonrevier im Bereich der Oberförsterei Ibenhorst.

Wilhelm I. verhinderte dann seinerseits 1874 den Bau einer Chaussee durch dieses Waldgebiet. Und auch Wilhelm II. engagierte sich zugunsten der Elche. Unter seiner Ägide wurde 1897 die Jagdzeit für männliche Elche auf den September beschränkt, während weibliche Tiere überhaupt nicht mehr geschossen werden durften. Zudem erklärte der preußische König und deutsche Kaiser die Reviere Ibenhorst, Tawellningken und Nemonien im Jahre 1906 zu Elchgehagen. Zu diesem Zeitpunkt streiften bereits wieder um die 700 Elche durch die Landschaft der Kurischen Nehrung sowie die Niederungen

des Pregels und die Erlbruchreviere des Memel-Deltas. Und im Sommer 1914 gab es in Ostpreußen sogar um die 800 der majestätischen Großhirsche.

Doch dann führte das Wildererunwesen während des Ersten Weltkrieges und der chaotischen Zeit danach zur schnellen

7

Elche lebten nach dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) nur noch in Ostpreußen

Reduzierung des Bestandes auf etwa 200 Tiere. Die Rettung brachte diesmal eine Verordnung des ostpreußischen Oberpräsidenten Ernst Ludwig Siehr, der den Elch 1920 zum „Naturdenkmal“ erklärte und eine fünfjährige Schonzeit verfügte. Später wurde auf Betreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun ein Elchrückzugsgebiet bei Tawellningken festgelegt. Außerdem erfolgte am 12. September 1937 die Einrichtung des Reichsnaturschutzgebietes Deutscher Elchwald, das sich über 46.550 Hektar östlich und südöstlich des Kurischen Haffs erstreckte. Infolgedessen lebten 1930 bereits 1070 Elche in Ostpreußen und Anfang 1945 wurden gar 1500 Tiere gezählt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Annexion durch Polen und die Sowjetunion verschwanden die Elche aufgrund der neuerlichen Wilderei fast völlig aus der Region. Eine Neuzuwanderung von Tieren aus Litauen und Weißrussland erfolgte erst ab Mitte der 1960er Jahre. Ein Übriges taten dann strenge Gesetze zum Schutz der Elche. Heute gibt es wieder zirka 1000 Elche rund um das Königsberger Gebiet und um die 4000 Tiere in Ermland-Masuren.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Die polnische Schuld schafft es endlich in den Sejm

Polens Parlament stellt sich nach 80 Jahren der „Oberschlesischen Tragödie“ von 1945

Alle Jahre wieder wird zu Jahresbeginn in Oberschlesien der Ereignisse von 1945 gedacht, als die Rote Armee dort die deutsche Grenze passierte. Es folgten Plünderungen, Vergewaltigungen, Morde, Inhaftierungen in Arbeits- und Konzentrationslagern sowie Verschleppungen in die Sowjetunion. Seit den 90er Jahren werden diese Ereignisse unter dem Begriff „Oberschlesische Tragödie“ zusammengefasst. 80 Jahre nach Kriegsende fand dieses Thema nun am 7. Januar seinen Weg ins polnische Parlament.

Zuvor beschlossen die ober-schlesischen Sejms (Landtage), also die der Woiwodschaft Schlesien in Kattowitz [Katowice] und der Woiwodschaft Opole [Opole], 2025 zum Gedenkjahr der Oberschlesischen Tragödie zu proklamieren. Daraufhin stellte die ober-schlesische Senatorin Halina Bieda den Antrag, polenweit der Opfer der Oberschlesischen Tragödie zu gedenken. „Die Massaker in Mischowitz [Miechowice] bei Beuthen [Bytom], wo 380 Menschen ermordet wurden, und in Boguschütz [Boguszyce] bei Beuthen, wo mindestens 270 Menschen getötet wurden, stehen symbolisch für alle bis heute nicht ermittelten Opfer und für die Massendeportationen in russische

Arbeitslager, aus denen viele der Deportierten nie mehr in ihre Heimat zurückkehrten. Ihre Zahl wird auf 46.200 geschätzt. „Die kommunistischen Behörden der Volksrepublik Polen, die die Verwaltung der Region übernommen hatten, setzten die Repressionen gegen die ober-schlesische Bevölkerung fort“, heißt es in der vorgelegten Resolution, die von der zweiten Kammer des polnischen Parlaments, dem Senat, per Akklamation angenommen wurde. Erstmals wurde damit eingeräumt, dass nicht nur die Sowjets, sondern auch polnische Behörden die Schuld am Leid der Oberschlesier trugen.

In der ersten Kammer, also im Sejm, wurde diese Resolution heftig diskutiert. Vertreter der rechten Konföderation wollten durchsetzen, dass das Gedenken nicht nur auf 1945 zu begrenzen sei, sondern auch 1939 einbeziehen. Denn „alles würde doch von den Deutschen ausgehen“, begründete der aus dem ober-schlesischen Nikolai [Mikolów] stammende Abgeordnete der Konföderation Roman Fritz. Er vermisste in der Gedenkdebatte die Erinnerung an „die Verfolgung der schlesischen Aufständischen und ihrer Familien, die Erschießung polnischer Patrioten, die Massenaufmärsche der Wehr-



Stehen für Aufarbeitung: Dariusz Węgrzyn (l.), Sebastian Rosenbaum und Adam Dziurok (r.) Foto: Wagner

macht in Nikolai und die Deportation an die Ostfront sowie die Verfolgung der Soldaten der Heimatarmee Armia Krajowa, die in Oberschlesien in einer besonders schwierigen Situation waren, weil in jedem zweiten Haus ein Deutscher wohnte und es daher leichter war denunziert zu werden als in anderen Regionen des Landes“, betonte Fritz gegenüber der Zeitung „Dziennik Zachodni“. Letztendlich enthielten sich 22 Abgeordnete der Konföderation bei der Abstimmung. Zwei PiS-Vertreter stimmten dagegen, weil sie mit einem Interneteintrag des Europaabgeord-

neten Lukasz Kohut nicht einverstanden waren. Der schrieb in den sozialen Medien: „Wir dürfen nicht vergessen, dass es bei der Oberschlesischen Tragödie nicht nur um die Schuld der ‚Russen‘ ging, es war ein Abschlagen von Oberschlesien und Deutschen mit Unterstützung polnischer ‚Patrioten‘, die Schlesien für sich allein haben wollten und ihre Nachbarn oft kaltblütig ermordeten.“

Letztendlich wurde mit 406 Ja-Stimmen, 22 Enthaltungen und zwei Gegenstimmen entschieden, dass „der Sejm der Republik Polen anlässlich des 80. Jahrestages der ober-schlesischen Tragödie das Gedenken an die unterdrückte Zivilbevölkerung ehrt und aller gedenkt, die ihr Leben und ihre Gesundheit verloren haben, sowie an diejenigen, die verfolgt wurden, weil sie die Erinnerung an diese Ereignisse aufrechterhalten haben.“

Mit der Abstimmung zum Gedenken an die Oberschlesischen Tragödie im polnischen Parlament ging die Präsentation

einer Ausstellung einher. Unter dem slawisch-oberschlesisch formulierten Titel „Mein Opa wurde auch deportiert“ (Moj Opa tyż był deportowany) wurde den Parlamentariern eine Zusammenfassung der Ereignisse vor 80 Jahren aus Sicht der Oberschlesier geboten. Die Präsentation wurde von Wissenschaftlern des Radzionkauer „Dokumentationszentrums für Deportationen ober-schlesischer Bevölkerung in die Sowjetunion von 1945“ erarbeitet. Sie beinhaltet Informationen, Dokumente, Fotos und Zeitzeugenaufnahmen in polnischer und englischer Sprache. Diese Ausstellung verlässt am 20. Januar Warschau und wird weiter nach Kattowitz und danach ins Europäische Parlament nach Brüssel ziehen.

Das Dokumentationszentrum in Radzionkau berichtet seit zehn Jahren über das Ausmaß der Repressionen an Oberschlesien nach 1945, die „so groß waren, dass man noch heute von Besuchern des Zentrums einen Satz hören kann, der bereits eine Art Symbol für diese Tragödie ist: ‚Mein Opa wurde auch deportiert‘“, erklärt Justyna Konik, die neben Dariusz Węgrzyn, Sebastian Rosenbaum oder Adam Dziurok an der Präsentation mitwirkte. Chris W. Wagner

## GLAUBE

# Frischer Geist aus der Predigtstube

Zwischen Religion und Politik: Adolf von Thadden-Trieglaff und die pommerische Erweckungsbewegung

VON TORSTEN SEEGERT

Es mag zu den historischen Zufällen gehören, dass ausgerechnet ein nach der slawischen Gottheit Trieglaff benanntes Dorf, in dem man einst ein Götzenbild vor den christlichen Missionaren versteckt haben soll, zum Zentrum einer christlichen Erweckungsbewegung wurde. Trieglaff [Trzyglów] gehörte einst zum Landkreis Greifenberg. Der Flecken verband sich seit 1819 mit Adolf von Thadden (1796–1882), der das Rittergut von der Familie seines Schwiegervaters erworben hatte und damit den Grundstein für weitere fünf Generationen legen sollte. Besagter von Thadden hatte Henriette von Oertzen geheiratet.

Schon früh war er dem Geist des Pietismus zugetan und verhalf ihm in der tiefsten Provinz, etwa 100 Kilometer von Stettin entfernt, zu einer „starken Wirkung“. So jedenfalls können wir es von einem Nachgeborenen – dem Historiker Rudolf von Thadden – in seinem Buch „Trieglaff“ erfahren. Doch vergessen wir dabei nicht, dass all sein Wirken für den Glauben einer Grundlage bedurfte.

Heute wissen wir, dass das Rittergut Trieglaff samt dem Vorwerk Gruchow sowie Vahnerow zum Beginn seines Lebenswerkes in keinem guten Zustand war. Nach den Napoleonischen Kriegen begann eine Nachkriegszeit, die von schwierigen staatlichen Rahmenbedingungen und Umsetzungsproblemen der „Regulierungsedikte“ von Stein und Hardenberg begründet war.

Thadden selbst war auf die Übernahme vorbereitet. Er hatte bei dem führenden Agrarökonom Albrecht Thaer das Wesen der „rationalen Landwirtschaft“ erlernt. Dieses Wissen wiederum versetzte ihn in die Lage zu erkennen, dass seine neuen Besitzstände zunächst einer Neuordnung bedurften. Dabei vergaß er aber auch die Fürsorge für „seine Leute“ nie. Von Thadden sagte: „Es ist nicht gut, wenn die Tagelöhner und Dienstleute so stehen, dass sie nur einen Fuß im Lande und einen auf der Grenze haben.“

Sein Ideal beschrieb er so: „Der Umgang mit der Natur, der Landwirtschaft, spricht mich am meisten an. Wie herrlich denke ich mir einen Gutsbesitzer, der ein kleiner König seines Dorfes ist, im Frieden der Vater, im Kriege der Anführer, in der Not der treueste Freund seines Völkchens, dazu ein holdes Weib, die Königin und Mutter des Dorfes.“

Doch zurück zum Glauben: Zu jener Zeit gab es unterschiedliche evangelische Lehrmeinungen. Streng orthodoxe Lehrmeinungen schlossen sich von ihr aus – es entstanden altlutherische Gemeinden, wodurch das kirchliche Leben an religiöser Tiefe gewann. Die pommerische Erweckungsbewegung wird dabei als eine pietistische, schwärmerisch-religiöse Bewegung beschrieben. Man traf sich zunächst in einem dreifenstrigen Zimmer zu ebe-



Adolf von Thadden-Trieglaff (1796–1892): Er fürchtete, „dass uns einmal das Christentum wie ein Aal durch die Hände schlüpfen werde“ Foto: Archiv

ner Erde – von Thadden nannte dieses „der Puritaner dumpfe Predigtstube“. Es lag nach dem Hof heraus. Und hier nun hielt man die Andachten ab, die schon bald den Argwohn des Ortspfarrers Winkelsesser weckten. Für ihn gehörten Gottesdienste in die Kirche. Der Konflikt war bereitet und wurde stetig befeuert.

## Es waren bunte Zeiten ...

Ortsfremde Geistliche kamen, später erbat man Ausnahmegenehmigungen für die Taufe von Kindern, so auch für von Thaddens erste Tochter Marie oder dem Kind des Schäfers Friedrich Wangerin. Der Konflikt schwoll immer weiter. Dann, als 1825 der Ortspfarrer starb, nahm dieser eine weitere Stufe: Zur Regelung der Nachfolge wollte von Thadden nun das Patronatsrecht in Anspruch nehmen.

Diese Aktion musste allerdings vertagt werden, und da es keine Einigung mit der Kirche gab, blieb die Stelle des Ortspastors auf weitere Jahre unbesetzt. Außerdem wurden alle Hausandachten und christlichen Zusammenkünfte verboten, später sogar Strafen dafür verfügt. Doch statt der Strafe von fünf Talern brachte von Thadden einen Hammel auf die Polizeistation in Greifenberg. Es waren bunte Zeiten.

Mit der Einsetzung des Pastors Dummert setzte sich der Rittergutsbesitzer erst einmal durch. Dummert nahm selbst an den Hausandachten teil. Der Konflikt mit der Landeskirche aber blieb, auch weil von Thadden nun pommerische Geistliche zu den „Trieglaffer Konferenzen“ einlud. Auf diesen ersten Konferenzen zum Pietismus in Preußen beriet man sich zu Fragen des kirchlichen Lebens.

Nachdem immer mehr Gäste die Konferenzen besuchten, wurde der Bau eines Saales auf der Seeseite des Herrenhauses notwendig und durchgeführt. Was von Thadden jedoch mehr umtrieb, war die Abspaltung der überzeugten Lutheraner von der Landeskirche und die Verfolgung ausgetretener Pastoren und Laien, und das schrieb er auch dem pommerischen Bischof und Generalsuperintendenten Ritschl.

Doch der hatte kein Verständnis. Und die Abspaltungen waren längst greifbar: Unter den Tagelöhnern in den Kreisen Cammin und Greifenberg machte sich der Gedanke breit, auszuwandern – aus Glaubensgründen und aus wirtschaftlichen Gründen, weil sie kein eigenes Land erwerben konnten. Das hatte Folgen für die Gutsbetriebe und für die Erweckungsbewegung. Es war ein Aderlass.

Von Trieglaffs Glaubenskreis zog aber auch viele Persönlichkeiten an: So den Appellationsgerichts-Präsidenten Ludwig von Gerlach, den damaligen Landrat Hans von Kleist-Retzow, den General Leopold von Gerlach, den Landwirt und Politiker Alexander Andrae (der auch für die Innere Mission Pommerns wirkte) und den Missionsdirektor Wangemann.

Bismarck, der hier ein gottesgläubiger Christ geworden sein soll, wurde 1842 in das Trieglaffer Haus eingeführt. Schon früh fiel der redegewandte Mann auf, der nur etwa zehn Kilometer entfernt den Kniephof bewirtschaftete. Seine Lebensliebe war wohl von Thaddens Tochter Marie. Sie blieb wohl nicht ohne Wirkung auf sein Bild von Trieglaff: „Ich fühlte mich bald heimisch in jenem Kreise und empfand ein Wohlsein, wie es mir bisher fremd gewesen war, ein Familienleben, das mich einschloss, fast eine Heimat.“

Von Bedeutung für Bismarck und die Familie von Thadden wurde allerdings der 4. Oktober 1844: An diesem Tag heiratete von Thaddens Tochter Marie Bismarcks Mitschüler von Blanckenburg. Bismarck lernte an diesem Tag Mariens vertrauteste Freundin, Johanna von Puttkamer, kennen. Doch das Feuerwerk geriet bei der Feier außer Kontrolle und sollte halb Trieglaff in Schutt und Asche legen. Diese sogenannten „Feuerhochzeit“ änderte vieles in Trieglaff: Die Familie von Thadden wurde ab 1846 von einer Reihe tragischer Todesfälle heimgesucht. Zunächst starb der 13-jährige Sohn Adolph an einem tückischen Fieber, dann wurde auch Henriette, die Mutter, die alles zusammenhielt, und schließlich Marie vom Tod heimgesucht. Das Herrenhaus war leer.

## Schicksalsschläge in der Familie

Nachfolgend, von 1847 bis 1848, war von Thadden auch politisch aktiv. Er verstand sich als Konservativer. Seine Ansichten veröffentlichte er in Zeitungen. Er polarisierte, wurde gehasst, geliebt, bewundert und verhöhnt – sein Name war zu jener Zeit in aller Munde. Bismarcks Entwicklung zum Realpolitiker stand er allerdings ablehnend gegenüber.

Als dieser 1876 wegen der Angriffe auf seine Person aufrief, die „Kreuzzeitung“ zu boykottieren, distanzieren sich viele Konservative von Bismarck und seiner Politik mit einem Aufruf. Von Thadden war dessen letzter Unterzeichner „mit tiefem Schmerz“.

Zeit seines Lebens und mit Überzeugung für die lutherische Konfession eintretend, sprach er die mahnenden Worte, gleich einer Ahnung: „Wir fürchten, dass uns in der mürben Kirche einmal das ganze Christentum wie ein Aal durch die Hand schlüpfen werde, darum lieben wir den alten lutherischen Dom mit seinen Zacken und Spitzen, darum schätzen wir das alte konkrete Bekenntnis gegenüber einem blauen Dunst, von dem man nicht weiß, was daraus wird.“

## MELDUNGEN

### Löwe Mufasa, Walter und „Vor 80 Jahren“

**Stettin** – Seit dem 13. Januar werden Lebendtransporte von Tieren durch den Zoll und das Stettiner Finanzamt gemeinsam mit Veterinären und dem Grenzschutz bei Garz, Ahlbeck, Lincken und Pomellen kontrolliert. Ursache ist der kürzliche Ausbruch der Maul- und Klauenseuche. TS

**Stargard** – Ein Schäferhund namens „Walter“ ist die „Supernase“ der Polizei. Das musste auch ein Flüchtiger anerkennen, der sich einer Strafenkontrolle der Polizei letztlich zu Fuß entziehen wollte. Trotz schlechter Witterung und Gelände stöberte „Walter“ den Flüchtigen auf. TS

**Penkun** – Am 18. und 19. Januar lud der Penkuner Rassegeflügelzuchtverein zur 46. Randow-Schau ein. Dabei wurden insgesamt 365 Tiere – Tauben, Hühner, Gänse und Enten – gezeigt. Mit der Ausstellung soll auch für Nachwuchs bei den Züchtern gewonnen werden. TS

**Stolp** – Der Bau einer Schnellstraße Stolp-Bütow-Konitz-Bromberg findet immer mehr Befürworter. Neben den Stadträten wurde die Initiative auch aus Wehrkreisen befürwortet. In Reitz, sechs Kilometer von Stolp entfernt, ist ein US-Stützpunkt und in Bromberg ein NATO-Trainingszentrum. TS

**Stralsund** – Der Zoo musste Abschied nehmen. Löwe Mufasa erlag im stolzen Alter von 16 Jahren einem Nierenleiden. Dem Gesetz der Natur sind wir geweiht, heißt es in „König der Löwen“. Das gilt auch für Mufasa, den mächtigen Mähnenträger und Symbol für die lange Tradition der Löwenhaltung im Stralsunder Zoo. Seine ebenfalls betagte Partnerin Lea bewohnt das Gehege nun allein. Der Zoo hält Ausschau nach neuer Gesellschaft, zur Gewährleistung des Artenschutzes. Mufasa bleibt unvergessen. BS



FOTO: HANSESTADT STRALSUND

**Demmin** – Am 18. Januar fand das 20. Pokalturnier der Hansestadt Demmin bei den Freistil-Ringern in der Beermann-Arena statt. Die Demminer Ringer haben eine 70-jährige Vereins-Tradition und pommerische Ringer-Vorbilder: Hans-Dieter Brüchert und Werner Seelenbinder. TS

**Lauenburg** – Die Stadt Lauenburg beschloss auf der letzten Stadtratssitzung mit zwölf Stimmen und acht Enthaltungen die Übernahme des zwei Kilometer nordwestlich von ihr gelegenen Neuendorf. Die Gemeinde mit 13.000 Einwohnern hat Anschluss an die Europastraße 28 und die Bahn Danzig-Stargard. TS

## Vor 80 Jahren: 1945–2025

**Schneidemühl** – Am 24. Januar beschoss die Rote Armee die Dörfer Königsblick und Plöttke. Die Zivilbevölkerung hatte noch keinen Räumungsbefehl erhalten – jetzt floh sie zu Fuß, mit Wagen, Lkw und Zug. Am 26. Januar wurden die Schneidemühler Innenstadt und der Bahnhof angegriffen. TS



Das Schloss Trieglaff im Wandel der Zeit: Bis 1945 im Besitz der Familie von Thadden, hier fanden einst die Missionskonferenzen des Adolf von Thadden statt.

Fotos (2): Archiv und Wikimedia



# „Eine Wunde, die schmerzt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Herzlichen Dank für Ihre mutigen Beiträge in der PAZ. Das trifft auch auf die Berichterstattung zum Wirtschaftsminister Robert Habeck zu“

Hans-Joachim Nehring,  
Neubrandenburg



Ausgabe Nr. 2

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an [redaktion@preussische-allgemeine.de](mailto:redaktion@preussische-allgemeine.de)

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**WAS MAN SELTEN LIEST**  
ZU: VERGANGENHEIT, DIE NICHT VERGEHT (NR. 1)

Die deutsche Geschichte (von 1914 bis 1945) ist eine Wunde, die schmerzt. Das liegt daran, dass man aus der eigenen Geschichte nicht aussteigen kann – so sehr es versucht wird. Hinzu kommt, dass die Geschichtsschreibung sehr stark ideologisch geprägt war und ist. Es geht weniger um das, was tatsächlich geschehen ist, als vielmehr um moralisch-politische Erziehung der Bevölkerung. Dabei bleibt Historisches unterbelichtet. Ein Beispiel: Der britische Historiker Richard Overy hat ausgeführt, dass die Bombardierung deutscher Städte durch die Royal Air Force den Tod von Zivilisten zum Ziel hatte – zerstörte Industrie war Beiwerk. Solches liest man in Deutschland selten.

Warum können nicht auch deutsche Historiker von der Gewalt an Deutschen berichten? Die Angst vor dem „Revisionismus“- und „Revanchismus“-Vorwurf verhindert bei vielen Menschen die Suche nach der ungeteilten historischen Wahrheit. Aber: Niemand hat das Recht, diese uns vorzuenthalten oder uns ihre Zumutungen und ihren Schmerz zu ersparen.

Wolf Wilhelmi, Stutensee

**GEGENSEITIGES VERZEIHEN**  
ZU: RUHELOSES GESTERN (NR. 1)

Mit großem Interesse habe ich den schon lange fälligen Beitrag von René Nehring über die nicht bewältigte Vergangenheit zwischen Deutschland und Polen gelesen. Obwohl Gedenktage in der Regel auch dafür geeignet sind, noch nicht ausgesprochene Probleme der Vergangenheit deutlich oder mindestens deutlicher auszusprechen, blieb der erwähnte Beitrag diese Möglichkeit schuldig.

Während Deutschland sich in den vergangenen Jahrzehnten in aller möglichen Form zu seiner Schuld gegenüber Polen bekannt und dafür entschuldigt hat, fehlt dies bei von polnischer Seite begangenen Unrecht auch nach 80 Jahren noch voll-

kommen. Wenn in gegenseitigen Beziehungen etwas verschwiegen wird, dann fällt die sprichwörtliche Leiche beim Öffnen der Schranktür auch nach Jahrzehnten immer wieder aus dem Schrank. Zu diesen gehören folgende Schwerpunkte: Die Rechtmäßigkeit der Vertreibung der Deutschen aus ihren jahrhundertealten Siedlungsgebieten in Ostpreußen, Pommern und Schlesien.

Hierbei ist die Frage, ob es eine Kollektivschuld gibt, von großer Bedeutung. Die Antwort kann ein eindeutiges Nein sein. Dann ist allerdings eine kollektive Bestrafung, das heißt eine Vertreibung von Personen ohne Prüfung von deren persönlicher Schuld, ein Verbrechen. Für dieses Verbrechen müsste Polen mindestens sein Bedauern zum Ausdruck bringen. Natürlich mit der Bemerkung, dass man an der damals entstandenen Situation heute nichts mehr ändern kann.

Eine ähnliche Verantwortung liegt auch vor im Falle der Terrorbombardierung deutscher Innenstädte mit viel Holz in den Bauten, in denen überwiegend Alte, Frauen und Kinder lebten, durch die Amerikaner und die Engländer. Auch diese Staaten müssten sich für den sinnlosen Tod von Hunderttausenden unschuldigen Menschen entschuldigen. Sie haben es noch immer nicht getan.

Weiterhin erwidern weder die Politiker noch die Medien die aktuelle horrenden Wiedergutmachungsforderung Polens für die Schäden, die im Zweiten Weltkrieg durch Hitlerdeutschland verursacht wurden. In der Erwidierung müsste stehen, dass Polen durch die Vertreibung von Millionen Deutsche in den Besitz von rund 21.900 Quadratkilometern Land mit fruchtbarem Acker und gepflegten Forsten sowie mit Millionen von bewohnbaren Immobilien, Ställen mit Haustieren und landwirtschaftlichen Maschinen gekommen ist, deren heutiger Wert in die Billionen gehen dürfte.

Leider ist unserem Land und seinen Menschen die Fähigkeit zu deutlichen Gegenargumenten verloren gegangen. Durch die begangene beispiellos große Schuld und durch das von oben und von

außen gewünschte Schuldgefühl haben die Deutschen ihre nationale Identität im Wesentlichen verloren. Man brachte dabei die nationale – also patriotische – und die nationalistische Haltung von Menschen durcheinander, betonte, angefangen in den Schulbüchern, die deutsche Schuld in der Geschichte übermäßig und unentwegt, ohne zugleich auch auf die glorreichen Perioden der deutschen Geschichte hinzuweisen.

Im Wesentlichen untersagte man den Menschen, sich als Volk zu benennen, ohne damit als „völkisch“ abgestempelt zu werden. Und kaum wagt man noch, die deutschen Namen der verloren gegangenen Orte und Gebiete zu nennen. So fahren viele Deutsche heute nicht mehr nach Ostpreußen, Hinterpommern oder Schlesien, nach Danzig oder Breslau, sondern nach Polen, nach Gdansk oder Wrocław, ohne dass dies von den Polen gewünscht wäre. Diese benutzen oft die deutschen Namen häufiger als die Deutschen selbst.

Dr. Adam Sonnevend, Rostock

**NACHTEILE EINES GESCHÄFTS**  
ZU: DAS MODERNSTE BUSINESS DES 21. JAHRHUNDERTS (NR. 1)

Der durchaus interessante Artikel beschreibt einige Vorteile, die dieses Vertriebsmodell (Network-Marketing, d. Red.) für Waren und Dienstleistungen attraktiv macht. Meines Erachtens ist die Beschreibung jedoch viel zu einseitig und unvollständig. Neben den dargestellten positiven Faktoren bestehen allerdings auch etliche Risiken. Deren Nennung vermissen ich leider vollständig.

Die viel gepriesene Flexibilität muss von den damit agierenden Personen teuer bezahlt werden. Kranken-, Renten- und gegebenenfalls Arbeitslosenversicherung müssen zu hundert Prozent selbst bezahlt werden. Es gibt keinen Arbeitgeber, der sich an den Beiträgen beteiligt. Oftmals besteht auch keine Verpflichtung, in die gesetzliche Sozialversicherung einzubzahlen. Dies macht sich meistens im weiteren Leben negativ bemerkbar. Die

Struktur dieser Vertriebe wirft noch ein weiteres Risiko auf. Es ist schön, dass die Rekrutierer von neuen Vertriebspartnern an deren Umsätzen teilhaben. Mit zunehmender Ausbreitung entsteht damit ein sogenanntes Schneeballsystem. Die Teilnehmer werden mehr, und der Markt um sie herum wird kleiner.

Als Fazit kann man sagen, dass bei innovativen Angeboten, guter Wirtschaftslage mit hoher Kaufkraft sowie einem frühzeitigen Einstieg die im Artikel beschriebenen Vorteile durchaus nutzbar sind. Wackelt jedoch eine dieser genannten Voraussetzungen oder spielt die eigene Gesundheit nicht mit, dann führen diese Modelle unaufhaltsam in eine persönliche Katastrophe. Ohne Anspruch auf Krankengeld, Arbeitslosengeld, Erwerbsminderungsrente sind so noch mehr Sozialhilfe- und Bürgergeldempfänger vorhanden.

Klaus Reichert, Weilheim

**EISENHOWER VON DER SAAR**  
ZU: DER DRITTE MIT DEUTSCHEN WURZELN (NR. 1)

Mit großem Vergnügen lese ich die geschichtlichen Beiträge in der PAZ. Zu oben genannten Beitrag möchte ich aber doch auf einige Fehler und Verzerrungen bezüglich des früheren US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower hinweisen.

1955 wurde durch Heinz F. Friederichs in seinem genealogischen Werk „Präsident D. Eisenhowers Vorfahren und Verwandte“ erstmals auch auf Heiligkreuzsteinach-Eiterbach im Rhein-Neckar-Kreis als Heimatort der Eisenhauers hingewiesen. Dies wurde gern in dieser Gegend und dem Kreis Bergstraße aufgegriffen, zumal der Name Eisenhauer dort häufig vorkommt. Später einsetzende akribische Forschungen im Saarland und im hessischen Kreis Bergstraße führten zu anderen Ergebnissen. Danach ist die These, Eiterbach sei der Heimatort des Auswanderers, nicht mehr haltbar. Vielmehr wird nun die „Saarland-These“ (Karlsbrunn nahe Forbach) vertreten.

Joachim Jänsch, Wald-Michelbach

ANZEIGE

**Der internationale Bestseller!**  
Weltweit über 1 Million verkaufte Exemplare!

## Das umfassendste Nachschlagewerk über die einzigartigen Heilkräfte der natürlichen Medizin

■ Mit diesem Buch wird erstmals eine deutschsprachige Ausgabe des internationalen Bestsellers der beiden weltbekannten naturheilkundlichen Ärzte und Autoren Michael Murray und Joseph Pizzorno vorgelegt. Das beliebte Nachschlagewerk wurde überarbeitet und um die neuesten und aktuellsten natürlichen Heilmethoden für die gängigsten Erkrankungen ergänzt.

**Die Enzyklopädie der Naturheilkunde ist ein wertvolles Nachschlagewerk und eine unverzichtbare Lektüre für alle, die ihre Gesundheit verbessern wollen.**

Michael T. Murray & Joseph E. Pizzorno: Die Enzyklopädie der Naturheilkunde großformatig gebunden • 1167 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 700

[www.kopp-verlag.de](http://www.kopp-verlag.de)

Dieses richtungsweisende Buch ist die perfekte Einführung in die Welt der Naturheilkunde und ein klar strukturierter Leitfaden für die Anwendung der besten natürlichen Heilmittel für alle Arten von Erkrankungen, ob leicht oder schwer.

**Sonderpreis**  
nur **20,-€**  
statt 39,99 €\*

\* Früherer gebundener Ladenpreis

## NORMANDIE

## Schauplatz von Invasionen

Erst kam Cäsar, dann die Normannen, später die Alliierten – Das Gebiet rund um Le Havre fasziniert Eroberer seit der Antike

VON HELGA SCHNEHAGEN

Seit der Eroberung durch Caesar zwischen 58 und 51 v. Chr. über die Landung der Wikinger, der Normannen, im 9. Jahrhundert bis zur anglo-amerikanischen Invasion im Zweiten Weltkrieg war die Normandie immer ein umkämpftes Gebiet.

Im 9. Jahrhundert machten sich die Wikinger auf, fremde Küsten zu erobern. In Frankreich erkannte der König 911 ihre Eroberungen an. Um vor dem unternehmungslustigen Volk Ruhe zu bekommen, gab der Monarch ihm jenes Küstengebiet zum Herzogtum, das man nach den Nordmännern benannte: Normandie. Es entspricht der heutigen Haute-Normandie. Aufgrund ihrer Königstreue erhielten Herzog Robert und sein Sohn bis 933 alle Gebiete, die der gesamten heutigen Normandie entsprechen.

Dabei blieb es nicht. Im Thronfolgestreit um die englische Krone setzte der Normannen-Herzog Wilhelm II., später Wilhelm der Eroberer genannt, nach England über, siegte 1066 in der Schlacht bei Hastings und wurde König von England. Immer wieder sollten englisch-französische Konflikte folgen.

Ein einzigartiges Dokument der Eroberung Englands durch den Herzog der Normandie ist der Teppich von Bayeux. Die 70 Meter lange und 50 Zentimeter hohe Stickerei aus dem 11. Jahrhundert wurde von der UNESCO in das Register des Weltokumentenerbes aufgenommen. In Bayeux hat der Teppich ein eigenes Museum. Besucher müssen sich jedoch beeilen. Laut Website ist es vom 1. September 2025 bis voraussichtlich Oktober 2027 wegen Renovierung geschlossen.

Nach dem Aussterben des französischen Königsgeschlechts der Kapetinger 1328 machten die englischen Könige ihrerseits Ansprüche auf den französischen Thron geltend. Das führte zum Hundertjährigen Krieg, in den das Wirken von Jeanne d'Arc fiel, die sich berufen fühlte, Frankreich von der englischen Besatzung zu befreien.

Ihr Engagement bezahlte sie bekanntlich mit dem Leben. Auf dem Marktplatz



Einzigartiges Bilddokument aus der Normandie: Ein Ausschnitt aus dem knapp 70 Meter langen „Teppich von Bayeux“

von Rouen erinnert ein hoch aufragendes schlichtes Kreuz an den Ort, wo die Jungfrau von Orléans am 30. Mai 1431 als Hexe verbrannt wurde. Direkt daneben ist Frankreichs heutiger Nationalheldin eine 1979 erbaute katholische Pfarrkirche aus Glas, Beton und Stahl geweiht. Ihre Form erinnert an ein umgedrehtes Boot – der Wikinger –, ihr eigenwilliges Dach und das der benachbarten Hallen an die Flammen des Scheiterhaufens.

## Bei den hängenden Gärten

Für die ganze Geschichte der später heiliggesprochenen Heldin zieht Rouen im Historial Jeanne d'Arc mit Projektionen, Hologrammen, Klangeffekten und 3D-Abbildungen alle Register. Innerhalb des erzbischöflichen Komplexes der Kathedrale von Rouen gelegen, befindet es sich genau an dem Ort, wo die zwei Prozesse gegen Jeanne stattfanden.

In die Zeit von Ludwig XIV. fällt der Pfälzische Erbfolgekrieg und in diesem Zusammenhang die Seeschlacht von La Hougue im Ärmelkanal vor der Halbinsel Contentin, bei der im Mai 1692 die königliche französische Flotte von der englisch-holländischen Allianz versenkt wurde. Französische Wracks aus dieser Zeit wurden 1990 von einem Taucher entdeckt und 2022 identifiziert. Die daraus geborgenen Funde bilden den Mittelpunkt des kleinen Meeresmuseums auf der Insel Tatihou vor Saint-Vaast-la-Hougue.

Um weitere englische Angriffe auf die Bucht zu verhindern, ließ Ludwig XIV. 1694 durch den Festungsbaumeister Benjamin de Combes auf der Insel Tatihou und dem gegenüberliegenden Hügel von La Hougue nach dem Vorbild von Vauban Festungstürme erbauen. Seit 2008 gehören die beiden Türme zusammen mit elf anderen von und nach Vauban erbauten

Festungen zum UNESCO-Weltkulturerbe. Insgesamt umfasst die Geschichte der Festung drei Jahrhunderte. Zuletzt bezog die deutsche Wehrmacht sie in den Atlantikwall mit ein. Die Bunkeranlagen existieren bis heute.

Seit ihrer touristischen Öffnung 1992 wurde die Insel Tatihou in einen Exotischen Garten am Meer verwandelt. Denn nicht nur die britischen Kanalinseln Jersey und Guernsey profitieren vom feuchtmilden Klima durch den Golfstrom, sondern auch die Küsten der Normandie.

Über Le Havre wacht das Fort de Sainte-Adresse, erbaut Mitte des 19. Jahrhunderts ebenfalls zum Schutz vor Angriffen der Engländer. Im Zweiten Weltkrieg wurde es gleichfalls Teil des Atlantikwalls. Heute steht über dem Festungstor „Les Jardins Suspendus“, übersetzt die hängenden Gärten, was so allerdings nicht ganz stimmt.

Zwar beherbergt die 17 Hektar große Fläche zwischen den vier Bastionen einen Botanischen Garten mit bis zu 5000 Pflanzenarten, doch dieser „hängt“ nicht, sondern liegt nur erhöht. Sein Besuch gleicht einer botanischen Weltreise.

## Erinnerungen an die Gefallenen

Allein schon die Sammlungen der zehn Gewächshäuser um Madagaskarpalme, Ficus, Katzenschwänzchen, Begonien – hiervon allein 450 verschiedene Arten – und Passionsblume sind überwältigend. Sie entführen nicht nur in verschiedene Lebensräume wie Tropen, Feucht- und Trockengebiete oder die Vegetationszonen der Kanaren beziehungsweise der Makaronesischen Inseln vor der afrikanischen Atlantikküste. Sie widmen sich auch speziellen Pflanzenfamilien wie etwa Orchideen und Bromelien, Pfefferpflanzen und Gesneriengewächsen, Epiphyten, die auf anderen Pflanzen wachsen, Grünpflanzen ohne Blüten oder Fleischfressern. Dabei erinnern Schrifttafeln an französische Botaniker, die im 18. und 19. Jahrhundert von Le Havre aus die Welt bereisten.

Garniert wird das Vergnügen mit dem Blick über die Seine-Mündung, das Meer, den Hafen, den Strand und die Stadt. Le Havres historisches Stadtzentrum wurde bei der Invasion 1944 von den Alliierten komplett zerstört und bis 1954 durch eine moderne Musterstadt aus Stahlbeton, geradlinig und standardisiert, ersetzt. Frankreichs Star-Architekt Auguste Perret hatte ein Experiment gewagt und gewonnen. Seit 2005 ist Le Havres Stadtkern im Stil des „strukturellen Klassizismus“ UNESCO-Weltkulturerbe.

Mindestens für eine Ewigkeit, wie sie den ägyptischen Pyramiden beschieden ist, wird der Atlantikwall noch Frankreichs Küste beherrschen. Verhindern konnte er die Invasion nicht. La Cambe, 20 Kilometer westlich von Bayeux, ist mit über 21.000 Gefallenen der größte deutsche Soldatenfriedhof der Normandie. Vor fast dreißig Jahren entstand daneben ein Friedenspark mit über 1200 Ahornbäumen als lebendige Symbole für Frieden und Versöhnung.

## GESANG

## Singen ist gesund!

Lautstarker Vorstoß gegen das Trauma, unmusikalisch zu sein – Die menschliche Stimme ist „Instrument des Jahres 2025“

Geräusche knarrender Treppenstufen, Straßenlärm, Vogelgesang, Sturmesbrausen und sonore Klänge eines Kontrabasses – zur Eröffnung des „Instruments des Jahres 2025“ wehten mancherlei Alltags-töne durch die Räume des Musikinstrumentenmuseums im Staatlichen Institut für Musikforschung in Berlin.

Der Auftakt hätte nicht besser gewählt sein können, geht es doch um die Stimme. Der Berliner Stimmakrobat und Vizeweltmeister im „Beatboxing“, Daniel Mandolini, zeigte dem erstaunten Publikum, wozu eine Stimme fähig sein kann. Wer Lippen, Zunge, Kehle, Gaumen, Muskeln, Knorpel und Stimmblätter trainiert, kann erstaunliche Geräusche damit erzeugen. Perkussiv einsetzend, also vorwiegend durch rhythmische Geräusche, erzeugen „Beatboxer“ so eine unfassbare Fülle an Geräuschen.

Der die Eröffnungsrede haltende Kultursenator Joe Chialo überzeugte mit seiner melodischen Stimme, als er gemeinsam mit der Berliner Jahres-Botschafte-

rin, der Soul-Sängerin Jocelyn B. Smith, zu Gitarrenklängen Cat Stevens' „Morning has broken“ anstimmte, und alle Anwesenden sangen mit.

Die Landesmusikräte von 14 Bundesländern wählen seit 2008 jeweils ein Instrument des Jahres und einigten sich diesmal, nach der Tuba im letzten Jahr,

auf „Die Stimme“. Dieser Klangerzeuger ist besonders niedrigschwellig im Hinblick auf die Ausübung. Zahlreiche Veranstaltungen werden, abhängig vom jeweiligen Bundesland, folgen. Höhepunkt ist der Berliner Chortreff vom 3. bis 5. Oktober, zu dem sich landesweit Chorgruppen anmelden können.

Auch Tiere verfügen über Stimmen, man denke an Vögel und die weitreichenden Walgesänge. Dass selbst Instrumente der menschlichen Stimme nacheifern, so die „Vox humana“ im Orgelregister, wie die Direktorin des Berliner Instituts für Musikforschung Rebecca Wolf erklärte, dürfte wenigen bekannt sein.

„Jeder kann singen“, ermunterte der Musikwissenschaftler Gunter Kreutz, Autor des Buches „Warum Singen glücklich macht“, und verwies darauf, dass Deutschland das Land mit der höchsten Gesangs-Traumatisierung sei, da zu viele zu hören bekämen, sie seien unmusikalisch. Dabei hätte Singen nachweislich eine gesundheitsfördernde Wirkung und musikalische Alltagskultur müsse von Kindheitsbeinen an gefördert werden. Daraufhin holte Jocelyn B. Smith die Anwesenden spontan auf die Bühne, um das Lied „What we're doing here“ zu singen, was bei vielen Gänsehautmomente erzeugte.

Befremdlich wirkt dagegen die neue Landesmusikrats-Initiative „Berlin schläft ein“. Denn vieles kann man den Berlinern vorwerfen, aber nicht, dass sie verschlafen wären. Dabei fordert der Rat mit der Initiative nur dazu auf: „Schickt uns eure Schlaflieder!“ Der Veranstalter möchte solche aus allen Kulturkreisen, musikalischen Stilen und Sprachen sammeln und archivieren. Wer Lust hat, kann mitmachen und seine, auch selbsterfundene, Einschlaflieder einsenden.

„Wo man singet, lass dich ruhig nieder, Bösewichter haben keine Lieder“, ließ der deutsche Dichter Johann Gottfried Seume (1763–1810) dereinst wissen. In diesem Sinne lässt die Stimme als Instrument des Jahres auf ein Jahr voller Harmonie hoffen.

Silvia Friedrich



Trio mit Politiker: Jocelyn B. Smith (l.) und Kultursenator Joe Chialo (M.) singen

## ● FÜR SIE GELESEN

## Ein Leben mit Selbstzweifeln

Julia Ames ist Hausfrau, Mutter und Bibliothekarin. Keiner merkt ihr die Jahre des Selbstzweifels und der Desorientierung an. Der Bestand ihrer langjährigen Ehe ist nur ihrem Mann Mark zu verdanken, der sehr tolerant und geduldig mit ihren Launen umgegangen ist. Ihren Sohn Ben liebt sie abgöttisch. Sie will nicht den Fehler ihrer Mutter begehen, die Julia als Kind vernachlässigt hatte. Der Vater war schon früh weggegangen. Aus dieser Vergangenheit hat Julia ihre Unsicherheit mit in ihr Leben als Erwachsene genommen. Sie mag wenig Menschen um sich haben. Nur Helen, eine Zufallsbekanntschaft, findet einen Weg, Julia emotional zu unterstützen.

Claire Lombardo schildert in ihrem Roman „Genau so wie es immer war“ in der Gegenwart und in Rückblicken die Gedanken ihrer Romanheldin Julia. Sie schildert ausführlich, was Julia denkt und fühlt. Vermutlich liegt die Ursache für ihre Zweifel an der Kindheit. Besonders für Frauen, die gern Anteil an Emotionen nehmen, ist dieser Roman geeignet. Wer lieber Spannendes lesen möchte, für den ist die Geschichte zu ausführlich, verwunderlich, und es ist teilweise anstrengend zu lesen, worüber Julia sich andauernd Sorgen macht. *Angela Selke*



**Claire Lombardo;** „Genau so wie es immer war“, dtv Verlag, München 2024, gebunden, 719 Seiten, 26 Euro

## Mord im Skigebiet

In dem wunderschönen Skigebiet in Åre im Norden Schwedens ereignet sich ein grauenhafter Mord in dem ortsansässigen Nobelhotel. Die berühmte-berühmte Immobilienentwicklerin Charlotte Wretling wurde nachts in ihrem Hotelzimmer regelrecht abgeschlachtet. Selbst die Ermittlerin Hanna Ahlander wird blass.

Das kann nur jemand getan haben, der Wretling gehasst hat. Diese hielt sich gerade in dem Gebiet auf, um ein leerstehendes altes Hotel aufzukaufen und an dessen Stelle ein neues exklusiveres zu bauen. Das war nicht nur den Anwohnern ein Dorn im Auge, sondern auch den bisherigen Hotelbesitzern. Es beginnt die schwierige Suche nach dem Mörder. Die Ermittler sind zu wenig und bald erschöpft. „Blutbuße“ ist der dritte Teil der Polarkreis-Reihe von Viveca Sten. Es sind Krimis, die man gern in einem Rutsch durchlesen möchte. Die Geschehnisse werden anschaulich beschrieben, die Handlung ist äußerst spannend.

Sten ist Juristin und aktuell eine der bekanntesten schwedischen Krimiautorinnen. Ihre bisherigen Romane wurden verfilmt und in 24 Sprachen übersetzt. *A.S.*



**Viveca Sten:** „Blutbuße“, dtv Verlag, München 2024, gebunden, 523 Seiten, 22 Euro

## REISEFÜHRER DER WOCHE



## Das Gute liegt so nah

Pittoresk, Romantisch und Lebendig – „Unterwegs durchs unbekannte Deutschland“ zeigt Reiseziele auch jenseits der touristischen Höhepunkte

**Deutschland** von Norden nach Süden gegliedert – so ist der brandaktuelle Reise-Bildband „Unterwegs durchs unbekannte Deutschland“ aus dem Kunth-Verlag aufgebaut. Die beschriebenen Ziele sind nach Bundesländern unter-

gliedert. Auf einer Übersichtskarte zu Beginn sind zwar zwölf touristische Höhepunkte eingezeichnet, doch in den anschließenden, reich bebilderten Kapiteln werden auch kleinere, unbekanntere Orte beschrieben. *MRK*



„Unterwegs durchs unbekannte Deutschland. Das große Reisebuch“, Kunth Verlag, Ostfildern 2025, flexibler Einband, 303 Seiten, 29,95 Euro

## RUSSLANDPOLITIK

## Die Geschichte einer Entgleisung

Äußerst spannend schildert der Historiker Bastian Matteo Scianna die deutsch-russischen Beziehungen seit dem Ende der Sowjetunion

VON DIRK KLOSE

Die deutsche Politik gegenüber Russland war immer von extremen Schwankungen begleitet. Neben dem Wunsch nach Zusammenarbeit und Partnerschaft bestanden immer auch erhebliche Ressentiments. Das ist seit der „Wende“ nicht anders, wie die gründliche Studie des Potsdamer Historikers Bastian Matteo Scianna am Beispiel der Politik der letzten vier Kanzler zeigt. Mit Blick auf den „Sonderzug“ im Titel muss man heute wohl sagen, dass dieser entgleist und schwer nur wieder aufs Gleis zu heben ist.

Wer etwas Sinn für und Interesse an der großen Politik hat, findet in diesem Buch, das fast Monat für Monat die Politik gegenüber Russland in Abstimmung mit EU und NATO und vor allem dem wichtigsten Verbündeten in Washington aufrollt, eine hochspannende Lektüre. Es sind die Krisenherde, die wir seit Langem kennen: NATO-Osterweiterung, Ukraine, Baltikum, Georgien, NordStream 2, Abrüstung und viele andere, welche die deutsche Politik stets in Atem hielten.

Helmut Kohl stand Boris Jelzin gegenüber, was irgendwie leichter war. Trotzdem: Seine aus tiefer historischer Kenntnis kommenden Aussagen und Urteile wirken richtig. Gerhard Schröders Männerfreundschaft mit Putin übersah alle warnenden Blinklichter zu dessen immer autoritärem Führungsstil. Angela Merkel war unermüdlich bestrebt, Partnerschaft mit Russland und westliche Härte zu verbind-

den, wozu auch ihr Festhalten an Nord Stream 2 gehörte. Bundeskanzler Olaf Scholz blieb nur noch ein illusionsloses, bis jetzt trotz allem überlegtes Handeln.

Schlagworte wie „Wandel durch Handel“ oder „Wandel durch Annäherung“ prägen viele Jahre, die sich unter Merkel zeitweise noch zu „Wandel durch Verflechtung“ steigerten, was nicht zuletzt von ihrem Außenminister Frank-Walter Steinmeier forciert wurde. Die Hoffnung, nach den Jahren der Ost-West-Konfrontation die vielzitierte „Friedensdividende“ einfahren zu können, war übermächtig. Dazu kam die sträfliche Vernachlässigung der Bundeswehr.

Russland war auch nach dem Ende der Sowjetunion „Paranoia und Einkreisungsangst“ nie losgeworden; Putin instrumentalisierte sie geschickt für seine immer skrupellose Politik. Hierauf geht der Autor nur wenig ein. Die Bundesrepublik hätte, so sagt es der Autor am Ende, aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts einen Kurswechsel vorantreiben können; stattdessen sei die „Utopie der Verflechtung alternativlos weiterverfolgt“ worden.



**Bastian Matteo Scianna:** „Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990“, C.H.Beck Verlag, München 2024, gebunden, 720 Seiten, 34 Euro

## MEDIZIN

## Schädliche Angst überwinden lernen

Der prominente Mediziner Dietrich Grönemeyer zeigt Wege, mit großen Belastungen umzugehen und zu innerer Größe zu finden

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Kriege, wirtschaftliche Unsicherheit, Sorgen um die Gesundheit und Stress rauben uns zunehmend die Lebensfreude. Gesundheitsgefährdende Angststörungen treten häufiger auf.

Anlässlich dieser Entwicklung meldet sich Dietrich Grönemeyer mit einer Buchveröffentlichung zu Wort. Der Professor ist emeritierter Lehrstuhlinhaber für Radiologie und Mikrotherapie an der Universität Witten/Herdecke und engagierter Verfechter einer „Weltmedizin“, die als ganzheitliche Heilkunst Natur- und Schulmedizin, die psychosomatisch-soziale sowie die HighTech- und Umweltmedizin integriert. In seinem Buch „Leben ohne Angst. Wie wir in schwierigen Zeiten innere Stärke und Zuversicht finden“ zeigt er Möglichkeiten auf, um Hoffnung, Selbstwirksamkeit und Lebensfreude zurückzugewinnen, wenn Ängste überhandnehmen und daraus resultierend Belastungsstörungen für Körper, Geist und Seele auftreten.

## Drei Teile in einem

Grönemeyer schöpft aus seiner langjährigen medizinischen Expertise und bringt in lebhafter Erzählung immer wieder seine persönlichen Erfahrungen ein. Es geht in dem Buch nicht um die Bekämpfung der Angst an sich, denn Angst ist eine natürliche Emotion, die im Alltag in verschiedenen Situationen wirksam wird. Jedoch ist Angst auch ein „schwarzes

Schaff“ der Emotionen, wie es der Autor bildhaft ausdrückt. Nur allzu leicht beherrscht sie das Leben durch einschränkende Verhaltensmuster, Unruhe sowie Schlafstörungen und kann schwere, stressbedingte körperliche Erkrankungen auslösen. Auch Psychotherapeuten wissen: Es gibt keine Grenze zwischen Körper und Seele. Um aus dem „Angstzirkus“ herauszukommen sei es wichtig, sich mutig damit auseinanderzusetzen, so Grönemeyer. Damit wir wieder positiv denken, heiter bleiben und das Leben in vollen Zügen genießen können.

Der Inhalt ist übersichtlich strukturiert. Im ersten Teil „Diagnose“ wird erläutert, was Angst mit uns macht („Angst ist Chemie“). In Teil II geht es um Ursachen, in Teil III um Therapien. Das letzte Kapitel enthält „Fakten, Tipps und Anti-Angst-Hacks“. Durch die einfühlsame Herangehensweise des Wissenschaftlers ist das Buch spannend und mitunter auch erfrischend zu lesen. Das Buch ist ebenso aufschlussreich, klar strukturiert wie zugleich bildend, und auch für medizinische sowie psychologische Laien gut verständlich.



**Dietrich Grönemeyer:** „Leben ohne Angst. Wie wir in schwierigen Zeiten innere Stärke und Zuversicht finden“, Ludwig Verlag München, 2024, gebunden, 272 Seiten, 22 Euro

## INS NÖRDLICHE OSTPREUSSEN

## Auf die Reise, fertig, los ...

Ein ebenso emotionaler wie aufregender und informativer Reisebericht ins heutige Ostpreußen, Teil 1

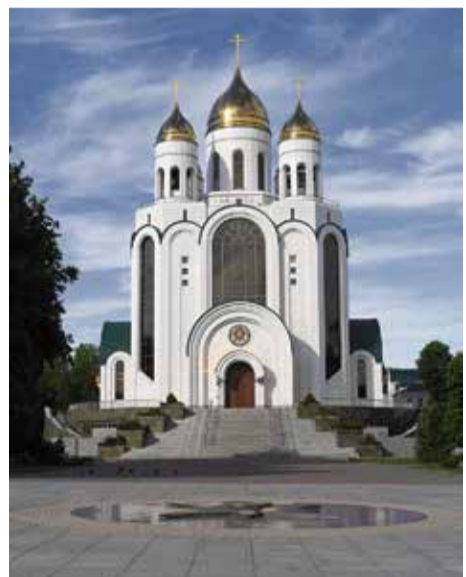
VON HELENE HAUPT  
UND UTE POEPEL

Am 6. Juni war es endlich soweit – wir starten unsere Reise ins Nördliche Ostpreußen. Voraus gingen dem Vorhaben lange Überlegungen und gemischte Gefühle angesichts der sehr angespannten geopolitischen Lage. Was würde uns erwarten? Was hat sich verändert? Immerhin lag unsere letzte Reise nach Königsberg schon vier Jahre zurück, damals, als es noch keinen Ukrainekrieg gab. So schwankten die Gedanken innerhalb unserer kleinen Reisegruppe im Vorfeld hin und her. Und noch am ersten Tag unserer Zusammenkunft in Danzig, von wo am Folgetag unser gemeinsamer Grenzgang in die Oblast Königsberg erfolgen sollte, war es noch ebenso.

**Grenzübertritt mit etwas Nervosität**

Alle Bedenken lösten sich dann aber rasch im sprichwörtlichen blauen Himmel Ostpreußens auf. Unser Transfer mit einem komfortablen Sprinter-Bus und das Passieren der Grenze erfolgte, abgesehen von einer Verzögerung auf polnischer Seite, ziemlich reibungslos. In Königsberg in Empfang genommen wurden wir dann von Eduard Politiko, Chef des Adebar-Reiseteams, über den wir diese Reise gebucht hatten. Gemeinsam haben wir dann den obligatorischen Geldwechsel – mitgebrachte US-Dollar in Rubel – hinter uns gebracht und unser Quartier für die kommenden drei Nächte bezogen. Dieses entpuppte sich als eine sehr gute Wahl, denn in dieser modernen und ebenso gemütlichen Familienpension Klaudia im alten Stadtteil Rothenstein mit noch vorhandener alter Bausubstanz, kleinen Gärten und Geschäften fühlten wir uns sofort gut aufgehoben.

Des Weiteren verlief unser erster Abend in Königsberg so, dass wir nach einem gemeinsamen Abendessen in dem zurzeit sehr angesagten Restaurant Britanica und in Begleitung der Familie Politiko nebst Enkelkind einen ausgedehnten Bummel am Königsberger Dom, auf der Kneip-Insel, im dem Fischdorf und vieles



Die russisch-orthodoxe Christ-Erlöser-Kathedrale in Königsberg

mehr unternahmen. Es war wirklich sehr schön, für Stunden an diesem entspannten Sommerabend-Flair mit flanierenden Besuchern und kleinen Musik-Gruppen teilhaben zu können. Ein schöner Ausklang unseres ersten Tages in der wunderschönen Hauptstadt Ostpreußens Königsberg.

**Reiserouten im Königsberger Gebiet**

Für die nächsten Tage galt es viele individuelle Wünsche der Reisetilnehmer unter einen Hut zu bringen: Besichtigungs-

Das Haus der Räte, auch Haus der Sowjets genannt ist schon aufgrund seiner unstrittig hässlichen Optik und Architektur ein Schandfleck für Königsberg. Dazu ist seine Statik instabil, was seinen Abriss umso dringender macht *Bild: Wikimedia*

wünsche im modernen Königsberg, dem historischen Königsberg, einige Tage Erholung an der Küste und dazwischen jede Menge Spurensuche, Heimatort-Besuche in der grünen ostpreußischen Provinz, um hier nur einige wenige Wünsche zu nennen. Politiko hat daraus für uns sehr schöne Tagestouren zusammengestellt: Neun Übernachtungen mit wenigen Hotelwechseln, aber dafür Muße zum Verweilen an allen uns wichtigen Orten.

Die folgenden zwei Tage verliefen angelehnt an das Programm, das unter dem Link [www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/studienreisen/kurzreise-kaliningrad](http://www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/studienreisen/kurzreise-kaliningrad) zu finden ist. Was uns besonders ins Auge fiel: Der lang diskutierte Rückbau des Rätehauses, dem scheinbar ewigen Negativ-Wahrzeichen der Stadt Königsberg, findet sichtbar statt. Errichtet auf dem Burggraben der 1967 gesprengten Königsberger Schlossruine entsteht hier nun Platz für Neues. Hierzu soll es Überlegungen zum Wiederaufbau eines Teils des alten Schlosses, insbesondere des Westflügels geben. Wegen der aktuellen politischen Situation ruhen diese zurzeit allerdings.

Im Gürtel der Stadt und auch im Stadtzentrum findet eine rege Bautätigkeit statt. Alte Häuser werden hergerichtet, viele Neubauten entstehen. Angenehm aufgefallen ist uns auch die vor einigen Jahren neu begründete Anlage des Otto-Lasch-Bunkers. Eine umzäunte unspektakuläre kleine Anlage mit informativen Stelltafeln. Im Bunker selbst eine originalgetreue Darstellung der Einrichtung und der Kommando-Situation. Interessant ebenso die zahlreichen Museen wie beispielsweise das Museum der Weltmeere, worauf hier allerdings aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden kann. Eine Anmerkung sei aber an dieser Stelle noch erlaubt: Bereits im Jahr 2020 wurde Königsberg von tripadvisor und „Stern“ zur Nr. 1 der „Top Ten“ der aufstrebenden touristischen Zentren gekürt. Dies ist aktuell nicht mehr zu übersehen.

**Junge Reise-Impressionen**

Der jüngste Teilnehmer unserer Reisegruppe, Marvin, der leider aus beruflichen Gründen nicht an der kompletten Reise teilnehmen konnte, notierte zu seinen Impressionen in Königsberg Folgendes:

„Am 12. Juni, dem Tag meiner Abreise, begab ich mich ins Stadtzentrum von Königsberg, genauer gesagt an das Westufer des Oberteichs, um dort den Feierlichkei-

ten zum Russlandtag beizuwohnen. Angesichts des einige Wochen zuvor erfolgten Terroranschlags bei Moskau galten auch hier verschärfte Sicherheitsmaßnahmen, was jedoch der fröhlichen Stimmung der Besucher keinen Abbruch tat. Während von der Hauptbühne russische Lieder erklangen, konnte man sich an zahlreichen aufgebauten Ständen mit den Gebräuchen und teilweise auch den kulinarischen Spezialitäten verschiedener Völker Russlands vertraut machen. Auch wenn es mir so schien, als sei nicht die Asiatin in ihrer bunten Tracht oder der kosakische Schwerttänzer, sondern ich, der Deutsche aus Berlin mit dem Rollenkoffer, hier der Exot. Ich führte das ein oder andere freundliche Gespräch, genoss neben der Musik und dem Bühnenprogramm ein Schälchen kalten litauischen Borschtsch und machte mich dann am frühen Nachmittag auf den Weg zur Bushaltestelle am Hauptbahnhof, um von dort meine Rückfahrt nach Gdansk anzutreten.“

Der absolute Kontrast zu diesem stillen Verfall dann in Palmnicken. Hier ist die Umwandlung in einen gepflegten modernen Badeort gelungen, ohne zu viel Altes zu zerstören. Eine gepflegte Hotellerie, eine wunderbare Parkanlage mit abgestuften Treppen hinab zum berühmten breiten Sandstrand und schöne Strandcafés inmitten des grünen Baumbestandes.

**Ein Ausflug ins Samland**

Der zweite Tag war dann der Kurischen Nehrung vorbehalten. Sehr ange-



Das malerische Fischerdorf bei Königsberg

nehmen aufgefallen ist uns bei Rossitten auf der Haffseite die sehr schöne Parkanlage mit dem Hotel Altrimo. Eine Top-Adresse auch für einen entspannten Urlaub mit kleinen Kindern. Auf der Seeseite ist eine großzügige Aussichtsplattform mit einem kleinen Café angelegt worden. Ein wunderbarer Platz, um entspannt einen Kaffee zu genießen.

Ansonsten ist die Kurische Nehrung leider sehr ruhelos geworden und deutlich viel belebter als zu Zeiten, als auch der Grenzübergang zur Republik Litauen

noch geöffnet war. Unzählige Autos, kleine und große Reisebusse säumen die eher schmale Nehrungsstraße an den Besichtigungsorten. Vor den sich aneinanderreihenden Bernsteinhütten und Ständen große Ansammlungen kaufwilliger Touristen, zumeist aus Zentralrussland. Für Souvenir-Freunde war die Nehrung allerdings eine wahre Fundgrube.

**Exkursionen im grünen Hinterland**

Der dritte Tag war dem Kreis Labiau mit seinen zahlreichen Wasserstraßen und ausgedehnten Wäldern auf der Landseite am Kurischen Haff gewidmet. Welcher wohlthuende Kontrast zu der quirligen Szenerie an der Küste! Erholung auf dem Weg nach Gilge die Fahrt durch die stille und sich selbst überlassene Landschaft entlang des Großen Friedrichsgrabens.

In Gilge dann die von uns mit Spannung erwartete Bootstour durch das „Ostpreußische Venedig“. Bei leider etwas bedecktem Himmel schipperten wir für rund drei Stunden über die Gilge, den Nemonienstrom, die Laukne und die Timber. Wie auch auf unseren früheren Exkursionen hier eine atemberaubend stille und endlos scheinende Wasserlandschaft. Wer mag sich noch erinnern, welches Treiben sich hier vor Flucht und Vertreibung abspielte.

Aus der Elchniederung und den Dörfern des Großen Mossbruches wurden mit Lastkähnen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis zum Markt nach Labiau oder gar bis Königsberg transportiert. Am Ufer der Moorkolonie Franzrode erinnert heute nur noch die steinerne Rampe für die Lastkähne an das dahintergelegene Kaufhaus Schipporeit, heute gelegentlich von Anglern genutzt. Vom Timber-Krug an der Einmündung der Laukne in die Timber und dem Elch-Krug am Wasserkreuz Nemonienstrom/Großer Friedrichsgraben in Nemonien keine Spuren mehr außer in der Erinnerung.

Von der Schenkendorfer Brücke, wo einst ein berühmter Krug und eine kleine Badeanstalt zum Schwimmen in der Laukne einlud, bleibt noch die zerstörte Brücke. Über diese legten früher die Kinder aus den Moosbruch-Kolonien ihre täglichen Schulwege nach Laukn zurück. Eine stille, unwirklich archaisch anmutende Wasserwelt – irgendwie ist es der Zeit gelungen hier stehen zu bleiben.

**Früher ruhig, heute quirlig**

Zurück wieder auf sicherem Boden in Gilge dann das krasse Gegenteil. Das ehemals verträumte Fischerdörfchen Gilge, bis vor einigen Jahren noch bekannt durch das Gasthaus von Leni Ehrlich, ist inzwischen zu einem quirligen russischen Feriendorf angewachsen. Vor allem am südlichen Ufer mit eingezäunten respektablen privaten Ferienhäusern, kleinen Hotels, Gastronomie und vielem mehr gesäumt. Die Hauptattraktion hier ist das „Fischdorf“, eine weitläufige Anlage mit Restaurant, Hotel und Bootsverleih. Hier stärkten wir uns nach unserer Bootstour mit einem für die Gegend doch eher untypischen Burger.

Weitere Stationen an diesem Tag waren die ehemalige Brauerei Arthur Blankenstein in Labiau und die Alte Dorfschule in Waldwinkel. Beides sind integrale Bestandteile des Ökotourismus-Projektes „Von Küste zu Küste“ (weitere Infos unter [www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/neue-projekte/alte-dorfschule](http://www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/neue-projekte/alte-dorfschule)).

● **Nächste Woche:** Der zweite Teil der Reise durchs heutige Ostpreußen, die unter anderem ans Memelufer, in die Elchniederung oder nach Cranz und Tilsit führt.

## ● AUFGESCHNAPPT

Während sich in den Bundesministerien immer mehr Mitarbeiter tummeln, erscheinen sie immer lückenhafter zum Dienst. Grund: ein weit überdurchschnittlicher Krankenstand. Fehlten Deutschlands Arbeitnehmer 2023 im Schnitt 15 Tage pro Jahr wegen Krankheit, blieben die Mitarbeiter in den Ministerien und nachgeordneten Behörden der Bundesregierung 21 Tage aus gesundheitlichen Gründen zu Hause. Spitzenreiter war der Stab der Staatsministerin für Kultur im Kanzleramt, Claudia Roth (Grüne). Deren Mitarbeiter fehlten im Schnitt 27 Tage im Jahr, fast fünfeinhalb Arbeitswochen. Dies berichtet das Magazin „Business Insider“. Die Daten verblüffen umso mehr, als die Regierung Scholz die Zahl der Beamten bei der Bundesregierung um mehr als 1600 auf gut 22.000 erhöht hat. Daher scheint es sich beim hohen Krankenstand kaum um die Folge von Überarbeitung zu handeln. Eher keimt die Vermutung auf, dass es wegen Überbesetzung möglich ist, ohne spürbare Folgen für den Arbeitsablauf ein paar Tage mehr zu fehlen. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Thomas Tuma mahnt im „Focus“ (21. Januar) die deutsche Politik, den Schnellstart der neuen Trump-Regierung als Weckruf zu verstehen:

„Der 78-Jährige tut immerhin etwas, wo deutsche Spitzenpolitik lieber reflexhaft auf Brüssel, Bürokratie oder mangelndes Geld verweist, um bitteschön alles beim Alten zu lassen. 2029 wird Trumps zweite Amtszeit zu Ende gehen. Wenn in Deutschland jetzt nicht ähnlich radikal gedacht wird, erleben wir im gleichen Jahr eine Bundestagswahl, gegen die Trumps Ära wie Weißwurstessen im Sauerland wirkt. Vielleicht ist der Mann gar keine Bedrohung, sondern ein Weckruf.“

Stefan Aust beschreibt in der „Welt“ (15. Januar) die propagandistische Wirkweise von Robert Habeck:

„Er (Habeck, d. Red.) hat alle Fähigkeiten eines von sich selbst und seiner heiligen Mission durchdrungen Sektenpredigers, der die Wärmepumpe verkauft wie das ewige Leben, der den Teufel CO<sub>2</sub> cool verdammt wie den Satan selbst. Und da hilft natürlich nur die CO<sub>2</sub>-Abgabe gegen die Klima-Apokalypse wie der Ablass gegen die Sündenstrafe im Fegefeuer. Das Mittelalter ist noch nicht zu Ende.“

Die Ökonomin und Wirtschaftsweisse Veronika Grimm äußert gegenüber „zdfheute.de“ (15. Januar) über Habecks Idee, Kapitalerträge mit Sozialabgaben zu belasten:

„Der Vorschlag macht keinen Sinn. Dies würde insbesondere jene belasten, die ihr Einkommen regelmäßig sparen und investieren, um langfristig Vermögen aufzubauen, beispielsweise für die Altersvorsorge.“

Auch Caren Miosga bringt in ihrer ARD-Sendung (19. Januar) im Gespräch mit Annalena Baerbock ihre Kritik an Habeck deutlich zum Ausdruck:

„Ist das inzwischen ein Markenzeichen von Robert Habeck, dass er mit unausgegorenen Vorschlägen rausgeht und hinterher dann da steht und sagt, ach, ich weiß es auch nicht, dann müssen es wohl Bürgerräte entscheiden?“

Die deutsch-russische Doppelstaatlerin Liudmila Kotlyarova, seit vielen Jahren in Berlin lebend, berichtet in der „Berliner Zeitung“ (18. Januar) von ihren Erfahrungen in Russland auf einer Reise dieser Tage:

„Viele Russen erleben die Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen generell wie eine Naturkatastrophe, nicht von Menschen gemacht, eher wie das Resultat eines Erdbebens. Das macht das Desaster womöglich emotional erträglicher.“

## ● WORT DER WOCHE

„Wir haben in den Vereinigten Staaten von Amerika kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Diese Ausgaben sind außer Kontrolle geraten.“

Scott Bessent, neuer US-Finanzminister, fasste am 16. Januar kurz vor seiner Amtseinführung auf X zusammen, was viele auch für Deutschlands eigentliches Finanzproblem halten

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Es lichtet sich

Wie Habeck in den Graben geritten ist, und wie falsch wir das Grundgesetz verstanden haben

VON HANS HECKEL

Sie haben es wieder getan: Die Grünen haben es zu einer eigenen Kunstform entwickelt, einen verblüffend erfolgreichen Wahlkampf mit einer einzigen dämlichen Idee in den Graben zu reiten. Märchenonkel Robert Habeck hatte es, artig assistiert von grünfreundlichen Medien, geschafft, sich das Ampeldesaster gleichsam vollständig von den Schultern zu streifen. Gefühlig-nebelhaft setzte er ganz auf die weiche „Ich bin der Robert“-Masche – und kam damit blendend durch.

Alles in Butter, wäre er dabei geblieben. Doch dann plaudert Habeck plötzlich von Sozialabgaben auf Kapitalerträge im Tonfall von „Och, finde eigentlich ... und hab da mal so 'ne Idee“, ohne sagen zu wollen, wen es treffen soll und wie viel das die Bürger kosten wird, wenn es durchkommt. Große Aufregung war die Folge.

Das passiert der Partei nicht zum ersten Mal. 2013 sah auch alles blendend aus für die Grünen. Da veröffentlichte Renate Künast ihren Plan, in Kantinen einen Tag zu bestimmen, an dem es nur vegetarische Mahlzeiten geben darf, der „Veggie-Day“ war geboren – und flog den grünen Wahlkämpfern links und rechts um die Ohren.

Wie heute hatten die Partei-Oberen danach alle Hände voll zu tun, den Mist wieder einzufangen. Damals hieß es, das sei ja nur als Empfehlung gedacht. Nach Habecks Attacke auf Ersparnisse und private Daseinsvorsorge schwurbeln die Grünen nun, das treffe ja nur die „ganz Reichen“. Sie weigern sich aber standhaft, zu verraten, wen sie darunter verstehen. Das eiserne Schweigen wird schon Gründe haben, denkt sich der Bürger, und das dürften keine netten sein.

Aber warum bloß machen die Grünen nicht Klarschiff und nennen die „Zahl“, die alle hören wollen, sprich: die Höhe des Freibetrags, den sie anpeilen? Ganz einfach: Weil sie diese „Zahl“ nicht nennen können, ohne alles noch schlimmer zu machen. Ist die Grenze nämlich zu hoch angesetzt, bringt das Ganze nichts. Wirklich „Reiche“ gibt es wenige. Und die wenigen haben zudem Möglichkeiten, sich der Abgabe zu entziehen, etwa durch Auswanderung oder durch ein Firmenkonstrukt. Setzt man den Freibetrag aber niedrig genug an, dass auch wirklich was reinkommt, trifft es eben doch die breite Masse der Kleinanleger. Klappe zu, Affe tot!

Immerhin bliebe die Beamtenschaft ungeschoren, bekanntlich eine Hochburg des grünen Wählerpotentials. Oder?

Mochte man zunächst meinen, doch nun mischte sich Katrin Göring-Eckardt in die verunglückte Debatte und tat, was sie am besten kann: den Schaden vergrößern. Das mit den Sozialabgaben auf Kapitalerträge sei ja nur ein Element des Projekts einer allgemeinen „Bürgerversicherung“, flötete „KGE“ ins Mikro – wie immer, ohne zu ahnen, was sie da abgelassen hat. Denn dieses Projekt sieht vor, dass alle, also auch Selbstständige und Beamte, in die gesetzliche Rente einzahlen, wodurch es mit den guten Beamtenspenden wohl vorbei wäre. Ob grün gesinnte Staatsdiener sich auf diese Aussicht freuen?

Überhaupt, wenn wir „KGE“ nicht hätten! In ihrer ungestümen Schlichtheit erlaubt sie uns wie kaum ein zweiter einen unverstellten Blick darauf, was die Grünen wirklich umtreibt. Und auf das, was sie vollkommen kalt lässt. So ließ sie ein verblüfftes Fernsehpublikum wissen, dass das Thema Migration mit dem Alltag der Menschen in Deutschland „verdammt wenig“ zu tun habe.

## Wehe dem, der zweifelt

Damit hat sie uns zweierlei mitgeteilt: Mit Göring-Eckardts Alltag hat das Thema Migration tatsächlich „verdammt wenig“ zu tun. Sie lebt nicht in den Gegenden, in denen Migranten wie indigene Deutsche mit den Folgen knallhart konfrontiert sind und irgendwie damit umgehen müssen. Zudem gibt sie zur Kenntnis, dass es die Grünen und deren Gesinnungsgenossen sind, die zu bestimmen haben, was in diesem Land ein „Thema“ ist und was nicht. Sonst niemand, schon gar nicht der Pöbel da draußen.

Deshalb ist es ja so ärgerlich, wenn sich reichweitenstarke Leute wie Elon Musk in deutsche Debatten einmischen und in sozialen Medien jeder Hans und Franz drauflosreden kann, ohne dass regierungsnahen „woken“ Kontrolleure eine sorgsame Zensur vornehmen. Wie schlimm es schon steht, hat der Vizechef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen, kürzlich herausgestellt. In „Politik & wir“, dem Twitch-Format des Senders rbb, warnt er eindringlich vor Desinformationskampagnen im Netz. Diese würden etwas „mit der Demokratie machen ... weil demokratische Entscheidungsprozesse oder die Nachrichtenvermittlung, wie sie stattfindet, beispielsweise im öffentlich-

rechtlichen Rundfunk, in Zweifel gezogen werden“. Wir haben richtig gehört: Wer die Nachrichtenvermittlung der staatlichen Sendeanstalten in Zweifel zieht, der ist dermaßen gefährlich, dass sich sogar die Spitze des Inlandsgeheimdienstes mit ihm beschäftigt. Überlegen Sie es sich künftig dreimal, ob Sie im Internet Zweifel an der „Tagesschau“ zu äußern wagen.

Bei Musk kam ja noch dazu, dass er nicht mal EU-Bürger ist, weshalb, wie berichtet, sogar die Brüsseler Bürokratie eine Kompanie von 150 Mann antreten ließ, um das Gespräch mit Alice Weidel zu überwachen. Von unstatthafter „Einnischung“ war die Rede. Aber was heißt das überhaupt? Kriegt auch der Chef der norwegischen Sozialdemokraten was zwischen die Hörner, wenn er den Deutschen empfehlen sollte, am 23. Februar SPD zu wählen? Ist ja auch kein EU-Bürger.

Aber nein, so ist das natürlich nicht gemeint. Da kann uns Norbert Röttgen beruhigen. So sagte der CDU-Außenpolitiker bei Maybrit Illner: Wenn Musk für die Grünen würde, würde er das „vielleicht sogar gut finden“, und schränkt dann doch ein bisschen ein: „Jedenfalls wäre es nicht zu beanstanden.“

Da lichtet sich endlich das Dickicht, das zwischen der Theorie des Grundgesetzes und der immer mehr abweichenden Praxis unserer Tage gewuchert ist. Wenn in Artikel 5 steht: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“, dann meinen heutige Interpreten damit: Jeder hat das Recht, „eine“ Meinung zu äußern – nämlich ihre. Und wenn wir dort lesen: „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“, dann schließt das ein, dass das Infragestellen „der Berichterstattung durch Rundfunk und Film“ auch bitte zu unterbleiben hat, sofern die öffentlich-rechtlichen Sender dahinterstecken. Wie konnten wir das alles nur so falsch verstehen?

Nun kopieren wir auch, was Ex-Grünen-Chefin Ricarda Lang sagen will, wenn sie Musk vorhält, er wolle die „Zerschlagung des Staates“ herbeiführen. Um das Grundgesetz auf so originelle Weise neu zu interpretieren wie oben gesehen, benötigt man nämlich einiges an staatlicher Macht, sonst muckt das Volk noch auf. Da kommt einem die Entwicklung in den USA mit ihren unvermeidlichen Auswirkungen auf Deutschland verständlicherweise sehr ungelogen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

# Preussische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 4 · 24. Januar 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

## Die Luft ist raus

Warum nicht nur der neue US-Präsident Donald Trump dem grünen Zeitgeist die Grundlagen entzieht **Seite 3**



**DDR** Wie die Stasi ihren Nachwuchs gewann **Seite 10**



**Hintergrund** Wie Nordamerika geteilt wurde, und es auch blieb **Seite 11**

VON RENÉ NEHRING

USA

## Mit Trumps zweiter Amtszeit bricht eine neue Ära an

Ob das politisch-mediale Establishment in Amerika und Europa die Botschaft verstanden hat, muss angesichts der Reaktionen bezweifelt werden

Das Entsetzen war gewaltig bei den einen – und die Freude riesig bei den anderen. Mit seiner Rede zur Vereidigung als 47. Präsident der USA und seinen ersten Dekreten als neuer Herrscher im Weißen Haus brach Donald J. Trump so ziemlich mit allem, was in den vergangenen Jahren den Mainstream der westlichen Welt prägte.

Unter dem Versprechen, dass nun ein goldenes Zeitalter für Amerika anbreche, kündigte Trump umgehend die Erfüllung zahlreicher Wahlversprechen an: So schloss er per Präsidentenerlass die Grenze nach Mexiko und verkündete den Austritt seines Landes aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Zudem kündigte er eine rigide Zollpolitik zugunsten inländischer Unternehmen an sowie die Aufhebung von Bohrbeschränkungen für die Ölindustrie, damit diese unter dem Schlagwort „Drill, Baby, drill!“ wieder günstigen Treibstoff liefern könne. In Sachen Gender erklärte Trump, dass es fortan nur noch zwei Geschlechter geben werde, und in Sachen Covid versprach er, dass alle ungeimpften Soldaten in die Armee zurückkehren könnten. Zudem kündigte er die Aufhebung aller Beschränkungen der Meinungsfreiheit im Internet an.

Das Entsetzen in den Reihen der linken, grünen und liberalen Eliten, die hier mit ansehen mussten, wie Trump zahlreiche ihrer Lieblingsprojekte für beendet erklärte, zeigt sich besonders plakativ in den Schlagzeilen und Kommentaren ihrer Leitmedien. Stellvertretend dafür seien hier zwei deutsche Stimmen zitiert: Einen „Moment dunkelsten Triumphs“ nannte das Geschehen die „Zeit“, und der „stern“ sprach mit Blick auf die Dauer der Antrittsrede von „29 Minuten Wahnsinn“.

Was Trump von all seinen Ankündigungen und selbst den Dekreten umsetzen kann, wird sich zeigen. Denn auch nach

diesem Machtwechsel sind die Vereinigten Staaten von Amerika eine parlamentarische Demokratie, in der die Gesetze nicht vom Präsidenten gemacht werden, sondern von den beiden Kammern des Kongresses. Nicht zuletzt über das Budgetrecht haben diese einen direkten Einfluss auf das Geschehen in ihrem Land.

Hinzu kommt, dass die USA auch künftig ein Verfassungsstaat sind. Weshalb all jene, die nach Trumps Dekret, mit dem er noch am Abend seiner Amtseinführung das Recht auf die Staatsangehörigkeit für alle in den USA Geborenen aufhob, darauf verwiesen, dass die bisherige Regelung in der Verfassung verankert sei, und der Präsident somit gar nicht die Befugnis habe, hier einzugreifen, mit ihrer angekündigten Klage vor dem Supreme Court am Ende Recht bekommen dürften.

### Die eigentlichen Fragen

Unabhängig von derlei Einzelpunkten kann das Niveau der zahlreichen Trump-Kritiker in Politik und Medien nur erschrecken. Da wurde allen Ernstes darüber spekuliert, ob das Kleid der First Lady Melania von einem Modedesigner geschneidert oder „von der Stange“ ist. Und wieder einmal wurde – diesmal am Beispiel eines verunglückten Kusses zwischen dem Präsidenten und seiner Gemahlin – darüber gemutmaßt, welche Intensität die Partnerschaft zwischen den beiden Eheleuten noch hat. Zum großen

Aufreger wurde indes eine Jubelgeste des Trump-Unterstützers Elon Musk, dem ein kurzes Winken mit dem rechten Arm in Richtung tausender Anhänger prompt als Hitlergruß ausgelegt wurde.

Was jedoch noch immer nicht gefragt wurde, ist, warum Trump trotz aller medialen Häme und trotz diverser strafrechtlicher Verurteilungen wiedergewählt wurde – und warum er weltweit so viele Anhänger hat. Wie bei der ersten Wahl des Republikaners vor acht Jahren – und wie bei den Wahltriumphen zahlreicher anderer populistischer Politiker und Parteien in Europa und Südamerika – erging sich das polit-mediale Establishment stattdessen in fortwährenden Äußerungen der Abscheu über Trump und dessen Anhänger. Wenn das Volk falsch wählt, so die Botschaft der selbsterklärt um die Demokratie Besorgten, kann dies nur an der Dummheit der Wähler liegen und keineswegs an den bis dato Regierenden.

Nachdenken sollten freilich auch die Anhänger Trumps. Dass ein Präsident im Rahmen seiner Vereidigung das Überleben eines Attentats gegen ihn allen Ernstes als Zeichen eines göttlichen Auftrags deutet, lässt befürchten, dass er künftig für irdische Kritik nicht mehr empfänglich ist. Mehr als fragwürdig ist auch die ebenfalls noch am Tag der Amtseinführung erfolgte Begnadigung von rund 1500 Gefängnisinsassen, die für ihre Mitwirkung beim Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2020

zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Dass mit ihnen nun zahlreiche Täter freikommen, die vor vier Jahren Gewalt gegen Polizeibeamte verübt haben, sorgt auch unter zahlreichen Republikanern für gehöriges Grummeln.

Ob Trump als Zerstörer der Demokratie in die Geschichte eingehen wird oder als deren Retter, werden die nächsten vier Jahre zeigen. Fakt ist, dass der Republikaner mit dem klaren Versprechen, einen anderen Kurs einzuschlagen als der links-grüne Zeitgeist der letzten Jahrzehnte, in einer demokratischen Wahl die Mehrheit der Wählerstimmen gewonnen hat – und dass er nun daran geht, diesen Kurs auch einzuhalten.

Daran könnten sich auch viele Parteien in Europa und in Deutschland orientieren. Allzu oft sind sie in den vergangenen Jahren aus Angst vor scharfem Gegenwind oder aus Rücksichtnahme auf einen potentiellen Partner oder einfach nur aus Bequemlichkeit grundsätzlichen Auseinandersetzungen ausgewichen und stattdessen faule Kompromisse eingegangen. Vor allem die CDU – bei der CSU ist das anders – vermittelt noch immer den Eindruck, schon im Wahlkampf spätere Koalitionsverhandlungen im Hinterkopf zu haben.

Mag manch hiesiger Politiker auch vieles am Stil Trumps ablehnen, so zeigt dessen Triumph doch deutlich, dass es in einer Demokratie nie schadet, sich am Willen des Volkes zu orientieren.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Union und FDP fordern eine Arbeitspflicht für Sozialleistungsbezieher **Seite 4**

#### Kultur

Vor 175 Jahren starb der preußische Hofbildhauer Johann Gottfried Schadow **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Das Landesmuseum in Lüneburg erinnerte an die Flucht über das Haff **Seite 13**

#### Lebensstil

Die Normandie – Schauplatz von Invasionen von der Antike bis in die Gegenwart **Seite 21**



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Die Wasserstraße** ist für die Vereinigten Staaten doppelt wichtig: wirtschaftlich und militärisch. Chinas subtiler Einfluss wächst derweil – Aufgrund der Historie wollen die USA bevorzugt behandelt werden

# Warum Trump den Panamakanal im Visier hat

Der US-Präsident fühlt sich von dem mittelamerikanischen Land „abgezockt“ und will deshalb die Kontrolle zurück

VON JENS EICHLER

Wenn es ums Geld geht, versteht US-Präsident Donald Trump noch weniger Spaß als ohnehin schon. Erst recht nicht, wenn er das Gefühl hat, dass er und die USA über den Tisch gezogen werden, oder ein Deal nicht nach seinen Vorstellungen und mit seinen Wunschergebnissen ausgehandelt worden ist. Genau das ist jedoch das Streitthema rund um den Panamakanal. Trump wirft dem mittelamerikanischen Land daher „dreiste Abzocke“ vor.

„Die von Panama verlangten Gebühren sind lächerlich, zumal die USA Panama außergewöhnliche Großzügigkeit entgegengebracht haben. Daher muss die Abzocke der Vereinigten Staaten durch Panama sofort aufhören!“, verlangte der am Montag frisch vereidigte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika auf seinem hauseigenen Social-Media-Kanal und Kurznachrichtendienst „Truth Social“. Für Trump steht fest, das schon allein aufgrund der gemeinsamen Historie, die Panama und die USA seit dem Kanalbau aufweisen, so manches anders und besser in Bezug auf Ansprüche, Gebühren und Einfluss für die USA laufen müsse.

Immerhin haben die Vereinigten Staaten neben hohen Geldsummen in Höhe von 386 Millionen US-Dollar auch einen erheblichen Blutzoll geleistet. Rund 28.000 Menschen sind vor über hundert Jahren beim Bau des bedeutsamen und wichtigen Kanals gestorben, knapp die Hälfte davon waren US-Amerikaner. Kein Wunder, das sich großer Unmut breit machte, als Ex-Präsident Jimmy Carter im Jahr 1977 einen Vertrag mit Panama unterzeichnete, der zum Millennium die vollständige Übergabe der Kontrollen an Panama regelte. Das war zum Jahresübergang 1999/2000 zugleich das Ende der gemeinsamen Verwaltung und des gemeinsamen Betriebs des Kanals inklusive der zehn Kilometer breiten Panamakanalzone, über welche die USA seit 1903 die Hoheit innehatten. Geblieben ist den USA indes ein sogenanntes Eingriffsrecht, wenn die Neutralität des Kanals gefährdet sein sollte – ohne nähere Definition.

Für Trump steht fest, was so manche Insider schon 1977 nach Carters Unterzeichnung des Abkommens hinter vorgehaltener Hand tuschelten: „Die USA haben damals die Kontrolle lediglich als Zeichen der Zusammenarbeit übergeben. Wenn die moralischen und rechtlichen Grundsätze dieser großzügigen Geste nicht eingehalten werden, dann werden wir fordern, dass uns der Panamakanal vollständig und ohne Wenn und Aber zurückgegeben wird“, machte der US-Präsident unumwunden deutlich.

## Seeweg günstiger als Landweg

Was aber steckt wirklich hinter den verbalen Drohungen aus Washington? Ist es „nur“ der finanzielle Aspekt, dass die USA viele US-Dollar aufgrund erhobener Gebühren durch Panama zahlen? Es sind wohl zwei wesentliche Aspekte, die ame-

rikanische Interessen tangieren. Zum einen natürlich die wirtschaftlichen. Immerhin verkehren 72 Prozent aller Schiffe, die den Panamakanal jährlich passieren, zwischen US-Häfen im Atlantik und Pazifik. Und damit nicht genug: Knapp drei Viertel der durch den mittelamerikanischen Kanal transportierten Waren und Frachten stammen aus den USA. Und das hat seinen Grund. Denn Transporte über Land per Lastwagen oder auf der Schiene sind erheblich teurer, als Güter über den Seeweg von der Pazifik- auf die Atlantikseite zu befördern. Logistik-Experten sprechen davon, dass der Landweg etwa drei Mal so teuer ist wie der Seeweg. Insofern sind amerikanische Unternehmen auf die Durchfahrt durch den Panamakanal regelrecht angewiesen, wollen sie kostengünstig ihre Frachten von West nach Ost und umgekehrt überführen. Zwar be-

zahlen angeblich alle unter US-Flagge fahrenden Schiffe bei der Passage des Kanals die gleichen Gebühren wie andere auch, so die zuständige Kanalbehörde, doch sind die Kosten in den letzten Jahren erheblich gestiegen.

## Zwei verdächtige Häfen

Allein im Jahr 2023 reduzierte sich die Anzahl der Schiffe, die durch den Kanal fahren konnten, aufgrund eines zu niedrigen Wasserspiegels, der Folge einer lang anhaltenden Dürre war. Plötzlich konnten nur 22 statt der sonst 36 gleichzeitig Schiffe durch den Kanal fahren. Die anderen mussten warten. Und das war teuer und kostete zudem viel Zeit. Wer aus welchen Gründen auch immer vorgelassen werden wollte, musste für diesen „Extraservice“ viel bezahlen, nämlich bis zu vier Millionen US-Dollar. Kein Wunder, dass

Trump fordert, das US-Schiffe bevorzugt behandelt werden müssen und es „ein schrecklicher Fehler“ gewesen sei, die Kontrolle über den Kanal abzugeben.“

Noch schwerer aber wiegt Trumps Vorwurf, dass sich der Einfluss Chinas auf den Kanal immer mehr bemerkbar mache und immer größer würde – nicht gleich offensichtlich, aber dafür umso subtiler. Als zweitgrößter Nutzer mit einem Nutzungsanteil von gut 20 Prozent stehen zwei strategisch wertvoll gelegene Häfen unmittelbar unter Chinas Einfluss – einer am Anfang und einer am Ende des Kanals. Die Hafenanlagen gehören zwar offiziell Hongkong, das aber wiederum als Verwaltungszone China untersteht. Somit kann das Reich der Mitte nach eigenem Bedarf in den beiden Häfen frei schalten und walten und hat daher auch direkte Zu- und Eingriffsmöglichkeiten auf die 82 Kilometer lange Wasserstraße.

## US-Marine mit großen Interessen

Die aber ist als zweiter Aspekt auch extrem wichtig für die US-amerikanische Marine, um Flottenverbände schnell und unkompliziert von einer Küste an die andere verlagern zu können. Ohne den Kanal uneingeschränkt nutzen zu können, müssten alle Schiffe umständlich an Argentiniens Südspitze rund um Kap Hoorn einen viele tausend Kilometer langen Umweg fahren. Allein die beiden wichtigsten Stützpunkte der U.S. Navy, die in Norfolk im US-Bundesstaat Virginia auf der Atlantikseite und in San Diego in Kalifornien auf der Pazifikseite liegen, machen die Bedeutung des Panamakanals für die US-Marine deutlich.

Vor diesen Hintergründen sind die Sicherheitsorgen des 47. US-Präsidenten durchaus nicht von der Hand zu weisen, und haben ihre volle Berechtigung. Die Frage allerdings ist, wie er eine Lösung herbeiführen will. Denn Panamas Präsident José Raúl Mulino brüskierte ihn schon mit großen Worten auf dem Social-Media-Kanal X: „Wir bestimmen! Jeder Quadratmeter des Panamakanals und des umliegenden Gebiets gehört zu Panama und wird es auch weiter tun!“, erklärte er. Selbstbewusste Töne, die einem Präsidenten Trump nicht gefallen dürften.



Ein- und Ausfahrt des Panamakanals: Jährlich nutzen bis zu 14.000 Schiffe die über 100 Jahre alte Wasserstraße, die beim Transport von Gütern zwischen Ostasien und der US-Ostküste eine besonders große Bedeutung hat

## GESCHICHTE

# Ab 1903 war die Panamakanalzone US-Kolonie

Erst 1999 gingen die Hoheitsrechte aufgrund der 1977 unterzeichneten Torrijos-Carter-Verträge vollständig auf Panama über

Wirtschaftlich und auch militärisch bietet es sich geradezu an, die schmale Landverbindung zwischen den Kontinenten Nord- und Südamerika an der schmalsten Stelle für eine Wasserstraße zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean zu nutzen. Als Initialzündung erwies sich der finanzielle Erfolg des 1869 eröffneten Suezkanals.

In Mittelamerika sollte nun der Erbauer dieser Wasserstraße, der französische Graf Ferdinand de Lesseps, etwas Vergleichbares schaffen. Hierzu wurde 1879 in Frankreich eine Panamakanal-Gesellschaft gegründet mit Lesseps als Präsidenten. Es gehört zur Tragik Lesseps', dass er seinen Erfolg an der Kontinentalgrenze zwischen Afrika und Asien an der zwischen Nord- und Südamerika nicht

wiederholen konnte. Das Projekt endete im sogenannten Panamaskandal.

Die Vereinigten Staaten von Amerika erwarben 1904 die Konkursmasse und beendeten bis 1914 das Projekt. Die Eröffnungsfeierlichkeiten wurden wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges abgesagt. Sie wurden erst nach dem Krieg 1920 nachgeholt.

Da die USA den von ihnen fertiggestellten Panamakanal kontrollieren wollten und Panama zu Kolumbien gehörte, forderten sie von Letzterem die Übergabe des Kanalgebietes. Da Kolumbien nicht spurte, inszenierten die USA in Panama eine Revolution, deren Ergebnis die Loslösung Panamas von Kolumbien und ein 1903 gegründeter US-amerikanischer Satellitenstaat Panama wurde.

Die Operation Just Cause von 1989/90 zeigt, dass die USA keine vertraglichen Grundlagen benötigen, um Panama als ihren Hinterhof zu behandeln

Dieser von den Vereinigten Staaten geschaffene Marionettenstaat schloss noch im selben Jahr mit seinem Schöpfer den Hay-Bunau-Varilla-Vertrag. Benannt ist er nach dem US-Außenminister John Hay und Panamas außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister Philippe Bunau-Varilla. Bezeichnenderweise war Letzterer nicht etwa Panamense, sondern Franzose. In dem Vertrag überließ Panama den USA die Hoheitsrechte in der sogenannten Panamakanalzone, ein 1432 Quadratkilometer großes Territorium, bestehend aus dem Panamakanal und einem Streifen von jeweils fünf Meilen (gut acht Kilometern) auf jeder Seite der Kanaltrasse mit Ausnahme von Panama-Stadt und Colón, aber dafür einschließlich dem gesamten Gatünsee.

Dieser Vertrag, der die Kanalzone zu einem Außengebiet und damit de facto zu einer Kolonie der USA machte, wurde erst durch die 1977 geschlossenen Torrijos-Carter-Verträge abgelöst. Benannt sind diese nach ihren Unterzeichnern, dem Führer von Panamas Militärjunta von 1969 bis 1981, General Omar Torrijos, und dem Präsidenten der USA von 1977 bis 1981, Jimmy Carter. Die Verträge bestehen aus dem Neutralitätsvertrag, der die Neutralität des Kanals festlegte, und dem Panamakanalvertrag, der die Übergabe von Kanal und Kanalzone an Panama regelte. Nach einer Übergangszeit ab 1979, in der beide Vertragspartner den Kanal gemeinsam kontrollierten, ging 1999 die Kontrolle auf Panama alleine über. Manuel Ruoff

# Der grünen Blase geht die Luft aus

Während in Deutschland einflussreiche Kreise noch immer von der Transformation der Industriegesellschaft träumen, beenden amerikanische Finanzunternehmen das Bündnis aus Klima-Ideologie und Kapitalismus. Die grüne Party ist vorbei

VON KLAUS-RÜDIGER MAI

**D**iese Bewegung kam überraschend. In den vergangenen Wochen verließen zahlreiche Großbanken und Vermögensverwalter wie Morgan Stanley, Wells Fargo, Citi, Bank of America, JP Morgan, Goldman Sachs und BlackRock die „Net Zero Asset Managers Initiative“, die bislang als wichtigste Vereinigung jene mächtige Klimallianz trug, die in den vergangenen Jahren eine grüne Klima-Blase aufgepumpt hatte, um damit die globale Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik von Grund auf zu verändern. Natürlich zum eigenen Vorteil.

Zu diesem Zweck ließ sich die tonangebende, vornehmlich angloamerikanische Finanzindustrie mit weltweiten Klima-Ideologen, mit den Grünen verschiedener Particolours ein und finanzierte diese mitsamt ihren NGOs und ihren Pseudo-Instituten. Doch nun wird aus der grünen Blase konsequent die Luft rausgelassen. BlackRock fürchtet um sein Renommee, der größte Vermögensverwalter der Welt begründet seinen Austritt damit, dass durch sein Engagement in der Allianz „Verwirrung über die Praktiken von BlackRock“ entstanden wäre. Damit sind der grünen Klima-Ideologie die finanziellen Grundlagen entzogen.

## Anfänge einer unheiligen Allianz

Begonnen hatte die Verbindung aus grüner Ideologie und Kapital am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Was damals geschah, zeigt sich bildlich nirgends so treffend wie in dem Film „Wall Street. Geld schläft nicht“ von Regisseur Oliver Stone aus dem Jahr 2010, in dem die Superhuschrecke Gordon Gekko, gespielt von Michael Douglas, im Anschluss an das Platzen der globalen Immobilienblase des Jahres 2008 sagt, dass wenn man so will, Grün die neue Blase sei und man deshalb in die grüne Wirtschaft investieren müsse.

Tatsächlich stieg die internationale Finanzwirtschaft nach dem Platzen der Immobilienblase von 2008 massiv in die Klimaindustrie ein – und schuf so eine neue Blase. Es entstand der Klima-Komplex, der mit all den Investitionen in Solarenergie und Windkraft oder auch mit der Errichtung eines weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionshandels kein Milliarden-, sondern ein Billionen-Geschäft versprach.

Getragen wurde dieser Komplex neben der Klimaideologie, die mit einer dauerhaften Kommunikation der Angst vor dem unmittelbar bevorstehenden Weltuntergang popularisiert wurde, von einem Bündnis der Finanzindustrie, der Wall Street, des Weltwirtschaftsforums, der Medien- und Propagandaschaffenden sowie selbst ernannten Philanthropen. So lassen sich gern jene Leute nennen, die ihre Gier nach Anerkennung und Reichtum als Menschenliebe tarnen, weil sich mit kaum etwas mehr Geld verdienen lässt als mit Menschenliebe, tatsächlich jedoch nicht allzu selten mit ihren Projekten die Menschen und mitunter ganze Volkswirtschaften ins Unglück stürzen.

Was wie eine Verschwörungstheorie klingt, war ein ganz reales Bündnis, das die größte Umverteilung von Kapital und Macht in der jüngeren Geschichte der westlichen Welt vorantrieb. Neben der allgemeinen Lehre vom Kampf gegen den Klimawandel wurden dabei vor allem die ESG-Kriterien zu bestimmenden Maßstäben in Politik und Wirtschaft. ESG steht für „Environmental, Social, Governance“, also für willkürliche Vorgaben aus den Bereichen „Umwelt, Soziales und Unternehmensführung“. Mit ihnen wurde die Realwirtschaft von der Finanzwirtschaft regelrecht erpresst, indem die ESG-Kriterien, die nichts mit wirtschaftlicher Leistung, dafür umso mehr mit Ideologie zu tun hatten,



## NET ZERO ASSET MANAGERS INITIATIVE

Die Luft ist raus: Der Rückzug gleich mehrerer weltweit führender Finanzdienstleister und Investoren aus der „Net Zero Asset Managers Initiative“ entzieht der grünen Klima-Ideologie die ökonomischen Grundlagen  
Bild (Montage): pixelio

über den Aktienkurs der Unternehmen mitentscheiden sollten.

### Geschäfte mit der Weltrettung

Wie das funktionierte, erklärte in den Hochzeiten der grünen Blase der stellvertretende Vorsitzende von BlackRock, Philipp Hildebrand: „Wenn Sie als Unternehmen erkennen, dass Ihnen Kapital abgezogen und einem Konkurrenten mit einem höheren ESG-Score zugewiesen wird, weil Sie einen niedrigeren ESG-Score haben, welchen stärkeren Anreiz kann es geben?“

Auch der Gründer des Weltwirtschaftsforum, Klaus Schwab, gab freimütig Auskunft darüber, wie man die Wirtschaft auf Linie bringt: „Eine Gruppe grüner Aktivisten könnte vor einem Kohlekraftwerk demonstrieren, um eine strikte Durchsetzung der Umweltbestimmungen zu fordern, während eine Gruppe von Investoren im Sitzungssaal dasselbe tut, indem sie dem Werk den Zugang zu Kapital entzieht.“ Zudem könne sich die Investorengruppe entschließen, ein Geschäft mit grünen Anlagen zu machen, und deshalb die Investitionen aus dem Kohlekraftwerk zurückziehen. Gleichzeitig spendet sie Geld an Umweltaktivisten, die dann – gut ausgestattet – entsprechende Proteste inszenieren – und den Deal der Investoren umstrahlt ein philanthropischer Heiligenschein. Auszubaden haben dieses Gebaren vielmehr die Mittel- und die Unterschicht, für die steigende Energiepreise ein Problem darstellen.

Damit der Protest in der breiten Bevölkerung dennoch niedrig blieb, brauchte es ein Klima der Angst – und zwar der Angst davor, dass der bisherige Weg in den nahen Weltuntergang führen würde, und nur die neue, grüne Wirtschaft die bevorstehende Katastrophe verhindern würde. Und so wurde je-

der überdurchschnittlich warme Sommertag zur Hitzewelle erklärt, wozu unter anderem die mehrheitlich grünen Medien begleitend die Wetterkarten feuerrot einfärbten.

Dass die gängigen Klima-Definitionen zu einer Zeit entwickelt wurden, in der in Europa eine Kaltzeit herrschte, wurde ebenso ausgeblendet wie die Tatsache, dass es in der Welt zu früheren Zeiten nachweislich wärmer war als heute und die Menschheit damals sogar Blütephasen erlebte. Wer der Lehre von der bevorstehenden Apokalypitik widersprach, wurde in Politik und Medien sowie gerade auch in der Wissenschaftspublizistik nicht mehr berücksichtigt oder gar diskriminiert, herabgesetzt und als „Klimaleugner“ verschrien.

### Fatale Folgen für die Bürger

Anders als die 2008 geplätzte Immobilienblase sind die Kosten der grünen Klimablase für jeden Bürger, zumal in Deutschland, direkt spürbar. Die explosionsartig gestiegenen Strompreise und die steigenden Lebenshaltungskosten in allen Bereichen zeigen klar und deutlich, wohin all die Manöver wie die EEG-Umlage und die künstliche Verteuerung von Benzin und Diesel, die Subventionierung von Solar und Windkraft, von „grünem Stahl“ und „grünem Zement“ sowie nicht zuletzt die Finanzierung der grünen NGOs geführt haben.

Apropos Deutschland: Hier lobt sich der grüne Wirtschaftsminister Habeck dafür, den Strompreis gesenkt zu haben. Was er verschweigt, ist, dass er die EEG-Umlage nicht abgeschafft, sondern lediglich von der Stromrechnung der Endverbraucher in das allgemeine Steueraufkommen verschoben hat. Womit die Bürger die EEG-Umlage nicht mehr als Stromkunden zahlen, sondern als Steuerzahler. Dass dies das Subventionsunwesen für die Erneuerbaren Energien keineswegs retten kann, zeigte sich am Bundeshaus-

halt für das Jahr 2024. Die dort für die EEG-Umlage geplanten rund zehn Milliarden Euro waren bereits im Juni aufgebraucht, sodass ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden musste, in dem noch einmal rund zehn Milliarden Euro aufgerufen wurden.

Doch nun ist die Party vorbei. Kein Geringerer als der Präsident des Weltwirtschaftsforums, Børge Brende, äußerte in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ im Vorfeld der diesjährigen Tagung seiner Organisation in Davos: „Wir stehen zwischen den Weltordnungen. Das sind normalerweise sehr unruhige Zeiten.“ Zur Begründung seiner These sagte der Norweger, dass die weltweite Zusammenarbeit künftig immer mehr rein auf nationalen Interessen basieren werde. Nur in Deutschland verweigert man sich wieder einmal der neuen Realität, denn Deutsch-Sein heißt, eine Sache bis in den Abgrund hineinzuverfolgen.

### Gründe für den Ausstieg

In der globalen Finanzwirtschaft hat man indes längst begriffen, dass die Party vorbei ist. Gleich mehrere Motive bewogen die Finanzmogule, aus dem Klimageschäft auszusteigen. Der erste und wichtigste Grund ist, dass man an der Wall Street begriffen hat, dass die Liaison mit dem grünen Sozialismus letztlich die Volkswirtschaft und den eigenen Profit zerstört. Bereits Ende 2023 strichen Finanzdienstleister die Begriffe „Nachhaltigkeit“ und „Transformation“ aus den Fondsnamen, weil die Renditeerwartungen deutlich enttäuscht wurden. Gleichzeitig fragte die Generalstaatsanwaltschaft, ob die Vermögensverwalter ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen würden und sie treuhänderisch im Interesse ihrer Kunden tätig wären – oder ob sie im Sinne der Klimaideologie gegen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Kunden handelten.

Klar wurde auch, dass die Globalisierung als treibende Kraft des Wohlstandes Geschichte ist und mittlerweile abgelöst wurde von zwei neuen Faktoren: erstens der Innovationsfähigkeit der Firmen, die immer mehr mit dem Begriff KI verbunden wird, und zweitens billige, verlässliche Energie. Eine Strategie, die Energie vom Zufall der Wetterlage abhängig macht und diese zudem stetig verteuert, ist da ökonomisch zum Scheitern verurteilt.

Insofern hat auch der neue US-Präsident Trump recht, wenn er mit dem Tanz seines Vorgängers Biden um die Erneuerbaren Energien Schluss macht und stattdessen auf die Renaissance fossiler Energieträger und die Förderung der Kernenergie setzt. Denn die Zukunft wird vor allem eines sein: energiegefräßig. Wer diese simple Wahrheit nicht begreift, wird sich aus der Weltwirtschaft und aus dem Wohlstand verabschieden. Mit Klima kann man keine Geschäfte mehr machen

Während die Finanzwirtschaft diese einfache Erkenntnis längst begriffen und darauf reagiert hat, verteidigt man in Deutschland weiter das Traumtanzen ins wirtschaftliche und gesellschaftliche Nirwana. Zumindest bislang. Denn vor wenigen Tagen, just zu dem Zeitpunkt, als sein ehemaliger Arbeitgeber BlackRock die Mitgliedschaft in der „Net Zero Asset Managers Initiative“ aufkündigte, erklärte der aussichtsreichste Bewerber um das Kanzleramt, Friedrich Merz, bei einer Wahlkampfveranstaltung, dass der Klimaschutz nicht wichtiger sein dürfe als der Erhalt der Industrie in Deutschland.

● **Dr. Klaus-Rüdiger Mai** ist Schriftsteller, Dramaturg und Publizist. Zuletzt erschienen seine Biographien „Die Kommunistin. Sahara Wagenknecht. Eine Frau zwischen Interessen und Mythen“ und „Angela Merkel. Zwischen Legende und Wirklichkeit“ (beide Europa Verlag 2024).

[www.europa-verlag.com](http://www.europa-verlag.com)

## ● MELDUNGEN

## Jeden 5. Tag eine Vergewaltigung

**Dresden** – Im Jahr 2024 wurden in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden 76 Vergewaltigungen angezeigt. In 14 Fällen waren die Opfer unter 18 Jahre alt und in einem Fall noch im Kindesalter. Damit kam es im Durchschnitt jeden fünften Tag zu einem schweren sexuellen Übergriff. Im Vergleich zum Jahr zuvor, in dem die Ermittler 59 Anzeigen bearbeiteten, lag der Anstieg bei 29 Prozent. Noch dramatischer sieht der Trend mit Blick auf 2018 aus. Damals registrierte man in Dresden lediglich 35 Vergewaltigungen, sodass der Zuwachs in den letzten sechs Jahren 117 Prozent betrug. Bei den ermittelten Tatverdächtigen handelte es sich laut Polizeiangaben bis auf eine Ausnahme um Männer. 43 Prozent davon besaßen keinen deutschen Pass, was insofern bemerkenswert ist, als der Ausländeranteil in Dresden 2024 mit zwölf Prozent angegeben wurde. Immigranten traten also überproportional oft als Vergewaltiger in Erscheinung. **W.K.**

## Wasserstoff-Projekt zu teuer

**Potsdam** – Die Produktion von grünem Wasserstoff stößt in der Praxis auf massive Schwierigkeiten. Laut einer Untersuchung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) haben sich weltweit die globalen Projektankündigungen für grünen Wasserstoff in den vergangenen drei Jahren fast verdreifacht. Wie Adrian Odenweller, einer der beiden Autoren der Studie einräumt, wurden 2023 allerdings nur sieben Prozent der für dieses Jahr angekündigten Kapazitäten rechtzeitig fertiggestellt. Ursachen sind gestiegene Kosten, fehlende Zahlungsbereitschaft und regulatorischen Unsicherheiten. Untersucht hatten die PIK-Forscher für die Studie 1232 Projekte in aller Welt. Um diese Projekte bis 2030 fertigzustellen, sind laut der Analyse Subventionen bis zu 2,6 Billionen US-Dollar nötig. 97 Prozent der Projekte, die bis 2030 fertig sein sollen, befinden sich laut der Studie erst noch in der Konzept- oder Machbarkeitsstudienphase. **H.M.**

## Brücken-Chaos in Sachsen

**Meißen** – Nach dem Teileinsturz der Dresdner Carolabrücke und der Sperrung der Elbbrücke in Bad Schandau wegen Baufälligkeit wurde am 18. Dezember auch die Brücke im Zuge der Bundesstraße 101 bei Großenhain im Landkreis Meißen aufgrund einer akuten „Gefährdung der Tragfähigkeit des Bauwerks“ gesperrt. Diese überquerte die viel befahrene Bahnstrecke Dresden-Berlin. Einen Tag nach der negativen Sonderprüfung begann der Abriss, am Nachmittag des 21. Dezembers war die Überquerung weitgehend verschwunden, sodass der umgeleitete Bahnverkehr ab dem 24. Dezember wieder normal fließen konnte. In Dresden und der Sächsischen Schweiz registrierte die Bevölkerung das Geschehen in Großenhain mit Verwunderung. Immerhin schleppt sich der Abriss der Carolabrücke in der sächsischen Landeshauptstadt nun schon seit 18 Wochen hin – und in Bad Schandau passiert gar nichts. **W.K.**



BILD: MAURITIUS IMAGES / TRACY KING / ALAMY

Runter vom Sofa, ran an die Arbeit: Das fordert die Union von arbeitsunwilligen Bürgergeldbeziehern, die arbeiten könnten

### BÜRGERGELD

## Arbeitspflicht für Unwillige

CDU und FDP fordern, dass Leistungsbezieher eine Gegenleistung erbringen

VON JENS EICHLER

Im vergangenen Jahr bezogen rund 5,5 Millionen Menschen in Deutschland das sogenannte Bürgergeld. So bezeichnet die Politik die soziale Grundsicherung, die seit dem Jahr 2023 das frühere Hartz-IV-Geld abgelöst hat. In Deutschland lebende Menschen haben auf diese staatliche Subvention ein Anrecht, und dies aus unterschiedlichen Gründen. Die einen beziehen gar kein Einkommen aus einem Arbeitsverhältnis, die anderen zu wenig und stocken auf. Unter den Erstgenannten befinden sich auch diejenigen, die nicht arbeiten wollen und lieber vom Staat kassieren, als mit ihrer Arbeit und den sich ergebenden Abgaben zum Wohl aller beitragen und zum Wohlergehen Deutschlands investieren.

Warum jemand ein „Totalverweigerer“ ist, ob jemand nicht kann oder nicht will, lässt sich meist gar nicht eindeutig feststellen. Dem deutschen Datenschutz sei Dank, der sich gefühlt so ziemlich jeder sinnvollen Datenerfassung in

den Weg stellt, so lange es keine Banken oder Finanzämter sind. Fest aber steht, dass etwa 1,6 Millionen Menschen, die im Jahr 2024 Sozialhilfe bezogen, grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, aber teilweise die Erwerbstätigkeit verweigerten.

### Für Grüne sind Reiche faul

Für die Union und die Freien Demokraten ist das Grund genug von diesen Beziehern staatlicher Hilfe eine Gegenleistung zu fordern. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hat diese Gruppe schon seit Monaten im Visier. Gerade erst zu Jahresbeginn forderte er: „Jeder, der in Deutschland Bürgergeld bezieht und arbeiten kann, muss arbeiten gehen. Andernfalls muss die Sozialhilfe gestrichen werden.“

Und auch die FDP stößt ins gleiche Horn. Jens Teutrine, Sprecher der FDP-Fraktion für das Bürgergeld, machte deutlich: „Wer arbeiten kann, aber grundlos nicht arbeitet, sollte keinen Anspruch auf die umfassenden Leistungen des Sozialstaates haben.“

Bemerkenswert dabei ist weniger der Inhalt dieser Aussagen, als vielmehr, dass über so eine Selbstverständlichkeit überhaupt diskutiert werden muss. Ja, dass es sogar deutsche Politiker gibt, die dies ablehnen. Fast ist man geneigt zu sagen, dass natürlich wieder die Grünen ganz tief in die Moralkiste greifen. Sie sind beinahe selbstverständlich empört. Jette Niezard, Chefin der Grünen Jugend, die regelmäßig mit ihren Aussagen bei Kollegen quer durch die Parteienlandschaft als auch beim Otto Normalbürger heftigstes Kopfschütteln auslöst, kommt auf eine ganz andere, dafür umso wahnwitzigere Idee, weil sie eine ganz andere Bevölkerungsschicht im Blick hat – Privatis. Also Menschen, die bereits hart, innovativ und erfolgreich gearbeitet haben und nun die Früchte ihrer Arbeit ernten. „Die liegen nur faul rum und sollten zumindest gemeinnützige Arbeit leisten“, fordert die Grüne. Ihr und ihren Parteifreunden fällt zur Arbeitspflicht für arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger nur eine Vokabel ein: Arbeitszwang. Ein Begriff, der natür-

lich nicht willkürlich gewählt wurde, sondern an Arbeitslager und die dort verübten Grauen im Dritten Reich erinnern soll. Oder andersherum: Wer verlangt, dass jemand für das Geld, welches er vom Staat und damit von den Steuerzahlern bekommt, arbeitet, ist ein Nazi.

Für die SPD ist der Vorschlag hingegen nur ein Griff in die arbeitsmarktpolitische Mottenkiste. So jedenfalls nennt es SPD-Sprecher Martin Rosemann.

Markant aber ist noch eine weitere Zahl. Im letzten Jahr besaßen 2,64 Millionen Bürgergeldempfänger keinen deutschen Pass. Das ist knapp die Hälfte all derjenigen, die Bürgergeld überwiesen bekommen. Die Statistik unterscheidet dabei zwischen 1,89 Millionen Erwerbsfähigen und 750.000 Nicht-Erwerbsfähigen. Wer in diesem Zusammenhang von einer „Immigration in die deutschen Sozialsysteme“ spricht, liegt anhand dieser aussagekräftigen Zahlen nicht falsch. Darf man daher von diesen Menschen nicht zumindest eine Gegenleistung erwarten?

Um es an dieser Stelle auch gleich deutlich zu sagen: Viele Ausländer wären sogar froh, wenn sie sich sinnvoll betätigen und in Deutschland nützlich machen könnten. Und sei es mit gemeinnütziger Arbeit. Ein gutes Beispiel dafür liefert die Gemeinde Greitz in Thüringen an der Grenze zu Sachsen. Dort hat man seit Herbst 2024 Asylsucher zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet. Diese Pflicht gilt für alle, die ansonsten keine Arbeit oder Beschäftigung vorweisen können. Mit 80 Cent pro Stunde sind sie dabei. Wer jetzt die Nase rümpft, sollte aber vorsichtig sein. Nein, 80 Cent pro Stunde sind kein gesetzlich vereinbarter Mindestlohn. Aber dafür beziehen diese Menschen ja anderweitig staatliche Unterstützung und finanzielle als auch materielle Hilfe. Das wiederum bedeutet: Die 80 Cent Entlohnung kommen auf die staatliche Stütze „on top“ hinzu. Dabei ist man in Greitz sogar so großzügig, dass selbst ein Sprachkurs schon als Arbeit angesehen wird und von anderweitiger Arbeit befreit. Und das Angebot, sich nützlich zu machen, wird überaus gern und bereitwillig angenommen. Initiiert hat dies der CDU-Landrat im Landkreis Greitz, Ulli Schäfer. „Was ich von Asylbewerbern einfordere, erwarte ich auch von Deutschen. Jeder kann seinen Teil für die Gesellschaft leisten.“

Wenn man bedenkt, dass laut Bundesagentur für Arbeit rund 70 Prozent aller Arbeitslosen im Bürgergeld keine auf dem Arbeitsmarkt verwertbare Qualifikation haben, dann kann die Initiative von CDU und FDP nur begrüßt werden – auch von Grünen und SPD, falls es mit der von ihnen so oft beschworenen Solidarität der Gesellschaft auch nur annähernd ernst gemeint ist.

### ARZNEIKNAPPHEIT

## Lebensbedrohlicher Versorgungsengpass

Marktverengung, unzuverlässige Auslandsproduktion und ruinöser Preiskampf sind die Ursachen

Wie immer sind die Probleme hausgemacht. Im konkreten Fall geht es um Lieferengpässe von Arzneimitteln. Bei sieben Medikamenten wird derzeit sogar von einem Versorgungsengpass gesprochen, darunter wichtige Antibiotikasäfte für Kinder. Ein Versorgungsmangel werde nur dann festgestellt, wenn die Behörden die Versorgung der betroffenen Patienten als sehr kritisch einschätzen, heißt es von offizieller Stelle.

„Eine solche Situation gab es noch nie. So schlecht sind wir noch nie in ein neues Jahr gestartet“, sagt Thomas Preis, Chef des Apothekerverbands Nordrhein. Lieferengpässe gibt es derzeit übrigens deutlich mehr. Rund 450 werden laut Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte derzeit gelistet. „Die Hauptursache ist die Marktverengung in den vergange-

nen Jahren. Zahlreiche Wirkstoffe werden nur noch von wenigen Unternehmen im Ausland produziert. In Deutschland ist das unter anderem auf die sogenannten Rabattverträge zurückzuführen, bei denen die Krankenkassen jedes Jahr Wirkstoffe ausschreiben und den Zuschlag an die günstigsten Anbieter vergeben“, erklärt Albrecht Eisert, Chefapotheker in der Uniklinik RWTH Aachen.

Zudem wurden im Gesundheitssystem Festbeträge verankert, um die Ausgaben der Krankenkassen für Medikamente zu begrenzen. Der hohe Kostendruck hat dazu geführt, dass die Produktion patentfreier Arzneimittel fast komplett nach China verlagert wurde. Mit fatalen Folgen, wie die Covid-Pandemie zeigte. Pharmaeexpertin Jasmina Kirchhoff vom Institut der deutschen Wirtschaft spricht seit

Längerem bereits vom „ruinösen Preiskampf bei generischen Arzneimitteln“.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach hatte schon Abhilfe versprochen. Ziel sei, Lieferketten breiter anzulegen, damit die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern abnimmt. Der Erfolg scheint bislang kaum messbar. „Die Maßnahmen der Ampel haben nahezu keine Wirkung gehabt“, sagt Verbandschef Preis.

Denn das Rad lässt sich offenbar nicht ganz zurückdrehen. Man werde es nicht schaffen, für jedes Medikament einen europäischen Hersteller zu finden, heißt es aus der Branche. Die Gewinn-Margen sind wohl zu gering. Das Europaparlament hatte im Frühjahr 2024 ein Gesetz verabschiedet, das den Arzneimittelmarkt in der EU reformieren soll. Die Reform sieht unter anderem Fördermaßnahmen

für die Entwicklung neuer Antibiotika und einen leichteren Zugang zu preisgünstigen Medikamenten vor. Auf dieser Grundlage könnte die EU-Kommission etwa die Pflicht einführen, für bestimmte Arzneimittel einen Vorrat sicherzustellen. Doch ob derartige Regulierungen wirklich Abhilfe schaffen, das glauben Experten nicht unbedingt.

In Deutschland gibt es zudem ein weiteres Problem. Selbst wenn Medikamente vorrätig sind, fehlt es vielerorts an den notwendigen Apotheken. „Nach drei Jahren Ampelregulierung mit Apothekenschließungen auf Rekordniveau wird die neue Regierung gefordert sein, die öffentlichen Apotheken mit schnell wirkenden Sofortmaßnahmen zu stabilisieren“, fordert Preis mit Nachdruck sowie aus Sorge um die Patienten. **Peter Entinger**

## WIRTSCHAFT

## Jetzt auch noch Seuchengefahr

Bürokratie, unfaire Konkurrenz, Steuern – MKS: Berliner Woche von Problemen der Bauern überschattet

VON HERMANN MÜLLER

Im Jahr 1938 fiel die Grüne Woche wegen der seinerzeit grassierenden Maul- und Klauenseuche (MKS) aus. Nur kurz vor der Eröffnung der diesjährigen Grünen Woche ist die hochansteckende Tierseuche nun bei einer Herde von Wasserbüffeln im Berliner Umland festgestellt worden. Der betroffene Agrarbetrieb liegt nur knapp eine Autostunde vom Messegelände entfernt.

In Deutschland war MKS letztmalig im Jahr 1988 in Niedersachsen aufgetreten. In Europa war die Krankheit zuletzt 2011 in Bulgarien festgestellt worden. Um den aktuell von MKS betroffenen Tierbetrieb in Hönow bei Berlin wurde ein Sperrkreis errichtet. Alle elf Tiere der Herde werden getötet.

Anders als in den 1930er Jahren wurde die Agrarmesse wegen der Maul- und Klauenseuche aber nicht abgesagt. Wegen der Seuchengefahr fehlen in diesem Jahr auf dem Messegelände am Berliner Funkturm allerdings Rinder, Schafe, Ziegen und andere Paarhufer. Hintergrund ist die Sorge, die Tierseuche könnte sich über die Grüne Woche mit ihren 1400 Ausstellern aus fast 60 Ländern flächendeckend ausbreiten: MKS ist hochansteckend. Die Seuche überträgt sich über die Atemluft, Dung, Milch und Speichel. Selbst eine indirekte Übertragung durch Tiertransporter oder Kleidung ist möglich.

**Zum Glück nur ein Fall**

Derzeit geben die Verantwortlichen im Hinblick auf den betroffenen Landkreis Märkisch-Oderland allerdings vorsichtig Entwarnung: „Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es weiterhin keine Hinweise auf eine Ausbreitung der MKS“, so Brandenburgs Landwirtschaftsministerium einen Tag vor Beginn der Grünen Woche. Laut dem Deutschen Raiffeisenverband hat die Tierseuche allerdings schon jetzt immense wirtschaftliche Folgen. Obwohl die Krankheit nur bei drei Tieren einer einzigen Herde festgestellt wurde, hat Deutschland insgesamt seinen Status als „seuchenfrei“ verloren.

Folge sind Handelsbeschränkungen. Südkorea, Mexiko und Großbritannien haben die Einfuhr von Schweinefleisch aus Deutschland verboten. Bis Deutschland wieder als seuchenfrei gilt und Han-



Wohl eingedämmt, trotzdem folgenschwer: Maul- und Klauenseuche nach Jahrzehnten wieder da

Bild: Action press

delsbeschränkungen wieder aufgehoben werden, vergehen selbst im günstigen Fall drei Monate. Nach den Belastungen durch die Afrikanische Schweinepest sind dies Nachrichten, die eine ohnehin angeschlagene Agrarbranche treffen.

Vor einem Jahr hatte die Grüne Woche noch vor dem Hintergrund massiver Proteste von Landwirten stattgefunden. Anlass war der Plan der Bundesregierung, auch für Landwirtschaftsfahrzeuge eine Kfz-Steuer einzuführen und die steuerliche Belastung von Agrardiesel drastisch zu erhöhen. Die massiven Proteste zwangen die Ampel-Regierung, ihre Pläne im Agrarbereich teilweise zurückzunehmen oder zeitlich zu strecken.

Aus Sicht des Präsidenten des Deutschen Bauernverbands Joachim Rukwied haben die Landwirte mit ihren Protesten vor einem Jahr „ein Stück weit den Nerv der Bevölkerung getroffen“. Gegenüber dem „Münchner Merkur“ sagte Rukwied, die Bauernproteste hätten der Ampel-Regierung den ersten Riss zugefügt.

Rukwied nutzte den Auftakt der diesjährigen Grünen Woche, um politische Forderungen zu formulieren. Ein großes Thema für die Landwirte ist die Flut von Vorschriften: „Die Bürokratie nimmt uns die Luft zum Atmen“, so der Bauernpräsident. Rukwied nannte als Beispiele, dass bei Düngevorgaben und in der Tierhaltung doppelt dokumentiert werden müsse. Auch die sogenannte Stoffstrombilanz sei „ein Papier für die Tonne“.

**Fehlender Wille statt „Vollgas“**

Laut Rukwied bestehen viele Möglichkeiten zur Bürokratieentlastung, allerdings würden nur wenige umgesetzt. Mit Blick auf das Bundeslandwirtschaftsministerium sprach der Bauernpräsident vom fehlenden Willen, Vorschläge zur Bürokratieentlastung umzusetzen. Dabei hatte Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) noch im Juni 2024 „Vollgas“ beim Bürokratieabbau für Landwirte angekündigt. Özdemir dürfte bei der Eröffnung der diesjährigen Grünen Woche

vermutlich einen der letzten großen Auftritte in seiner Funktion als Bundeslandwirtschaftsminister gehabt haben. Der Grünen-Politiker kandidiert nicht mehr für den Bundestag, stattdessen will er in die Landespolitik von Baden-Württemberg wechseln.

Nach der Bundestagswahl werden sich sein Nachfolger und auch die gesamte nächste Bundesregierung vermutlich sehr schnell mit Forderungen der deutschen Landwirte konfrontiert sehen. Neben der immer weiter ausufernden Bürokratie sorgt der Agrarteil des EU-Handelsabkommens mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten für viel Unmut bei den Bauern. Bauernpräsident Rukwied nennt das Abkommen „schlichtweg inakzeptabel“ und fordert Nachverhandlungen. Hierzulande werden Agrarprodukte unter hohen Standards hergestellt, dagegen wirtschaftete die Landwirtschaft in Südamerika „zu den Standards des letzten Jahrhunderts“, so der Bauernpräsident.

## PARLAMENT

## „Ein Stück weit Theater“

Mal „Brandmauer“, mal nicht: Viel Hin und Her um die AfD im Potsdamer Landtag

Jan Redmann, CDU-Fraktionschef im Landtag von Brandenburg, hat Vorwürfe in Richtung des früheren Koalitionspartners SPD erneuert. Am 14. Januar erinnerte Redmann in einer Fraktionspressekonferenz daran, dass Dietmar Woidke (SPD) bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten im Dezember mehr Stimmen erhalten hatte, als die Koalition von SPD und Bündnis Sahra Wagenknecht im Landtag insgesamt aufbieten kann. Da Redmann ausschließt, dass Abgeordnete seiner Fraktion Woidke mitgewählt haben, müssen die zusätzlichen Stimmen von der AfD gekommen sein, so die Schlussfolgerung des CDU-Landeschefs.

Redmann schilderte bei der Pressekonferenz auch erneut seinen Eindruck, dass sich der Ton der SPD im Landtag gegenüber der AfD verändert hat. Tatsächlich ist vor Kurzem der AfD-Abgeord-

nete Lars Hünich zum Vorsitzenden des Agrarausschusses des Landtags gewählt worden. Für Hünich gab es in geheimer Abstimmung im dem Ausschuss vier Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen.

Im Kontrast zur Diagnose vom geänderten Ton im Landtag steht allerdings, dass der Bildungsausschuss des Landtages bislang keinen Vorsitzenden hat. Hier ist ein Kandidatenvorschlag der AfD-Fraktion am 15. Januar in drei geheimen Wahlgängen gescheitert. Das Vorschlagsrecht für diesen Posten liegt bei der AfD-Fraktion als zweitstärkster Kraft im Landesparlament.

Vorgeschlagen hatte die Fraktion Dominik Kaufner. Der promovierte Historiker hat bis vor wenigen Monaten noch als Gymnasiallehrer für Englisch und Geschichte gearbeitet. Nach eigenen Anga-

ben hat Kaufner neun Jahre im Berliner Schulsystem gearbeitet, davor fünf Jahre an der Universität unterrichtet und auch selbst angehende Lehrer ausgebildet. Dennis Hohloch, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, sagte zum Kandidatenvorschlag: „In den letzten Jahren war kein Vorsitzender des Bildungsausschusses so qualifiziert, diese Arbeit zu übernehmen. Ich kann mich auch an keinen Bildungsminister in den letzten Jahren erinnern, der diese Qualifikation vorweisen konnte.“

Im Vorfeld des entscheidenden Sitzungstermins des Bildungsausschusses hatte allerdings ein Bündnis aus Landeschülerrat, Landesjugendring und der Fachverband Jugendarbeit gegen die Wahl von Kaufner mobilgemacht. Gegenüber dem Sender rbb sagte Björn Schreiber, Geschäftsführer des Landesjugendrings,

die Wahl eines AfD-Politikers zum Vorsitzenden des Ausschusses sei ein Schlag ins Gesicht vieler Initiativen, die sich für eine offene Gesellschaft einsetzten.

Auch die Fraktionen von SPD und CDU kündigten vor der Abstimmung im Bildungsausschuss an, Kaufner nicht zum Ausschussvorsitzenden zu wählen. CDU-Fraktionschef Redmann begründete dies unter anderem mit einer Veröffentlichung Kaufners im Magazin „Sezession“.

Der BSW-Fraktionschef Niels-Olaf Lüders hatte dagegen im Vorfeld der Abstimmung angedeutet, dass seine Fraktion im Ausschuss möglicherweise mit Enthaltung stimme. Lüders sagte: „Die Aufregung um den Ausschussvorsitz ist auch ein Stück weit Theater, das nicht den demokratischen Gepflogenheiten entspricht. Wir wollen uns da auf Sachebene auseinandersetzen.“ H.M.

## KOLUMNE

## Ist das alles?

VON THEO MAASS

Bisher ist es „nur“ eine Intrige von lokaler Bedeutung. Die erfundene Geschichte von sexueller Belästigung gegen den Grünen-Bundestagsabgeordneten Stefan Gelbhaar kostete diesen seine Aussicht auf den Verbleib im Bundestag. Eine „Anne K.“, die offenbar gar nicht existiert, hatte Vorwürfe mit einer „eidesstattlichen Erklärung“ erhoben ohne Datum und allem, was dazu gehörte. Zwei andere schwere Vorwürfe beruhten auf anonymen E-Mails, die dem rbb vorliegen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der „Tagesspiegel“ und andere linke Medien griffen das Thema groß auf.

Funktionäre der Partei nötigten Gelbhaar dazu, auf eine Kandidatur auf der Landesliste zu verzichten. Profiteur ist der Linksflügler Andreas Audretsch (40), der sich als Wahlkampfmanager von Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck betätigt. Audretsch sagte im Deutschen Bundestag, als es eigentlich um hohe Spritpreise ging, in Richtung AfD: „Zu einer wehrhaften Demokratie gehört es auch, mit bestimmten Gruppierungen nicht zu sprechen. Das ist der Grundsatz. Und das bedeutet für mich, dass ich mit Rechtsextremisten nicht spreche, mit Rechtsextremisten nicht in einen politischen Dialog gehe.“

Gelbhaar wurde auch als Direktkandidat der Grünen in Berlin-Pankow abgewählt. Ob das Ganze sich zu bundespolitischer Bedeutung auswächst, ist noch unklar. Die Berliner Partei bemüht sich um Schadensbegrenzung. Shirin Kreße, die wohl hinter „Anne K.“ steckt, kam ihrem Parteiausschluss durch Austritt zuvor.

Merkwürdig erscheint das hartleibige Schweigen, mit dem die Bundesspitze der Grünen alle Fragen nach den Hintergründen der Affäre wegbügelt. Das nährt den Verdacht, dass hier etwas sehr viel Größeres lauert. Man wird sehen.

## MELDUNG

## Jedes vierte Hallenbad zu

**Berlin** – Fast jedes vierte Hallenbad – acht von 35 – in Berlin ist geschlossen, weil saniert, repariert oder umgebaut wird. Die Gründe wie Brände, Wasserrohrbrüche oder Bürokratie sind vielfältig. Das Kombibad Mariendorf beispielsweise ist seit einem Brand geschlossen. Die Renovierung kommt nicht voran, weil ein Finanzierungsbescheid fehlt. Das Wellenbad am Spreewaldplatz ist seit drei Jahren eine Baustelle, ähnlich sieht es mit der Schwimmhalle Zingster Straße aus. Im Paracelsus-Bad wird seit 2019 gebaut. Das Stadtbad Charlottenburg ist seit 2021 gesperrt, ohne dass sich etwas tut. Stadtbad Lichtenberg ist schon seit 1991 geschlossen. Stadtbad Mitte „James Simon“ ist wegen eines Wasserrohrbruchs außer Betrieb, soll aber „demnächst“ wieder öffnen. Die Schwimmhalle in Marzahn am Helene-Weigel-Platz soll nach nur zweimonatiger Reparaturzeit im März 2025 wieder öffnen. An Stelle der abgerissenen Schwimmhalle Holzmarktstraße in Friedrichshain soll bis 2029 ein neues Bad entstehen. F.B.

## ● MELDUNGEN

## Polen stützt 5-Prozent-Ziel

**Warschau** – Polens Regierung unterstützt die Forderung von Donald Trump, dass Nato-Länder fünf Prozent ihrer der Wirtschaftsleistung für Verteidigung ausgeben sollen. Wie Verteidigungsminister Wladyslaw Kosiniak-Kamysz der „Financial Times“ mitteilte, sei die Republik Polen bereit, als transatlantisches Bindeglied zwischen Trump und Europa zu dienen. Der Minister bezeichnete die Forderung Trumps als „wichtigen Weckruf“. Polen selbst hat seit 2022 seine Verteidigungsausgaben verdoppelt. Der Haushaltsentwurf des polnischen Staates sieht für 2025 Militärausgaben von etwa 41 Milliarden Euro vor. Dies entspricht rund 4,7 Prozent des polnischen Bruttoinlandsprodukts. Laut Verteidigungsminister Kosiniak-Kamysz verfolgt Polen in der EU das Ziel, durch Umschichtung bestehender Mittel im nächsten EU-Haushalt 100 Milliarden Euro für Verteidigungsausgaben zu reservieren. **H.M.**

## Aus für Sowjet-Denkmäler

**Astana** – Im Gegensatz zu anderen Ex-Sowjetrepubliken haben viele Sowjet-Denkmäler in Kasachstan die letzten 30 Jahren überdauert. Seit einiger Zeit aber mehren sich Stimmen, die von der Regierung in Astana fordern, die Symbole der totalitären Vergangenheit zu entfernen. Bislang hatte Präsident Qassym-Schomart Toqajew versucht, ein Gleichgewicht zwischen der eigenen nationalen Identität und der sowjetischen Vergangenheit zu halten. Seit 1991 wurden bereits Denkmäler sowjetischer Persönlichkeiten wie Lenin, die nichts mit Kasachstans Geschichte zu tun haben, entfernt. Meist wurden sie jedoch nicht abgerissen, sondern an Orten außerhalb der Zentren aufgestellt, für die der Staat große Mittel für Wartung und Restaurierung ausgibt. Da die Sowjetzeit mit Hunger, Repression und der Verdrängung der eigenen Kultur einherging, nimmt die Kritik an der bisherigen Praxis stark zu. **MRK**

## Im Sommer droht Gaskrise

**Brüssel** – Ein weiteres Sanktionspaket der EU gegen Russland könnte neben Aluminium auch Flüssiggas betreffen. Wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet, drängt eine Gruppe von zehn EU-Ländern, darunter Polen und Schweden, neue Maßnahmen gegen russische Exporte von Flüssiggas (LNG) zu ergreifen. Mit Widerstand von Frankreich und den Niederlanden, bislang die größten Importeure von russischem LNG, wird nicht gerechnet. Der Wegfall russischer Lieferungen würde die EU allerdings in einer Lage treffen, in der die bisherige Versorgung Ungarns und der Slowakei mit russischem Pipelinegas weggefallen ist. Die Ukraine lässt seit Jahresbeginn keine russischen Gaslieferungen über ihr Gebiet mehr zu. Nach Angaben von Bloomberg sind die Gasspeicher in der EU derzeit noch gut gefüllt. Problematisch könnte die Lage allerdings im Sommer werden, wenn Europa auf dem Weltmarkt vor allem mit Käufern aus Asien um Flüssiggaslieferungen konkurrieren muss. **H.M.**

## KALIFORNIEN

# Das tödliche Versagen von Los Angeles

Grüne Umweltaktionen, Sozialromantik und LGBTQ+-Projekte waren wichtiger als Katastrophenschutz

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die kalifornische Metropole Los Angeles hat die schlimmste Flammenhölle seiner Geschichte durchlebt – und das Inferno ist kein Hollywood-Spektakel. Ab dem 7. Januar entwickelten sich in der zweitgrößten Stadt der USA acht Großfeuer, die zu einer der schwersten Brandkatastrophen in der Geschichte der Vereinigten Staaten führten.

Neben dem Tod von mindestens 27 Menschen und unzähligen Verletzten ist der Verlust von mehr als 12.000 Gebäuden auf einem über 160 Quadratkilometer großen Gebiet zu beklagen, womit der materielle Gesamtschaden im zweieinigen gar dreistelligen Milliardenbereich liegen wird.

### Desaströse grüne Forstwirtschaft

Wie neuerdings in solchen Fällen leider schon üblich, wurde das Inferno umgehend auf den angeblich vom Menschen verursachten Klimawandel zurückgeführt. Das ist falsch und wurde von neutralen Experten und Meteorologen bereits widerlegt. Tatsächlich gab es ganz

andere Auslöser. So nahm die Polizei inzwischen bereits mindestens drei Brandstifter fest. Darüber hinaus waren wohl auch Feuerwerkskörper im Spiel.

Ansonsten resultierte das verheerende Feuer aus etlichen Fehlleistungen der Verantwortlichen in Los Angeles beziehungsweise dem Bundesstaat Kalifornien. Die örtlichen Stromversorger schalteten nicht genügend Freileitungen ab, obwohl eine Sturmwarnung vorlag und Kurzschlüsse drohten, welche angesichts der vertrockneten Vegetation extrem gefährlich werden konnten.

Dass solche in überreichlichem Maße existierte, war wiederum eine Folge der desaströsen grünen Forstwirtschaft vor Ort. Anstatt das dürre Unterholz zu entfernen oder durch kontrollierte Brände prophylaktisch zu reduzieren, wie man es jahrzehntelang erfolgreich praktiziert hat, spielt man nun seit einigen Jahren auf Zeit. Dies geschah mit maßgeblicher Rückendeckung des demokratischen Gouverneurs von Kalifornien, Gavin Newsom.

### Kein Wasser wegen Umweltschutz

Dieser trägt außerdem eine Mitschuld daran, dass die Löschwasserreservoirs in

Los Angeles keine ausreichenden Füllstände aufwiesen. Denn der Gouverneur hatte sich 2020 aus Umweltschutzgründen geweigert, einer Aufforderung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump nachzukommen, mehr Regenwasser aus Nordkalifornien ins trockene Südkalifornien zu leiten und dort zu speichern. Deswegen standen die Feuerwehrleute dann oft vor Hydranten, aus denen nicht ein Tropfen Wasser mehr herauskam.

Gleichzeitig war das Los Angeles Fire Department (LAFD), welches während der Brände Unterstützung von Kollegen aus anderen Bundesstaaten sowie Mexiko benötigte, selbst nicht sonderlich gut ausgestattet. Das lag zum einen an drastischen Budgetkürzungen und zum anderen an der Personen an der Spitze der Feuerwehr und einer von ihnen zu verantworteten falschen Personalpolitik.

### Frauen-Quote statt Kompetenz

Die ebenfalls demokratische Bürgermeisterin von Los Angeles, Karen Bass, hatte die finanziellen Mittel für das LAFD im Haushaltsjahr 2024/25 um 17,6 Millionen US-Dollar gekürzt – ursprünglich sollten es sogar 23 Millionen sein. Das frei wer-

dende Geld steckte das afroamerikanische Stadtoberhaupt zumeist in groß angelegte Programme zur Anmietung von Hotelzimmern für Obdachlose, wobei die Mittel aber zur Hälfte ungenutzt blieben.

Auf jeden Fall liegt das Budget des LAFD nun ein Drittel niedriger als die Summe, welche die Stadt für Obdachlose aufwendet. Darüber hinaus wurden Transgender-Projekte gesponsert wie etwa die „Mitternachtsspaziergänge“ durch Los Angeles. Wie wenig Brass ihrem Amt gewachsen ist, zeigte sich auch daran, dass sie trotz der Waldbrandwarnung nach Ghana reiste und bei ihrer Rückkehr inmitten der Feuerkatastrophe vor der Presse regelrecht flüchtete.

Ebenso scheint die Führung des LAFD eher nach „Diversitäts“-Kriterien als nach Kompetenz ausgewählt worden zu sein. So bekleidet Kristin Crowley seit 2022 das Amt des obersten Feuerwehrchefs. Die erste offen lesbische Person an der Spitze des LAPD sah es vor dem Brand als ihre dringlichste Aufgabe an, mehr Frauen und „LGBTQ+-Menschen“ einzustellen: „Je diverser die Feuerwehr, desto besser können wir einer diversen Stadt wie Los Angeles dienen.“ Man darf also durchaus die Frage stellen, was die sexuelle Ausrichtung einer Person mit der Löschkompetenz eines Feuerwehrmannes zu hat.

### Diversität vor Leistungsfähigkeit

Crowley zur Seite stehen Kristina Kepner, gleichfalls lesbischer Assistant Chief des LAPD, und Kristine Larson, die erste lesbische Leiterin der Abteilung für Gleichstellung und „menschliche Ressourcen“. Von Larson kursiert ein Video in den sozialen Medien, in dem sie die Diversitätspolitik der Feuerwehr lobt. Dann kontert die Afroamerikanerin den Einwand einer Bürgerin, „Sie könnten meinen Ehemann aber nicht aus dem Feuer tragen“, mit den zynischen Worten: „Er hat sich an den falschen Ort gebracht, wenn ich ihn aus dem Feuer heraustragen muss.“

Angesichts all dessen und einer verheerenden Schaden- und Opferbilanz prasselt jetzt heftige Kritik auf Newsom, Brass, Crowley und Larson nieder. Dabei wird die Brandtragödie als Folge einer selbstzerstörerischen Politik und ideologischen Verblendung in Kombination mit persönlicher Unfähigkeit bezeichnet und als trauriges Kapitel in die Geschichte der „Stadt der Engel“ eingehen.



Ein Feuerwehrmann steht beinahe hilflos vor dem Flammenmeer im Mandeville Canyon von Los Angeles

## JEKATERINBURG

## Zu viel Boris Jelzin im Jelzin-Zentrum?

Moskauer Scharfmacher verlangen Schließung der Gedenkstätte – Bürger der Region halten an ihr fest

Nach Ansicht sogenannter Turbo-Patrioten ist das Jelzin-Zentrum in Jekaterinburg eines der skandalösesten Museen Russlands. Sie werfen ihm schändliches Handeln vor, da es dort geschlechtsneutrale Toiletten geben soll, und überhaupt gebe es zu viel Boris Jelzin im Jelzin-Zentrum. Sie wollen es am liebsten geschlossen sehen, doch dagegen gibt es Widerstand. Einheimische weisen auf die aufklärerische Mission des Zentrums hin. Sie sehen es als Symbol ihrer Stadt Jekaterinburg.

Das Jelzin-Zentrum steht schon länger unter dem Druck der Patrioten, die jegliche Kritik am politischen System Russlands unterdrücken wollen. Ende November bekam das auch Nina Chruschtschow, die Urenkelin des sowjetischen Führers Nikita Chruschtschow, zu spüren, als die angekündigte Präsentation ihres Buchs

über ihren Vorfahren kurzfristig abgesagt wurde. Sie ist Professorin an der New Yorker New School University. Weil sie Kritik am russischen Einmarsch in die Ukraine und an russischen Behörden geübt hatte, bezeichneten die Hardliner sie gar als Spionin und verlangten ihre Festnahme.

Was stört Leute wie Filmregisseur Nikita Michalkow – der einst ein eifriger Jelzin-Unterstützer war – und Fernsehmoderator Wladimir Solowjow an dieser Gedenkstätte? Sie kritisieren die zu positive Darstellung des ersten Präsidenten Russlands sowie dass das Zentrum den Geist der 1990er Jahre atmet und die Besucher an eine „freie und kreative Ära“ erinnert. Die Moskauer Hardliner wittern darin „unzureichenden Patriotismus“.

Dabei folgt das Jelzin-Zentrum lediglich einem 2008 verabschiedeten Gesetz,

demzufolge jeder russische Präsident, der sein Amt nicht mehr ausübt, sich an der Schaffung seines eigenen Zentrums beteiligen muss. Jelzins Zentrum ist wie eine eigene Stadt aufgebaut.

Am Eingang begrüßt eine lebensgroße Statue des stattlichen Politikers die Besucher, und auf mehreren Etagen wird ungeschönt das Leben der damaligen Zeit gezeigt. Es gibt eine Bank, ein Fitnesscenter, Geschäfte, Souvenirläden, Cafés und Restaurants. In einem Lebensmittelladen ist eine gelangweilte Verkäuferin zu sehen, die nur ein paar Konservendosen im Angebot hat. Die bolschewistische Revolution, in deren Folge eine blutige politische Diktatur entstand, in der Massenterror herrschte, wird ebenso offen gezeigt wie Kritik an der Perestrojka oder Querelen im Kreml. Als Errungenschaft der Jelzin-Ära

wird die Bildung einer neuen Mittelschicht hervorgehoben mit Kleinunternehmern, dem sich entwickelnden Bankensektor und freien Medien. Jelzin werde als rundum guter Politiker dargestellt, während seine Gegner als bedingungslos böse stigmatisiert würden, sagen die Kritiker.

Junge Menschen, die diese Zeit nicht erlebt haben, schätzen die moderne Präsentation, die interaktiven Exponate wie Beispiele der Musik und Kultur der 90er Jahre. Besonderes Interesse finden eine typische Wohnungseinrichtung mit Schrankwand, Fernseher und Sofa oder auch der präzise Nachbau von Jelzins Präsidentenamt. Vermutlich ist es die Erinnerung an ein freieres Russland, welche die Anhänger des Putin-Regimes fürchten. Was, wenn junge Menschen von dem 90er-Geist infiziert würden? **Manuela Rosenthal-Kappi**

VON ROBERT MÜHLBAUER

Mit dem Atomausstieg hat sich Deutschland auf einen internationalen Sonderweg begeben, einige Kritiker wie der Ökonom Hans-Werner Sinn sprechen sogar von einer „Geisterfahrt“. Ein neuer Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) unterstreicht diese Sicht sogar. Laut IEA gibt es eine globale Renaissance der Kernenergie. Das Interesse an Kernenergie sei so groß wie seit der Ölpreiskrise in den 70er Jahren nicht. Zwar habe diese Form der Energieerzeugung „in den letzten Jahren mit einer Reihe von Herausforderungen zu kämpfen“.

Jedoch erlebe die Kernenergie „ein starkes Comeback, mit steigenden Investitionen, neuen technologischen Fortschritten“. Während einige wenige Länder wie Deutschland komplett ausgestiegen sind, haben mehr als 40 Länder der Erde Pläne, ihre Nutzung der Kernenergie auszubauen. Es gebe viele Anzeichen für „eine neue Ära der Kernenergie“, sagte IEA-Chef Fatih Birol.

#### Historischer deutscher Fehler

Die Stromerzeugung der weltweiten Flotte von knapp 420 Reaktoren werde 2025 einen neuen Rekordwert erreichen. Japan hat seine Stromerzeugung mit Atomkraftwerken – die nach dem Reaktorunglück in Fukushima 2011 gestoppt wurde – schrittweise wieder aufgenommen. In Frankreich sind die Wartungsarbeiten an den Reaktoren abgeschlossen, sodass dort wieder mit voller Leistung Atomstrom produziert wird. Neue Reaktoren gehen in zahlreichen Ländern ans Netz, allen voran in China, aber auch in Indien, Korea, der Türkei und teils auch Europa, etwa in Großbritannien und Frankreich.

IEA-Chef Birol äußerte bei der Vorlage des Berichts Kritik an der deutschen Entscheidung zum Atomausstieg. „Deutschland hat einen historischen Fehler gemacht“, sagte der Leiter der in Paris ansässigen Internationalen Energieagentur. Diese ist eine unabhängige Einheit der Industrieländerorganisation OECD.

#### Strombedarf wird stark zunehmen

Kernkraftwerke tragen derzeit zehn Prozent zum globalen Strommix bei. AKWs sind damit die zweitwichtigste CO<sub>2</sub>-arme Energiequelle, nach Wasserkraft (13 Prozent) und vor Wind (acht Prozent) und Solar (sechs Prozent), wobei vor allem der Anteil von Windstrom global seit Jahren deutlich zulegt. Der wichtigste Energieträger ist nach wie vor Kohle. Kohlekraftwerke produzieren mehr als ein Drittel (36 Prozent) des globalen Strommix, gefolgt von Gaskraftwerken (22 Prozent).

Der Strombedarf wird in Zukunft stark steigen, betonen die IEA-Experten. Das liegt nicht nur am klassischen Verbrauch von Industrie und Privathaushalten, etwa



Kernkraftwerke sind wieder gefragt: 63 neue Anlagen befinden sich derzeit weltweit im Bau

Bild: imago/YAY Images

#### INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR

## Globales Comeback der Atomenergie

In 40 Ländern Pläne für Kernenergie-Ausbau – CDU-Chef Friedrich Merz glaubt trotzdem nicht an Rückkehr deutscher Atomkraftwerke

für elektrisches Licht oder Klimaanlagen. Hinzu kommt vielmehr der künftig stark zunehmende Stromverbrauch für Elektroautos, Datenzentren und Computer mit Künstlicher Intelligenz sowie für – gerade von Grünen propagierte – elektrische Heizungen.

Weltweit sind derzeit nach IEA-Angaben 63 neue Kernkraftwerke im Bau, die über 70 Gigawatt Leistung haben werden. Dieses Ausbauniveau sei eines der größten seit den neunziger Jahren. Zudem wurde in den vergangenen fünf Jahren der Bau von weiteren 60 Reaktoren zusätzlich beschlossen.

#### Rückbau hat begonnen

Nicht verwunderlich: China baut sehr schnell. Während in westlichen Ländern der Neubau – etwa beim britischen Kernkraftwerk Hinkley Point C – oft Jahrzehnte dauert, vollendet China neue Atomkraftwerke (AKW) durchschnittlich in le-

diglich sieben Jahren. Allerdings sei die Nukleartechnik zu stark abhängig von Technik aus China oder Russland, findet die IEA. Von den jüngst neu gebauten Kraftwerken haben fast alle chinesische oder russische Designs. Und Russland hat mit 40 Prozent bei der globalen Uran-Erzeugung und Anreicherung einen überaus bedenklich hohen Marktanteil. Die IEA rät deshalb zu einer spürbar größeren Diversifikation der Lieferketten.

In Deutschland geht derweil im Wahlkampf der Streit um den Atomausstieg weiter. Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck wies vorige Woche im Untersuchungsausschuss jegliche Vorwürfe zurück, er habe bei der Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke in irgendeiner Art auch nur ansatzweise manipuliert und getrickst. Konkret ging es um die Frage, ob Gutachten-Aufträge damals ergebnisoffen waren. Die damalige Ampelregierung hat die drei Meiler Ems-

land, Isar 2 und Neckarwestheim 2 zum 15. April 2023 abgeschaltet. Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) dringt seitdem auf einen schnellen Beginn des Rückbaus. Dieser dauert je Kernkraftwerk zwischen mindestens zehn bis zwölf Jahren.

#### Allein der Glaube fehlt

„Die Atomkraft in Deutschland ist stillgelegt und das ist gut so“, schreibt die SPD in ihrem Wahlprogramm. Dagegen fordern Union und AfD einen Wiedereinstieg in die Kernenergie. Die CDU fordert in ihrem Wahlprogramm eine fachliche Bestandsaufnahme, ob die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten drei Kernkraftwerke mit einem vertretbaren technischen und finanziellen Aufwand möglich ist.

CDU-Chef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz überraschte jüngst indes mit der Aussage, er glaube nicht mehr wirklich an eine Rückkehr dieser drei Meiler.

#### EUROPÄISCHE UNION

## „Green Deal“ bedroht Baumwollimport

Was die Eurokraten gegen das günstige, widerstandsfähige und hautfreundliche Naturprodukt haben

Baumwolle ist seit Jahrhunderten eines der wichtigsten Ausgangsmaterialien für die Textilproduktion. Geschätzt werden seine Widerstandsfähigkeit und seine guten Trageeigenschaften. Dennoch droht nun ein Baumwollverbot in der Europäischen Union aufgrund von „Green Deals“, durch den Europa bis 2050 „Klimaneutralität“ erreichen soll.

Im Zuge der Umsetzung der EU-Verordnung 2024/1735 vom 13. Juni des Vorjahres „zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems“ und zur Einführung „von Netto-Null-Technologien“ ist unter anderem geplant, bis 2030 die Hälfte aller Textilien wiederverwendbar und ein wei-

teres Viertel „kreislauffähig“ zu machen. Die Erreichung dieses Ziels erscheint jedoch fraglich. Das resultiert aus der Natur der Baumwollfaser. Die gilt nämlich als zu kurz und zu dünn für ein umfassendes Recycling.

Des Weiteren stört sich die EU noch aus anderen Gründen an der Baumwolle. So erfordert der konventionelle Anbau erhebliche Mengen von Wasser. Der durchschnittliche Bedarf liegt bei 10.000 Litern pro Kilogramm Standardbaumwolle. Dazu kommen Pestizide, weil der monokulturelle Anbau Schädlingen Tür und Tor öffnet. Ebenso heißt es, die Baumwollpflanze lauge die Böden aus, sodass sie anschließend kaum noch für die Nah-

rungsmittelproduktion genutzt werden könnten. Und dann hadern die EU-Bürokraten auch damit, dass bei der Baumwollernte vorrangig Frauen auf den Feldern stehen, denn das laufe der „Geschlechtergerechtigkeit“ zuwider.

Nicht ins Gewicht fällt bei den Verfechtern eines Baumwollverbotes ab 2030 hingegen, dass zum einen der Baumwollanbau die Existenzgrundlage von mindestens 250 Millionen überwiegend in den Entwicklungs- und Schwellenländern lebenden Menschen ist und es zum anderen oftmals keine vernünftige Alternative zu Textilien aus Baumwolle gibt. Kleidung aus Kunstfasern würde zwar weniger Wasser bei der Produktion erfordern und

wäre besser zu recyceln. Allerdings lässt der Tragekomfort deutlich zu wünschen übrig, was die Nachfrage begrenzt. Hinzu käme ein stärkerer Eintrag von Mikroplastikteilchen in die Ökosysteme.

Allerdings existieren Möglichkeiten, die Baumwollkleidung zumindest zum Teil zu retten. So könnte mehr Biobaumwolle für teure, aber langlebige Produkte angebaut werden. Das würde der Umwelt weniger schaden. Außerdem sind angesichts des Vorliegens der strengen EU-Verordnung technologische Schübe bei der Wiederverwertung gebrauchter Baumwolltextilien denkbar. Damit würde sich das Verbot der konventionell angebauten Fasern erübrigen. *Wolfgang Kaufmann*

#### ● MELDUNGEN

## Start-up-Boom in München

München – Firmengründungen aus dem Freistaat Bayern haben im vergangenen Jahr zum ersten Mal mehr Risikokapital eingesammelt als Unternehmensgründer aus Berlin. Der Vorsprung Bayerns ist aber knapp. In den Freistaat flossen 2024 als Start-up-Investitionen rund 2,3 Milliarden Euro. Berlin landete mit rund 2,2 Milliarden Euro im Länder-Vergleich auf Platz zwei. Die Zahlen stammen aus einer Analyse der Beratungsgesellschaft Ernst & Young. Den Verlust der bisherigen Spitzenposition Berlins erklärt EY mit einem deutlichen Rückgang bei Investitionen im Bereich E-Commerce. Der war bislang eine Stärke des Gründerstandorts Berlin. Speziell der Großraum München kann immer mehr bei Firmengründungen in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Wasserstoffwirtschaft und Raumfahrt punkten. In Bayern profitieren die Neugründungen zudem stark von der Forschung an der Technischen Universität München. *H.M.*

## Arbeitsmarkt hängt durch

Berlin – Die durch die Wirtschafts- und Energiepolitik der Bundesregierung verursachte De-Industrialisierung hat im Vorjahr nun auch den Arbeitsmarkt erreicht. Während 2022 und 2023 der Zuwachs bei der Zahl der Beschäftigten noch bei 622.000 beziehungsweise 336.000 gelegen hatte, kamen 2024 lediglich 72.000 neue Beschäftigte hinzu. Dabei handelte es sich meistens um Personen, die in Teilzeit oder Minijobs arbeiteten. Lediglich der Dienstleistungssektor wies eine gewisse Wachstumsdynamik auf, und die war auf den Bereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit“ beschränkt. Im verarbeitenden Gewerbe und der Bauindustrie, in denen gut bezahlte Vollzeitstellen vorherrschen, gab es hingegen erstmals seit 2006 einen deutlichen Einbruch. Das heißt, die Zahl der neu erfassten Beschäftigten lag um 78.000 niedriger als die Zahl derer, die ihre Arbeit verloren. *W.K.*

## Mehr Weizen für Afrika

Moskau – In den ersten zehn Monaten 2024 lieferte Russland mit 21 Millionen Tonnen rund 35 Prozent mehr Weizen an afrikanische Staaten als 2023. Zählten bislang Ägypten, Algerien und Kenia zu den Hauptimporteuren von russischem Weizen, so stiegen 2024 die Lieferungen nach Marokko um das Sechsfache und nach Nigeria um das 3,7-Fache. Ein Grund für die gestiegenen Weizenexporte Russlands war die drastische Reduzierung des französischen Anteils am afrikanischen Agrarmarkt. Frankreich fuhr im vergangenen Jahr wegen starker Regenfälle im Frühjahr seine schlechteste Weizenernte seit 40 Jahren ein und musste die Ausfuhren in traditionelle Abnehmerländer wie Marokko, Algerien und Tunesien erheblich einschränken. Davon, wie auch von einer geringen Getreideernte wegen anhaltender Dürre in Marokko profitierten die russischen Lieferanten. Wegen des Bevölkerungsanstiegs besonders in Nordafrika erhöht sich dort zudem der Bedarf an Weizen. *MRK*

## ZWISCHENRUF

## „Brain rot“ – die digitale Verblödung der Kinder

HERMANN MÜLLER

Die Zeiten, in denen es hieß, Kinder sollten früh an die Nutzung von Tablets, Laptops und Smartphones herangeführt werden, scheinen vorbei zu sein. Stattdessen wird nun gewarnt, dass mit der frühzeitigen Nutzung digitaler Medien eine verblödete, psychisch gestörte und verrohte Generation heranwächst.

Zuletzt hatten drei Berliner Gesundheitsstadträte in einem offenen Brief ein umfassendes Verbot von Mobiltelefonen an den allgemeinbildenden Schulen der deutschen Hauptstadt gefordert. Aus Sicht von Gesundheitsstadtrat Gordon Lemm (SPD), dem Initiator des Briefes, zwingt der unkontrollierte Smartphone-Gebrauch von Kindern und Jugendlichen zum Handeln. In ihrem Brief sprechen die Stadträte das Problem des Cybermobbing und auch das „Happy Slapping“ (Deutsch: fröhliches Schlagen) an. Dabei filmen sich zu meist Jugendliche, wie sie Mitschüler oder auch unbekannte Passanten grundlos schlagen. Die Gewaltszene werden anschließend im Internet veröffentlicht oder per Mobiltelefon verbreitet. Neben der Verbreitung von gewaltverherrlichenden Inhalten mit strafrechtlicher Relevanz ist nach Angaben der drei Berliner Stadträte auch „der Konsum pornografischer Inhalte auf unseren Schulhöfen inzwischen alltäglich“.

In Brandenburg haben sich SPD und BSW vor wenigen Wochen während ihrer Koalitionsverhandlungen auf ein Smartphoneverbot an Grundschulen geeinigt. Auch in Thüringen sieht der Koalitionsvertrag von CDU, BSW und SPD ein weitgehendes Mobiltelefonverbot für Grundschulen vor.

Abgelehnt wurde das Smartphoneverbot dagegen von Thüringens bisherigem Bildungsminister Helmut Holter (Linkspartei). Aus dessen Sicht wäre die Maßnahme eine „Reise in die Vergangenheit“ mit der sich Thüringen „in eine Zeit vor der digitalen Welt zurückkatalpultiert“. Bislang wird das Thema Smartphoneverbot in Deutschland je nach Schule unterschiedlich behandelt.

Im Ausland ist die Diskussion wesentlich weiter: In Frankreich sind seit 2018 Mobiltelefone an den Schulen verboten. Auch die Niederlande, Italien,

Lettland und Schweden haben ein flächendeckendes Handyverbot an Schulen eingeführt oder planen dies. Australiens Parlament hat im Herbst letzten Jahres sogar beschlossen, dass Soziale Medien erst ab einem Alter von 16 Jahren genutzt werden dürfen.

Tatsächlich gehen Forscher davon aus, dass die negativen Auswirkungen von Social-Media-Konsum für Jugendliche besonders stark sind, weil ihr Gehirn noch nicht komplett entwickelt ist. Welchen Umfang die Online-Aktivitäten von deutschen Jugendlichen haben, zeigt Jugend-Digitalstudie 2024 der Postbank. Laut dieser Befragung verbringen hierzulande Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren pro Woche durchschnittlich 71,5 Stunden im Netz.

## Negative Endlosschleife

Für weltweites Aufsehen sorgte unlängst die Redaktion des Oxford-Wörterbuches in Großbritannien. Sie kürte den Begriff „Brain rot“ (Zu Deutsch: Hirnfäule) zum Wort des Jahres 2024. Laut „Oxford University Press“ beschreibt Brain Rot die „angebliche Verschlechterung des geistigen oder intellektuellen Zustands einer Person“, die übermäßig Online-Inhalte konsumiert, die „als trivial oder nicht herausfordernd betrachtet“ werden. Das Newport Institute in den USA fasst den Begriff „Brain rot“ noch weiter, indem es von „geistiger Vernebelung“ und kognitiver Verschlechterung durch übermäßige Bildschirmaktivität spricht. Als eine spezielle Form des Brain rot sieht das Newport Institute das „Doomscrolling“ an. Gemeint ist das Phänomen, dass Menschen in der Sozialen Medien wie in einer Endlosschleife nur noch Negativnachrichten konsumieren wollen.

Seit Längerem liegen medizinische Studien vor, in denen die Folgen exzessiven Smartphonekonsums untersucht wurden. Als Effekte werden eine verkürzte Aufmerksamkeitsspanne und zunehmende Gedächtnisschwäche genannt. Der Neurologe Michael Moshel von der Macquarie University in Sydney, Hauptautor einer Metaanalyse aus dem Jahr 2023, sieht auch Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung, die Belohnungsverarbeitung und die Impulskontrolle.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdeldorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konto:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Büro: info@ostpreussen.de



Bleibender Auftrag: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach. Im Bild ein Flüchtlingstreck aus ... im Winter 1945  
Bild: ullstein bild - ullstein bild

## ZUM LEITWORT DES BDV 2025

## „Wir wollen uns weiterhin gestaltend einbringen“

BERND FABRITIUS

Der Bund der Vertriebenen hat das Jahr 2025 unter das Leitwort „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“ gestellt. Damit wollen wir einerseits einen Teil zur Erinnerung an das Ende des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkrieges beitragen, denn damit endeten auch das Menschheitsverbrechen des Holocaust und die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten.

Gleichzeitig wollen wir andererseits entsprechend unserem Auftrag als Dachverband der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler die Erinnerung daran stärken, dass zum Kriegsende die Vertreibung von etwa 15 Millionen Deutschen aus ihren Heimatgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa im Gange war. Sie gehört zu den größten humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts.

Flucht und Vertreibung hinterließen tiefe Spuren in Europa – bis heute. Städte und Dörfer, Landschaften und Provinzen, die über Jahrhunderte hinweg das Zuhause von Deutschen waren, mussten unter kaum vorstellbaren Bedingungen verlassen werden. Für viele Betroffene wurden Flucht, Vertreibung und die damit verbundenen Gewalterfahrungen zur Ursache tief sitzender Traumata. Der Verlust der Heimat bedeutet nicht nur einen physischen und materiellen Verlust von Orten und Besitztümern. Er bedeutete ebenso einen emotionalen Verlust – von Identität, Erinnerung und sozialem Gefüge.

## Erinnern

Daran zu erinnern ist nicht nur eine historische Pflicht, sondern ein unverzichtbarer Beitrag zur Wahrung von Frieden und Freiheit. Russlands völkerrechtswidriger Krieg in der Ukraine führt uns gerade heute wieder vor Augen, wie gefährdet grundlegende Menschenrechte in Kriegs- und Krisenzeiten sind. Gerade die Menschen, die Flucht und Vertreibung noch erlebt haben, fühlen sich bei den allabendlichen Fernsehbildern zurückversetzt in die Zeit ihrer Kindheit und Jugend.

Die Vertriebenen und ihre Verbände erinnern seit mehr als sieben Jahrzehnten

an das Geschehen, das im Herbst 1944 begann, 1945 seinen Höhepunkt erreichte und mit den zu uns kommenden Spätaussiedlern in letzter Konsequenz bis heute andauert. Diese Erinnerung ist Mahnung und Auftrag zugleich.

## Bewahren

Neben dem Erinnern wollen wir die Geschichte und das kulturelle Erbe der ehemaligen deutschen Provinzen und der Siedlungsgebiete der deutschen Heimatvertriebenen bewahren. Das umfasst die

Leider bleibt das Thema Flucht und Vertreibung von erschreckender Aktualität. Über 100 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht, vornehmlich durch Krieg und Verfolgung, immer häufiger aber auch durch Armut und eine lebensfeindlicher werdende Heimat

Siedlungsgeschichte ebenso wie Dialekte und Lieder, Brauchtum und Traditionen. In der kulturellen Breitenarbeit in den Verbandsgliederungen, aber auch in den Landesmuseen, Kulturinstitutionen und -stiftungen oder durch wissenschaftliche Forschung wird dieses Wissen als unentbehrlicher Bestandteil der deutschen Kulturnation lebendig gehalten.

Unser kulturelles Erbe ist nicht nur ein Schatz, den es zu bewahren gilt, sondern es spielt eine wesentliche Rolle im Dialog mit unseren östlichen Nachbarn

– und ist eine Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

## Gestalten

Denn als Verband richten wir den Blick immer auch in die Zukunft. Die Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist geprägt von einem Neuanfang, bei dem den Vertriebenen eine zentrale Rolle zukam. Sie haben sich aktiv neue Lebensgrundlagen aufgebaut, ihre kulturelle Identität bewahrt und mit großem Einsatz zum Wiederaufbau des Landes und der Gesellschaft beigetragen. Sie haben die Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gemeinsam mit unseren Nachbarn im Osten auch kontinuierlich an einem friedlichen Europa gearbeitet.

Genau darum geht es auch für die Zukunft. Wir wollen uns weiterhin gestaltend einbringen – mit den spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen, die wir aufgrund unserer langen Geschichte im Osten und den Jahrzehnten des Verständigungspolitischen Einsatzes haben. Gemeinsam mit unseren Partnern im Osten setzen wir uns im Geiste unserer Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die in diesem Jahr ihr 75. Jubiläum feiern kann, für ein geeintes und friedliches Europa ein.

Leider bleibt das Thema Flucht und Vertreibung von erschreckender Aktualität. Über 100 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht, vornehmlich durch Krieg und Verfolgung, immer häufiger aber auch durch Armut und eine lebensfeindlicher werdende Heimat. Ein Ziel unserer Arbeit bleibt daher die Durchsetzung des Menschenrechts auf Heimat sowie eines internationalen strafbewehrten Vertriebensverbotes. Gerade wegen unseres Schicksals blicken wir mit Empathie auf Flüchtlinge weltweit und ihre Sehnsucht nach Heimat.

Das Gedenkjahr 2025 mahnt, dass wir gemeinsam Verantwortung tragen – für das Erinnern der Vergangenheit, das Bewahren von Kultur und Geschichte und das Gestalten einer friedlichen Zukunft.

● **Dr. Bernd Fabritius** ist Präsident des Bundes der Vertriebenen.  
[www.bund-der-vertriebenen.de](http://www.bund-der-vertriebenen.de)

# Exakt nach der Natur maßgenommen

Schöpfer der Quadriga des Brandenburger Tors – Vor 175 Jahren starb der preußische Hofbildhauer Johann Gottfried Schadow

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der Kunsthistoriker Lionel von Donop war ein früher Biograph des Bildhauers und Zeichners Johann Gottfried Schadow. Er charakterisiert den führenden Vertreter des deutschen Klassizismus als „kernig und humorvoll“. Und weiter: „Der Nachwelt erscheint er als originelle Charakterfigur des alten Berlin, dem er mit Leib und Seele angehörte, ein Freund der Biederkeit und des gesunden Menschenverstandes.“ Der 1764 geborene Sohn eines Schneidermeisters hatte ein langes Leben. Schadow starb am 27. Januar 1850. Sein Ehrengrab befindet sich auf Berlins Dorotheenstädtischem Friedhof.

Schadow hat Meisterwerke hinterlassen, die wohl jeder kennt. Er entwarf die auf dem Brandenburger Tor stehende Quadriga (1789–1792). Von dem im Zweiten Weltkrieg zerstörten Original ist nur ein aus Kupferblech getriebener Pferdekopf erhalten geblieben, der im Stadtmuseum Berlin aufbewahrt wird. Grazie und Anmut zeichnet seine Skulpturengruppe der Prinzessinnen Luise und Friederike von Preußen aus. Die Gipsfassung (1795) ist in Berlin in der Friedrichswerderschen Kirche ausgestellt.

In seinen 1849 veröffentlichten Lebenserinnerungen berichtet Schadow: „In stiller Begeisterung arbeitete der Künstler an diesem Modell; er nahm die Maße nach der Natur.“ Die nachfolgende Ausführung in Marmor (1797) ist in der Alten Nationalgalerie zu sehen. Auftraggeber von Quadriga und Prinzessinnengruppe war Preußens König Friedrich Wilhelm II. Er berief Schadow zum Leiter der Hofbildhauerwerkstatt und Direktor der Skulpturen beim Oberhofamt.

Als Hans Joachim von Zieten, der damals populäre Husarengeneral König Friedrichs II., mit einem Denkmal geehrt werden sollte, reichte Schadow zwei Skizzen ein. Friedrich Wilhelm II. entschied sich für den Entwurf als lebensnaher Feldherr. Normalerweise plustern sich



Schadows Meisterwerk: Die Prinzessinnengruppe mit Luise und Friederike von Preußen in der Friedrichswerderschen Kirche

Denkmalfiguren würdevoll auf. Nicht so Zieten: Schadow präsentiert ihn als pffiffigen Befehlshaber, der nachdenklich die rechte Hand ans Kinn geführt hat und mit überkreuzten Beinen lässig gegen einen Baumstumpf lehnt.

Schadow bezeichnete die Ausführung der Marmorfigur (1794) wegen der vielen Einzelheiten der Uniform als mühevoll. Sie steht zusammen mit den Marmorfiguren des Generalfeldmarschalls Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau und König Friedrichs II. im Bode-Museum. Die Skulptur Friedrichs ist eine Kopie der 1793 in Stettin enthüllten Denkmalsfigur. Das nach einem Treppensturz wiederhergestellte Original befindet sich heute im Polnischen Nationalmuseum von Stettin.

Die Darstellung des als Alter Dessauer bekannten Fürst Leopold, General Friedrichs II. in den Schlesischen Kriegen, be-

reitete Schadow wie auch seine anderen bildhauerischen Arbeiten äußerst gründlich vor. Er befragte die wenigen noch Lebenden, die den Feldherrn gekannt hatten. Ein General von Klück beschaffte alles, „was die ganze eigenthümliche Uniform unseres Helden betraf“, wie es in Schadows Lebenserinnerungen heißt.

In Dessau studierte der Bildhauer Porträts von Leopold. Auf einem von Antoine Pesne ausgeführten Bildnis ist der Alte Dessauer in Uniform und „nicht zugeknöpfter Weste“ dargestellt. Die offene Weste zitiert Schadow in seinem Standbild des Fürsten.

Das am Reformationstag 1821 auf dem Marktplatz von Wittenberg enthüllte Denkmal Martin Luthers ist Schadows letztes Meisterwerk. Es hat eine lange Vorgeschichte. Ende 1805 gewann er unter 22 teilnehmenden Künstlern den ers-

ten Preis des von der Königlich Preussischen Vaterländisch-Literarischen Gesellschaft der Grafschaft Mansfeld ausgerufenen Wettbewerbs für ein Denkmal Martin Luthers. Aus dieser Zeit datieren Rötzelzeichnungen der Denkmalsfigur, die heute zum Besitz der Stiftung Lutherdenkstätten in Sachsen-Anhalt gehören.

## Goethe ließ sich nicht vermessen

Schadow war übrigens ein virtuoser Zeichner. Rund 2200 Blätter sind erhalten. Etwa die Hälfte wird in der Berliner Akademie der Künste aufbewahrt. Unter ihnen befinden sich auch Karikaturen. Zum Beispiel auf Napoleon. Durch den hatte sich die Verwirklichung der Ehrung des Reformators verzögert: „Das Denkmal des Doktor Martin Luther wurde damals plötzlich durch den Einfall der französischen Heere gehemmt“, so Schadow.

Nach den Befreiungskriegen sorgte König Friedrich Wilhelm III. für die Wiederbelebung des Denkmalsprojekts und bestimmte Wittenberg als Aufstellungsort. Von der Vaterländischen Gesellschaft übernahm der König die bereits für das Lutherdenkmal eingegangenen Spendengelder und schenkte ihr zum Dank die von Schadow geschaffenen überlebensgroßen Bronzestatuen Luthers und Melancthons. Die Vaterländische Gesellschaft wiederum übergab die beiden Büsten 1820 der Andreaskirche von Eisleben, in der sie noch heute stehen. Der Kopf der Lutherbüste entspricht dem des Wittenberger Denkmals.

Entscheidende Anregungen für die Gestaltung der Ganzfigur erhielt Schadow von dem in der Cranach-Werkstatt 1546 gedruckten Riesenholzschnitt mit dem Titel „Wahrhaftige Bildnis des Ehrwürdigen Herrn Doctoris Martini Lutheri“ im Alter von 63 Jahren. Und so trägt auch die drei Meter hohe Wittenberger Kolossalfigur Luthers eine faltenreiche Schaub mit kurios langen und weiten Ärmeln.

Schadow entwarf rund 350 bildhauerische Werke: Reliefs und Standbilder, vor allem aber Büsten. Sie zeigen zum Beispiel den Dichter Wieland und den Schauspieler Iffland. Im Gegensatz zu den Prinzessinnen Luise und Friederike wollte sich Goethe nicht von Schadow vermessen lassen – und wurde trotzdem von ihm in Form einer Büste verewigt.

Ein guter Kunde war der spätere König von Bayern: Ludwig I. Er bestellte für seine „Walhalla“ getaufte künftige Ruhmeshalle berühmter Deutscher 14 Büsten. Sie stellen zum Beispiel Kaiser Otto I., Kopernikus, Leibniz, Kant und Klopstock dar. Um 1828 aber beendete Schadow mangels Aufträgen sein bildhauerisches Schaffen. Bis zum Lebensende blieb er jedoch als Zeichner, Schriftsteller und Lehrer tätig. Zu seinen Schülern zählten der mit zahlreichen Büsten in der Walhalla vertretene Christian Friedrich Tieck und Christian Daniel Rauch, der ihn von der Spitze der Berliner Bildhauerschule verdrängte.

## PHILOSOPHIE

# „Ein nach der neuesten Mode organisierter Kopf“

Mitbegründer des Deutschen Idealismus – Vor 250 Jahren wurde Friedrich Schelling geboren

Im Jahr 1800 erschien Friedrich Schellings philosophisches Werk „System des transzendentalen Idealismus“. In dem Buch versucht der Autor Fragen zu klären, die in Immanuel Kants Denken noch offengeblieben sind. So etwa der Widerspruch, Dinge der Natur durch die Vernunft objektiv begreifen lassen zu wollen, da doch unsere Vernunft und unser Geist selbst Teil der Natur sind.

Mit dieser Frage quälte sich der aus einer alteingesessenen schwäbischen Pfarrerfamilie stammende Schelling ein Leben lang. Und diese Frage trieb nicht nur ihn um, sondern auch die anderen beiden Hauptvertreter des Deutschen Idealismus, Johann Gottlieb Fichte und Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Schelling selbst hätte sich wohl eher als Kantianer oder Transzendentalphilosoph bezeichnet, nicht aber als Idealist. Bezugnehmend auf sein Traktat von 1800 bezeichnete man die philosophische Strömung um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts erst im Nachhinein als Idealismus.

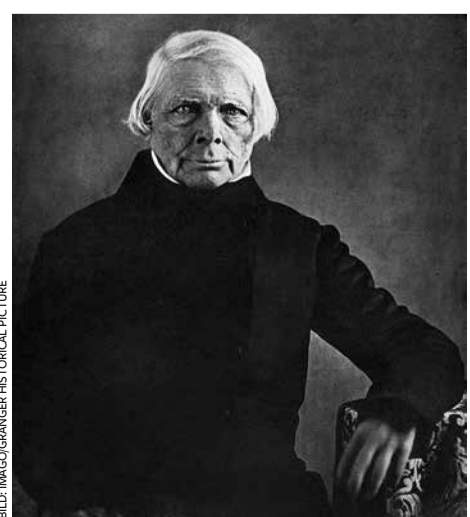
Es war die Hochphase jener Zeit, als man Deutschland nicht nur als Land der Dichter, sondern auch der Denker attribuierte. Und Schelling stand mittendrin, obgleich er international heute längst nicht mehr jenen Stellenwert der Wertschätzung erreicht wie etwa Kant, Fichte, Hegel, Schopenhauer, Marx oder Nietzsche.

Dass der am 27. Januar 1775 im württembergischen Leonberg geborene Schelling zu Lebzeiten überhaupt die Top-Hitliste des Denkens mit anführte, lag nicht zuletzt daran, dass er früh Kontakt hatte mit der damaligen Geisteselite. Die kommenden Stars der Kultur-Manege halfen und förderten sich gegenseitig. Im Evangelischen Stift der Tübinger Universität studierte Schelling gemeinsam mit Hölderlin und Hegel. Sein Idol aber war Fichte, der in Jena Philosophie lehrte. Und hierhin, in die Keimzelle der deutschen Romantik, verschlug es auch Schelling.

Es war Goethe, der dem jungen Überflieger 1798 zu einem Lehrstuhl der Philosophie in Jena verhalf und der anfangs voll

des Lobes über den Aspiranten war: „Es ist ein sehr klarer, energischer und nach der neuesten Mode organisierter Kopf.“

In Jena machte Schelling Bekanntschaft mit den frühen Romantikern Novalis, Tieck, Schleiermacher sowie den Brüdern Schlegel. Besonders angetan war er



Schelling in einer Daguerreotypie von 1848

von der freigeistigen Ehefrau von August Wilhelm Schlegel. Caroline war erst seine Muse und dann, nach der Scheidung von Schlegel, seine bessere Hälfte. Die jahrelange ménage à trois inspirierte Goethe zu seinem Roman „Die Wahlverwandtschaften“, den er zu einem Zeitpunkt schrieb, als er seine Meinung zu Schelling bereits geändert hatte.

Dass Schelling in seiner weiteren philosophischen Entwicklung Gott als Lösung des Zwiespalts von Mensch und Natur vorschlug, kam nicht überall gut an. Als er 1841 in Berlin als Nachfolger von Hegel dessen Lehrstuhl antrat, besuchten zwar Kierkegaard, Friedrich Engels und Bakunin seine Vorlesungen, zogen aber enttäuscht wieder von dannen. So wurde es still um den Philosophen, der 1854 einsam während einer Kur in Ragaz im Schweizer Kanton St. Gallen gestorben ist. Doch noch heute wird an ihn erinnert: Ihm zu Ehren vergibt die Bayerische Akademie der Wissenschaften den Schelling-Preis, zuletzt im Jahr 2022. Harald Tews

## ● MELDUNGEN

# Aus der Ukraine nach Berlin

**Berlin** – Vom 24. Januar bis 22. Juni präsentiert die Gemäldegalerie im Berliner Kulturforum die Ausstellung „Von Odesa nach Berlin. Europäische Malerei des 16. bis 19. Jahrhunderts“. Im Blickpunkt stehen 60 Werke aus dem Odesa Museum für Westliche und Östliche Kunst, darunter Bilder bedeutender Künstler wie Francesco Granacci, Frans Hals, Roelant Savery, Bernardo Strozzi, und Frits Thaulow. Die Bilder hatte man vor dem Kriegsgeschehen in der Ukraine in Sicherheit gebracht. In der Ausstellung treten sie mit Gemälden der Berliner Sammlungen in einen „Dialog“. Das deutsch-ukrainische Kooperationsprojekt des Odesa Museums mit der Gemäldegalerie und der Alten Nationalgalerie wird mit 900.000 Euro von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert und von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als dessen Schirmherr eröffnet. tws

„WILHELM GUSTLOFF“

## Die größte Katastrophe der Seefahrt

Das Kabinen-Fahrgastschiff der „Kraft durch Freude“-Flotte „Wilhelm Gustloff“ war 208,5 Meter lang und 23,5 Meter breit. Es hatte einen Tiefgang von maximal sieben Metern und eine Verdrängung von 25.484 Bruttoregister-tonnen. Das Schiff war gebaut für maximal 1471 Passagiere, 424 Besatzungsmitglieder und zwei Lotsen.

Ab 1940 lag es zweckentfremdet in Gotenhafen (Gdingen). Dort diente es der 2. U-Lehrdivision als Wohnschiff. Angesichts der vorrückenden Roten Armee ordnete der Kommandierende Admiral der U-Boote, Admiral Hans-Georg von Friedeburg, am 21. Januar 1945 mit der Weisung „Hannibal“ die Verlegung der Division einschließlich ihrer schwimmenden Kaserne nach Westen an. Die Mitnahme von Verwundeten und Zivilisten wurde erlaubt.

Als das Schiff am 30. Januar gegen 13.10 Uhr in See stach, befanden sich schätzungsweise 8800 Zivilisten und 1500 Wehrmachtangehörige an Bord, darunter 918 Marinesoldaten der 2. U-Boot-Lehrdivision, 162 Verwundete und rund 340 Marinehelferinnen.

Der Kapitän des Schiffes, Friedrich Petersen, traf für die Fahrt zwei schwerwiegende Entscheidungen. Zum einen entschied er sich wegen der Überladung des Schiffes für eine Route durch tiefes Wasser nördlich entlang der Stolpe-Bank, wo auch U-Boote operieren konnten. Zum anderen ließ er Positionslichter setzen.



Modell der „Wilhelm Gustloff“ im Marineehrenmal Laboe

Das begründete er mit einem angeblichen Funkspruch der Kriegsmarine, der die Kollision mit einem entgegenkommenden Minensuchgeschwader fürchten lasse.

Gegen 21 Uhr wurde das deutsche Schiff von dem sowjetischen U-Boot S-13 gesichtet und ungefähr eine Viertelstunde später, um 21.16 Uhr, aus etwa 700 Metern Entfernung mit Torpedos beschossen. Ein Torpedo klemmte, aber drei trafen die „Wilhelm Gustloff“ am Bug, unter dem E-Deck und im Maschinenraum. Nach einem Totekampf von ungefähr einer Stunde, gegen 22.15 Uhr, sank das Schiff etwa 23 Seemeilen vor der pommerschen Küste.

Der einzige Geleitschutz der „Wilhelm Gustloff“, das Torpedoboot „Löwe“, rettete 472 Menschen, das hinzugekommene Flottentorpedoboot T 36 weitere 564 Überlebende aus Booten, von Flößen und aus dem Wasser. Das Minensuchboot M 341 rettete 37, der Marinetender TS II 98, das Minensuchboot M 375 43 und der Frachter „Göttingen“ 28 Menschen. 13 dieser Geretteten starben trotz ihrer Rettung bald darauf an den Folgen des Schiffsunglücks.

Stellt man der aus diesen Zahlen sich ergebende Gesamtzahl der Überlebenden von 1239, mit 10.300 die geschätzte Zahl der Menschen an Bord des Schiffes auf seiner letzten Fahrt gegenüber, ist der Untergang der „Wilhelm Gustloff“ mit über neuntausend Todesopfern die größte Katastrophe der Seefahrtsgeschichte bezogen auf ein einzelnes Schiff. *Manuel Ruoff*



Gedenkstätte des ehemaligen Geschlossenen Jugendwerkhofs (GJWH) in Torgau: Jedes der abgebildeten Kinder hat dort gelebt

DDR

## Wie die Stasi ihren Nachwuchs gewann

Eine hohe Sollstärke, hohe Ansprüche an die Kandidaten und der Verzicht auf Ausschreibungen führten bei dem vor 75 Jahren gegründeten Geheimdienst zu ständigem Personalmangel

VON HEIDRUN BUDDE

Vor einem Dreivierteljahrhundert, am 24. Januar 1950, beschloss das Politbüro der SED die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Zwei Tage später empfahl die Regierung der DDR parallel zum eigenen „Beschluss über die Abwehr von Sabotage“ ebenfalls die Bildung des MfS. Am 8. Februar 1950 bestätigte die Volkskammer der DDR einstimmig das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit. Am 21. Februar 1950 trat das Gesetz mit der Veröffentlichung im Gesetzblatt der DDR in Kraft.

Die bekanntesten Mitarbeiter des Ministeriums waren – abgesehen vom Minister – sicherlich die Angehörigen des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“. Die militärisch-operative Truppe des Ministeriums war am Ende, sprich 1990, etwa elftausend Mann stark.

Hierbei handelte es sich allerdings nur um die Spitze des Eisbergs, denn der größte Teil des Geheimdienstes agierte im Geheimen und scheute die Öffentlichkeit. 91.015 hauptamtliche Mitarbeiter zählte das Ministerium am 31. Oktober 1989.

Die große Bedeutung, die das MfS für den Gesamtstaat selbst für Ostblockverhältnisse hatte, verdeutlicht sehr plastisch einen Vergleich mit den sozialistischen Nachbarstaaten. Während im östlichen Nachbarn Polen 1500 Einwohner auf einen Geheimdienstmitarbeiter kamen und im südlichen Nachbarn zwischen acht- und neunhundert, waren es in der DDR nur 180.

Eine entsprechend große Aufgabe war die Personalrekrutierung. Ausschreibungen, wie heute üblich, gab es damals nicht. Die Akten zeigen auf, dass die Staatssicherheit ständig auf der Suche nach geeigneten Einstellungskandidaten war.

Zum quantitativen kam ein qualitatives Problem. Die intern vorgeschriebenen Anforderungen an das Personal waren derart hoch und vielfältig, dass sie große

Schwierigkeiten bereiteten. Nicht nur der Kandidat selbst musste „politisch absolut zuverlässig“ sein, auch das familiäre Umfeld und der Freundeskreis mussten einer Durchleuchtung standhalten.

So sind „Überprüfungsberichte“ der Hauptabteilung Kader und Schulung erhalten, die neben anderen folgende Fragen zu einer Freundin beinhalteten: Wann und wo kennengelernt? Von wem sind die Aktivitäten ausgegangen? Politisch-ideologische Einstellung? Charakterliche Einschätzung/Verhalten im Freizeitbereich? Umgangskreis im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich? Vorhandene Westverwandtschaft und Westverbindungen? Kirchliche Bindungen?

Diese umfangreiche politische Überprüfung führte neben einer vorgeschriebenen gesundheitlichen Eignungsfeststellung oftmals zu einem negativen Urteil. 1984 blieben beispielsweise von 150 Einstellungskandidaten lediglich 18 nach der „kaderpolitischen Prüfung“ übrig. Von diesen 18 Kandidaten waren zehn aus gesundheitlichen Gründen nicht geeignet, sodass im Ergebnis nur acht Personen für eine Einstellung in Frage kamen.

Allerdings mussten diese Kandidaten zunächst ihre politische Eignung beweisen, ohne dass sie selbst wissen durften, dass eine Festanstellung geplant war. Die Staatssicherheit nannte diese Auserwählten „Perspektivkader“. Sie mussten sich mindestens zwei Jahre lang als „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) oder als „Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit“ (GMS) bewähren. Der Weg in die Festanstellung führte hier über eine „nebenberufliche“ Spitzeltätigkeit.

### Freunde und Verwandte

Dieses aufwendige Verfahren führte zu einem ständigen Personalmangel. Deshalb verlagerte man die Suche in den Freundes- und Familienkreis von bereits festangestellten Mitarbeitern. So heißt es in einer vertraulichen Vorschrift vom 30. März 1983: „Die Leiter der Dienststellen der Hauptabteilung haben zu ge-

währleisten, dass jeder Angehörige seinen Verwandten- und Umgangskreis ständig unter der Sicht der Kadersuche und -auswahl analysiert.“

Die so in die Pflicht genommenen Personen mussten herausfinden, ob jemand für eine Einstellung geeignet und bereit war, ohne dass die eigentliche Absicht offenbart werden durfte. Die Staatssicherheit verlangte „legendiert“ geführte Gespräche. Allerdings war der Erfolg mäßig, denn im Vermerk eines Offiziers für Sonderaufgaben vom 24. August 1984 wurde beklagt, dass es eine „weniger stark ausgeprägte Bereitschaft für den langjährigen Dienst in den bewaffneten Organen“ gab.

Die Verpflichtung, Familienangehörige, insbesondere die eigenen Kinder, für die Staatssicherheit zur Verfügung zu stellen, löste das Kaderproblem nicht, führte aber dazu, dass ganze Familiendynastien im Geheimdienst bestanden. So ist beispielsweise in der Kaderakte einer Sekretärin zu lesen: Vater Major des MfS, Mutter Hauptmann des MfS, Bruder Unteroffizier des MfS, Verlobter Unteroffizier des MfS, Vater des Verlobten Major des MfS.

### „Kaderstützpunkte“ im Zivilleben

Da trotz der Rekrutierung ganzer Familien das Kaderproblem nicht gelöst werden konnte, schuf sich die Staatssicherheit ein „Spinnennetz“ der heimlichen Werbungen. Sie organisierte „Kaderstützpunkte“ im Zivilleben. Eine Diplomarbeit an der Juristischen Hochschule des MfS vom 15. Januar 1970 mit dem Vermerk „Vertrauliche Verschlussache 160-124/69“ gibt Auskunft, wer die „fleißigen Helfer“ waren: „In diesen Kaderstützpunkten wird ein verantwortlicher Genosse tätig, der in der Regel GMS ist und seine Zuverlässigkeit bewiesen hat ... Diesen wird die Aufgabe global beschrieben und in groben Zügen mitgeteilt, worauf es ankommt.“

Schuldirektoren, Lehrausbilder, FDJ-Funktionäre, Meister, Brigadiere und Funktionäre von Massenorganisationen sollten mithelfen, sehr junge Menschen

einzufangen. Allerdings war diese Werbung nur mit Zustimmung der Kandidaten möglich. Die einfachere Verfahrensweise drückt dieser Satz in der Diplomarbeit aus: „Unterstützung erhalten die Dienststellen in dieser Hinsicht besonders durch ... Heimerzieher.“

### Kinderheime und Jugendwerkhöfe

In den Kinderheimen und Jugendwerkhöfen lebten familiengelöste Kinder und Jugendliche. Eltern hatten kein Mitspracherecht mehr und die Jugendämter unter dem Dach des Ministeriums für Volksbildung von Margot Honecker waren mit politisch zuverlässigen Personen besetzt. Eine Zwangsrekrutierung in diesen Erziehungsanstalten hatte für die Staatssicherheit mehrere Vorteile. Dieses junge Personal stand schnell zur Verfügung und eine kaderpolitische Überprüfung des Freundes- und Verwandtenkreises entfiel. Die Ausbildung konnte kaserniert unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen.

In einem Bericht der hochgeheimen MfS-Schule „Maria“ in Struvenberg vom 10. Dezember 1971 mit dem Vermerk „Streng geheim!“ werden Kinder erwähnt: „Am 4.07.71 14.10 wurde von den Kindern mitgeteilt, daß sich ein Fahrzeug der Militärverbindungsmission, deren Nummer, Nationalität und Insassen sie uns nicht mitteilen konnten, vom Weg Krug – Rothehaus kommend, auf der neuen Straße um die Wohnhäuser bis zur Klärgrube des Objektes genähert hat, dort wendete und zurückfuhr ... Durch die Kursanten wurde im Rahmen der Ausbildung auch weiterhin die Objektsicherung durch Beobachtung organisiert. Die Ergebnisse dieser Beobachtungen bestätigen den normalen Verkehr am Objekt.“ Kinder waren „Kursanten“ (Kursteilnehmer, Fahnenjunker) der Staatssicherheit, und wenn sich darunter die in der DDR festgehaltenen Söhne und Töchter von „Republikflüchtlingen“ befanden, dann war das wohl die perfideste Art, sich an den Eltern zu rächen.

Die heutige Suche nach diesen Kindern ist nahezu aussichtslos, denn die Staatssicherheit verfügte über ein raffiniertes organisiertes System der Identitätsverschleierung. Sie nannten es „fiktive Identitäten“. Eine Diplomarbeit mit dem Titel: „Probleme der Wahrung der Konspiration von Kräften, Mitteln und Methoden des MfS durch die Sicherung von fiktiven Personendaten in ausgewählten Personendaten Speichern des PdVP“ (Präsidium der Volkspolizei) vom 29. März 1985 mit dem Vermerk „Geheime Verschlussache GVS MfS JHS-Nr. 61/85“ klärt darüber auf, dass es sich hier nicht allein um Spione für das Ausland handelte. „Inoffizielle Mitarbeiter“, die es zahlreich im Inland gab, erhielten Scheinidentitäten, und ausdrücklich wird erwähnt, dass sich die Vorgaben auch „voll inhaltlich auf Mitarbeiter des MfS beziehen, die fiktive Personendaten nutzen“. Der Umfang dieser Personengruppe ist völlig unbekannt.

Die Fälschungen wurden perfekt organisiert: „Der Familienname ist so zu verändern, daß die Anfangsbuchstaben des wahren und fiktiven Familiennamen nicht übereinstimmen ... Es ist unbedingt erforderlich, das Geburtsjahr [gemeint ist wohl: den Geburtstag] in den fiktiven Personendaten nicht nur innerhalb des Geburtsjahres, sondern das Geburtsjahr selbst zu ändern ... Als Geburtsname der Mutter ist bei der Erarbeitung und Auswahl der fiktiven Personendaten des IM nicht der wahre Geburtsname der Mutter zu wählen ... Es ist nicht ausreichend, nur den Tag und den Monat der Geburt der Eltern zu verändern, sondern wichtig ist das Geburtsjahr in den fiktiven Personendaten zu verändern.“

Diese „fiktiven Identitäten“ wurden akribisch in die Meldespeicher der Deutschen Volkspolizei eingearbeitet und von den bundesdeutschen Behörden übernommen. So kann die Herkunft von zwangsrekrutierten Kindern und Jugendlichen bis heute nicht aufgedeckt werden.

BILD: PICTURE ALLIANCE/CHRISTIANE KOHLMANN

## TRUMPS GEBIETSFORDERUNGEN I

# Wie Nordamerika geteilt wurde, und es auch blieb

Die teilweise jahrhundertealten Grenzkonflikte interessieren Trump kaum – Ihn ärgert vielmehr das Handelsdefizit

VON JENS EICHLER

Er ist wieder da. Nach 2017 wurde Donald Trump am letzten Montag erneut zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Was hingegen schon gefühlt immer da war, waren die Probleme, Reibereien und Konflikte rund um die Grenze zwischen den USA und Kanada. Auch die aktuell wieder neu diskutierten Streitigkeiten sind somit nicht auf dem Mist von Trump gewachsen. Er hat sie nur wieder thematisiert – natürlich in der ihm eigenen provokanten Art, die jeglichen Hauch von diplomatischem Gespür vermissen lässt. Aber ganz ehrlich, wer hätte etwas anderes erwartet? Kaum jemand, auch der kanadische Premier, den Trump schon mal vorsorglich herabwürdigend als „Gouverneur“ bezeichnete, nicht.

Dabei hätte vor 242 Jahren alles so schön sein können. Hatten sich doch bis zum Jahr 1783 das Königreich Großbritannien mit den bisher britischen Dreizehn Kolonien einen erbitterten Krieg geliefert. Diese 13 Abtrünnigen waren das heutige New Hampshire, Massachusetts zusammen mit Maine, Rhode Island sowie Connecticut. Des Weiteren New York zusammen mit Vermont, New Jersey, aber auch Pennsylvania und das heutige Delaware. Im Süden beteiligten sich die Ex-Kolonien Maryland, Virginia mit West Virginia, dazu noch North und South Carolina sowie zu guter Letzt das Pfirsich- und Erdnuss-Country Georgia an den Auseinandersetzungen, um sich von Großbritannien zu lösen. Selbst das nördlichste Grenzgebiet des heutigen Sonnenstaates Florida beteiligte sich an dem unerbittlich geführten Unabhängigkeitskrieg. Der Blutzoll auf beiden Seiten war immens, auch weil die Dreizehn Kolonien immer öfter auf Gue-

rillakämpfe und eine scharmützelerartige Kleinkrieg-Taktik setzten statt auf offene Schlachten.

Im Frieden von Paris wurde diese Auseinandersetzung schließlich am 3. September 1783 formell beendet, nachdem rund sieben Jahre um die Unabhängigkeit gekämpft worden war. In dem Vertrag legten die Vertreter beider Seiten offiziell die Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Britisch-Nordamerika, wie Kanada bis 1867 noch hieß, fest.

## Grenze auf Vermutungen

Was sich so final friedlich anhört, war aber vielmehr der Auftakt zu immer wie-

der neu aufflammenden Streitereien. Denn der Westen der heutigen USA war von den Weißen damals weder erschlossen noch besiedelt. Insofern erfolgte die Grenzziehung eher auf vagen Annahmen und Vermutungen. Der Ärger war quasi programmiert. Und er kam.

Immer wieder flammten Kämpfe und blutige Grenzkonflikte auf. Mal kriselte es an der Grenze nördlich von Maine und der kanadischen Provinz New Brunswick, wo man sich endlich am 9. August 1842 im Webster-Ashburton-Vertrag einigte. Dann ging es um die westlichen Gebiete und die entsprechende Grenzauslegung westlich des Lake of the Woods bis zu den Rocky

Mountains. Dieser Konflikt wurde immerhin schon durch den Londoner Vertrag von 1818 beigelegt.

## Konflikte dauern an

Doch bereits 1844 gab es neuen Ärger. Diesmal war Oregon das Objekt der Begierde. Das führte zu der Forderung nach der Festlegung der US-Nordgrenze westlich der Rockies. Die Briten wollten eine Grenze, die bis zum Pazifik dem Columbia River folgt. Der Disput wurde zwei Jahre später schließlich mit dem Oregon-Kompromiss beigelegt. Dieser setzte endlich den 49. Breitengrad als Grenzlinie durch die Rocky Mountains fest.

Als die USA am 18. Oktober 1867 das Gebiet Alaska vom russischen Zarenreich kauften, ahnte man es schon – der nächste Grenzstreit mit Kanada drohte. Und tatsächlich wurde auch dieser Konflikt erst 1903 geschlichtet, als ein gemeinsames Tribunal des Vereinigten Königreiches, Kanadas und der Vereinigten Staaten im Alaska-Grenzstreit die Grenze zwischen Kanada und Alaska festlegte.

Und damit nicht genug. Bis heute gibt es Reibereien und Ansprüche sowohl um Gebiete als auch um Gewässer. Mal sind es die Inseln Machias Seal Island und North Rock vor der Ostküste zwischen der kanadischen Provinz New Brunswick und dem US-Staat Maine. Dann mal wieder Dixon Entrance, ein Gewässer zwischen dem Alexanderarchipel in Alaska im Norden und der zu der kanadischen Provinz British Columbia gehörenden Inselgruppe Haida Gwaii im Süden. Ferner streiten sich beide Staaten um das Beaufortsee-Gewässer am Yukon oder die Wasserstraße Juan-de-Fuca-Straße zwischen British Columbia und Washington.

Zur Wahrheit gehört: Die alten Streitereien beider Länder berühren Trump kaum. Der Grund dafür, dass er sich Kanada gern als 51. US-Bundesstaat einverleiben möchte, ist vielmehr sein Ärger über das Handelsdefizit zum reichen nördlichen Nachbarn. Um hier einen Hebel zu finden, hat er mal eben eine Behauptung frei erfunden, die da lautet: Viele Kanadier würden es sich wünschen, Teil der USA zu sein. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade die Kanadier schätzen ihren eigenständigen politischen und kulturellen Status. Außerdem gehört Kanada zum britischen Commonwealth. Staatsoberhaupt ist Charles III., König des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und nicht der Vereinigten Staaten.



Gemälde von Benjamin West (1783): Die US-Verhandler John Jay, John Adams, Benjamin Franklin, Henry Laurens und William Temple Franklin (v.l.). Der britische Abgeordnete weigerte sich, Modell zu sitzen, sodass das Bild rechts nie vollendet wurde

## TRUMPS GEBIETSFORDERUNGEN II

# Wie Grönland dänisch wurde, und es auch blieb

Kopenhagens Herrschaft über das autonome Gebiet ist ein Überbleibsel der Personalunion zwischen Dänemark und Norwegen

Alaska, und damit ein heutiger Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika, war der Ausgangspunkt der ersten Besiedlung Grönlands. Von dort aus breiteten sich die sogenannte Denbigh-Kultur und deren Angehörige über Kanada und damit einen zukünftigen Bundesstaat der Vereinigten Staaten von Amerika – zumindest wenn es nach dem aktuellen US-Präsidenten Donald Trump geht – bis nach Grönland aus. Das geschah bereits etwa 2400 Jahre vor der Geburt Christi.

Erst weit über dreitausend Jahre später, um die Wende vom 9. zum 10. Jahrhundert, entdeckten erstmals Europäer Grönland. Spätestens nach einem Blick auf die Weltkarte oder den Globus wundert man sich nicht, dass diese Europäer aus Norwegen kamen. Den Isländersagas zufolge sah der Norweger Gunnbjörn Úlfsson kráku Land westlich von Island, das als „Gunnbjarnarsker“ (Gunnbjörnsschäre) bekannt wurde. Dabei soll es sich um die grönländische Ostküste gehandelt haben.

Im 14. Jahrhundert verlor Norwegen seine Unabhängigkeit. Systematisch setzte die Dänenprinzessin Margarethe (I.) ihre Regentschaft in Dänemark und Norwegen sowie auch Schweden durch. Erst bewirkte sie, dass 1375 nach dem Tod ihres Vaters, des Dänenkönigs Waldemar IV. Atterdag, ihr fünfjähriger Sohn Olav (II.) dessen Nachfolger und sie der

Vormund des Minderjährigen wurde. Nach dem Tod ihres Ehemanns, des norwegischen Königs Håkon VI., ein halbes Jahrzehnt später, wurde ihr gemeinsamer Sohn Olav auch noch Nachfolger seines Vaters.

Nach dem frühen Tod des Kindes 1387 wurde Margarethe erst von den dänischen Ständen zur Regentin auf Lebenszeit proklamiert und ein Jahr später auch Regentin von Norwegen. Sie setzte durch, dass ihr minderjähriger Großneffe Erich von Pommern 1388 König von Norwegen und im darauffolgenden Jahr auch von Dänemark wurde. Margarethe begründete so eine jahrhundertelange dänisch dominierte Personalunion zwischen Norwegen und Dänemark, mit der Letzteres in die Geschichte Grönlands eintrat.

Das Jahr 1721 gilt als weiteres wichtiges Datum in der Geschichte der dänisch-grönländischen Geschichte. Nachdem sich die Dänen über Jahrhunderte kaum für Grönland interessiert hatten, erlaubte der dänisch-norwegische König Friedrich IV. in jenem Jahr seinem norwegischen Untertan Pastor Hans Egede, in Grönland eine Missionsstation zu errichten. Von dort aus wollte der sogenannte Apostel der Grönländer die autochthone Bevölkerung, von der er annahm, dass sie vom Glauben abgefallen oder noch katholisch war, evangelisch

missionieren. An dieser Missionierung machen manche den Beginn der Kolonialzeit Grönlands fest.

Nachdem Dänemark in den napoleonischen Kriegen auf der Seite des Verlierers Napoleon gestanden hatte, Schweden hingegen zu den siegreichen Alliierten gehörte, war ab dem Kieler Frieden von 1814 nicht mehr der dänische, sondern der schwedische König in Personalunion König von Norwegen. Als Trostpflaster wurden die bislang norwegischen Besitzungen im Nordatlantik nun dänisch und damit neben Island und Färöer auch Grönland.

1921 erklärte Dänemark seine Oberhoheit über Grönland. Norwegen, das 1905 die Personalunion mit Schweden gelöst hatte, ein selbstständiges Königreich mit eigener Dynastie geworden war und damit wieder ein Subjekt der Politik und Geschichte statt nur ein Objekt, bestritt den Anspruch Dänemarks auf Grönland in seiner Gesamtheit. Es stellte sich auf den Standpunkt, dass gemäß dem Frieden von Kiel die dänische Hoheit nur für die wirtschaftlich erschlossenen Gebiete in Westgrönland gelte. Kleine Gebiete an der Ostküste Grönlands okkupierte Norwegen Anfang der 30er Jahre. Dänemark brachte den Streit vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag und bekam dort 1933 recht. Norwegen fügte sich dem

Urteil und verzichtete auf Widerspruch wie Widerstand.

Der deutsche Einmarsch in Dänemark 1940 im Rahmen des Zweiten Weltkrieges schwächte die Bande Grönlands zu Dänemark und stärkte jene zu den USA. Dänemark befand sich nun im Machtbereich Deutschlands, hingegen Grönland in dem der Gegner Deutschlands einschließlich USA. Henrik Kauffmann, seit 1939 dänischer Gesandter in Washington, erklärte nach dem Einmarsch der Wehrmacht in sein Heimatland, keine Weisungen aus dem deutsch besetzten Kopenhagen mehr entgegenzunehmen, beanspruchte für sich, der alleinige Vertreter der dänischen Interessen für Grönland zu sein, und erlaubte unter Berufung hierauf den USA, Grönland militärisch zu nutzen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1946, schlug der damalige US-Präsident Harry Truman der dänischen Regierung vor, Grönland seinem Land für 100 Millionen US-Dollar in Gold, was heute etwa 1,6 Milliarden Dollar entspräche, zu verkaufen. Kopenhagen lehnte ab, und Washington akzeptierte damals die Ablehnung, wie es sich unter befreundeten Staaten gehört.

Trotzdem sah sich Dänemark nach dem Zweiten Weltkrieg wie andere europäische Kolonialmächte einem wachsenden Dekolonialisierungsdruck ausgesetzt. Zwei Lösungswege boten sich an:

entweder Entlassung in die Unabhängigkeit oder Umwandlung der Kolonie in einen gleichberechtigten Landesteil des Mutterlandes. Dänemark entschied sich 1953 für den zweiten Weg.

Manche sagen, dass damit die dänische Kolonialisierung Grönlands erst begann, denn außer Gleichberechtigung strebte Kopenhagen nun auch gleichwertige Lebensverhältnisse und Gleichheit an. Das Ergebnis war der Versuch einer Europäisierung, einer Dänisierung Grönlands.

1973 wurde mit Dänemark automatisch und ungefragt auch Grönland Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Das befeuerte in der Exkolonie das Streben zumindest nach Autonomie. Die wurde Grönland 1979 gewährt. So konnte Grönland nach einer Volksbefragung 1982 drei Jahre später aus der EWG austreten, obwohl Dänemark drinblieb.

2009 wurde die Autonomie zur Selbstverwaltung ausgebaut. Heute ist Grönländisch alleinige Amtssprache. Und die Grönländer gelten nicht mehr als „Norddänen“ wie in der Hochzeit der Dänisierung, sondern sind als eigenständiges Volk anerkannt, einschließlich dem jederzeitigen Recht auf vollständige Unabhängigkeit von Dänemark, sobald der Wille dazu per Referendum bekundet wird. *Manuel Ruoff*



Kann sich mit seinem „natürlichen Sonar“ besonders gut orientieren: US-Marine-Delfin beim Training mit seinem Ausbilder an der Küste von Virginia  
Bild: picture-alliance/DoD/PH1 BRIEN AHO

## RÜSTUNG

## Der geheime Krieg der Delfine und Seelöwen

Meeressäuger erfüllen seit Jahrzehnten wichtige Aufgaben im Dienst des Militärs. Sowohl Russen wie US-Amerikaner betrauen die intelligenten Ozeanbewohner mit heiklen Operationen unter Wasser

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahr 1967 veröffentlichte der französische Schriftsteller Robert Merle seinen Roman „Ein vernunftbegabtes Tier“. Hier beschrieb er eindringlich, wie zwei dressierte Delfine dazu missbraucht werden, einen Marine-

Kreuzer mittels einer am Schiffsrumpf platzierten Atombombe zu versenken. Merles populäres Buch trug sicher mit zu der hysterischen Berichterstattung über den Beluga-Wal „Hvaldimir“ bei, welcher im Jahr 2019 an der norwegischen Küste auftauchte und ein sehr spezielles Arbeitsgeschirr trug.

Der schließlich im Oktober 2024 verendete „Hvaldimir“ war allerdings kein Spion oder Saboteur der russischen Marine, wie immer wieder behauptet wurde, sondern ein ausgebüxter Wal namens „Semjon“ für die Therapie chronisch kranker und behinderter Kinder aus der Nähe der russischen Stadt Murmansk.

Doch völlig grundlos war die Aufregung nicht. Denn tatsächlich „dienen“ Meeressäuger in den russischen Seestreitkräften, worüber aber kaum Fakten bekannt sind.

So berichtete der US-amerikanische Marine-Spezialist H. I. Sutton über zwei Delfingehege im ukrainischen Kriegshafen von Sewastopol, die offenbar dem Militär Kiews gehörten und 2014 nach der russischen Annexion der Krim in den Besitz von Putins Schwarzmeerflotte übergingen. Ebenso sollen die Russen im Polarmeer Beluga-Wale und Seehunde für verschiedene Missionen trainieren – beispielsweise im Umkreis der geheimen U-Boot-Basis Olenya Guba am Rande der Barentssee. Darüber hinaus gibt es Hinweise auf eine zeitweilige Präsenz russischer Marine-Delfine in der mittlerweile geräumten Flottenbasis Tartus an der syrischen Mittelmeerküste.

Deutlich mehr weiß man über das seit 1959 laufende U.S. Navy Marine Mammal Program (NMMP). In Stützpunkten wie San Diego, Point Mugu, Key West und Kaneohe Bay wurde mit zehn Wal- und sechs Robbenarten experimentiert. Dabei erwiesen sich die Großen Tümmler und Kalifornischen Seelöwen als am besten geeignet. Die Tümmler nutzen ein natürliches Sonar zur Unterwasserortung und die Seelöwen verfügen über ein hervorragendes Gehör und scharfe Augen für beste Sicht in trübem Wasser.

### Schon im Vietnamkrieg eingesetzt

Außerdem gehen Experten davon aus, dass auch die nordkoreanische und die israelische Marine Delfine einsetzen. Im Falle Israels verbreitete die palästinensische Terrororganisation Hamas 2022 das Gerücht, der jüdische Staat verfüge über „Killer-Delfine“, welche Taucher der Hamas attackierten und ausschalteten. Es liegen jedoch keinerlei belastbare Hinweise auf Programme vor, in deren Verlauf man Meeressäuger zu Tötungsmaschinen abrichtet.

Vielmehr sieht das Aufgabenspektrum der Tiere anders aus: Zum einen sollen sie Hafenanlagen, Marinestützpunkte und Kriegsschiffe vor Sabotage- oder Terrorakten unter Beteiligung von Kampfschwimmern bewahren. Hierzu entwickelte die US-Marine spezielle Programme für Seelöwen und für Delfine.

In beiden Fällen markieren die Tiere aufgespürte feindliche Taucher mit Signalgebern, wonach dann Elitesoldaten die Neutralisierung der Eindringlinge übernehmen. Entsprechende Einsätze fanden zuerst im Vietnamkrieg und später im Persischen Golf statt. Heute schützen die „Wachhunde der Meere“ unter anderem die U-Boot-Basis in Groton, Connecticut, einen der wichtigsten U-Boot-Stützpunkte der USA überhaupt, an dem 16 Atom-U-Boote stationiert sind.

Zum anderen helfen die Seelöwen und Delfine bei der Minensuche. Aktuell gibt

es auf amerikanischer Seite fünf Teams, welche binnen 72 Stunden per See-, Luft- oder Landtransport an jeden beliebigen Punkt der Erde gebracht werden können. Manche der Gruppen sind auf Ankertauminen abgerichtet, andere auf Sprengkörper am Meeresgrund. Während des Irakkrieges haben die Tiere um die 100 Seeminen und Sprengfallen im Hafen von Umm Qasr lokalisiert.

### Tierschützer sind nicht begeistert

Schließlich verfügen die US-Streitkräfte noch eine Seelöwen-Einheit, deren Spezialität das Auffinden und Bergen sonstiger Gegenstände unter Wasser ist. Das erste Mal stellte sie ihre Fähigkeiten 1970 bei der Hebung einer verloren gegangenen Anti-U-Boot-Rakete unter Beweis.

Obwohl die Meeressäuger menschliche Taucher in vielerlei Hinsicht übertreffen, birgt ihr Einsatz Probleme. So entwickeln manche einen eigenen Willen und „desertieren“, was vor allem in der Paarungszeit vorkommt. Der ehemalige russische Marineoffizier Juri Pljatschenko berichtete über mehrere verschwundene Militär-Delfine aus Sewastopol, die offenbar dem Ruf „ziviler“ Weibchen gefolgt waren.

Gleichzeitig entzündet sich immer wieder Kritik am Einsatz der Tiere für militärische Zwecke sowie angeblich nicht artgerechten Trainingsmethoden. Immerhin müssen die Meeressäuger Maulkörbe tragen, damit sie bei der Arbeit nicht plötzlich auf Nahrungssuche gehen.

Die US-Marine setzt dem entgegen, dass sie alle Auflagen des US-Gesetzes zum Schutz der Meeressäuger von 1972 und des US-Tierschutzgesetzes von 1966 erfülle und darüber hinaus sogar noch Tierwohlstandards außerhalb des gesetzlichen Rahmens einhalte. Deshalb sei das NMMP auch ein anerkannter Partner der Association for Assessment and Accreditation of Laboratory Animal Care (AAALAC) zur Wahrung der Rechte von Versuchstieren.

Kritiker meinen jedoch, die plötzliche Verbringung der Tiere in unbekannte Ökosysteme löse bei diesen starken Stress aus und berge Gefahren. Beispielsweise könnten sie von Artgenossen attackiert werden, die ihr angestammtes Revier verteidigen. Außerdem bestehe die Möglichkeit, dass der Gegner im Kriegsfall dazu übergehe, zur Ausschaltung jeglichen Risikos sämtliche Meeressäuger in einem bestimmten Gebiet zu töten.

Allerdings dürften diese Probleme bald irrelevant werden, weil die Entwicklung autonomer Unterwasserdrohnen rasant voranschreitet. Hierzu sagte der ehemalige US-Marine-Delfintrainer Rick Trout, man setze jetzt konsequent auf neue Technik und ebenso Künstliche Intelligenz, um „die nationale Sicherheit nicht weiterhin von Flipper abhängig zu machen“.

## GEOGRAPHIE

## Deutsche Inseln, die kaum jemand kennt

Schon mal von Trischen oder Öhe gehört? Zwischen Borkum und Usedom tummeln sich fünf Dutzend kleine und kleinste Eilande

Jeder kennt die 17 großen Nord- und Ostseeinseln der Bundesrepublik von Borkum im Westen bis Usedom im Osten – und vielleicht sogar noch einige der zehn Halligen rund um Pellworm. Daneben gibt es aber auch die quasi „geheimen“ Welt der mehr als 60 kleinen unbewohnten Eilande entlang der deutschen Außenküste oder in den Boddengewässern, deren Namen die meisten Menschen noch nie gehört haben: Blauort, Bullenriff, Grot Deil, Heuwiese, Jägerbülten, Koos, Minseiner Oog, Öhe, Ruschbrink, Tollow, Trischen, Walfisch, Weidenschwanz und wie sie alle heißen.

Viele der Inseln fehlen auf Karten normalen Maßstabs, was wohl durchaus be-

absichtigt ist. Zum einen befinden sich hier oftmals die letzten noch unberührten Refugien für Robben und Meerestiere vor unseren Stränden. Ornithologen sichten auf den kleinen Inseln Dutzende von teilweise seltenen Vogelarten, darunter sechs Möwen- und fünf Seeschwalbenspezies. Und auch die Pflanzenwelt ist manchmal ungewöhnlich, so wie auf Mellum, wo es immerhin 38 verschiedene Pilzarten gibt.

Zum anderen spielt die Geschichte der Inseln eine Rolle. Etliche sind nämlich Menschenwerk und zeugen von einer Hybris, die man heutzutage lieber vergessen möchte. Als typisches Beispiel hierfür kann Nighörn dienen. Die ab-

1989 aufgespülte künstliche Insel sollte in der ursprünglichen Planung den schon 1979 verworfenen neuen Hamburger Tiefwasserhafen beherbergen – und zeitweise waren sogar auch ein Stahl- und ein Kernkraftwerk dort geplant. Nunmehr soll Nighörn die natürliche Schrumpfung der Nachbarinsel Scharhörn ausgleichen.

### Geschützt vor den Neugierigen

Weitere Eilande dienten früher militärischen Zwecken und könnten daher zum Tummelplatz für eifrige Devotionaliensammler avancieren, wenn sie größere Bekanntheit erlangten. Auf Mellum stand im Zweiten Weltkrieg eine Batterie der

II. Marineflakbrigade der deutschen Kriegsmarine. Und das Fort auf der künstlichen Insel Langlütjen I in der Außenweser, dessen Bau 1869 begann, erhielt sogar Panzertürme mit neun 21-Zentimeter-Geschützen zur Abwehr feindlicher Schiffe, die ab 1939 durch Fliegerabwehrkanonen ersetzt wurden. Ähnlich verlief die Entwicklung auf der Nachbarinsel Langlütjen II.

Die Volksmarine wiederum legte eine namenlose künstliche Insel im Rügischen Bodden an, welche der Entmagnetisierung der Kriegsschiffe des „Arbeiter- und Bauern-Staates“ zum Schutz vor Magnetminen diente. Dessen Regierungsmitglieder, darunter das Ehepaar Erich und Margot

Honecker, machten etliche Male auf der drei Kilometer entfernten, hermetisch abgeriegelten Insel Vilm Urlaub.

Und dann wäre da noch das gern verdrängte Phänomen der Meeresverschmutzung, das sich auch und gerade auf den unbewohnten deutschen Inseln zeigt, weil der Unrat hier definitiv nur aus dem Wasser kommen kann. So landen an der Küste von Scharhörn in der Elbmündung pro Woche Müllmengen von rund drei Tonnen auf einhundert Metern Strandlänge.

Die „geheimen“ kleinen deutschen Inseln sind also durchaus nicht so unwichtig wie es scheint, obzwar sie weiterhin vor dem Zustrom von Neugierigen bewahrt werden sollten. W.K.



## OSTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

# Über Eisstraßen Richtung Freiheit

Veranstaltung „Vor 80 Jahren. Flucht über das Haff in Ostpreußen“ vor ausverkauftem Haus

VON JOACHIM MÄHNERT

Ostpreußen – was fällt jungen Menschen ohne familiäre Bezüge ein, wenn man sie nach Deutschlands östlichster Provinz befragt? In aller Regel sind es nicht Elche, Trakehner oder Bernstein, nicht Kant, Kollwitz oder Kopernikus, sondern die dramatischen Flucht ereignisse 1945 durch Schnee und Eis, die sich tief im kollektiven Gedächtnis unseres Landes verankert haben.

An diesem 13. Januar jährte sich zum 80. Mal der Tag, an dem „das Wecken aller Schulkinder von Masuren bis an die Memel die russische Artillerie [besorgte]. Sie rollte mit ihrem Donner im Nordosten auf Tilsit, Gumbinnen und Insterburg zu.“ So erinnert sich der Schriftsteller Arno Surminski in seinem autobiographisch geprägten Erstlingswerk „Jokennen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“. Ostpreußen wurde in den Folgewochen von der Roten Armee überrannt, Hunderttausende gingen auf die Flucht, um den Kämpfen und der zu erwartenden Rache der Sowjets nach jahrelangen deutschen Verbrechen gerade an der Ostfront zu entgehen. Es waren vor allem Alte, Frauen und Kinder, die wehrfähigen Männer waren längst eingezogen.

Zigtausende sollten die Strapazen, die Kälte und die Kampfhandlungen, darunter gezielte Attacken der Roten Armee auf die Flüchtlingsstrecken, nicht überleben. Keine Region in Deutschland wurde so von Krieg und Zerstörung getroffen wie Ostpreußen, zumal hier nach Eroberung und Kriegsende noch Besatzungswillkür, Deportationen und Vertreibung folgten.

### Übernachtung auf dem Eis

Der Weg über das zugefrorene Haff gehört zu den schrecklichsten Eindrücken all derjenigen, welche die Flucht überlebten und ihre Erfahrungen niederschreiben oder an die Kinder und Enkel berichten konnten. Auf den von der Wehrmacht eingerichteten, etwa acht Kilometer langen, parallel vom Festland zur Nehrung verlaufenden „Eisstraßen“ waren die Trecks Artillerie- und Tieffliegerangriffen schutzlos ausgesetzt

Immer wieder wurden Bomben abgeworfen und so die Eisdecke zerstört, sodass die schweren Wagen mit Mensch und Pferden oft in wenigen Momenten versanken – ohne Hoffnung auf Rettung, denn niemand durfte sich dem brüchigen Eis nähern. Kein Wunder, dass die Wagen und Fußgänger kaum vorankamen. Oft dauerte die Passage mehr als einen Tag, es musste vielfach auf dem Eis übernachtet werden. Teilweise war dann das Betreten der mit Wagen verstopften Nehrung nicht möglich oder wurde verwehrt, sodass parallel zum sicheren Land weiter auf dem Eis getreckt werden musste.

Notwendig geworden war dieser schreckliche Umweg nach einem raschen, von Süden kommenden sowjetischen Vorstoß auf Elbing, Frauenburg und Tolkemit, womit der Landweg nach Westen den Flüchtlingszügen versperrt war. Die wenige Hundert Meter schmale und etwa 70 Kilometer lange Nehrung war allerdings noch frei und bot Hoffnung auf Rettung, in das zunächst noch von der Wehrmacht gehaltene Danzig oder zum ebenfalls noch freien Pillau für eine Schiffspassage über die Ostsee zu gelangen.



Flüchtlingsstreck: Holzschnitt von Eduard Bischoff 1945

Diesem Schrecken vor 80 Jahren war ein Themenabend gewidmet, den am 16. Januar das Lüneburger Ostpreußische Landesmuseum (OLM) gemeinsam mit seiner Partnereinrichtung ausrichtete, dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen (KOE). Er sollte die Toten und Überlebenden würdigen und erinnern an die Opfer, an die Leidtragenden und an die, welche damals über sich hinauswuchsen.

### Mahnung und Auftrag zugleich

Vor ausverkauften Reihen begrüßte der amtierende Museumsdirektor die Gäste und erinnerte an den auf den Tag genau vor 90 Jahren geborenen Erfolgs-Fußballtrainer Udo Lattek, der wie so viele mit seiner Mutter und Schwester als Zehnjähriger über das zugefrorene Haff fliehen musste. Klaus Mika, Vorstandsvorsitzender der Ostpreußischen Kulturstiftung (OKS, Trägerin beider Einrichtungen) und Initiator dieses Abends, erinnerte daran, dass zu lange von Frieden in Europa ausgegangen wurde; die Ereignisse vor 80 Jahren sollten auch den heute Verantwortlichen Mahnung und Auftrag sein.

Im Anschluss wurde das Publikum eingestimmt auf das Grauen auf dem Eis des Frischen Haffs. Die Schauspielerin

Isabel Arlt las aus Tagebüchern und Erinnerungen, die sich in den Archiven des Landesmuseums und des Kulturzentrums finden, und die zeitnah nach Kriegsende entstanden, mithin als besonders authentisch anzusehen sind. Man hätte eine Nadel fallen hören können, so waren die Zuhörer von den eindringlich vorgetragenen Texten gepackt.

Unterbrochen wurde die Lesung von einem glänzenden Vortrag des Lüneburger Kurators für Flucht und Vertreibung, Eike Eckert, der die Ereignisse kontextualisierte und detailreich und faktenstark das Fluchtgeschehen 1944/45 vorstellte – von der Bombardierung Königsbergs durch die britische Royal Air Force im August 1944, der noch geordnet verlaufenden Evakuierung der nordöstlichen ostpreußischen Kreise in den Folgewochen, den ersten Einbrüchen der Roten Armee auf deutschen Boden (Nemmersdorf) bis hin zum Versagen der NS-Behörden unter Gauleiter Erich Koch, der Zivilbevölkerung rechtzeitig die Möglichkeit einzuräumen, vor der Front und den Gewaltexzessen der Eroberer evakuiert zu werden.

Auch wer sich schon länger mit dem Thema beschäftigt hat, lernte hier viele

neue Details kennen. Überraschend, wie wichtig die Eisstraßen auch für Zehntausende verwundete Soldaten waren, die aus dem Heiligenbeiler Kessel noch ausgeschifft werden sollten; auch, dass ein Eisbrecher eine 40 Meter breite Schneise parallel zur Nehrung freihielt, um Torpedobooten und Munitionstransporten vom eingeschlossenen Elbing den Weg nach Pillau zu ermöglichen, dafür aber den Flüchtlingen für mehrere Tage das Weiterkommen verwehrt, bis Pioniere auf dem nachgefrierenden Haffwasser eine schwankende Bohlenbrücke errichten konnten.

### Diskussion über schwierige Quellenlage

Den Abschluss des Abends bildete eine Podiumsdiskussion mit Experten. Mähnert richtete verschiedene Fragen an Gunter Dehnert, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, und Christopher Spatz, der über das Schicksal der Wolfskinder promoviert hat. Diskutiert wurde die schwierige Quellenlage und fehlendes oder durch Propaganda beeinflusstes Bildmaterial.

Spatz gab Literatur- und Filmempfehlungen und erzählte, wie er damit umging, über Jahre sich mit kaum erträglichen menschlichen Schicksalen beschäftigen zu müssen. Dehnert ging auf die unterschiedlichen Erfahrungen ein, welche die Ostpreußen anders als die Deutschen in den westlichen Reichsgebieten machen mussten – mehr Gewalt und Zerstörung schon bei der Eroberung und ein Kriegsende im Mai 1945, das für die Ostpreußen keinen Frieden brachte. Der Abend klang aus mit Spekulationen, wie wohl der 90. Jahrestag erinnert werden wird, wenn Zeitzeugen erstmals nicht mehr berichten können.

Ein Team des NDR war den ganzen Abend dabei und interviewte im Anschluss noch einige anwesenden Zeitzeugen oder deren Nachkommen. Zwei Stunden zog sich der Abend hin – aber das Publikum war bis Ende hochkonzentriert dabei. Langer Beifall zeigte – es war eine gelungene, vor allem aber eine wichtige Veranstaltung.



Die Beteiligten des Abends im OLM: Gunter Dehnert, Direktor KOE, Joachim Mähnert, Direktor OLM (v.l.n.r. hinten), Moritz Dittmann, Archivar OLM, Isabel Arlt, Schauspielerin, Klaus Mika, OKS-Vorstandsvorsitzender, Christopher Spatz und Eike Eckert, Kurator OLM

## ● MELDUNGEN

### Von Unrat befreit

**Königsberg** – Bereits im Dezember hatten Fachleute damit begonnen, den Ausläufer des Oberteichs hinter dem Roßgärter Tor trocken zu legen. Die Zufahrten vom Oberteich bis zur Cranzer Allee wurden mit Absperrbändern blockiert, damit Bagger mit der Trockenlegung des Gewässers beginnen konnten. Auf einer Länge von 2,7 Kilometern wurden insgesamt 16.000 Kubikmeter Bodensedimente, Abfälle und Feuchtgebietsvegetation entfernt. Zwar wurde mit den Arbeiten erstmals im Herbst 2023 begonnen, wegen des Beginns der Laichzeit mussten sie jedoch im Frühjahr 2024 unterbrochen werden. Nun sollen die Arbeiten vor dem Frühjahr beendet werden. Das Auftragsvolumen der Säuberungen beläuft sich auf umgerechnet knapp 300.000 Euro. MRK

### Tilsit sucht Auftragnehmer

**Tilsit** – Die Altstädtische Volksschule soll renoviert werden. Die Stadt hat eine Ausschreibung veröffentlicht, um einen Auftragnehmer zu finden, der die Arbeiten für umgerechnet rund 47.000 Euro übernimmt. Das heutige Gymnasium Nr. 1 muss zunächst gründlich untersucht werden. Der Auftragnehmer soll Forschungs- und Vermessungsarbeiten durchführen sowie eine umfassende Untersuchung des technischen Zustands des Gebäudes vornehmen. Geplant ist, die Fassade, die Unterrichtsräume sowie die Turnhalle der Schule im neugotischen Stil zu modernisieren. Seit 2010 ist das Gebäude als Objekt des kulturellen Erbes anerkannt und genießt daher Denkmalschutz. MRK

### Wirtschaft der Region leidet

**Königsberg** – Unternehmen im Königsberger Gebiet leiden besonders unter den Sanktionen des Westens. Weil die Landwege versperrt sind, weichen die Unternehmen auf den Seetransport aus. Der ist jedoch langwierig und kostspielig. Die Transportkosten machen oft 35 Prozent des Warenwerts aus. Dies führt dazu, dass die Inflation in der Exklave höher ist als in der übrigen Russischen Föderation. Erschwerend hinzu kommt der Mangel an Arbeitskräften. Die Unternehmen beklagen, dass sie kaum noch junge Mitarbeiter finden, was zum einen an der demographischen Entwicklung liegt, zum anderen am Ukrainekrieg, der junge Arbeitskräfte bindet. Zudem hat der Staat verschärfte Bedingungen für Arbeitsmigranten erlassen. Dies und die Rubelabwertung führen dazu, dass Russland für Wanderarbeiter aus Zentralasien nicht mehr attraktiv ist. Sie suchen Arbeit in Westeuropa oder Indien. Auch die Sonderwirtschaftszone ist aufgrund der Sanktionen ein Nachteil geworden. Unternehmer müssen die russische Herkunft der für ihre Produkte notwendigen Komponenten nachweisen, andernfalls drohen Strafen. Einige Firmeninhaber denken darüber nach, ihr Geschäft nach Zentralrussland zu verlegen. MRK

## Wir gratulieren...



## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## ZUM 102. GEBURTSTAG

**Krawczik, Helene**, geb. **Rittmeyer**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Friebe, Ilse**, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Wittmann, Erna**, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Kiwitt, Margarete**, geb. **Orlowski**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 29. Januar

**Wilhelm, Erika**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Goeritz, Kurt**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Marchel, Gerhard**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 27. Januar

**Tobies, Harry**, aus Königsberg, am 28. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Keip, Grete**, geb. **Kaminski**, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Niendorf, Adelheid**, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Wagener, Elfriede**, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Bollmann, Traute**, geb. **Trosien**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 27. Januar

**Czycholl, Ruth**, geb. **Fischer**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Mahler, Günter**, aus Wehlau, am 28. Januar

**Neumann, Franz**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Waschk, Waltraut**, geb. **Fladda**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 30. Januar

**Zilz, Edgar**, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Bergen, Erich**, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 26. Januar

**Geiser, Karl-Heinz**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 30. Januar

**Goerke, Helmut**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

**Hinz, Gertraude**, geb. **Milbrodt**, aus Bauditten, Kreis Mohrungen, am 25. Januar

**Koss, Waltraut**, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar

**Laskowski, Kurt**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. Januar

**Marzinzik, Paul**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 25. Januar

**Murawsky, Anneliese**, aus Neundorf, Kreis Lyck, am 27. Januar

**Pottel, Ingeburg**, geb. **Möller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar

**Sczuplinski, Karl**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 29. Januar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Anger, Christel**, geb. **Litzbarski**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

**Cypulowski, Gertrud**, geb. **Duddeck**, aus Antonisdorf, Kreis Lötzen, am 30. Januar

**Dotzenroth, Gerlind**, aus Königsberg, am 24. Januar

**Fullert, Erika**, geb. **Kirschnik**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Januar

**Jastremski, Dietrich**, aus Moringgrund, Kreis Lyck, am 26. Januar

**Laddach, Christel**, geb. **Weismann**, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 24. Januar

**Lasarzewski, Dora**, geb. **Meske**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. Januar

**Lindenau, Reinhild**, geb. **Turowski**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Januar

**Pakusch, Reinhard**, aus Paradies, Kreis Mohrungen, am 25. Januar

**Zacher, Rosemarie**, geb. **Wittke**, aus Heiligenkreuz, Kreis Fischhausen, am 29. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Kompa, Ernst**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

**Kropp, Günter**, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

**Müller, Rudi**, aus Boyden, Kreis Mohrungen, am 28. Januar

**Sawollek, Johannes**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 29. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Göbel, Christel**, geb. **Vogel**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

**Grünheit, Elfriede**, geb. **Plewka**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Gütschow, Hannelore**, geb. **Nadzeyka**, aus Lyck, am 29. Januar

**Lasar, Erna**, geb. **Schmid**, aus Lenzdorf, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Lehmann, Ursula**, geb. **Porschatis**, aus Lyck, am 30. Januar

**Riede, Gertrud**, geb. **Paczanski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. Januar

**Schittek, Helmut**, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar

**Soika, Brigitte**, geb. **Polixa**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Szendeleit, Dietmar**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

**Wirth, Anne-Maria**, geb. **Ulrich**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Adamzyk, Ehrenfried**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 27. Januar

**Brzoska, Gerhard**, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

**Chittka, Helmut**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

**Czychi, Helmut**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 30. Januar

**Falkenau, Eva**, aus Wehlau, am 26. Januar

**Friedrich, Dieter**, aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am 26. Januar

**Harder, Gisela**, geb. **Jeimke-Karage**, aus Lodehnen, Kreis Mohrungen, am 29. Januar

**Kunz, Eitel**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Modler, Gabriele**, geb. **Mirwaldt**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 24. Januar

**Müller, Walter**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

**Okon, Erich**, aus Goldbach Süd, Kreis Wehlau, am 24. Januar

**Sobiech, Ilse**, geb. **Makowski**, aus Ortelsburg, am 27. Januar

**Todtenhaupt, Sieglinde**, geb. **Jentschura**, aus Wehlau, am 25. Januar

**Weiß, Kurt**, aus Reinlacken uns aus Wachlacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar

**Wiemer, Otto**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Januar

**Wiemer, Otto**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 27. Januar

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Christochowitz, Horst**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 30. Januar

**Geisendorf, Werner**, aus Weißensee Abbau Nord, Kreis Wehlau, am 25. Januar

**Gerecke, Gundula**, geb. **Ogureck**, aus Wehlau, am 28. Januar

PARTNER-REISEN  
Grund-Touristik GmbH & Co. KG

19.05. – 27.05.2025

**Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen**

Danzig – Masuren – Memelland

Reiseleitung: Dieter Wenskat

16.07. – 23.07.2025

**Sommerreise nach Ostpreußen**

Danzig – Marienburg – Goldap – Thorn

Reise in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Goldap

28.08. – 02.09.2025

**Reise in das Schlesische Elysium – Tal der Schlösser und Gärten**

Ostpreußen fahren in den Süden Preußens!

Reiseleitung Hubert Geiger und Dirk Bloch (Blochplan Berlin)

*Ausführliche Reiseprogramm anfordern bei Partner-Reisen!*

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: info@Partner-Reisen.com

**Hannemann, Hannelore**, geb. **Kunz**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 26. Januar

**Hinz, Klaus-Dieter**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, am 24. Januar

**Hirth, Hans**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

**König, Gisela**, geb. **Westphal**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

**Kowalewski, Prof. Dr. Klaus**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. Januar

**Pfaff, Renate**, aus Königsberg, am 10. Dezember

**Scharfe, Brigitte**, geb. **Klein**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 28. Januar

**Torka, Helga**, geb. **Blumenstein**, aus Georgsheide, Kreis Ortelsburg, am 29. Januar

**Wasserfuhr, Marianne**, geb. **Büttner**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Knischewski, Gerd**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Köpke, Rainer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 27. Januar

**Noreikat, Prof. Karl-Ernst**, aus Hügeldorf, Kreis Ebenrode, am 27. Januar

**Reiß, Gerhard**, aus Kaunen, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

**Sonntag, Margot**, geb. **Stiebel**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Teubner, Bernd**, aus Mohrungen, am 26. Januar

**Werner, Detlef**, aus Tawe, Kreis Elchniederung am 28. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

**Zahn, Alfred**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 26. Januar

PAZ-Abo  
vertrieb@paz.de



## Forum Baltikum – Dittchenbühne

Das **Graue-Erbesen-Essen** wirft bereits seine Schatten voraus. Am Faschingsdienstag, 4. März, 19 Uhr ist es so weit: In Elms-horn und Umgebung wird das traditionelle Gericht angeboten.

Zwar nicht mehr so wie in früheren Zeiten als Dankeschön-Geschenk der Gastwirte an ihre Stammgäste, sondern als – zu meist immer noch günstigeres – Gericht für jeden Gast. Oft ist es auch das einzige Gericht, das an diesem Tag angeboten wird, da man in den Küchen voll und ganz mit Erbsen, Kasseler, Schweinebauch, Kochwürsten und Kartoffeln zu tun hat.

Die Elms-hornerinnen und Elms-horner haben in der Regel ein Lieblingslokal, in das sie an diesem Tag zum Essen gehen – denn Graue Erbsen sind noch lange nicht immer genau die Grauen Erbsen, die einem am besten munden. So empfiehlt es sich, rechtzeitig einen Tisch zu reservieren.

## Ostpreußische Variante immer beliebter

Mit einer einzigartigen Geschmacksnuance des Grauen-Erbesen-Schmauses wartet traditionell das Elms-horner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ auf:

Dort wird das Gemüse auf ostpreußische Art süß-sauer serviert. Diese spezielle Zubereitungsart – zu der natürlich auch die anderen klassischen Beilagen gehören – gewinnt von Jahr zu Jahr mehr Freundinnen und Freunde in der Krückaustadt. Dazu kommt, dass diese Faschingsmahlzeit an der Dittchenbühne mit einem schmackhaften Dessert und einem kräftigen Schnaps serviert wird.

**Forum Baltikum – Dittchenbühne**, Herrmann-Sudermann-Allee 50, Reservierung Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

## Zusendungen für die Ausgabe 6/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 6/2025 (Erstverkaufstag 7. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 28. Januar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: grodeck@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. 2025

**15. bis 16. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

**25. bis 27. April:** Kulturseminar in Helmstedt

**26. bis 27. April:** Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg

**21. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrien

**19. bis 21. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt

**4. bis 5. Oktober:** 15. Kommunalpolitischer Kongress (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

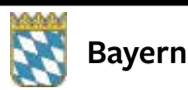
**6. bis 12. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**7. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**8. bis 9. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de Internet: www.ostpreussen.de/lo

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Königsberger Klopse**

Hof – Sonnabend, 8. Februar, 13 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: gemeinsames Essen. Es gibt Königsberger Klopse und allerlei Interessantes rund um die Esskultur in der alten Heimat. Um Anmeldung wird gebeten.

**Ausstellungsankündigung**

Hof – Donnerstag, 15. Mai, 19 Uhr, im Foyer des Museums Bayerisches Vogtland: Vernissage zur Ausstellung „Ungehört – die Geschichte der Frauen. Flucht, Vertreibung und Integration“, die ab Mai bis September zu sehen sein wird.

Der Bund der Vertriebenen, Kreisgruppe Hof, plant in Zusammenarbeit mit dem Haus des Deutschen Ostens eine Ausstellung im Museum Bayerisches Vogtland, Hof. Von Mai bis September wird auf 30 Tafeln und mit Fototapeten und Filmen das Schicksal von sechs Frauen, die die Herausforderungen von Flucht, Vertreibung und Integration meistern mussten, dargestellt. Die Vernissage findet am Donnerstag, dem 15. Mai, 19 Uhr im Foyer des Museums mit Schirmherrin Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, statt.

**Reisebericht**

Nürnberg – Dienstag, 28. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1, gegenüber Langwasser: Gunnar Adolph berichtet beim Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen und Pommern über eine Reise nach Westpreußen und zur Marienburg. Joachim Korth



Hessen

**Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

**Halbjahresprogramm**

Kassel – Jeden ersten Donnerstag, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140, Kassel-Wolfsanger: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel.

Donnerstag, 6. Februar: Nach der Jahreshauptversammlung folgt der Beitrag: „Jugendjahre im Kreis Ortelsburg. Erinnerungen von Frau Frieda Olk (1924-2021)“.

Donnerstag, 6. März: „Mein Garten – Lebensraum vor der Haustür“, Bildvortrag von Thomas Fleck.

Donnerstag, 3 April: „Schlesische Landschaften – insbesondere das Riesengebirge“, Vortrag von Bernd Nörenberg, Alfeld /L.

Donnerstag, 8. Mai: „Heute vor 80 Jahren – alles bricht zusammen“, aus der Dokumentensammlung von Gerhard Landau.

Donnerstag, 5. Juni: „Westpreußen mein lieb Heimatland, wie ging's mit dir zu Ende? Die Jahre vor 1921.“ Gerhard Landau



Angerburg

**Kreisvertreter:** Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

**67. Heimatpolitische Tagung**

Rotenburg (Wümme) – Wochenende, 15. und 16. Februar, Ratsgymnasium, Gerberstraße 14: 67. Heimatpolitische Tagung, zu der die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) alle Ostpreußen, die Freunde unserer Heimat sowie geschichtlich und kulturell Interessierte einladen.

Am Sonnabend, 15. Februar, beginnt die Veranstaltung, die sich mit der wechselvollen Geschichte und der Zukunft von Ort sowie Schloss Steinort beschäftigt, um 15 Uhr, ab 14 Uhr werden Kaffee und Kuchen angeboten. Nach Eröffnung und Begrüßung folgen die Vorträge von Dr. Uwe Heckert: „Ein großer Sprung: 600 Jahre Steinort – Aus der Großen Wildnis in eine europäische Zukunft“ sowie von Dr. Bettina Bouresh, Vorsitzende der Lehnndorff-Gesellschaft Steinort: „Die Vision für Steinort: Akademia Mazuria, Galerie Lehnndorff und ein Gästehaus – Wissenschaft, Bildung und Kultur im „Forum für Europäischen Dialog“.

Der Abend klingt nach gemeinsamem Elchbraten-Essen in gemütlicher Runde aus. Traditionell werden die Bömsholzer Jagdhornbläser den Sonnabend musikalisch begleiten.

Mit ihren „Steinorter Geschichten“ werden Ulla Lachauer und Agatha Kern am Sonntag, 16. Februar den zweiten Tag um 10 Uhr beginnen. Der gemeinsame Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ bildet den Schlusspunkt der Tagung gegen Mittag.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Abendessen zum Preis von 30,- Euro sowie eventueller Übernachtungswünsche, werden kurzfristig bis zum 5. Februar erbeten an: Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben.

Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, interessante Vorträge und viele, gute Gespräche.



Elchniederung

**Kreisvertreter:** James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326)2195, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

**Danzig-Masuren-Memelland**

Neuntägige Flug- und Schiffsreise nach Ostpreußen vom 19. bis 27. Mai unter der Leitung von Dieter Wenskat.

Am 19. Mai geht es vormittags los mit dem Flugzeug nach Danzig; Flüge gehen ab Berlin, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart. In Danzig werden die Teilnehmer von der Reiseleitung ins Hotel gebracht. Am Nachmittag wird ein Stadtrundgang durch Danzigs Altstadt unternommen.

Die Besichtigungen der Marienburg und der Elblinger Altstadt stehen am zweiten Tag auf dem Programm. Am dritten Tag geht die Reise weiter über Cadinen, der ehemaligen Sommerresidenz Kaiser Wilhelms II., nach Frauenburg, samt einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal.

Eine Masurenrundfahrt mit den Zielen Heilige Linde mit ihrer besonderen Orgel, der Bunkeranlage „Mauerwald“ am vierten Tag und einem Spaziergang durch Nikolaiken, weiter per Schiff über Seen und Kanäle nach Niedersee an den Rand der Johannsburger Heide, schließen sich an. Eckerts-



Nur ein Ziel von vielen: Die alte Kirche zu Goldap, sie wurde bereits um 1580 erbaut. Nach einem Brand im Jahr 1623 erfolgte der Neubau des Kirchenschiffes. Bei den Kämpfen um Goldap 1944/45 wurde die Kirche schwer zerstört. Ein Wiederaufbau im ursprünglichen Baustil erfolgte in den frühen 1980er Jahren mit finanzieller Unterstützung der ehemaligen deutschen Bewohner und Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Goldap

**Goldap**



**Kreisvertreter:** Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

**Sommerreise**

Vom 16. bis zum 23. Juli fährt die Kreisgemeinschaft Goldap in Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Reiseunternehmen nach Danzig, Marienburg, Goldap und Thorn. Kommen Sie mit zu einer Reise durch Ostpreußen.

Neben einem interessanten Reiseprogramm haben die Goldaper Reiseteilnehmer Gelegenheit, ihre Familien-Heimatorte im Kreis Goldap und/oder den Nachbarkreisen zu besuchen.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
 Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland [www.paz.de](http://www.paz.de)

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Der Besuch des Sommerfestes der Kreisgemeinschaft im Garten des „Haus der Heimat“ in Goldap wird ein fester Programmpunkt sein.

Geplant ist, dass das Ehepaar Trucewitz den Bus in Goldap erwartet und in Goldap für die Reisegruppe als Ansprechpartner und als Busbegleitung vor Ort ist.

Start: Lehrte mit Zustiegsmöglichkeiten in Potsdam (Hauptbahnhof) und mit Absprache des Reiseunternehmens entlang der Fahrtroute.

Übernachtungen: In Danzig, Allenstein, Goldap und Thorn in guten Mittelklassehotels, alle Übernachtungen sind mit Frühstück und Halbpension.

Im Preis, bitte bei Annelies Trucewitz anfragen, inbegriffen sind Stadtführungen, Besichtigungen, Masurenrundfahrt, Rundfahrt Kreis Goldap/Rominter Heide, Kloster Wigry, Schifffahrt auf dem Oberländischen Kanal und vieles mehr. Sachkundige, deutschsprachige Reiseleitung zu allen Programmpunkten.

Die Reise wird in dieser Form bei einer Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen stattfinden, eine Reiserücktrittversicherung wird empfohlen und kann mit gebucht werden.

Anmeldungen und weitere Auskünfte zu Preisen, Fahrtrouten

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

und Erkundungsfahrten im Kreis Goldap bei: Annelies Trucewitz, stellvertretende Kreisvertreterin, Telefon (04142) 3552.



Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreterin: Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Busreise im Juni

Hoffentlich haben Sie den Weihnachtsheimatbrief ausgiebig studiert und sich damit gut unterrichtet gefühlt. Bei Bedarf sind noch einige Exemplare erhältlich. Wir arbeiten schon fleißig am Pfingstheimatbrief, der auch wieder recht ansprechend gestaltet wird. Vergessen Sie nicht, Mitglied in der Kreisgemeinschaft Neidenburg zu werden, da Sie dann den Heimatbrief automatisch, kostenlos zugeschickt bekommen.

Beachten Sie bitte außerdem den Hinweis, dass eine Busreise vom 14. bis zum 22. Juni nach Neidenburg stattfinden wird. Übernachtet wird wieder im schönen Hotel Gawra in Wickenu [Wiken], direkt am Omulefsee.

Zustiege Möglichkeiten sind nach Absprache möglich. Da noch einige Plätze frei sind, melden Sie sich nächstmöglich beim Kreisvertreter an. Die Preise können erst

nach Feststehen der Teilnehmerzahl errechnet werden.

Ulrich Pokraka



Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Dreikreise-Treffen

Weimar – Sonnabend, 17. Mai, 9.30 Uhr (Einlass 8.30 Uhr) bis 16 Uhr, Kulturzentrum ‚mon ami‘,

Goetheplatz 1: Dreikreise-Treffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung unter der Federführung der Stadtgemeinschaft Tilsit. Der Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten. Es ist ein abwechslungsreiches Programm vorgesehen bei einer Mittagspause von 11.30 bis 13 Uhr. Zum Mittagessen werden drei Gerichte angeboten, am Nachmittag Kaffee und Kuchen – kostenpflichtig.

Parkmöglichkeit: Gegenüber dem ‚mon ami‘ befindet sich die Post, dahinter liegt das Parkhaus ‚An der Hauptpost‘, Gerhart-Hauptmann-Straße 3, die Öffnungszeiten sind täglich von 7 bis 22 Uhr, die Ausfahrt ist jederzeit möglich; das Leonardo Hotel Weimar, Belvederer Allee 25, Telefon (03643) 7220, bietet sich als mögliche Unterkunft an.

Dieter Neukamm

Handball in Ostpreußen

Noch bis zum 2. Februar findet in Kroatien, Dänemark und Norwegen die 29. Handball-Weltmeisterschaft der Männer statt. Die deutsche Nationalmannschaft mit dem Trainer-Quartett Alfred Gislason, Erik Wudtke, Mattias Andersson und Simon Overkamp bestreitet ihr nächstes Spiel am Sonnabend, 25. Januar um 20.30 Uhr gegen Tunesien, übertragen wird die Partie im ZDF.

1921 wurde die erste deutsche Handball-Meisterschaft ausgetragen, die der TSV 1860 Spandau gewann. Das erste offizielle Länderspiel fand am 13. September 1925, also bald vor 100 Jahren statt; damals besiegten die Österreicher den deutschen Kader. Wer Handball und Ostpreußen zusammen denkt,

landet ganz schnell beim VfL Königsberg mit seinem bekannten Spieler Hermann ‚Hannes‘ Hansen, und bei der Militär-Feldhandballmannschaft ‚Hindenburg Bischofsburg‘. Diese Mannschaft wurde drei Mal Meister des Gaus, der VfL Königsberg fünf Mal. Auch der LSV Heiligenbeil, der SV Prussia-Samland Königsberg und der TV Neufahrwasser errangen jeweils den Meistertitel der Gauliga, die meisten sind jedoch bereits in der Vorrunde oder spätestens in der Gruppenphase aus der Deutschen Meisterschaft ausgeschieden. Doch die ostpreußische Handballgeschichte startet nicht erst 1933, sondern war schon zuvor durch die Baltische Feldhandball-Meisterschaft, die vom Baltischen Sport-Verband (BSV) organisiert wurde, auf dem Feld. Feld-

handball ist ein Vorläufer des heutigen Handballs, das Spielfeld entspricht der Größe eines Fußballfelds, statt sieben Spieler waren elf Feldspieler auf dem Platz, aber höchstens sechs in einem Torraum-Spielfeld, denn andernfalls erhält die gegnerische Mannschaft einen Freiwurf, ähnlich beim Eishockey. Wen wundert es, dass viele Eishockeyspieler auch gleichzeitig Hand- oder Fußball gespielt haben.

Der Name Siegfried Perrey darf nicht unerwähnt bleiben. In Königsberg 1915 geboren, begann er seine Karriere beim VfL Königsberg und wurde 1936 Teil der deutschen Feldhandball-Nationalmannschaft und lebte auch später für den Sport. CRS

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small grid labeled 'So ist's richtig:' and a 'Magisch' section with a 3x3 grid.

Schüttelrätsel

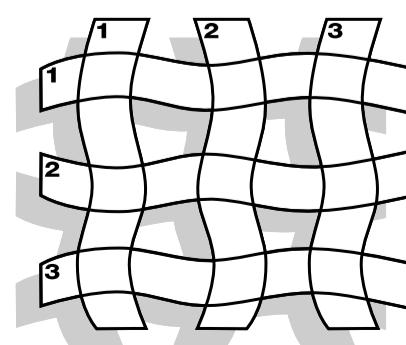
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Scrambled crossword puzzle grid with letters in question marks and some filled cells.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine kleine Flüssigkeitsmenge.

Word puzzle grid with words in the first and last columns and a central column for the solution.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 am Tagesanfang
2 Fibel, Schmuckspange
3 niedlich, putzig, (ugs.)

ANZEIGE

Obituary notice for Olga Helene „Lena“ Herta Hoffmann, geb. Portner, born 1925, died 2024. Includes a cross symbol and a coat of arms.

## Ostpreußisches Landesmuseum



## Programm bis Februar

## Ausstellung

Bis zum 2. Februar: **Das alte Dorpat 1889 – Tartu in Fotografien des Ateliers Carl Schulz**. Im Jahr 1889 wurde zur Erinnerung an das Dorpater Lehrerseminar eine einmalige Mappe zusammengestellt. Sie enthält 61 Fotografien, die in Sepia-Tönen Aufnahmen der Stadt Dorpat, heute Tartu (Estland) zeigen. Die visuellen Zeugnisse zeichnen ein frühes Bild der deutsch-estnischen Stadt Dorpat und seiner Geschichte Ende des 19. Jahrhunderts, die in diesem Jahr als europäische Kulturhauptstadt Tartu besondere Aufmerksamkeit genießt.

Bis zum 2. März: **„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“ Winter in Ostpreußen**. Die ostpreußischen Winter waren lang und kalt. Bis zu sechs Monate prägten Eis und Schnee die Natur und das Leben. Lag die weite Landschaft unter einer dicken Schnee- und Eisschicht, so begann ein anderer, oft entbehrungsreicher Alltag. In der unwirtlichen Zeit verlagerte sich die Arbeit ins Innere, es wurde gesponnen, gewebt, repariert und geflickt. Gleichzeitig luden die vereisten Wasserflächen und schneebedeckten Felder, Hänge und Hügel zu Abenteuern auf Kufen, Schlitten und Skiern. Bis heute ist der Winter in Ostpreußen fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler haben ihn in ihren stimmungsvollen Landschafts- und Stadtbildern sowie Tier- und Jagdansichten festgehalten, zahlreiche Bücher erinnern an diese kalte und zugleich malerische Zeit. In der aktuellen Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums präsentieren wir die eindringlichen Werke von Künstlern wie Eduard Bischoff, Reinhold Feussner oder Daniel Staschus. Anhand typischer Objekte – von der Eisaxt bis zum Spinnrad, vom Muff bis zum Schlitten – wird auch das zum Teil beschwerliche alltägliche Leben gezeigt. Abgerundet werden die Eindrücke durch historische Interviews, in der Ostpreußen und Ostpreußen von ihren Erfahrungen, Eindrücken und Erinnerungen an den Winter erzählen.

Das Ostpreußische Landesmuseum bis zum 2. Februar zu Gast in Richard-Wagner-Zentrum Mitteldeutschland, Merseburg: **Walkürenhauch an der Ostsee. Nationalismus und Romantik in der Literatur Ostpreußens**, Willi-Sitte-Galerie Merseburg. Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum zeigt in meisterlichen Fotografien von Fritz Krauskopf die Stadt Königsberg in ihrer letzten Blüte sowie nach dem zweiten verheerenden

Bis zum 28. Februar, Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart: **Bilder von Königsberg – Untergang einer Großstadt. Fotografien von Fritz Krauskopf**. Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum zeigt in meisterlichen Fotografien von Fritz Krauskopf die Stadt Königsberg in ihrer letzten Blüte sowie nach dem zweiten verheerenden

Bombenangriff in der Nacht vom 29./30. August 1944. Bilder aus den ersten Tagen des russischen Angriffs auf die Ukraine 2022 werden diesen gegenübergestellt.

22. Februar bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – Der Maler Walter Mamat (1912-1976)**. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise vor allem Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Künstlerkolonie Nidden und zu Carl Knauf, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands tätig.



„Belina – Music for Peace“: Der Film über die Chanson- und Folkloresängerin Belina von Marc Boettcher wird in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“, am Dienstag, 11. Februar, 19.30 Uhr, im SCALA Programmokino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, gezeigt

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stillleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire. Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

## Veranstaltungen

Sonntag, 26. Januar, 14 bis 17 Uhr, Erwachsene: 20,- Euro und Kinder: 10,- Euro, inklusive Material und Eintritt: **Familien-nachmittag Filzworkshop für Anfänger und Fortgeschrittene**. An diesem Familiensonntag gibt

es tolle Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel liefert Joanna Margner auch reichlich praktisches Wissen und ausführliche Informationen. Gemeinsam können Groß und Klein den Umgang mit der Filznadel und die Schönheit der pflanzengefärbten Wolle kennenlernen und ausprobieren. Die Teilnehmerzahl ist

begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 2. Februar, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **Kuratorenführung durch die Kabinettausstellung „Das alte Dorpat 1889. Tartu in Fotografien des Ateliers Carl Schulz“**, Führung durch die Sonderausstellung mit Kurator Dr. Eike Eckert. Letztmals führt Kurator Eckert durch die Kabinettausstellung und somit durch das alte Dorpat/Tartu des 19. Jahrhunderts, dem „Embach-Athen“. Die Fotoausstellung präsentiert Originale und vergrößerte Repliken von Stadtmotiven aus einer seltenen Zusammenstellung aus dem Jahre 1889 und verbindet sie mit der Geschichte und Topographie der Stadt Dorpat. Neben Informationen zum Fotoatelier Schulz als Urheber der Fotos werden Orte, Plätze und Denkmäler und ihre Bedeutung für die Stadtgeschichte damals und heute näher erläutert. Die Ausstellung, die in Kooperation mit dem Herder-Institut Marburg präsentiert wird, ist zugleich eine Hommage an die europäische Kulturhauptstadt 2024 Tartu/Dorpat in Estland. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 4. Februar, 14.30 Uhr, 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Winterliche Entdeckungsreise durch die Sonder- und Dauerausstellung, Führung mit Hannah Janowitz in der Reihe „Museum Erleben“**. Bis heute ist der ostpreußische Winter fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Die Kuratorin

Dienstag, 4. Februar, 14.30 Uhr, 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Winterliche Entdeckungsreise durch die Sonder- und Dauerausstellung, Führung mit Hannah Janowitz in der Reihe „Museum Erleben“**. Bis heute ist der ostpreußische Winter fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Die Kuratorin

Hannah Janowitz nimmt Sie mit auf eine winterliche Reise durch Ostpreußen und beleuchtet diesen Mythos. Ausgehend von der aktuellen Sonderausstellung spüren wir dem Winter auch in der Dauerausstellung des Museums nach – vom Schneehasen bis zu den „Nehrungstauben“. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tele-

fon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 11. Februar, 19.30 Uhr, SCALA Programmokino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, 10,- Euro: **Belina – Music for Peace**, Film von Marc Boettcher, Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“. Einführung: Filmemacher und Produzent Marc Boettcher, in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und dem Nordost-Institut. Belina (1925-2006) gilt mit ihrem folkloristischen Repertoire als Brückenbauerin zwischen den Völkern und Kulturen. Gemeinsam mit dem Berliner Gitarristen Siegfried Behrend (1933-1990) reiste die jüdisch-polnische Künstlerin in den 1960er-Jahren als „musikalische Diplomatin“ um die Welt und sang in 17 Sprachen. Sie beschränkte sich trotz ihrer traumatischen Erlebnisse während der NS-Diktatur für Toleranz und Gleichheit zwischen Deutschen, Juden und anderen Nationen ein. Für sie war Musik die einzig universelle Sprache, unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe. Ihr Bestreben, zu verbinden und zu vermitteln, war vorbildlich und mutig und ist auch heute von brennender Aktualität. Marc Boettcher, geboren 1965 in Berlin, ist ein deutscher Filmemacher, Produzent, Autor, Dramaturg und Schauspieler. Er studierte Schauspiel, Germanistik und Theaterwissenschaft. Bereits während des Studiums sammelte er erste Erfahrungen als Schauspieler und Regisseur. In den folgenden Jahren wurde er als Dokumentarfilmer und Biograf bekannt, unter anderem mit Porträts der Chansonsängerin Alexandra,

des Komponisten Bert Kaempfert und der Sängerin Gitte Haenning. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 12. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Ein Spaziergang durch das Hauptgestüt Trakehnen Vortrag von Katja Eichhorn und Rainer-H. Proschko**. Im Jahr 1732 wurde der Grundstein für das königliche Gestüt Trakehnen gelegt, das sich in den folgenden Jahrhunderten zu einem der bedeutendsten Gestüte der Welt entwickelte. Die Veranstaltung beleuchtet seine Entstehungsgeschichte: Wie begann alles, was machte den Kern des damaligen Gestüts aus, und welche baulichen und organisatorischen Veränderungen prägten seine Entwicklung in den darauffolgenden 200 Jahren? Die Referenten zeigen teilweise noch nie veröffentlichte Fotos, die von einem Nachlass an das Ostpreußische Landesmuseum stammen und erklären, welche Umstände dazu führten, dass in Trakehnen höchste Zuchtleistungen erreicht wurden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 13. Februar, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Filzworkshop, Kinderclub mit Joanna Margner**. An diesem Nachmittag gibt es Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel werden auch reichlich praktisches Wissen und ausführliche Informationen geboten. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 18. Februar, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Käthe Kollwitz – Die weltberühmte Künstlerin aus Königsberg, Vortrag und Führung mit Dr. Gisela Aye in der Reihe „Museum Erleben“**. Käthe Kollwitz gehört zu den bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Mit ihren klaren Darstellungen von Leid und Not hat sie Zeitdokumente von hohem Wert geschaffen und den Menschen ihrer Zeit das Absurde von Kriegen einprägsam vor Augen geführt. Ihr Werk ist stark von autobiographischem Erleben und Leiden geprägt. Anlässlich des 80. Todestages am 22. April beleuchtet die Kunsthistorikerin Aye in ihrem Vortrag und der Führung das grafische und malerische Werk der Ausnahmekünstlerin. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Freitag, 21. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt frei! Eröffnung der Kabinettausstellung: **„Auferstanden aus Ruinen – Der Maler Walter Mamat (1912-1976)“**. Als Privatschüler von Carl Knauf, später als

des Komponisten Bert Kaempfert und der Sängerin Gitte Haenning. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 12. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Ein Spaziergang durch das Hauptgestüt Trakehnen Vortrag von Katja Eichhorn und Rainer-H. Proschko**. Im Jahr 1732 wurde der Grundstein für das königliche Gestüt Trakehnen gelegt, das sich in den folgenden Jahrhunderten zu einem der bedeutendsten Gestüte der Welt entwickelte. Die Veranstaltung beleuchtet seine Entstehungsgeschichte: Wie begann alles, was machte den Kern des damaligen Gestüts aus, und welche baulichen und organisatorischen Veränderungen prägten seine Entwicklung in den darauffolgenden 200 Jahren? Die Referenten zeigen teilweise noch nie veröffentlichte Fotos, die von einem Nachlass an das Ostpreußische Landesmuseum stammen und erklären, welche Umstände dazu führten, dass in Trakehnen höchste Zuchtleistungen erreicht wurden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 13. Februar, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Filzworkshop, Kinderclub mit Joanna Margner**. An diesem Nachmittag gibt es Inspirationen für einfache kleine Filzobjekte. Neben Grundanleitungen fürs Filzen mit der Nadel werden auch reichlich praktisches Wissen und ausführliche Informationen geboten. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Dienstag, 18. Februar, 14.30 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Käthe Kollwitz – Die weltberühmte Künstlerin aus Königsberg, Vortrag und Führung mit Dr. Gisela Aye in der Reihe „Museum Erleben“**. Käthe Kollwitz gehört zu den bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Mit ihren klaren Darstellungen von Leid und Not hat sie Zeitdokumente von hohem Wert geschaffen und den Menschen ihrer Zeit das Absurde von Kriegen einprägsam vor Augen geführt. Ihr Werk ist stark von autobiographischem Erleben und Leiden geprägt. Anlässlich des 80. Todestages am 22. April beleuchtet die Kunsthistorikerin Aye in ihrem Vortrag und der Führung das grafische und malerische Werk der Ausnahmekünstlerin. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Freitag, 21. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt frei! Eröffnung der Kabinettausstellung: **„Auferstanden aus Ruinen – Der Maler Walter Mamat (1912-1976)“**. Als Privatschüler von Carl Knauf, später als

des Kompositen Bert Kaempfert und der Sängerin Gitte Haenning. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

dessen Assistent, zeigte sich Walter Mamat in seinen frühen Bildern malerisch und motivisch den Darstellungen der Kurischen Nehrung verpflichtet. 1912 in Memel geboren, zog es ihn nach dem Krieg in den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, wo er sich als Maler nach der Staatsdoktrin in Wittenberg etablieren konnte. Die Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte und viele Auslandsaufenthalte in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien beinhaltete. Zur Eröffnung begrüßt der Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Joachim Mähner, vorgestellt wird der Künstler durch den Sammler Mathias Tietke, und der Kurator Jan Rüttinger wird in die Ausstellung einführen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 26. Februar, 15 Uhr, 7,- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“ Winter in Ostpreußen, Führung für Menschen mit und ohne Demenz mit Fabian Lenczewski**. Die eisigen Winter in Ostpreußen werden in der aktuellen Sonderausstellung durch zahlreiche Gemälde und Objekte dargestellt. Die Teilnehmenden können in Erinnerungen an selbst erlebte kalte und schneereiche Winter miteinander ins Gespräch kommen und Erfahrungen austauschen. Diese interaktive Museumsführung findet ihren Abschluss in gemütlicher Runde bei Kaffee, Tee und Gebäck, wo über das Erlebte gesprochen werden kann. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Alzheimer Gesellschaft Lüneburg e.V. statt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Mittwoch, 26. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt 5,- Euro: **Das radikal Böse und das banal Böse. Kant, Arendt und der Eichmann-Prozess, Vortrag von Prof. Christoph Schulte**, Universität Potsdam. Die Frage nach dem Bösen ist eine Grundfrage der Philosophie. Prof. Christoph Schulte stellt zwei moderne Antworten vor. Immanuel Kant spricht vom radikal Bösen, das den Menschen als freies Wesen beschreibt, das sich bewusst gegen das Gute entscheiden kann. Hannah Arendt übernimmt Kants Idee, bezeichnet den Massenmord in den Vernichtungslagern als unverzeihliches Verbrechen, und entwickelt später den Begriff der „Banalität des Bösen“, der die Gedankenlosigkeit und Opportunismus von Tätern wie Adolf Eichmann beschreibt. Wie kann der Begriff des Bösen die Verbrechen der Moderne erklären? Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

**Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung** Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

## OSTPREUSSEN

## Bären schießen – Elche schützen

Die preußischen Könige kannten für Meister Petz keine Gnade, aber die Wappentiere Ostpreußens schützten sie vehement

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn es um Wildtiere ging, welche den Menschen oder der Landwirtschaft in ihrem Reich schadeten, kannten die preußischen Herrscher kein Pardon. So wurden Jahr für Jahr um die 600 Wölfe im Zuständigkeitsbereich der Königsberger Kriegs- und Domänenkammer getötet. 1724 befahl Friedrich Wilhelm I. zudem, die zu einer Plage gewordenen Feldhamster auszumerzen. Und Friedrich der Große wiederum ordnete auch die drastische Reduzierung der Biberpopulation an, weil die Nager die Stabilität der Deiche gefährdeten.

Außerdem wurde Friedrich II. bereits wenige Monate nach seiner Thronbesteigung im Mai 1740 noch mit einem anderen Problem konfrontiert: Der Oberjägermeister Georg Christoph Graf von Schlieben meldete, dass sich in Ostpreußen „verschiedene Bären anfinden, die da viel Schaden tun“. Tatsächlich drangen die Tiere immer wieder in die Dörfer ein und rissen dort Kälber und Schafe oder plünderten die Bienenkörbe, was für die arme Landbevölkerung schlichtweg existenzbedrohend war. Nach drei Tagen Bedenkzeit schrieb der König am 28. Oktober 1740, er könne die „sich mehrenden Bären“ nicht länger tolerieren. Deshalb bliebe ihm hinsichtlich dieser „culturschädlichen Thiere“ nur eine Entscheidung: „Ich wil als daß dieselben brav tod geschossen werden sollen.“ Infolgedessen schwärmten die Forstleute aus, um die Bären zu vernichten. Allerdings dauerte es dann noch geschlagene 64 Jahre, bis der allerletzte Meister Petz von Ostpreußen in einem Waldgebiet bei Puppen östlich von Ortelsburg zur Strecke gebracht wurde.

Ganz anders die Maßnahmen zum Schutz der Elche. Die Wappentiere Ostpreußens waren nach ihrer Ausrottung im übrigen Deutschland auch im Nordosten von Brandenburg-Preußen immer selte-



Ein mächtiger Elchbulle in der idyllischen Winterlandschaft Ostpreußens: Heute leben wieder etwa 1000 Tiere rund um das Königsberger Gebiet und etwa 4000 der ostpreußischen Wappentiere in Ermland-Masuren  
Bild: imago / ZUMA Press Wire

ner geworden. Angesichts dessen gab Friedrich Wilhelm I. 1728 Order, das Elchwild im Umkreis von 45 Kilometern rund um Königsberg zu verschonen. Drei Jahre später erweiterte er den Radius der Schutzzone auf 90 Kilometer.

**Kein Elchfleisch in der Küche**

Während des Siebenjährigen Krieges von 1756 bis 1763 schrumpfte der Elchbestand in Ostpreußen dann von etwa 700 auf nur noch sieben Tiere. Daraus resultierte ein generelles Abschussverbot durch Friedrich den Großen während der Jahre von 1764 bis 1767. Und auch danach waren die zur Elchjagd Berechtigten angehalten, freiwillig auf diese zu verzichten. Nach

dem Tod des Alten Fritz im August 1786 setzte sein Nachfolger Friedrich Wilhelm II. diese Politik fort, indem er anordnete, die Elche „sechs Jahre gänzlich zu schützen“ und kein Elchfleisch mehr in der Hofküche zu verarbeiten.

Durch all diese Maßnahmen zählte man um 1800 herum wieder an die 500 Elche in Ostpreußen. Allerdings führten der Durchzug des napoleonischen Heeres und die Revolutionswirren von 1848 dann zu einem erneuten Rückgang des Bestandes bis auf 16 Tiere, sodass die preußischen Könige nochmals intervenieren mussten. Friedrich Wilhelm III. initiierte die organisierte Zucht von Elchen, und unter Friedrich Wilhelm IV. entstand

1851 das erste ständige Elchschonrevier im Bereich der Oberförsterei Ibenhorst.

Wilhelm I. verhinderte dann seinerseits 1874 den Bau einer Chaussee durch dieses Waldgebiet. Und auch Wilhelm II. engagierte sich zugunsten der Elche. Unter seiner Ägide wurde 1897 die Jagdzeit für männliche Elche auf den September beschränkt, während weibliche Tiere überhaupt nicht mehr geschossen werden durften. Zudem erklärte der preußische König und deutsche Kaiser die Reviere Ibenhorst, Tawellningken und Nemonien im Jahre 1906 zu Elchgehagen. Zu diesem Zeitpunkt streiften bereits wieder um die 700 Elche durch die Landschaft der Kurischen Nehrung sowie die Niederungen

des Pregels und die Erlbruchreviere des Memel-Deltas. Und im Sommer 1914 gab es in Ostpreußen sogar um die 800 der majestätischen Großhirsche.

Doch dann führte das Wildererunwesen während des Ersten Weltkrieges und der chaotischen Zeit danach zur schnellen

7

Elche lebten nach dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) nur noch in Ostpreußen

Reduzierung des Bestandes auf etwa 200 Tiere. Die Rettung brachte diesmal eine Verordnung des ostpreußischen Oberpräsidenten Ernst Ludwig Siehr, der den Elch 1920 zum „Naturdenkmal“ erklärte und eine fünfjährige Schonzeit verfügte. Später wurde auf Betreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun ein Elchrückzugsgebiet bei Tawellningken festgelegt. Außerdem erfolgte am 12. September 1937 die Einrichtung des Reichsnaturschutzgebietes Deutscher Elchwald, das sich über 46,550 Hektar östlich und südöstlich des Kurischen Haffs erstreckte. Infolgedessen lebten 1930 bereits 1070 Elche in Ostpreußen und Anfang 1945 wurden gar 1500 Tiere gezählt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Annexion durch Polen und die Sowjetunion verschwanden die Elche aufgrund der neuerlichen Wilderei fast völlig aus der Region. Eine Neuzuwanderung von Tieren aus Litauen und Weißrussland erfolgte erst ab Mitte der 1960er Jahre. Ein Übriges taten dann strenge Gesetze zum Schutz der Elche. Heute gibt es wieder zirka 1000 Elche rund um das Königsberger Gebiet und um die 4000 Tiere in Ermland-Masuren.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Die polnische Schuld schafft es endlich in den Sejm

Polens Parlament stellt sich nach 80 Jahren der „Oberschlesischen Tragödie“ von 1945

Alle Jahre wieder wird zu Jahresbeginn in Oberschlesien der Ereignisse von 1945 gedacht, als die Rote Armee dort die deutsche Grenze passierte. Es folgten Plünderungen, Vergewaltigungen, Morde, Inhaftierungen in Arbeits- und Konzentrationslagern sowie Verschleppungen in die Sowjetunion. Seit den 90er Jahren werden diese Ereignisse unter dem Begriff „Oberschlesische Tragödie“ zusammengefasst. 80 Jahre nach Kriegsende fand dieses Thema nun am 7. Januar seinen Weg ins polnische Parlament.

Zuvor beschlossen die ober-schlesischen Sejms (Landtage), also die der Woiwodschaft Schlesien in Kattowitz [Katowice] und der Woiwodschaft Opole [Opole], 2025 zum Gedenkjahr der Oberschlesischen Tragödie zu proklamieren. Daraufhin stellte die ober-schlesische Senatorin Halina Bieda den Antrag, polenweit der Opfer der Oberschlesischen Tragödie zu gedenken. „Die Massaker in Mischowitz [Miechowice] bei Beuthen [Bytom], wo 380 Menschen ermordet wurden, und in Boguschütz [Boguszyce] bei Beuthen, wo mindestens 270 Menschen getötet wurden, stehen symbolisch für alle bis heute nicht ermittelten Opfer und für die Massendeportationen in russische

Arbeitslager, aus denen viele der Deportierten nie mehr in ihre Heimat zurückkehrten. Ihre Zahl wird auf 46.200 geschätzt. „Die kommunistischen Behörden der Volksrepublik Polen, die die Verwaltung der Region übernommen hatten, setzten die Repressionen gegen die ober-schlesische Bevölkerung fort“, heißt es in der vorgelegten Resolution, die von der zweiten Kammer des polnischen Parlaments, dem Senat, per Akklamation angenommen wurde. Erstmals wurde damit eingeräumt, dass nicht nur die Sowjets, sondern auch polnische Behörden die Schuld am Leid der Oberschlesier trugen.

In der ersten Kammer, also im Sejm, wurde diese Resolution heftig diskutiert. Vertreter der rechten Konföderation wollten durchsetzen, dass das Gedenken nicht nur auf 1945 zu begrenzen sei, sondern auch 1939 einbeziehen. Denn „alles würde doch von den Deutschen ausgehen“, begründete der aus dem ober-schlesischen Nikolai [Mikolów] stammende Abgeordnete der Konföderation Roman Fritz. Er vermisste in der Gedenkdebatte die Erinnerung an „die Verfolgung der schlesischen Aufständischen und ihrer Familien, die Erschießung polnischer Patrioten, die Massenaufmärsche der Wehr-



Stehen für Aufarbeitung: Dariusz Węgrzyn (l.), Sebastian Rosenbaum und Adam Dziurok (r.) Foto: Wagner

macht in Nikolai und die Deportation an die Ostfront sowie die Verfolgung der Soldaten der Heimatarmee Armia Krajowa, die in Oberschlesien in einer besonders schwierigen Situation waren, weil in jedem zweiten Haus ein Deutscher wohnte und es daher leichter war denunziert zu werden als in anderen Regionen des Landes“, betonte Fritz gegenüber der Zeitung „Dziennik Zachodni“. Letztendlich enthielten sich 22 Abgeordnete der Konföderation bei der Abstimmung. Zwei PiS-Vertreter stimmten dagegen, weil sie mit einem Interneteintrag des Europaabgeord-

neten Lukasz Kohut nicht einverstanden waren. Der schrieb in den sozialen Medien: „Wir dürfen nicht vergessen, dass es bei der Oberschlesischen Tragödie nicht nur um die Schuld der ‚Russen‘ ging, es war ein Abschlagen von Oberschlesien und Deutschen mit Unterstützung polnischer ‚Patrioten‘, die Schlesien für sich allein haben wollten und ihre Nachbarn oft kaltblütig ermordeten.“

Letztendlich wurde mit 406 Ja-Stimmen, 22 Enthaltungen und zwei Gegenstimmen entschieden, dass „der Sejm der Republik Polen anlässlich des 80. Jahrestages der ober-schlesischen Tragödie das Gedenken an die unterdrückte Zivilbevölkerung ehrt und aller gedenkt, die ihr Leben und ihre Gesundheit verloren haben, sowie an diejenigen, die verfolgt wurden, weil sie die Erinnerung an diese Ereignisse aufrechterhalten haben.“

Mit der Abstimmung zum Gedenken an die Oberschlesischen Tragödie im polnischen Parlament ging die Präsentation

einer Ausstellung einher. Unter dem slawisch-oberschlesisch formulierten Titel „Mein Opa wurde auch deportiert“ (Moj Opa tyż był deportowany) wurde den Parlamentariern eine Zusammenfassung der Ereignisse vor 80 Jahren aus Sicht der Oberschlesier geboten. Die Präsentation wurde von Wissenschaftlern des Radzionkauer „Dokumentationszentrums für Deportationen ober-schlesischer Bevölkerung in die Sowjetunion von 1945“ erarbeitet. Sie beinhaltet Informationen, Dokumente, Fotos und Zeitzeugenaufnahmen in polnischer und englischer Sprache. Diese Ausstellung verlässt am 20. Januar Warschau und wird weiter nach Kattowitz und danach ins Europäische Parlament nach Brüssel ziehen.

Das Dokumentationszentrum in Radzionkau berichtet seit zehn Jahren über das Ausmaß der Repressionen an Oberschlesien nach 1945, die „so groß waren, dass man noch heute von Besuchern des Zentrums einen Satz hören kann, der bereits eine Art Symbol für diese Tragödie ist: ‚Mein Opa wurde auch deportiert‘“, erklärt Justyna Konik, die neben Dariusz Węgrzyn, Sebastian Rosenbaum oder Adam Dziurok an der Präsentation mitwirkte. Chris W. Wagner

## GLAUBE

## Frischer Geist aus der Predigtstube

Zwischen Religion und Politik: Adolf von Thadden-Trieglaff und die pommerische Erweckungsbewegung

VON TORSTEN SEEGERT

Es mag zu den historischen Zufällen gehören, dass ausgerechnet ein nach der slawischen Gottheit Trieglaff benanntes Dorf, in dem man einst ein Götzenbild vor den christlichen Missionaren versteckt haben soll, zum Zentrum einer christlichen Erweckungsbewegung wurde. Trieglaff [Trzyglów] gehörte einst zum Landkreis Greifenberg. Der Flecken verband sich seit 1819 mit Adolf von Thadden (1796–1882), der das Rittergut von der Familie seines Schwiegervaters erworben hatte und damit den Grundstein für weitere fünf Generationen legen sollte. Besagter von Thadden hatte Henriette von Oertzen geheiratet.

Schon früh war er dem Geist des Pietismus zugetan und verhalf ihm in der tiefsten Provinz, etwa 100 Kilometer von Stettin entfernt, zu einer „starken Wirkung“. So jedenfalls können wir es von einem Nachgeborenen – dem Historiker Rudolf von Thadden – in seinem Buch „Trieglaff“ erfahren. Doch vergessen wir dabei nicht, dass all sein Wirken für den Glauben einer Grundlage bedurfte.

Heute wissen wir, dass das Rittergut Trieglaff samt dem Vorwerk Gruchow sowie Vahnerow zum Beginn seines Lebenswerkes in keinem guten Zustand war. Nach den Napoleonischen Kriegen begann eine Nachkriegszeit, die von schwierigen staatlichen Rahmenbedingungen und Umsetzungsproblemen der „Regulierungsedikte“ von Stein und Hardenberg begründet war.

Thadden selbst war auf die Übernahme vorbereitet. Er hatte bei dem führenden Agrarökonom Albrecht Thaer das Wesen der „rationalen Landwirtschaft“ erlernt. Dieses Wissen wiederum versetzte ihn in die Lage zu erkennen, dass seine neuen Besitzstände zunächst einer Neuordnung bedurften. Dabei vergaß er aber auch die Fürsorge für „seine Leute“ nie. Von Thadden sagte: „Es ist nicht gut, wenn die Tagelöhner und Dienstleute so stehen, dass sie nur einen Fuß im Lande und einen auf der Grenze haben.“

Sein Ideal beschrieb er so: „Der Umgang mit der Natur, der Landwirtschaft, spricht mich am meisten an. Wie herrlich denke ich mir einen Gutsbesitzer, der ein kleiner König seines Dorfes ist, im Frieden der Vater, im Kriege der Anführer, in der Not der treueste Freund seines Völkchens, dazu ein holdes Weib, die Königin und Mutter des Dorfes.“

Doch zurück zum Glauben: Zu jener Zeit gab es unterschiedliche evangelische Lehrmeinungen. Streng orthodoxe Lehrmeinungen schlossen sich von ihr aus – es entstanden altlutherische Gemeinden, wodurch das kirchliche Leben an religiöser Tiefe gewann. Die pommerische Erweckungsbewegung wird dabei als eine pietistische, schwärmerisch-religiöse Bewegung beschrieben. Man traf sich zunächst in einem dreifenstrigen Zimmer zu ebe-



Adolf von Thadden-Trieglaff (1796–1892): Er fürchtete, „dass uns einmal das Christentum wie ein Aal durch die Hände schlüpfen werde“ Foto: Archiv

ner Erde – von Thadden nannte dieses „der Puritaner dumpfe Predigtstube“. Es lag nach dem Hof heraus. Und hier nun hielt man die Andachten ab, die schon bald den Argwohn des Ortspfarrers Winkelsesser weckten. Für ihn gehörten Gottesdienste in die Kirche. Der Konflikt war bereitet und wurde stetig befeuert.

## Es waren bunte Zeiten ...

Ortsfremde Geistliche kamen, später erbat man Ausnahmegenehmigungen für die Taufe von Kindern, so auch für von Thaddens erste Tochter Marie oder dem Kind des Schäfers Friedrich Wangerin. Der Konflikt schwoll immer weiter. Dann, als 1825 der Ortspfarrer starb, nahm dieser eine weitere Stufe: Zur Regelung der Nachfolge wollte von Thadden nun das Patronatsrecht in Anspruch nehmen.

Diese Aktion musste allerdings vertagt werden, und da es keine Einigung mit der Kirche gab, blieb die Stelle des Ortspastors auf weitere Jahre unbesetzt. Außerdem wurden alle Hausandachten und christlichen Zusammenkünfte verboten, später sogar Strafen dafür verfügt. Doch statt der Strafe von fünf Talern brachte von Thadden einen Hammel auf die Polizeistation in Greifenberg. Es waren bunte Zeiten.

Mit der Einsetzung des Pastors Dummert setzte sich der Rittergutsbesitzer erst einmal durch. Dummert nahm selbst an den Hausandachten teil. Der Konflikt mit der Landeskirche aber blieb, auch weil von Thadden nun pommerische Geistliche zu den „Trieglaffer Konferenzen“ einlud. Auf diesen ersten Konferenzen zum Pietismus in Preußen beriet man sich zu Fragen des kirchlichen Lebens.

Nachdem immer mehr Gäste die Konferenzen besuchten, wurde der Bau eines Saales auf der Seeseite des Herrenhauses notwendig und durchgeführt. Was von Thadden jedoch mehr umtrieb, war die Abspaltung der überzeugten Lutheraner von der Landeskirche und die Verfolgung ausgetretener Pastoren und Laien, und das schrieb er auch dem pommerischen Bischof und Generalsuperintendenten Ritschl.

Doch der hatte kein Verständnis. Und die Abspaltungen waren längst greifbar: Unter den Tagelöhnern in den Kreisen Cammin und Greifenberg machte sich der Gedanke breit, auszuwandern – aus Glaubensgründen und aus wirtschaftlichen Gründen, weil sie kein eigenes Land erwerben konnten. Das hatte Folgen für die Gutsbetriebe und für die Erweckungsbewegung. Es war ein Aderlass.

Von Trieglaffs Glaubenskreis zog aber auch viele Persönlichkeiten an: So den Appellationsgerichts-Präsidenten Ludwig von Gerlach, den damaligen Landrat Hans von Kleist-Retzow, den General Leopold von Gerlach, den Landwirt und Politiker Alexander Andrae (der auch für die Innere Mission Pommerns wirkte) und den Missionsdirektor Wangemann.

Bismarck, der hier ein gottesgläubiger Christ geworden sein soll, wurde 1842 in das Trieglaffer Haus eingeführt. Schon früh fiel der redegewandte Mann auf, der nur etwa zehn Kilometer entfernt den Kniephof bewirtschaftete. Seine Lebensliebe war wohl von Thaddens Tochter Marie. Sie blieb wohl nicht ohne Wirkung auf sein Bild von Trieglaff: „Ich fühlte mich bald heimisch in jenem Kreise und empfand ein Wohlsein, wie es mir bisher fremd gewesen war, ein Familienleben, das mich einschloss, fast eine Heimat.“

Von Bedeutung für Bismarck und die Familie von Thadden wurde allerdings der 4. Oktober 1844: An diesem Tag heiratete von Thaddens Tochter Marie Bismarcks Mitschüler von Blanckenburg. Bismarck lernte an diesem Tag Mariens vertrauteste Freundin, Johanna von Puttkamer, kennen. Doch das Feuerwerk geriet bei der Feier außer Kontrolle und sollte halb Trieglaff in Schutt und Asche legen. Diese sogenannten „Feuerhochzeit“ änderte vieles in Trieglaff: Die Familie von Thadden wurde ab 1846 von einer Reihe tragischer Todesfälle heimgesucht. Zunächst starb der 13-jährige Sohn Adolph an einem tückischen Fieber, dann wurde auch Henriette, die Mutter, die alles zusammenhielt, und schließlich Marie vom Tod heimgesucht. Das Herrenhaus war leer.

## Schicksalsschläge in der Familie

Nachfolgend, von 1847 bis 1848, war von Thadden auch politisch aktiv. Er verstand sich als Konservativer. Seine Ansichten veröffentlichte er in Zeitungen. Er polarisierte, wurde gehasst, geliebt, bewundert und verhöhnt – sein Name war zu jener Zeit in aller Munde. Bismarcks Entwicklung zum Realpolitiker stand er allerdings ablehnend gegenüber.

Als dieser 1876 wegen der Angriffe auf seine Person aufrief, die „Kreuzzeitung“ zu boykottieren, distanzieren sich viele Konservative von Bismarck und seiner Politik mit einem Aufruf. Von Thadden war dessen letzter Unterzeichner „mit tiefem Schmerz“.

Zeit seines Lebens und mit Überzeugung für die lutherische Konfession eintretend, sprach er die mahnenden Worte, gleich einer Ahnung: „Wir fürchten, dass uns in der mürben Kirche einmal das ganze Christentum wie ein Aal durch die Hand schlüpfen werde, darum lieben wir den alten lutherischen Dom mit seinen Zacken und Spitzen, darum schätzen wir das alte konkrete Bekenntnis gegenüber einem blauen Dunst, von dem man nicht weiß, was daraus wird.“

## MELDUNGEN

## Löwe Mufasa, Walter und „Vor 80 Jahren“

**Stettin** – Seit dem 13. Januar werden Lebendtransporte von Tieren durch den Zoll und das Stettiner Finanzamt gemeinsam mit Veterinären und dem Grenzschutz bei Garz, Ahlbeck, Lincken und Pomellen kontrolliert. Ursache ist der kürzliche Ausbruch der Maul- und Klauenseuche. TS

**Stargard** – Ein Schäferhund namens „Walter“ ist die „Supernase“ der Polizei. Das musste auch ein Flüchtiger anerkennen, der sich einer Straßenkontrolle der Polizei letztlich zu Fuß entziehen wollte. Trotz schlechter Witterung und Gelände stöberte „Walter“ den Flüchtigen auf. TS

**Penkun** – Am 18. und 19. Januar lud der Penkuner Rassegeflügelzuchtverein zur 46. Randow-Schau ein. Dabei wurden insgesamt 365 Tiere – Tauben, Hühner, Gänse und Enten – gezeigt. Mit der Ausstellung soll auch für Nachwuchs bei den Züchtern gewonnen werden. TS

**Stolp** – Der Bau einer Schnellstraße Stolp-Bütow-Konitz-Bromberg findet immer mehr Befürworter. Neben den Stadträten wurde die Initiative auch aus Wehrkreisen befürwortet. In Reitz, sechs Kilometer von Stolp entfernt, ist ein US-Stützpunkt und in Bromberg ein NATO-Trainingszentrum. TS

**Stralsund** – Der Zoo musste Abschied nehmen. Löwe Mufasa erlag im stolzen Alter von 16 Jahren einem Nierenleiden. Dem Gesetz der Natur sind wir geweiht, heißt es in „König der Löwen“. Das gilt auch für Mufasa, den mächtigen Mähnenträger und Symbol für die lange Tradition der Löwenhaltung im Stralsunder Zoo. Seine ebenfalls betagte Partnerin Lea bewohnt das Gehege nun allein. Der Zoo hält Ausschau nach neuer Gesellschaft, zur Gewährleistung des Artenschutzes. Mufasa bleibt unvergessen. BS



FOTO: HANSESTADT STRALSUND

**Demmin** – Am 18. Januar fand das 20. Pokalturnier der Hansestadt Demmin bei den Freistil-Ringern in der Beermann-Arena statt. Die Demminer Ringer haben eine 70-jährige Vereins-Tradition und pommerische Ringer-Vorbilder: Hans-Dieter Brüchert und Werner Seelenbinder. TS

**Lauenburg** – Die Stadt Lauenburg beschloss auf der letzten Stadtratssitzung mit zwölf Stimmen und acht Enthaltungen die Übernahme des zwei Kilometer nordwestlich von ihr gelegenen Neuendorf. Die Gemeinde mit 13.000 Einwohnern hat Anschluss an die Europastraße 28 und die Bahn Danzig-Stargard. TS

## Vor 80 Jahren: 1945–2025

**Schneidemühl** – Am 24. Januar beschoss die Rote Armee die Dörfer Königsblick und Plöttke. Die Zivilbevölkerung hatte noch keinen Räumungsbefehl erhalten – jetzt floh sie zu Fuß, mit Wagen, Lkw und Zug. Am 26. Januar wurden die Schneidemühler Innenstadt und der Bahnhof angegriffen. TS



Das Schloss Trieglaff im Wandel der Zeit: Bis 1945 im Besitz der Familie von Thadden, hier fanden einst die Missionskonferenzen des Adolf von Thadden statt.

Fotos (2): Archiv und Wikimedia



# „Eine Wunde, die schmerzt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Herzlichen Dank für Ihre mutigen Beiträge in der PAZ. Das trifft auch auf die Berichterstattung zum Wirtschaftsminister Robert Habeck zu“

Hans-Joachim Nehring,  
Neubrandenburg



Ausgabe Nr. 2

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an [redaktion@preussische-allgemeine.de](mailto:redaktion@preussische-allgemeine.de)

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## WAS MAN SELTEN LIEST ZU: VERGANGENHEIT, DIE NICHT VERGEHT (NR. 1)

Die deutsche Geschichte (von 1914 bis 1945) ist eine Wunde, die schmerzt. Das liegt daran, dass man aus der eigenen Geschichte nicht aussteigen kann – so sehr es versucht wird. Hinzu kommt, dass die Geschichtsschreibung sehr stark ideologisch geprägt war und ist. Es geht weniger um das, was tatsächlich geschehen ist, als vielmehr um moralisch-politische Erziehung der Bevölkerung. Dabei bleibt Historisches unterbelichtet. Ein Beispiel: Der britische Historiker Richard Overy hat ausgeführt, dass die Bombardierung deutscher Städte durch die Royal Air Force den Tod von Zivilisten zum Ziel hatte – zerstörte Industrie war Beiwerk. Solches liest man in Deutschland selten.

Warum können nicht auch deutsche Historiker von der Gewalt an Deutschen berichten? Die Angst vor dem „Revisionismus“- und „Revanchismus“-Vorwurf verhindert bei vielen Menschen die Suche nach der ungeteilten historischen Wahrheit. Aber: Niemand hat das Recht, diese uns vorzuenthalten oder uns ihre Zumutungen und ihren Schmerz zu ersparen.

Wolf Wilhelmi, Stutensee

## GEGENSEITIGES VERZEIHEN ZU: RUHELOSES GESTERN (NR. 1)

Mit großem Interesse habe ich den schon lange fälligen Beitrag von René Nehring über die nicht bewältigte Vergangenheit zwischen Deutschland und Polen gelesen. Obwohl Gedenktage in der Regel auch dafür geeignet sind, noch nicht ausgesprochene Probleme der Vergangenheit deutlich oder mindestens deutlicher auszusprechen, blieb der erwähnte Beitrag diese Möglichkeit schuldig.

Während Deutschland sich in den vergangenen Jahrzehnten in aller möglichen Form zu seiner Schuld gegenüber Polen bekannt und dafür entschuldigt hat, fehlt dies bei von polnischer Seite begangenen Unrecht auch nach 80 Jahren noch voll-

kommen. Wenn in gegenseitigen Beziehungen etwas verschwiegen wird, dann fällt die sprichwörtliche Leiche beim Öffnen der Schranktür auch nach Jahrzehnten immer wieder aus dem Schrank. Zu diesen gehören folgende Schwerpunkte: Die Rechtmäßigkeit der Vertreibung der Deutschen aus ihren jahrhundertealten Siedlungsgebieten in Ostpreußen, Pommern und Schlesien.

Hierbei ist die Frage, ob es eine Kollektivschuld gibt, von großer Bedeutung. Die Antwort kann ein eindeutiges Nein sein. Dann ist allerdings eine kollektive Bestrafung, das heißt eine Vertreibung von Personen ohne Prüfung von deren persönlicher Schuld, ein Verbrechen. Für dieses Verbrechen müsste Polen mindestens sein Bedauern zum Ausdruck bringen. Natürlich mit der Bemerkung, dass man an der damals entstandenen Situation heute nichts mehr ändern kann.

Eine ähnliche Verantwortung liegt auch vor im Falle der Terrorbombardierung deutscher Innenstädte mit viel Holz in den Bauten, in denen überwiegend Alte, Frauen und Kinder lebten, durch die Amerikaner und die Engländer. Auch diese Staaten müssten sich für den sinnlosen Tod von Hunderttausenden unschuldigen Menschen entschuldigen. Sie haben es noch immer nicht getan.

Weiterhin erwidern weder die Politiker noch die Medien die aktuelle horrenden Wiedergutmachungsforderung Polens für die Schäden, die im Zweiten Weltkrieg durch Hitlerdeutschland verursacht wurden. In der Erwidierung müsste stehen, dass Polen durch die Vertreibung von Millionen Deutsche in den Besitz von rund 21.900 Quadratkilometern Land mit fruchtbarem Acker und gepflegten Forsten sowie mit Millionen von bewohnbaren Immobilien, Ställen mit Haustieren und landwirtschaftlichen Maschinen gekommen ist, deren heutiger Wert in die Billionen gehen dürfte.

Leider ist unserem Land und seinen Menschen die Fähigkeit zu deutlichen Gegenargumenten verloren gegangen. Durch die begangene beispiellos große Schuld und durch das von oben und von

außen gewünschte Schuldgefühl haben die Deutschen ihre nationale Identität im Wesentlichen verloren. Man brachte dabei die nationale – also patriotische – und die nationalistische Haltung von Menschen durcheinander, betonte, angefangen in den Schulbüchern, die deutsche Schuld in der Geschichte übermäßig und unentwegt, ohne zugleich auch auf die glorreichen Perioden der deutschen Geschichte hinzuweisen.

Im Wesentlichen untersagte man den Menschen, sich als Volk zu benennen, ohne damit als „völkisch“ abgestempelt zu werden. Und kaum wagt man noch, die deutschen Namen der verloren gegangenen Orte und Gebiete zu nennen. So fahren viele Deutsche heute nicht mehr nach Ostpreußen, Hinterpommern oder Schlesien, nach Danzig oder Breslau, sondern nach Polen, nach Gdansk oder Wrocław, ohne dass dies von den Polen gewünscht wäre. Diese benutzen oft die deutschen Namen häufiger als die Deutschen selbst.

Dr. Adam Sonnevend, Rostock

## NACHTEILE EINES GESCHÄFTS ZU: DAS MODERNSTE BUSINESS DES 21. JAHRHUNDERTS (NR. 1)

Der durchaus interessante Artikel beschreibt einige Vorteile, die dieses Vertriebsmodell (Network-Marketing, d. Red.) für Waren und Dienstleistungen attraktiv macht. Meines Erachtens ist die Beschreibung jedoch viel zu einseitig und unvollständig. Neben den dargestellten positiven Faktoren bestehen allerdings auch etliche Risiken. Deren Nennung vermissen ich leider vollständig.

Die viel gepriesene Flexibilität muss von den damit agierenden Personen teuer bezahlt werden. Kranken-, Renten- und gegebenenfalls Arbeitslosenversicherung müssen zu hundert Prozent selbst bezahlt werden. Es gibt keinen Arbeitgeber, der sich an den Beiträgen beteiligt. Oftmals besteht auch keine Verpflichtung, in die gesetzliche Sozialversicherung einzubzahlen. Dies macht sich meistens im weiteren Leben negativ bemerkbar. Die

Struktur dieser Vertriebe wirft noch ein weiteres Risiko auf. Es ist schön, dass die Rekrutierer von neuen Vertriebspartnern an deren Umsätzen teilhaben. Mit zunehmender Ausbreitung entsteht damit ein sogenanntes Schneeballsystem. Die Teilnehmer werden mehr, und der Markt um sie herum wird kleiner.

Als Fazit kann man sagen, dass bei innovativen Angeboten, guter Wirtschaftslage mit hoher Kaufkraft sowie einem frühzeitigen Einstieg die im Artikel beschriebenen Vorteile durchaus nutzbar sind. Wackelt jedoch eine dieser genannten Voraussetzungen oder spielt die eigene Gesundheit nicht mit, dann führen diese Modelle unaufhaltsam in eine persönliche Katastrophe. Ohne Anspruch auf Krankengeld, Arbeitslosengeld, Erwerbsminderungsrente sind so noch mehr Sozialhilfe- und Bürgergeldempfänger vorhanden.

Klaus Reichert, Weilheim

## EISENHOWER VON DER SAAR ZU: DER DRITTE MIT DEUTSCHEN WURZELN (NR. 1)

Mit großem Vergnügen lese ich die geschichtlichen Beiträge in der PAZ. Zu oben genannten Beitrag möchte ich aber doch auf einige Fehler und Verzerrungen bezüglich des früheren US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower hinweisen.

1955 wurde durch Heinz F. Friederichs in seinem genealogischen Werk „Präsident D. Eisenhowers Vorfahren und Verwandte“ erstmals auch auf Heiligkreuzsteinach-Eiterbach im Rhein-Neckar-Kreis als Heimatort der Eisenhauers hingewiesen. Dies wurde gern in dieser Gegend und dem Kreis Bergstraße aufgegriffen, zumal der Name Eisenhauer dort häufig vorkommt. Später einsetzende akribische Forschungen im Saarland und im hessischen Kreis Bergstraße führten zu anderen Ergebnissen. Danach ist die These, Eiterbach sei der Heimatort des Auswanderers, nicht mehr haltbar. Vielmehr wird nun die „Saarland-These“ (Karlsbrunn nahe Forbach) vertreten.

Joachim Jänsch, Wald-Michelbach

ANZEIGE

**Der internationale Bestseller!**  
Weltweit über 1 Million verkaufte Exemplare!



## Das umfassendste Nachschlagewerk über die einzigartigen Heilkräfte der natürlichen Medizin



■ Mit diesem Buch wird erstmals eine deutschsprachige Ausgabe des internationalen Bestsellers der beiden weltbekannten naturheilkundlichen Ärzte und Autoren Michael Murray und Joseph Pizzorno vorgelegt. Das beliebte Nachschlagewerk wurde überarbeitet und um die neuesten und aktuellsten natürlichen Heilmethoden für die gängigsten Erkrankungen ergänzt.

Dieses richtungsweisende Buch ist die perfekte Einführung in die Welt der Naturheilkunde und ein klar strukturierter Leitfaden für die Anwendung der besten natürlichen Heilmittel für alle Arten von Erkrankungen, ob leicht oder schwer.

**Die Enzyklopädie der Naturheilkunde ist ein wertvolles Nachschlagewerk und eine unverzichtbare Lektüre für alle, die ihre Gesundheit verbessern wollen.**

Michael T. Murray & Joseph E. Pizzorno: Die Enzyklopädie der Naturheilkunde  
großformatig gebunden • 1167 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 700

[www.kopp-verlag.de](http://www.kopp-verlag.de)

**Sonderpreis**  
nur **20,-€**  
statt 39,99 €\*

\* Früherer gebundener Ladenpreis

## NORMANDIE

## Schauplatz von Invasionen

Erst kam Cäsar, dann die Normannen, später die Alliierten – Das Gebiet rund um Le Havre fasziniert Eroberer seit der Antike

VON HELGA SCHNEHAGEN

Seit der Eroberung durch Caesar zwischen 58 und 51 v. Chr. über die Landung der Wikinger, der Normannen, im 9. Jahrhundert bis zur anglo-amerikanischen Invasion im Zweiten Weltkrieg war die Normandie immer ein umkämpftes Gebiet.

Im 9. Jahrhundert machten sich die Wikinger auf, fremde Küsten zu erobern. In Frankreich erkannte der König 911 ihre Eroberungen an. Um vor dem unternehmungslustigen Volk Ruhe zu bekommen, gab der Monarch ihm jenes Küstengebiet zum Herzogtum, das man nach den Nordmännern benannte: Normandie. Es entspricht der heutigen Haute-Normandie. Aufgrund ihrer Königstreue erhielten Herzog Robert und sein Sohn bis 933 alle Gebiete, die der gesamten heutigen Normandie entsprechen.

Dabei blieb es nicht. Im Thronfolgestreit um die englische Krone setzte der Normannen-Herzog Wilhelm II., später Wilhelm der Eroberer genannt, nach England über, siegte 1066 in der Schlacht bei Hastings und wurde König von England. Immer wieder sollten englisch-französische Konflikte folgen.

Ein einzigartiges Dokument der Eroberung Englands durch den Herzog der Normandie ist der Teppich von Bayeux. Die 70 Meter lange und 50 Zentimeter hohe Stickerei aus dem 11. Jahrhundert wurde von der UNESCO in das Register des Weltkulturerbes aufgenommen. In Bayeux hat der Teppich ein eigenes Museum. Besucher müssen sich jedoch beeilen. Laut Website ist es vom 1. September 2025 bis voraussichtlich Oktober 2027 wegen Renovierung geschlossen.

Nach dem Aussterben des französischen Königsgeschlechts der Kapetinger 1328 machten die englischen Könige ihrerseits Ansprüche auf den französischen Thron geltend. Das führte zum Hundertjährigen Krieg, in den das Wirken von Jeanne d'Arc fiel, die sich berufen fühlte, Frankreich von der englischen Besatzung zu befreien.

Ihr Engagement bezahlte sie bekanntlich mit dem Leben. Auf dem Marktplatz



Einzigartiges Bilddokument aus der Normandie: Ein Ausschnitt aus dem knapp 70 Meter langen „Teppich von Bayeux“

von Rouen erinnert ein hoch aufragendes schlichtes Kreuz an den Ort, wo die Jungfrau von Orléans am 30. Mai 1431 als Hexe verbrannt wurde. Direkt daneben ist Frankreichs heutiger Nationalheldin eine 1979 erbaute katholische Pfarrkirche aus Glas, Beton und Stahl geweiht. Ihre Form erinnert an ein umgedrehtes Boot – der Wikinger –, ihr eigenwilliges Dach und das der benachbarten Hallen an die Flammen des Scheiterhaufens.

## Bei den hängenden Gärten

Für die ganze Geschichte der später heiliggesprochenen Heldin zieht Rouen im Historial Jeanne d'Arc mit Projektionen, Hologrammen, Klangeffekten und 3D-Abbildungen alle Register. Innerhalb des erzbischöflichen Komplexes der Kathedrale von Rouen gelegen, befindet es sich genau an dem Ort, wo die zwei Prozesse gegen Jeanne stattfanden.

In die Zeit von Ludwig XIV. fällt der Pfälzische Erbfolgekrieg und in diesem Zusammenhang die Seeschlacht von La Hougue im Ärmelkanal vor der Halbinsel Contentin, bei der im Mai 1692 die königliche französische Flotte von der englisch-holländischen Allianz versenkt wurde. Französische Wracks aus dieser Zeit wurden 1990 von einem Taucher entdeckt und 2022 identifiziert. Die daraus geborgenen Funde bilden den Mittelpunkt des kleinen Meeresmuseums auf der Insel Tatihou vor Saint-Vaast-la-Hougue.

Um weitere englische Angriffe auf die Bucht zu verhindern, ließ Ludwig XIV. 1694 durch den Festungsbaumeister Benjamin de Combes auf der Insel Tatihou und dem gegenüberliegenden Hügel von La Hougue nach dem Vorbild von Vauban Festungstürme erbauen. Seit 2008 gehören die beiden Türme zusammen mit elf anderen von und nach Vauban erbauten

Festungen zum UNESCO-Weltkulturerbe. Insgesamt umfasst die Geschichte der Festung drei Jahrhunderte. Zuletzt bezog die deutsche Wehrmacht sie in den Atlantikwall mit ein. Die Bunkeranlagen existieren bis heute.

Seit ihrer touristischen Öffnung 1992 wurde die Insel Tatihou in einen Exotischen Garten am Meer verwandelt. Denn nicht nur die britischen Kanalinseln Jersey und Guernsey profitieren vom feuchtmilden Klima durch den Golfstrom, sondern auch die Küsten der Normandie.

Über Le Havre wacht das Fort de Sainte-Adresse, erbaut Mitte des 19. Jahrhunderts ebenfalls zum Schutz vor Angriffen der Engländer. Im Zweiten Weltkrieg wurde es gleichfalls Teil des Atlantikwalls. Heute steht über dem Festungstor „Les Jardins Suspendus“, übersetzt die hängenden Gärten, was so allerdings nicht ganz stimmt.

Zwar beherbergt die 17 Hektar große Fläche zwischen den vier Bastionen einen Botanischen Garten mit bis zu 5000 Pflanzenarten, doch dieser „hängt“ nicht, sondern liegt nur erhöht. Sein Besuch gleicht einer botanischen Weltreise.

## Erinnerungen an die Gefallenen

Allein schon die Sammlungen der zehn Gewächshäuser um Madagaskarpalme, Ficus, Katzenschwänzchen, Begonien – hiervon allein 450 verschiedene Arten – und Passionsblume sind überwältigend. Sie entführen nicht nur in verschiedene Lebensräume wie Tropen, Feucht- und Trockengebiete oder die Vegetationszonen der Kanaren beziehungsweise der Makaronesischen Inseln vor der afrikanischen Atlantikküste. Sie widmen sich auch speziellen Pflanzenfamilien wie etwa Orchideen und Bromelien, Pfefferpflanzen und Gesneriengewächsen, Epiphyten, die auf anderen Pflanzen wachsen, Grünpflanzen ohne Blüten oder Fleischfressern. Dabei erinnern Schrifttafeln an französische Botaniker, die im 18. und 19. Jahrhundert von Le Havre aus die Welt bereisten.

Garniert wird das Vergnügen mit dem Blick über die Seine-Mündung, das Meer, den Hafen, den Strand und die Stadt. Le Havres historisches Stadtzentrum wurde bei der Invasion 1944 von den Alliierten komplett zerstört und bis 1954 durch eine moderne Musterstadt aus Stahlbeton, geradlinig und standardisiert, ersetzt. Frankreichs Star-Architekt Auguste Perret hatte ein Experiment gewagt und gewonnen. Seit 2005 ist Le Havres Stadtkern im Stil des „strukturellen Klassizismus“ UNESCO-Weltkulturerbe.

Mindestens für eine Ewigkeit, wie sie den ägyptischen Pyramiden beschieden ist, wird der Atlantikwall noch Frankreichs Küste beherrschen. Verhindern konnte er die Invasion nicht. La Cambe, 20 Kilometer westlich von Bayeux, ist mit über 21.000 Gefallenen der größte deutsche Soldatenfriedhof der Normandie. Vor fast dreißig Jahren entstand daneben ein Friedenspark mit über 1200 Ahornbäumen als lebendige Symbole für Frieden und Versöhnung.

## GESANG

## Singen ist gesund!

Lautstarker Vorstoß gegen das Trauma, unmusikalisch zu sein – Die menschliche Stimme ist „Instrument des Jahres 2025“

Geräusche knarrender Treppenstufen, Straßenlärm, Vogelgesang, Sturmesbrausen und sonore Klänge eines Kontrabasses – zur Eröffnung des „Instruments des Jahres 2025“ wehten mancherlei Alltags-töne durch die Räume des Musikinstrumentenmuseums im Staatlichen Institut für Musikforschung in Berlin.

Der Auftakt hätte nicht besser gewählt sein können, geht es doch um die Stimme. Der Berliner Stimmakrobat und Vizeweltmeister im „Beatboxing“, Daniel Mandolini, zeigte dem erstaunten Publikum, wozu eine Stimme fähig sein kann. Wer Lippen, Zunge, Kehle, Gaumen, Muskeln, Knorpel und Stimmblätter trainiert, kann erstaunliche Geräusche damit erzeugen. Perkussiv einsetzend, also vorwiegend durch rhythmische Geräusche, erzeugen „Beatboxer“ so eine unfassbare Fülle an Geräuschen.

Der die Eröffnungsrede haltende Kultursenator Joe Chialo überzeugte mit seiner melodischen Stimme, als er gemeinsam mit der Berliner Jahres-Botschafte-

rin, der Soul-Sängerin Jocelyn B. Smith, zu Gitarrenklängen Cat Stevens' „Morning has broken“ anstimmte, und alle Anwesenden sangen mit.

Die Landesmusikräte von 14 Bundesländern wählen seit 2008 jeweils ein Instrument des Jahres und einigten sich diesmal, nach der Tuba im letzten Jahr,

auf „Die Stimme“. Dieser Klangerzeuger ist besonders niedrigschwellig im Hinblick auf die Ausübung. Zahlreiche Veranstaltungen werden, abhängig vom jeweiligen Bundesland, folgen. Höhepunkt ist der Berliner Chortreff vom 3. bis 5. Oktober, zu dem sich landesweit Chorgruppen anmelden können.

Auch Tiere verfügen über Stimmen, man denke an Vögel und die weitreichenden Walgesänge. Dass selbst Instrumente der menschlichen Stimme nacheifern, so die „Vox humana“ im Orgelregister, wie die Direktorin des Berliner Instituts für Musikforschung Rebecca Wolf erklärte, dürfte wenigen bekannt sein.

„Jeder kann singen“, ermunterte der Musikwissenschaftler Gunter Kreutz, Autor des Buches „Warum Singen glücklich macht“, und verwies darauf, dass Deutschland das Land mit der höchsten Gesangs-Traumatisierung sei, da zu viele zu hören bekämen, sie seien unmusikalisch. Dabei hätte Singen nachweislich eine gesundheitsfördernde Wirkung und musikalische Alltagskultur müsse von Kindheitsbeinen an gefördert werden. Daraufhin holte Jocelyn B. Smith die Anwesenden spontan auf die Bühne, um das Lied „What we're doing here“ zu singen, was bei vielen Gänsehautmomente erzeugte.

Befremdlich wirkt dagegen die neue Landesmusikrats-Initiative „Berlin schläft ein“. Denn vieles kann man den Berlinern vorwerfen, aber nicht, dass sie verschlafen wären. Dabei fordert der Rat mit der Initiative nur dazu auf: „Schickt uns eure Schlaflieder!“ Der Veranstalter möchte solche aus allen Kulturkreisen, musikalischen Stilen und Sprachen sammeln und archivieren. Wer Lust hat, kann mitmachen und seine, auch selbsterfundene, Einschlaflieder einsenden.

„Wo man singet, lass dich ruhig nieder, Bösewichter haben keine Lieder“, ließ der deutsche Dichter Johann Gottfried Seume (1763–1810) dereinst wissen. In diesem Sinne lässt die Stimme als Instrument des Jahres auf ein Jahr voller Harmonie hoffen.

Silvia Friedrich



Trio mit Politiker: Jocelyn B. Smith (l.) und Kultursenator Joe Chialo (M.) singen

## ● FÜR SIE GELESEN

## Ein Leben mit Selbstzweifeln

Julia Ames ist Hausfrau, Mutter und Bibliothekarin. Keiner merkt ihr die Jahre des Selbstzweifels und der Desorientierung an. Der Bestand ihrer langjährigen Ehe ist nur ihrem Mann Mark zu verdanken, der sehr tolerant und geduldig mit ihren Launen umgegangen ist. Ihren Sohn Ben liebt sie abgöttisch. Sie will nicht den Fehler ihrer Mutter begehen, die Julia als Kind vernachlässigt hatte. Der Vater war schon früh weggegangen. Aus dieser Vergangenheit hat Julia ihre Unsicherheit mit in ihr Leben als Erwachsene genommen. Sie mag wenig Menschen um sich haben. Nur Helen, eine Zufallsbekanntschaft, findet einen Weg, Julia emotional zu unterstützen.

Claire Lombardo schildert in ihrem Roman „Genau so wie es immer war“ in der Gegenwart und in Rückblicken die Gedanken ihrer Romanheldin Julia. Sie schildert ausführlich, was Julia denkt und fühlt. Vermutlich liegt die Ursache für ihre Zweifel an der Kindheit. Besonders für Frauen, die gern Anteil an Emotionen nehmen, ist dieser Roman geeignet. Wer lieber Spannendes lesen möchte, für den ist die Geschichte zu ausführlich, verwunderlich, und es ist teilweise anstrengend zu lesen, worüber Julia sich andauernd Sorgen macht. *Angela Selke*



Claire Lombardo; „Genau so wie es immer war“, dtv Verlag, München 2024, gebunden, 719 Seiten, 26 Euro

## Mord im Skigebiet

In dem wunderschönen Skigebiet in Åre im Norden Schwedens ereignet sich ein grauenhafter Mord in dem ortsansässigen Nobelhotel. Die berühmte-berühmte Immobilienentwicklerin Charlotte Wretling wurde nachts in ihrem Hotelzimmer regelrecht abgeschlachtet. Selbst die Ermittlerin Hanna Ahlander wird blass.

Das kann nur jemand getan haben, der Wretling gehasst hat. Diese hielt sich gerade in dem Gebiet auf, um ein leerstehendes altes Hotel aufzukaufen und an dessen Stelle ein neues exklusiveres zu bauen. Das war nicht nur den Anwohnern ein Dorn im Auge, sondern auch den bisherigen Hotelbesitzern. Es beginnt die schwierige Suche nach dem Mörder. Die Ermittler sind zu wenig und bald erschöpft. „Blutbuße“ ist der dritte Teil der Polarkreis-Reihe von Viveca Sten. Es sind Krimis, die man gern in einem Rutsch durchlesen möchte. Die Geschehnisse werden anschaulich beschrieben, die Handlung ist äußerst spannend.

Sten ist Juristin und aktuell eine der bekanntesten schwedischen Krimiautorinnen. Ihre bisherigen Romane wurden verfilmt und in 24 Sprachen übersetzt. A.S.



Viveca Sten: „Blutbuße“, dtv Verlag, München 2024, gebunden, 523 Seiten, 22 Euro

## REISEFÜHRER DER WOCHE



## Das Gute liegt so nah

Pittoresk, Romantisch und Lebendig – „Unterwegs durchs unbekannte Deutschland“ zeigt Reiseziele auch jenseits der touristischen Höhepunkte

Deutschland von Norden nach Süden gegliedert – so ist der brandaktuelle Reise-Bildband „Unterwegs durchs unbekannte Deutschland“ aus dem Kunth-Verlag aufgebaut. Die beschriebenen Ziele sind nach Bundesländern unter-

gliedert. Auf einer Übersichtskarte zu Beginn sind zwar zwölf touristische Höhepunkte eingezeichnet, doch in den anschließenden, reich bebilderten Kapiteln werden auch kleinere, unbekanntere Orte beschrieben. MRK



„Unterwegs durchs unbekannte Deutschland. Das große Reisebuch“, Kunth Verlag, Ostfildern 2025, flexibler Einband, 303 Seiten, 29,95 Euro

## RUSSLANDPOLITIK

## Die Geschichte einer Entgleisung

Äußerst spannend schildert der Historiker Bastian Matteo Scianno die deutsch-russischen Beziehungen seit dem Ende der Sowjetunion

VON DIRK KLOSE

Die deutsche Politik gegenüber Russland war immer von extremen Schwankungen begleitet. Neben dem Wunsch nach Zusammenarbeit und Partnerschaft bestanden immer auch erhebliche Ressentiments. Das ist seit der „Wende“ nicht anders, wie die gründliche Studie des Potsdamer Historikers Bastian Matteo Scianno am Beispiel der Politik der letzten vier Kanzler zeigt. Mit Blick auf den „Sonderzug“ im Titel muss man heute wohl sagen, dass dieser entgleist und schwer nur wieder aufs Gleis zu heben ist.

Wer etwas Sinn für und Interesse an der großen Politik hat, findet in diesem Buch, das fast Monat für Monat die Politik gegenüber Russland in Abstimmung mit EU und NATO und vor allem dem wichtigsten Verbündeten in Washington aufrollt, eine hochspannende Lektüre. Es sind die Krisenherde, die wir seit Langem kennen: NATO-Osterweiterung, Ukraine, Baltikum, Georgien, NordStream 2, Abrüstung und viele andere, welche die deutsche Politik stets in Atem hielten.

Helmut Kohl stand Boris Jelzin gegenüber, was irgendwie leichter war. Trotzdem: Seine aus tiefer historischer Kenntnis kommenden Aussagen und Urteile wirken richtig. Gerhard Schröders Männerfreundschaft mit Putin übersah alle warnenden Blinklichter zu dessen immer autoritärem Führungsstil. Angela Merkel war unermüdlich bestrebt, Partnerschaft mit Russland und westliche Härte zu verbind-

den, wozu auch ihr Festhalten an Nord Stream 2 gehörte. Bundeskanzler Olaf Scholz blieb nur noch ein illusionsloses, bis jetzt trotz allem überlegtes Handeln.

Schlagworte wie „Wandel durch Handel“ oder „Wandel durch Annäherung“ prägen viele Jahre, die sich unter Merkel zeitweise noch zu „Wandel durch Verflechtung“ steigerten, was nicht zuletzt von ihrem Außenminister Frank-Walter Steinmeier forciert wurde. Die Hoffnung, nach den Jahren der Ost-West-Konfrontation die vielzitierte „Friedensdividende“ einfahren zu können, war übermächtig. Dazu kam die sträfliche Vernachlässigung der Bundeswehr.

Russland war auch nach dem Ende der Sowjetunion „Paranoia und Einkreisungsangst“ nie losgeworden; Putin instrumentalisierte sie geschickt für seine immer skrupellose Politik. Hierauf geht der Autor nur wenig ein. Die Bundesrepublik hätte, so sagt es der Autor am Ende, aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts einen Kurswechsel vorantreiben können; stattdessen sei die „Utopie der Verflechtung alternativlos weiterverfolgt“ worden.



Bastian Matteo Scianno: „Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990“, C.H.Beck Verlag, München 2024, gebunden, 720 Seiten, 34 Euro

## MEDIZIN

## Schädliche Angst überwinden lernen

Der prominente Mediziner Dietrich Grönemeyer zeigt Wege, mit großen Belastungen umzugehen und zu innerer Größe zu finden

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Kriege, wirtschaftliche Unsicherheit, Sorgen um die Gesundheit und Stress rauben uns zunehmend die Lebensfreude. Gesundheitsgefährdende Angststörungen treten häufiger auf.

Anlässlich dieser Entwicklung meldet sich Dietrich Grönemeyer mit einer Buchveröffentlichung zu Wort. Der Professor ist emeritierter Lehrstuhlinhaber für Radiologie und Mikrotherapie an der Universität Witten/Herdecke und engagierter Verfechter einer „Weltmedizin“, die als ganzheitliche Heilkunst Natur- und Schulmedizin, die psychosomatisch-soziale sowie die HighTech- und Umweltmedizin integriert. In seinem Buch „Leben ohne Angst. Wie wir in schwierigen Zeiten innere Stärke und Zuversicht finden“ zeigt er Möglichkeiten auf, um Hoffnung, Selbstwirksamkeit und Lebensfreude zurückzugewinnen, wenn Ängste überhandnehmen und daraus resultierend Belastungsstörungen für Körper, Geist und Seele auftreten.

## Drei Teile in einem

Grönemeyer schöpft aus seiner langjährigen medizinischen Expertise und bringt in lebhafter Erzählung immer wieder seine persönlichen Erfahrungen ein. Es geht in dem Buch nicht um die Bekämpfung der Angst an sich, denn Angst ist eine natürliche Emotion, die im Alltag in verschiedenen Situationen wirksam wird. Jedoch ist Angst auch ein „schwarzes

Schaff“ der Emotionen, wie es der Autor bildhaft ausdrückt. Nur allzu leicht beherrscht sie das Leben durch einschränkende Verhaltensmuster, Unruhe sowie Schlafstörungen und kann schwere, stressbedingte körperliche Erkrankungen auslösen. Auch Psychotherapeuten wissen: Es gibt keine Grenze zwischen Körper und Seele. Um aus dem „Angstzirkus“ herauszukommen sei es wichtig, sich mutig damit auseinanderzusetzen, so Grönemeyer. Damit wir wieder positiv denken, heiter bleiben und das Leben in vollen Zügen genießen können.

Der Inhalt ist übersichtlich strukturiert. Im ersten Teil „Diagnose“ wird erläutert, was Angst mit uns macht („Angst ist Chemie“). In Teil II geht es um Ursachen, in Teil III um Therapien. Das letzte Kapitel enthält „Fakten, Tipps und Anti-Angst-Hacks“. Durch die einfühlsame Herangehensweise des Wissenschaftlers ist das Buch spannend und mitunter auch erfrischend zu lesen. Das Buch ist ebenso aufschlussreich, klar strukturiert wie zugleich bildend, und auch für medizinische sowie psychologische Laien gut verständlich.



Dietrich Grönemeyer: „Leben ohne Angst. Wie wir in schwierigen Zeiten innere Stärke und Zuversicht finden“, Ludwig Verlag München, 2024, gebunden, 272 Seiten, 22 Euro

## INS NÖRDLICHE OSTPREUSSEN

## Auf die Reise, fertig, los ...

Ein ebenso emotionaler wie aufregender und informativer Reisebericht ins heutige Ostpreußen, Teil 1

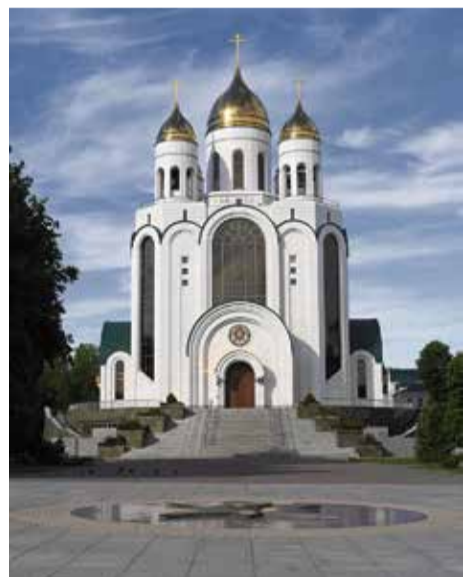
VON HELENE HAUPT  
UND UTE POEPEL

Am 6. Juni war es endlich soweit – wir starten unsere Reise ins Nördliche Ostpreußen. Voraus gingen dem Vorhaben lange Überlegungen und gemischte Gefühle angesichts der sehr angespannten geopolitischen Lage. Was würde uns erwarten? Was hat sich verändert? Immerhin lag unsere letzte Reise nach Königsberg schon vier Jahre zurück, damals, als es noch keinen Ukrainekrieg gab. So schwankten die Gedanken innerhalb unserer kleinen Reisegruppe im Vorfeld hin und her. Und noch am ersten Tag unserer Zusammenkunft in Danzig, von wo am Folgetag unser gemeinsamer Grenzgang in die Oblast Königsberg erfolgen sollte, war es noch ebenso.

**Grenzübertritt mit etwas Nervosität**

Alle Bedenken lösten sich dann aber rasch im sprichwörtlichen blauen Himmel Ostpreußens auf. Unser Transfer mit einem komfortablen Sprinter-Bus und das Passieren der Grenze erfolgte, abgesehen von einer Verzögerung auf polnischer Seite, ziemlich reibungslos. In Königsberg in Empfang genommen wurden wir dann von Eduard Politiko, Chef des Adebar-Reiseteams, über den wir diese Reise gebucht hatten. Gemeinsam haben wir dann den obligatorischen Geldwechsel – mitgebrachte US-Dollar in Rubel – hinter uns gebracht und unser Quartier für die kommenden drei Nächte bezogen. Dieses entpuppte sich als eine sehr gute Wahl, denn in dieser modernen und ebenso gemütlichen Familienpension Klaudia im alten Stadtteil Rothenstein mit noch vorhandener alter Bausubstanz, kleinen Gärten und Geschäften fühlten wir uns sofort gut aufgehoben.

Des Weiteren verlief unser erster Abend in Königsberg so, dass wir nach einem gemeinsamen Abendessen in dem zurzeit sehr angesagten Restaurant Britanica und in Begleitung der Familie Politiko nebst Enkelkind einen ausgedehnten Bummel am Königsberger Dom, auf der Kneip-Insel, im dem Fischdorf und vieles



Die russisch-orthodoxe Christ-Erlöser-Kathedrale in Königsberg

mehr unternahmen. Es war wirklich sehr schön, für Stunden an diesem entspannten Sommerabend-Flair mit flanierenden Besuchern und kleinen Musik-Gruppen teilhaben zu können. Ein schöner Ausklang unseres ersten Tages in der wunderschönen Hauptstadt Ostpreußens Königsberg.

**Reiserouten im Königsberger Gebiet**

Für die nächsten Tage galt es viele individuelle Wünsche der Reisetilnehmer unter einen Hut zu bringen: Besichtigungs-

Das Haus der Räte, auch Haus der Sowjets genannt ist schon aufgrund seiner unstrittig hässlichen Optik und Architektur ein Schandfleck für Königsberg. Dazu ist seine Statik instabil, was seinen Abriss umso dringender macht *Bild: Wikimedia*

wünsche im modernen Königsberg, dem historischen Königsberg, einige Tage Erholung an der Küste und dazwischen jede Menge Spurensuche, Heimatort-Besuche in der grünen ostpreußischen Provinz, um hier nur einige wenige Wünsche zu nennen. Politiko hat daraus für uns sehr schöne Tagestouren zusammengestellt: Neun Übernachtungen mit wenigen Hotelwechseln, aber dafür Muße zum Verweilen an allen uns wichtigen Orten.

Die folgenden zwei Tage verliefen angelehnt an das Programm, das unter dem Link [www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/studienreisen/kurzreise-kaliningrad](http://www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/studienreisen/kurzreise-kaliningrad) zu finden ist. Was uns besonders ins Auge fiel: Der lang diskutierte Rückbau des Rätehauses, dem scheinbar ewigen Negativ-Wahrzeichen der Stadt Königsberg, findet sichtbar statt. Errichtet auf dem Burggraben der 1967 gesprengten Königsberger Schlossruine entsteht hier nun Platz für Neues. Hierzu soll es Überlegungen zum Wiederaufbau eines Teils des alten Schlosses, insbesondere des Westflügels geben. Wegen der aktuellen politischen Situation ruhen diese zurzeit allerdings.

Im Gürtel der Stadt und auch im Stadtzentrum findet eine rege Bautätigkeit statt. Alte Häuser werden hergerichtet, viele Neubauten entstehen. Angenehm aufgefallen ist uns auch die vor einigen Jahren neu begründete Anlage des Otto-Lasch-Bunkers. Eine umzäunte unspektakuläre kleine Anlage mit informativen Stelltafeln. Im Bunker selbst eine originalgetreue Darstellung der Einrichtung und der Kommando-Situation. Interessant ebenso die zahlreichen Museen wie beispielsweise das Museum der Weltmeere, worauf hier allerdings aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden kann. Eine Anmerkung sei aber an dieser Stelle noch erlaubt: Bereits im Jahr 2020 wurde Königsberg von tripadvisor und „Stern“ zur Nr. 1 der „Top Ten“ der aufstrebenden touristischen Zentren gekürt. Dies ist aktuell nicht mehr zu übersehen.

**Junge Reise-Impressionen**

Der jüngste Teilnehmer unserer Reisegruppe, Marvin, der leider aus beruflichen Gründen nicht an der kompletten Reise teilnehmen konnte, notierte zu seinen Impressionen in Königsberg Folgendes:

„Am 12. Juni, dem Tag meiner Abreise, begab ich mich ins Stadtzentrum von Königsberg, genauer gesagt an das Westufer des Oberteichs, um dort den Feierlichkei-

ten zum Russlandtag beizuwohnen. Angesichts des einige Wochen zuvor erfolgten Terroranschlags bei Moskau galten auch hier verschärfte Sicherheitsmaßnahmen, was jedoch der fröhlichen Stimmung der Besucher keinen Abbruch tat. Während von der Hauptbühne russische Lieder erklangen, konnte man sich an zahlreichen aufgebauten Ständen mit den Gebräuchen und teilweise auch den kulinarischen Spezialitäten verschiedener Völker Russlands vertraut machen. Auch wenn es mir so schien, als sei nicht die Asiatin in ihrer bunten Tracht oder der kosakische Schwerttänzer, sondern ich, der Deutsche aus Berlin mit dem Rollenkoffer, hier der Exot. Ich führte das ein oder andere freundliche Gespräch, genoss neben der Musik und dem Bühnenprogramm ein Schälchen kalten litauischen Borschtsch und machte mich dann am frühen Nachmittag auf den Weg zur Bushaltestelle am Hauptbahnhof, um von dort meine Rückfahrt nach Gdansk anzutreten.“

Der absolute Kontrast zu diesem stillen Verfall dann in Palmnicken. Hier ist die Umwandlung in einen gepflegten modernen Badeort gelungen, ohne zu viel Altes zu zerstören. Eine gepflegte Hotellerie, eine wunderbare Parkanlage mit abgestuften Treppen hinab zum berühmten breiten Sandstrand und schöne Strandcafés inmitten des grünen Baumbestandes.

**Ein Ausflug ins Samland**

Der zweite Tag war dann der Kurischen Nehrung vorbehalten. Sehr ange-



Das malerische Fischerdorf bei Königsberg

nehmen aufgefallen ist uns bei Rossitten auf der Haffseite die sehr schöne Parkanlage mit dem Hotel Altrimo. Eine Top-Adresse auch für einen entspannten Urlaub mit kleinen Kindern. Auf der Seeseite ist eine großzügige Aussichtsplattform mit einem kleinen Café angelegt worden. Ein wunderbarer Platz, um entspannt einen Kaffee zu genießen.

Ansonsten ist die Kurische Nehrung leider sehr ruhig geworden und deutlich viel belebter als zu Zeiten, als auch der Grenzübergang zur Republik Litauen

noch geöffnet war. Unzählige Autos, kleine und große Reisebusse säumen die eher schmale Nehrungsstraße an den Besichtigungsorten. Vor den sich aneinanderreihenden Bernsteinhütten und Ständen große Ansammlungen kaufwilliger Touristen, zumeist aus Zentralrussland. Für Souvenir-Freunde war die Nehrung allerdings eine wahre Fundgrube.

**Exkursionen im grünen Hinterland**

Der dritte Tag war dem Kreis Labiau mit seinen zahlreichen Wasserstraßen und ausgedehnten Wäldern auf der Landseite am Kurischen Haff gewidmet. Welcher wohlthuende Kontrast zu der quirligen Szenerie an der Küste! Erholend auf dem Weg nach Gilge die Fahrt durch die stille und sich selbst überlassene Landschaft entlang des Großen Friedrichsgrabens.

In Gilge dann die von uns mit Spannung erwartete Bootstour durch das „Ostpreußische Venedig“. Bei leider etwas bedecktem Himmel schipperten wir für rund drei Stunden über die Gilge, den Nemonienstrom, die Laukne und die Timber. Wie auch auf unseren früheren Exkursionen hier eine atemberaubend stille und endlos scheinende Wasserlandschaft. Wer mag sich noch erinnern, welches Treiben sich hier vor Flucht und Vertreibung abspielte.

Aus der Elchniederung und den Dörfern des Großen Mossbruches wurden mit Lastkähnen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis zum Markt nach Labiau oder gar bis Königsberg transportiert. Am Ufer der Moorkolonie Franzrode erinnert heute nur noch die steinerne Rampe für die Lastkähne an das dahintergelegene Kaufhaus Schipporeit, heute gelegentlich von Anglern genutzt. Vom Timber-Krug an der Einmündung der Laukne in die Timber und dem Elch-Krug am Wasserkreuz Nemonienstrom/Großer Friedrichsgraben in Nemonien keine Spuren mehr außer in der Erinnerung.

Von der Schenkendorfer Brücke, wo einst ein berühmter Krug und eine kleine Badeanstalt zum Schwimmen in der Laukne einlud, bleibt noch die zerstörte Brücke. Über diese legten früher die Kinder aus den Moosbruch-Kolonien ihre täglichen Schulwege nach Laukn zurück. Eine stille, unwirklich archaisch anmutende Wasserwelt – irgendwie ist es der Zeit gelungen hier stehen zu bleiben.

**Früher ruhig, heute quirlig**

Zurück wieder auf sicherem Boden in Gilge dann das krasse Gegenteil. Das ehemals verträumte Fischerdörfchen Gilge, bis vor einigen Jahren noch bekannt durch das Gasthaus von Leni Ehrlich, ist inzwischen zu einem quirligen russischen Feriendorf angewachsen. Vor allem am südlichen Ufer mit eingezäunten respektablen privaten Ferienhäusern, kleinen Hotels, Gastronomie und vielem mehr gesäumt. Die Hauptattraktion hier ist das „Fischdorf“, eine weitläufige Anlage mit Restaurant, Hotel und Bootsverleih. Hier stärkten wir uns nach unserer Bootstour mit einem für die Gegend doch eher untypischen Burger.

Weitere Stationen an diesem Tag waren die ehemalige Brauerei Arthur Blankenstein in Labiau und die Alte Dorfschule in Waldwinkel. Beides sind integrale Bestandteile des Ökotourismus-Projektes „Von Küste zu Küste“ (weitere Infos unter [www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/neue-projekte/alte-dorfschule](http://www.nordostpreussen-und-baltikum-reisen.com/neue-projekte/alte-dorfschule)).

● **Nächste Woche:** Der zweite Teil der Reise durchs heutige Ostpreußen, die unter anderem ans Memelufer, in die Elchniederung oder nach Cranz und Tilsit führt.

● **AUFGESCHNAPPT**

Während sich in den Bundesministerien immer mehr Mitarbeiter tummeln, erscheinen sie immer lückenhafter zum Dienst. Grund: ein weit überdurchschnittlicher Krankenstand. Fehlten Deutschlands Arbeitnehmer 2023 im Schnitt 15 Tage pro Jahr wegen Krankheit, blieben die Mitarbeiter in den Ministerien und nachgeordneten Behörden der Bundesregierung 21 Tage aus gesundheitlichen Gründen zu Hause. Spitzenreiter war der Stab der Staatsministerin für Kultur im Kanzleramt, Claudia Roth (Grüne). Deren Mitarbeiter fehlten im Schnitt 27 Tage im Jahr, fast fünfeinhalb Arbeitswochen. Dies berichtet das Magazin „Business Insider“. Die Daten verblüffen umso mehr, als die Regierung Scholz die Zahl der Beamten bei der Bundesregierung um mehr als 1600 auf gut 22.000 erhöht hat. Daher scheint es sich beim hohen Krankenstand kaum um die Folge von Überarbeitung zu handeln. Eher keimt die Vermutung auf, dass es wegen Überbesetzung möglich ist, ohne spürbare Folgen für den Arbeitsablauf ein paar Tage mehr zu fehlen. H.H.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Thomas Tuma mahnt im „Focus“ (21. Januar) die deutsche Politik, den Schnellstart der neuen Trump-Regierung als Weckruf zu verstehen:

„Der 78-Jährige tut immerhin etwas, wo deutsche Spitzenpolitik lieber reflexhaft auf Brüssel, Bürokratie oder mangelndes Geld verweist, um bitteschön alles beim Alten zu lassen. 2029 wird Trumps zweite Amtszeit zu Ende gehen. Wenn in Deutschland jetzt nicht ähnlich radikal gedacht wird, erleben wir im gleichen Jahr eine Bundestagswahl, gegen die Trumps Ära wie Weißwurstessen im Sauerland wirkt. Vielleicht ist der Mann gar keine Bedrohung, sondern ein Weckruf.“

Stefan Aust beschreibt in der „Welt“ (15. Januar) die propagandistische Wirkweise von Robert Habeck:

„Er (Habeck, d. Red.) hat alle Fähigkeiten eines von sich selbst und seiner heiligen Mission durchdrungen Sektenpredigers, der die Wärmepumpe verkauft wie das ewige Leben, der den Teufel CO<sub>2</sub> cool verdammt wie den Satan selbst. Und da hilft natürlich nur die CO<sub>2</sub>-Abgabe gegen die Klima-Apokalypse wie der Ablass gegen die Sündenstrafe im Fegefeuer. Das Mittelalter ist noch nicht zu Ende.“

Die Ökonomin und Wirtschaftsweisse Veronika Grimm äußert gegenüber „zdfheute.de“ (15. Januar) über Habecks Idee, Kapitalerträge mit Sozialabgaben zu belasten:

„Der Vorschlag macht keinen Sinn. Dies würde insbesondere jene belasten, die ihr Einkommen regelmäßig sparen und investieren, um langfristig Vermögen aufzubauen, beispielsweise für die Altersvorsorge.“

Auch Caren Miosga bringt in ihrer ARD-Sendung (19. Januar) im Gespräch mit Annalena Baerbock ihre Kritik an Habeck deutlich zum Ausdruck:

„Ist das inzwischen ein Markenzeichen von Robert Habeck, dass er mit unausgegorenen Vorschlägen rausgeht und hinterher dann da steht und sagt, ach, ich weiß es auch nicht, dann müssen es wohl Bürgerräte entscheiden?“

Die deutsch-russische Doppelstaatlerin Liudmila Kotlyarova, seit vielen Jahren in Berlin lebend, berichtet in der „Berliner Zeitung“ (18. Januar) von ihren Erfahrungen in Russland auf einer Reise dieser Tage:

„Viele Russen erleben die Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen generell wie eine Naturkatastrophe, nicht von Menschen gemacht, eher wie das Resultat eines Erdbebens. Das macht das Desaster womöglich emotional erträglicher.“

● **WORT DER WOCHE**

„Wir haben in den Vereinigten Staaten von Amerika kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Diese Ausgaben sind außer Kontrolle geraten.“

Scott Bessent, neuer US-Finanzminister, fasste am 16. Januar kurz vor seiner Amtseinführung auf X zusammen, was viele auch für Deutschlands eigentliches Finanzproblem halten

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Es lichtet sich

Wie Habeck in den Graben geritten ist, und wie falsch wir das Grundgesetz verstanden haben

VON HANS HECKEL

Sie haben es wieder getan: Die Grünen haben es zu einer eigenen Kunstform entwickelt, einen verblüffend erfolgreichen Wahlkampf mit einer einzigen dämlichen Idee in den Graben zu reiten. Märchenonkel Robert Habeck hatte es, artig assistiert von grünfreundlichen Medien, geschafft, sich das Ampeldesaster gleichsam vollständig von den Schultern zu streifen. Gefühlig-nebelhaft setzte er ganz auf die weiche „Ich bin der Robert“-Masche – und kam damit blendend durch.

Alles in Butter, wäre er dabei geblieben. Doch dann plaudert Habeck plötzlich von Sozialabgaben auf Kapitalerträge im Tonfall von „Och, finde eigentlich ... und hab da mal so 'ne Idee“, ohne sagen zu wollen, wen es treffen soll und wie viel das die Bürger kosten wird, wenn es durchkommt. Große Aufregung war die Folge.

Das passiert der Partei nicht zum ersten Mal. 2013 sah auch alles blendend aus für die Grünen. Da veröffentlichte Renate Künast ihren Plan, in Kantinen einen Tag zu bestimmen, an dem es nur vegetarische Mahlzeiten geben darf, der „Veggie-Day“ war geboren – und flog den grünen Wahlkämpfern links und rechts um die Ohren.

Wie heute hatten die Partei-Oberen danach alle Hände voll zu tun, den Mist wieder einzufangen. Damals hieß es, das sei ja nur als Empfehlung gedacht. Nach Habecks Attacke auf Ersparnisse und private Daseinsvorsorge schwurbeln die Grünen nun, das treffe ja nur die „ganz Reichen“. Sie weigern sich aber standhaft, zu verraten, wen sie darunter verstehen. Das eiserne Schweigen wird schon Gründe haben, denkt sich der Bürger, und das dürften keine netten sein.

Aber warum bloß machen die Grünen nicht Klarschiff und nennen die „Zahl“, die alle hören wollen, sprich: die Höhe des Freibetrags, den sie anpeilen? Ganz einfach: Weil sie diese „Zahl“ nicht nennen können, ohne alles noch schlimmer zu machen. Ist die Grenze nämlich zu hoch angesetzt, bringt das Ganze nichts. Wirklich „Reiche“ gibt es wenige. Und die wenigen haben zudem Möglichkeiten, sich der Abgabe zu entziehen, etwa durch Auswanderung oder durch ein Firmenkonstrukt. Setzt man den Freibetrag aber niedrig genug an, dass auch wirklich was reinkommt, trifft es eben doch die breite Masse der Kleinanleger. Klappe zu, Affe tot!

Immerhin bliebe die Beamtenschaft ungeschoren, bekanntlich eine Hochburg des grünen Wählerpotentials. Oder?

Mochte man zunächst meinen, doch nun mischte sich Katrin Göring-Eckardt in die verunglückte Debatte und tat, was sie am besten kann: den Schaden vergrößern. Das mit den Sozialabgaben auf Kapitalerträge sei ja nur ein Element des Projekts einer allgemeinen „Bürgerversicherung“, flötete „KGE“ ins Mikro – wie immer, ohne zu ahnen, was sie da abgelassen hat. Denn dieses Projekt sieht vor, dass alle, also auch Selbstständige und Beamte, in die gesetzliche Rente einzahlen, wodurch es mit den guten Beamtenpensionen wohl vorbei wäre. Ob grün gesinnte Staatsdiener sich auf diese Aussicht freuen?

Überhaupt, wenn wir „KGE“ nicht hätten! In ihrer ungestümen Schlichtheit erlaubt sie uns wie kaum ein zweiter einen unverstellten Blick darauf, was die Grünen wirklich umtreibt. Und auf das, was sie vollkommen kalt lässt. So ließ sie ein verblüfftes Fernsehpublikum wissen, dass das Thema Migration mit dem Alltag der Menschen in Deutschland „verdammt wenig“ zu tun habe.

## Wehe dem, der zweifelt

Damit hat sie uns zweierlei mitgeteilt: Mit Göring-Eckardts Alltag hat das Thema Migration tatsächlich „verdammt wenig“ zu tun. Sie lebt nicht in den Gegenden, in denen Migranten wie indigene Deutsche mit den Folgen knallhart konfrontiert sind und irgendwie damit umgehen müssen. Zudem gibt sie zur Kenntnis, dass es die Grünen und deren Gesinnungsgenossen sind, die zu bestimmen haben, was in diesem Land ein „Thema“ ist und was nicht. Sonst niemand, schon gar nicht der Pöbel da draußen.

Deshalb ist es ja so ärgerlich, wenn sich reichweitenstarke Leute wie Elon Musk in deutsche Debatten einmischen und in sozialen Medien jeder Hans und Franz drauflosreden kann, ohne dass regierungsnahen „woken“ Kontrolleure eine sorgsame Zensur vornehmen. Wie schlimm es schon steht, hat der Vizechef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sinan Selen, kürzlich herausgestellt. In „Politik & wir“, dem Twitch-Format des Senders rbb, warnt er eindringlich vor Desinformationskampagnen im Netz. Diese würden etwas „mit der Demokratie machen ... weil demokratische Entscheidungsprozesse oder die Nachrichtenvermittlung, wie sie stattfindet, beispielsweise im öffentlich-

rechtlichen Rundfunk, in Zweifel gezogen werden“. Wir haben richtig gehört: Wer die Nachrichtenvermittlung der staatlichen Sendeanstalten in Zweifel zieht, der ist dermaßen gefährlich, dass sich sogar die Spitze des Inlandsgeheimdienstes mit ihm beschäftigt. Überlegen Sie es sich künftig dreimal, ob Sie im Internet Zweifel an der „Tagesschau“ zu äußern wagen.

Bei Musk kam ja noch dazu, dass er nicht mal EU-Bürger ist, weshalb, wie berichtet, sogar die Brüsseler Bürokratie eine Kompanie von 150 Mann antreten ließ, um das Gespräch mit Alice Weidel zu überwachen. Von unstatthafter „Einnischung“ war die Rede. Aber was heißt das überhaupt? Kriegt auch der Chef der norwegischen Sozialdemokraten was zwischen die Hörner, wenn er den Deutschen empfehlen sollte, am 23. Februar SPD zu wählen? Ist ja auch kein EU-Bürger.

Aber nein, so ist das natürlich nicht gemeint. Da kann uns Norbert Röttgen beruhigen. So sagte der CDU-Außenpolitiker bei Maybrit Illner: Wenn Musk für die Grünen würde, würde er das „vielleicht sogar gut finden“, und schränkt dann doch ein bisschen ein: „Jedenfalls wäre es nicht zu beanstanden.“

Da lichtet sich endlich das Dickicht, das zwischen der Theorie des Grundgesetzes und der immer mehr abweichenden Praxis unserer Tage gewuchert ist. Wenn in Artikel 5 steht: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“, dann meinen heutige Interpreten damit: Jeder hat das Recht, „eine“ Meinung zu äußern – nämlich ihre. Und wenn wir dort lesen: „Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“, dann schließt das ein, dass das Infragestellen „der Berichterstattung durch Rundfunk und Film“ auch bitte zu unterbleiben hat, sofern die öffentlich-rechtlichen Sender dahinterstecken. Wie konnten wir das alles nur so falsch verstehen?

Nun kapierten wir auch, was Ex-Grünen-Chefin Ricarda Lang sagen will, wenn sie Musk vorhält, er wolle die „Zerschlagung des Staates“ herbeiführen. Um das Grundgesetz auf so originelle Weise neu zu interpretieren wie oben gesehen, benötigt man nämlich einiges an staatlicher Macht, sonst muckt das Volk noch auf. Da kommt einem die Entwicklung in den USA mit ihren unvermeidlichen Auswirkungen auf Deutschland verständlicherweise sehr ungelogen.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)